

HPM 25/2018

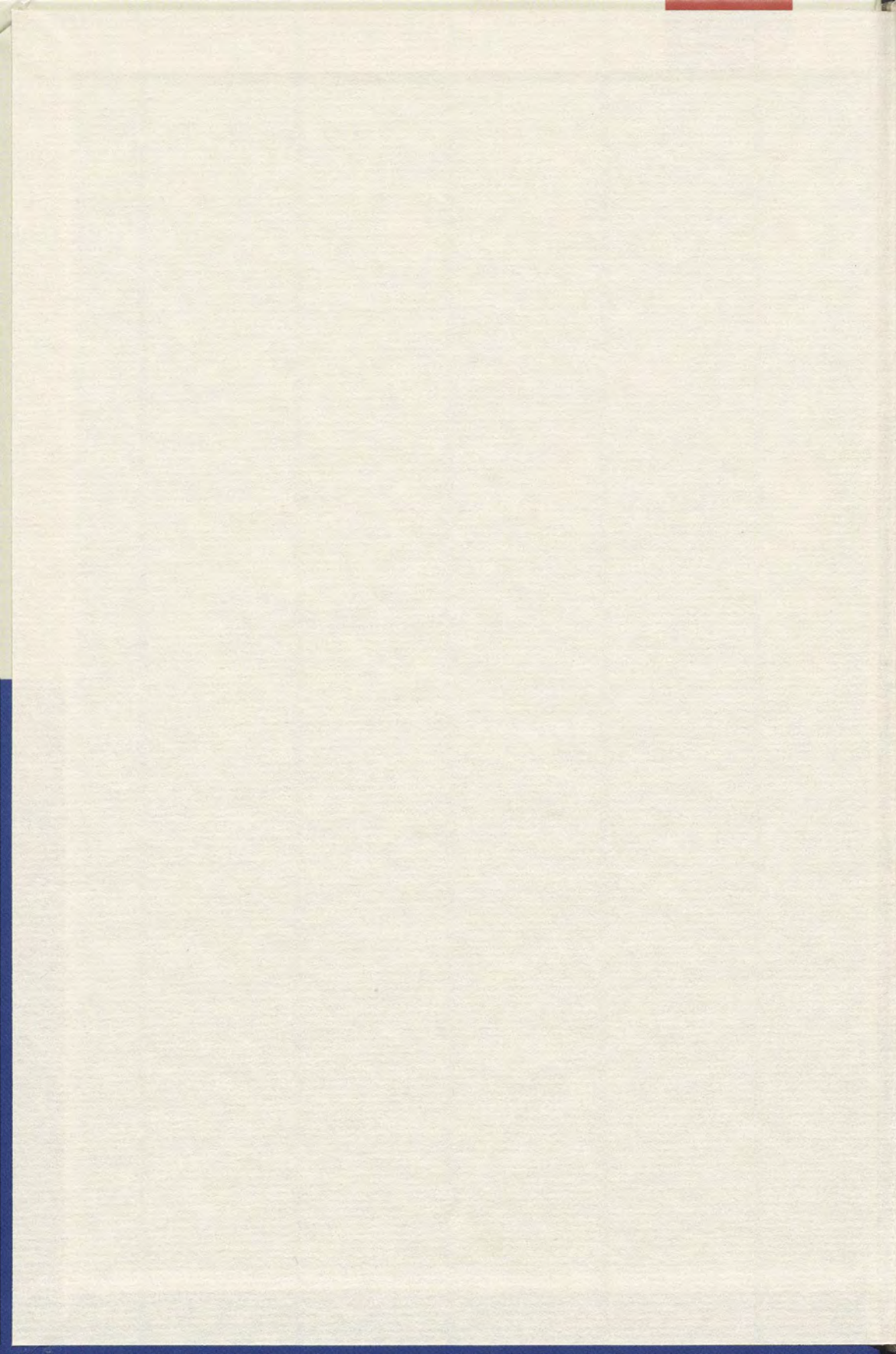
HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK

böhlau

böhlau

25 / 2018



HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

25. Jahrgang
2018

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

25. Jahrgang 2018

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2018 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Wien Köln Weimar

Lindenstr. 14, D-50674 Köln, www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Alle Rechte vorbehalten

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck: Strauss, Mörlenbach

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-51478-5

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Preise: € 20,00 (D) / € 21,00 (A).

Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich, wenn das Abonnement nicht bis zum

1.10. gekündigt wird. Die Kündigung ist schriftlich an den Leserservice

Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, 70806 Kornwestheim

Tel. (0 71 54) 13 27-0 / Fax: (07154) 13 27-13, E-Mail: i.hoderlein@brocom.de

zu richten.

Inhalt

ESSAY

<i>Günter Buchstab</i>	5
Europa, Nationen und Regionen – Grundbedingungen politischer Gemeinschaftsbildung	

AUFSÄTZE

<i>Thomas Petersen</i>	19
1968 und die Bewältigung der Diktatur im Spiegel der Demoskopie	
<i>Philipp Gassert</i>	37
Von den Schwierigkeiten einer Historisierung: Warum wir uns an „1968“ als klare Konfrontation erinnern	
<i>Frank Bösch</i>	57
Hilfe für Verfolgte. Christdemokratische Solidarität mit den „Boat People“, Afghanistan und Nicaragua in den 1970/80er Jahren	
<i>Peter Rütters</i>	77
Nur bedingt parlamentsfähig: Zum Sozialprofil der Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten (2014 bis 2017)	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVII. Helmut Kohl und die Reform der CDU 1966–1978

<i>Norbert Lammert</i>	119
Zur Einführung	
<i>Michael Borchard</i>	123
Die CDU, Helmut Kohl und das Ludwigshafener Programm	
<i>Philip Rosin</i>	135
Abschied von der „Adenauer-CDU“. Innerparteiliche Veränderungen in Regierungs- und Oppositionszeit 1967–1971	
<i>Kai Wambach</i>	159
Vergessene Reformbemühungen – Rainer Barzels Vorsitz der CDU 1971–1973	

<i>Heinrich Oberreuter</i>	183
1968 – Geburtsstunde der modernen CDU?	

WÜRDIGUNGEN

<i>Horst Möller</i>	193
Lebt die Zeitgeschichte von der Biographie? Rudolf Morsey zum 90. Geburtstag	

SYMPOSION ZUM GEDENKEN AN HANS-PETER SCHWARZ

<i>Norbert Lammert</i>	209
Begrüßung	

<i>Hans Maier</i>	213
Hans-Peter Schwarz: die Anfänge	

<i>Gilbert Merlio</i>	219
Hans-Peter Schwarz und Ernst Jünger	

<i>Thomas Kielinger</i>	225
Hans-Peter Schwarz als Ideengeber	

<i>Andreas Rödder</i>	231
Angst vor Deutschland? Zur Geschichte eines Problems	

<i>Anthony Glees</i>	239
Europa und der Brexit	

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	247
Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen	

<i>Bernhard Vogel</i>	255
Schlusswort	

NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE	257
--	-----

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	269
---	-----

Mitarbeiter dieses Bandes	287
---------------------------------	-----

ESSAY

Europa, Nationen und Regionen – Grundbedingungen politischer Gemeinschaftsbildung*

Günter Buchstab

„Die Pfalz ist meine Heimat, Deutschland mein Vaterland und Europa ist unsere Zukunft.“ Mit dieser prägnanten Selbstverortung umschreibt Helmut Kohl, „Kanzler der Einheit“ und „Ehrenbürger Europas“, das Drei-Ebenen-Modell Europa – Nation – Region, um das es im Folgenden gehen soll.

Nachdem sich Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweimal an den Rand der Selbstvernichtung gebracht hatte, ist die europäische Einigung stetig vorangeschritten – freilich seit ihren Anfängen auch ständig begleitet von Krisen und Widerständen verschiedenster Art und Heftigkeit. Erwähnt seien nur das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954, Charles de Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ 1965/66 oder die fundamentale Krise Anfang der 1980er Jahre, die in Analogie zu einer schlimmen Krankheit als „Eurosclerose“ bezeichnet worden ist; man denke auch an die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag im Jahr 2005, an die große Finanz- und Eurokrise nach 2009 sowie in der Gegenwart an die Migrationskrise mit dem Aufkommen antieuropäischer Affekte, Bewegungen und Parteien. Vor allem in derartigen Krisenzeiten kommt immer wieder die Frage auf, warum wir eigentlich Europa brauchen. Darauf antwortete Helmut Kohl im Jahr 2014: „Die Frage ist legitim, und sie ist einfach zu beantworten: Wir brauchen Europa, weil Europa eine Frage von Krieg und Frieden ist. Der Friedensgedanke bleibt das Bewegungsgesetz der europäischen Integration. Der Frieden, und zwar der Frieden in Freiheit, ist auch in Europa keineswegs und nie eine Selbstverständlichkeit – der aktuelle Blick auf die Ukraine macht dies einmal mehr deutlich.“¹

Erwachsen aus der Zusammenarbeit von immer mehr europäischen Nationalstaaten bietet die Europäische Union zweifellos – politisch betrachtet – zwar noch immer kein homogenes Erscheinungsbild, aber sie ist in einem Prozess vieler kleinen Schritte während der letzten 70 Jahre zu einem bundesstaatsförmigen Gebilde geworden, das, wie der Berliner Philosoph Volker Gerhardt festgestellt hat, „sich so dynamisch und so konsequent entwickelt hat wie kein anderes Staatswesen auf der Welt“. Die EU verfügt heute über ein fest umrissenes

* Vortrag beim Symposium „Europa zwischen Regionalismus, Nationalismus und Supranationalismus“ zu Ehren von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch am 22. September 2018.

1 Aus Sorge um Europa. München 2014, S. 15 f.

Territorium, hat eigene Institutionen und Symbole, ein eigenes Recht und bietet Millionen von Menschen Wohnung und Arbeit. Das zusammengewachsene Europa ist unleugbar Realität geworden und wird von der außereuropäischen Staatenwelt auch so wahrgenommen.²

Eigenartigerweise ist jedoch keineswegs leicht zu definieren, was wir überhaupt mit dem Begriff „Europa“ meinen, das keine natürlichen Land- und See-grenzen hat, und worin denn die „europäische Identität“ besteht oder zumindest bestehen könnte, ja sollte.

EUROPA

Die Frage nach einer „europäischen Identität“ und dem, was wir unter „Europa“ verstehen oder zu verstehen haben, ist nicht neu. Schon 1953 hat der spanische Kulturphilosoph José Ortega y Gasset in einem Vortrag in Berlin „Europäische Kultur und europäische Völker. Gibt es ein europäisches Kulturbewusstsein?“ darauf eine eindeutige Antwort zu geben versucht: Der Begriff Europa, so meinte er, beziehe seinen Sinn nicht primär aus einer geographischen oder wirtschaftlichen Einheit, sondern aus der Existenz eines Kulturbewusstseins, das die europäischen Völker von jeher verbunden habe. Der gemeinsame Kulturraum Europas zeichne sich aus durch Differenz und Vielfalt, als ein Ganzes miteinander geteilter Überzeugungen, Glaubensgewissheiten, Werte und Bräuche, auf deren Grundlage die einzelnen europäischen Nationen entstanden sind und fortleben.

Welche Komponenten aber machen nun im Wesentlichen das gemeinsame kulturelle Erbe Europas aus?³ Dazu können hier nur einige Stichworte gegeben werden: Zu diesen geistigen Grundlagen des Kulturraums Europa zählen das Erbe der griechischen Antike mit seiner Philosophie, seinem Kunstverständnis, seinem Begriff vom Menschen als „zoon politikon“, dann die Tradition des Römischen Reiches mit seiner vereinheitlichenden Zivilisation, seiner Sprache, seinen politischen Ordnungsformen und vor allem seinem Rechtsdenken, das den Menschen als Rechtssubjekt anerkennt. Noch wichtiger ist das Christentum, das trotz aller Spaltungen und kriegerischen Auseinandersetzungen eine einzigartige zivilisatorische Prägung entfaltet hat.⁴ Zu nennen sind weiterhin der Renaissance-Humanismus seit dem 15. Jahrhundert, der mit der Wiederentdeckung der Antike das Individuum und seine Freiheit ins Zentrum rückte, und die „Aufklärung“, die im 18. Jahrhundert zur Ausprägung der Menschen-

2 Zur Entwicklung der europäischen Integration und ihrer öffentlichen Wahrnehmung vgl. Kiran Klaus Patel/Alexander Sianos/Sophie Vanhoonacker: Does the EU Have a Past? Narratives of European Integration History and the Union's Public Awareness Deficit, in: Journal of European Integration History 24 (2018) 1, S. 143–165.

3 Vgl. dazu Günter Buchstab (Hg.): Die kulturelle Eigenart Europas. Freiburg/Breisgau 2010.

4 Vgl. Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität. Freiburg/Breisgau 2008.

rechte, zur Rationalisierung und damit zur Relativierung von Theologie und Religion geführt hat; beide Strömungen sind bei aller Distanz zum Christentum nicht ohne die christliche Tradition zu begreifen. Und schließlich ist zu erwähnen die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts mit neuem europäischen Selbstbewusstsein, das im kolonialen Zeitalter zur Weltgeltung kam. Zu den Grundlagen des europäischen Kulturraums zählen nicht zuletzt auch die sicht- und hörbaren Manifestationen: Bildende Kunst, Dichtung, Architektur – etwa der Kirchenbauten –, Theater, Musik, Literatur usw.

So wie sich jedes „Ich“ nur durch sein personales „Gegenüber“, das „Du“, zu konturieren vermag, so ist auch jede europäische Nation – die kleinen wie die großen – in ihrer Individualität notwendigerweise auf die anderen europäischen Nationen angewiesen. Im teils friedlichen, teils kriegerischen Umgang miteinander, mit engen gegenseitigen Beziehungen und Beeinflussungen, sind sie historisch gewachsen und haben sich behauptet. Auf gemeinsamer Grundlage entstand so die staunenswerte nationale Vielfalt sehr unterschiedlicher, aber zugleich eben auch verwandter Geschichtsverläufe und politischer Ordnungen, mit der wir es seit hunderten Jahren zu tun haben. Ein gemeinsames europäisches Kulturbewusstsein wird unter diesen Umständen also nur durch Überwindung dieser in der europäischen Geschichte angelegten Vielfalt entstehen können – Überwindung aber nicht als Auslöschung der individuellen nationalen Charaktere und Traditionen, sondern vielmehr verstanden als Schaffung einer neuen, höheren Einheit, in der die jeweiligen nationalen Eigenarten und Unterschiede in ihrer Kulturvielfalt enthalten sind und erhalten bleiben. Im Jahr 1929 meinte Ortega: „Machten wir heute eine Bilanz unseres geistigen Besitzes (...), so würde sich herausstellen, daß das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. In uns allen überwiegt der Europäer bei weitem den Deutschen, Spanier, Franzosen (...); vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gedankengut.“⁵⁵

Jean Monnet, einem der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaften, wird der Ausspruch zugeschrieben: „Wenn ich es noch einmal zu tun hätte, würde ich mit der Kultur beginnen.“ Auch wenn dieses Zitat längst als „Fake“ entlarvt ist, ist es doch insofern richtig, als Kultur und Kulturbewusstsein den eigentlichen Kern unserer europäischen Identität und Zukunft bilden. In dieser Erkenntnis ist im Maastrichter Vertrag die Wahrung des kulturellen Erbes Europas ausdrücklich als Aufgabe genannt: „Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (Art. 128). Und im gescheiterten Verfassungsvertrag heißt es: Die Union „wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas“

5 Aufstand der Massen. 1964, S. 134.

(Art. I-3 Abs. 3). Allerdings ist dieses Gut, diese Kulturressource Europas nicht einfach da, sondern muss ins allgemeine Bewusstsein gehoben werden. In diesem Sinne haben die 28 europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Göteborg im November 2017 ein konkretes Arbeitsprogramm für die Bereiche Bildung und Kultur aufgelegt. Es lässt sich dabei freilich fragen, ob ein gemeinsames europäisches Kulturbewusstsein als ideelles Fundament allein ausreicht, die bisherige Integrationsleistung fortzuschreiben und eine wirkliche „europäische Identität“ zu erreichen. Der Brexit und das Verhalten einiger EU-Staaten, insbesondere der sogenannten Visegrádstaaten, lassen hier Zweifel aufkommen. Bei allen Fortschritten in der europäischen Zusammenarbeit und Vergemeinschaftung ist die Identifikation der Bürger mit Europa noch zu wenig ausgeprägt. Eine europäische Identität ist allenfalls schemenhaft vorhanden und wird noch immer von der nationalen Identität und dem Egoismus der 28 Mitgliedsstaaten dominiert.

Die Europäische Union steht heute vor ernststen Herausforderungen, die von den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht zu meistern sind, sondern umfassende Lösungen verlangen: die Wucht der Globalisierung, die Migrationsproblematik, der technologische Wandel mit internationaler Arbeitsteilung bis zur wachsenden Veränderungsgeschwindigkeit durch weltweiten Informationsaustausch. Auch die neue Weltlage – denken wir an den internationalen Terrorismus, die aggressive Politik Russlands, den neuen Nationalismus und Protektionismus der Vereinigten Staaten oder den Expansionismus Chinas – zwingt dazu, eine gemeinsame, genuin europäische Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu erreichen, wollen die europäischen Nationalstaaten auf der politischen Weltbühne nicht zum Spielball anderer Akteure werden. Mit nationalen Alleingängen sind Lösungen nicht zu erreichen. Die Mitgliedstaaten sind enger denn je aufeinander angewiesen und müssen bereit sein, solidarische Arbeit zu leisten und wie ein geeintes Europa zu handeln. Dies nötigt sie, ob sie wollen oder nicht, bindende Abkommen abzuschließen, wobei Europa als juristisches Gebilde auftritt und als Konsequenz die traditionelle Souveränität der Nationalstaaten beschränkt wird.

Der Druck der Verhältnisse wird jedoch allein nicht ausreichen, eine vertiefte Einheit Europas zu schaffen, ganz gleich, wie diese aussehen mag. Wie mühsam und schwierig die Schritte auf diesem Weg sind, nationale Egoismen hintanzustellen und zu überwinden, haben die letzten Wochen und Monate in der Migrationskrise hinreichend gezeigt. Der europäischen Einheit die richtige Form zu geben, wird daher nur möglich sein, wenn die Einzelstaaten, die Nationen und ihre Bürger sich des Kapitals ihrer gemeinsamen Kultur bewusst sind und sich darauf besinnen. Dieses gemeinsame Erbe zu pflegen und als Bedingung der eigenen Identität zu verstehen, bedarf ausdauernder Geduld und Anstrengung. Das gilt insbesondere auch bei der Integration der großen Zahl der Zuwanderer, die größtenteils aus anderen Kulturräumen stammen, was die

Herausbildung einer kollektiven Identität erheblich erschwert. Die Risiken sind also beträchtlich, und die europäische Perspektive im Sinne einer neuen, höheren Einheit sieht für einige europäische Länder, auch für Deutschland, eher besorgniserregend aus.

In der Präambel des Entwurfs einer Europäischen Verfassung findet sich der Satz, dass „alle Völker Europas stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte sind“. Indirekt wird durch diesen Satz ausgedrückt, dass die europäische Gemeinschaft ihren Grund, aber auch ihre Grenze in den nationalen Identitäten ihrer Mitgliedsländer finde und der Europäischen Union nur in Verbindung mit dieser historisch gewachsenen Identität eine eigene Identität zuwachsen könne. Eine solche europäische Identität wird sich aber als „Überbau“ auf Regional- und Nationalbewusstsein nur entwickeln können, wenn zugleich – wie bei einem gemeinsamen Kulturbewusstsein – in diesem „Überbau“ die nationalen und regionalen Eigenarten und Unterschiede lebendig bleiben.

Zugegebenermaßen sind Nation und Region als empirische und normative Begriffe alles andere als eindeutig. Die Gründe dafür sind nicht zuletzt in unterschiedlichen Wert- und Traditionsbeständen, in besonderen historischen Erfahrungen und Prägungen zu suchen und somit auch auf unterschiedliche Formen von Geschichtsbewusstsein und von Geschichtsbildern zurückzuführen.

Was lässt sich – in der hier gebotenen Knappheit – zum Verständnis der Begriffe Nation und nationale Identität sagen?

NATION

Als „nationes“ (synonym mit „gentes“) wurden im Frühmittelalter territorial und personal-herrschaftlich zusammengewachsene Stammesverbände wie Bayern, Franken und andere bezeichnet. Im Hochmittelalter gliederten sich die Studenten an den europäischen Universitäten nach landsmannschaftlichen „nationes“. Eine ähnliche Einteilung findet sich bei den Konzilien. So bestanden die Teilnehmer des Konstanzer Konzils von 1414 bis 1418 aus fünf „Nationen“: Italica, Gallicana, Germanica, Anglica und Hispanica. Zur deutschen gehörten Skandinavier, Polen, Litauer, Kroaten, Ungarn und Böhmen. Der Begriff Nation hatte hier also mehr eine organisatorische Bedeutung und nichts mit einer ethnischen Zuordnung zu tun. Daneben existierte jener Nation-Begriff, den auch Luther verwandte, der den Adel und die hohe Geistlichkeit unter dem Begriff (deutsche) Nation zusammenfasste, ihm also einen ständischen Inhalt verlieh. Bis zum Ende des „Ancien Régimes“ fehlte jedenfalls ein Bewusstsein vom Zusammenhang zwischen Nation und politischer Struktur, zwischen Nation und Staat. Erst mit der Französischen Revolution trat die Nation als ein neuartiges Gestaltungsprinzip der politischen Ordnung auf den Plan, als sich die Idee der Nation mit den Grundsätzen der Volkssouveränität, der Selbstbestimmung und dem Repräsentationsdenken zum Nationalstaatsprinzip verband und zu einer

politisch wirkmächtigen Kraft entwickelte. Jedes Volk suchte nun mit größter Intensität, seine nationale Individualität in einem Nationalstaat zu profilieren, bis zu einem Grad, dass dieses Streben in der Form des „Nationalismus“ überstrapaziert wurde. Kaum eine europäische Nation begnügte sich damit, lediglich Nation zu sein, sondern ging auf Expansion aus und in extremen Fällen auf Herrschaft über die anderen. Dieser expansive, nach außen orientierte Nationalismus führte dann letztlich zu den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts.

Schon 1882 hat sich der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan in seinem berühmten Vortrag „Qu'est-ce qu'une nation?“ mit dem Begriff „Nation“ auseinandergesetzt und war zu dem Ergebnis gekommen, dass die großen europäischen Nationen ethnisch gänzlich inhomogen seien. Entsprechendes stellte er für die Sprache fest; man denke etwa an Belgien, Großbritannien, Spanien oder die Schweiz. Nationen und Nationalstaaten stimmen also selten mit der verbreiteten Vorstellung einer ethnischen Homogenität des Staatsvolkes überein. Selbst gemeinsame Interessen und die geographische Lage seien für die Nationalstaatsbildung letztlich nicht entscheidend, denn diese Faktoren unterlägen geschichtlich veränderbaren Prozessen, so dass Nationen keine ewig dauernden Phänomene seien und zuletzt wahrscheinlich in einer europäischen Konföderation aufgehen würden.⁶ Entscheidend für die Existenz von Nationen sei vielmehr die Verbindung einer individuellen und kollektiven Bewusstseinsprägung auf kognitiver und emotionaler Ebene mit dem Willen, zur Nation zu werden. So kommt Renan schließlich zu seiner Definition von „Nation“, die als klassische Formel zum Gemeingut geworden ist: „Eine Nation ist eine seelische Kraft, ein geistiges Prinzip. Zwei Faktoren, die in Wirklichkeit zusammengehören, bilden diese seelische Kraft, dieses geistige Prinzip. (...) Der eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Vermächnisses von Erinnerungen, der andere ist die gegenwärtige Übereinstimmung, das Verlangen zusammenzuleben. (...) L'existence d'une nation est (...) un plébiscite de tous les jours.“ Beispiele aus jüngster Zeit bestätigen Renans Definition: Der Ruf der DDR-Bürger „Wir sind ein Volk“ bekundete den Willen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, wogegen die 1918 entstandenen Vielvölkerstaaten Jugoslawien und Tschechoslowakei in den 1990er Jahren zerfallen sind, die Tschechoslowakei friedlich in zwei, Jugoslawien in heftigen kriegerischen Auseinandersetzungen in mehrere Nationen.

In der Geschichte der europäischen Nationen stehen wir heute ungefähr an dem Punkt, den Ortega y Gasset in seinem Essay „Der Aufstand der Massen“ von 1929 beschrieb: „Europa ist als Gefüge kleiner Nationen entstanden. Nationalgedanke und Nationalgefühl waren in gewissem Sinn seine bezeichnendsten

6 „Les nations ne sont pas quelque chose d'éternel. Elles ont commencé, elles finiront. La confédération européenne, probablement, les remplacera.“ Vgl. dazu auch Walter Euchner: Vom Recht der Nation, in: Die Zeit vom 15. April 1994.

Erfindungen. Nun sieht es sich gezwungen, sich selbst zu überwinden. (...) Für Europäer bricht jetzt die Zeit an, daß Europa zu einer National-Idee werden kann. Und der Glaube hieran ist viel weniger utopisch, als es im 11. Jahrhundert die Prophezeiung des einigen Spanien und Frankreich gewesen wäre.⁷

Tatsächlich hat nach den Exzessen des 20. Jahrhunderts die Prägekraft der nationalen Idee an Bedeutung eingebüßt. Keine europäische Nation beansprucht heute noch Expansion oder Vorherrschaft. Auch spielen nationale Vorurteile kaum noch eine Rolle. Es ist aber nicht zu übersehen, dass der „Nationalismus nach außen“ von einst sich in jüngster Zeit teilweise in einen „Nationalismus nach innen“ gewandelt hat, oder, wie es eine französische Vokabel vielleicht glücklicher ausdrückt, in einen „nationalisme rentré“ oder einen „patriotisme de la rétraction“, einen Patriotismus des Rückzugs oder – besser – der Abkapselung. Diese Erscheinung mag überraschen und manchen überzeugten Europäer sogar an der Zukunft einer vertieften Integration zweifeln lassen. Möglicherweise hängt dieses Phänomen mit den Erweiterungsrunden seit den 1990er Jahren zusammen, die die Integrationskraft der „alten“ EU überstrapaziert und die Sehnsucht nach partieller Identität allenthalben verstärkt haben. Auch die internationale Bankenkrise von 2008 und der damit verbundene Vertrauensverlust in supranationale Institutionen mag in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Es gibt unzweifelhaft ein Bedürfnis nach nationaler Identität, dem unter anderem eine jeweilige Erinnerungskultur und nationale Geschichtsbilder entsprechen. „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“, schreibt Marcel Proust. So unterschiedlich in Europa die Nationalitäten, Sprachen und Dialekte sind, die Städte und Regionen, in denen wir leben, die Traditionen, Symbole und Mythen, die wir haben und pflegen, so vielfältig sind auch jeweils die nationalen Geschichtsbilder.⁸

Geschichtsbilder sind in der Regel partikularer Natur und meistens selektiv, faktenarm und stark emotionalisiert. Es sind Sinndeutungen und Sinngebungen einer imaginierten Gesellschaft, die sich nach außen abgrenzt. Die „Erinnerungskulturen“ einer Gesellschaft verhalten sich nicht anders als die autobiographische Dimension der Erinnerung. Sie sind nicht einfach „Abbildungen des Vergangenen, sondern Ein-Bildungen der Vorstellungs- und Urteilskraft“.⁹ Mit der historischen Realität, die die Geschichtsbilder zu spiegeln vorgeben, haben sie nur wenig zu tun, zumal sie sich je nach Epoche, Generationenfolge, gesellschaftlicher und politischer Richtung verändern. Auf bestimmte nationale Geschichtsbilder hier einzugehen, würde den Rahmen sprengen. Festzuhalten ist

7 Aufstand der Massen, S. 197. – Vgl. auch Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Nationale Identität im vereinten Europa. Freiburg/Breisgau 2006.

8 Vgl. Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Geschichtsbilder in Europa. Freiburg/Breisgau 2009.

9 Karl-Ernst Jeismann: Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51–52/2002, S. 13–22, hier 13.

nur, dass Geschichtsbilder als nationale Mythen zur Vitalität der Nationalstaaten beitragen, aber auch Entwicklungen zentrifugaler beziehungsweise unitarischer Art befördern können, wie in Spanien das Problem des nach Unabhängigkeit strebenden Katalonien zeigt, das nicht nur seine sprachliche Eigenheit betont, sondern auch den nationalen Erinnerungskanon zu durchbrechen sucht, der seit der liberalen Verfassung von 1812 bestand.

Werfen wir in diesem Zusammenhang einen kurzen Blick auf die Bundesrepublik Deutschland.¹⁰ Wir kennen kein verbindliches, positives Geschichtsbild; dem steht schon die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Schreckenstaten entgegen. Doch besteht die deutsche Geschichte zum Glück nicht allein aus der NS-Diktatur. Allerdings erscheint in der deutschen Geschichte noch weniger als bei anderen Nationen eine vollständige oder auch nur annähernde Übereinstimmung von Volk, Nation und Staat. Unsere Geschichte kennt keine beständige staatliche Kontinuität, keine dauernde Zentralgewalt. Der deutsche Föderalismus begünstigte vielmehr eine für Jahrhunderte gültige übernationale und universale Ordnung, das Heilige Römische Reich, das sich ja „deutscher Nation“ nannte. Wenn dieses Reich verschiedentlich als mögliches Vorbild für eine staatliche Konstruktion Europas herangezogen wird, so sollte nicht übersehen werden, dass es oft durch gewaltsame Interessenausgleichsetzungen gespalten wurde und zahlreiche Fälle von Abspaltungen erlebt hat. Neue Grenzen, wie künstlich sie zunächst oft erscheinen mochten, haben sich durch Dauer verfestigt und je nachdem denationalisierend oder nationsbildend gewirkt. Im Westfälischen Frieden sind die Schweiz und die Niederlande aus dem Reichsverband entlassen worden. Aus der jüngeren Geschichte braucht nur an die Sonderentwicklung des deutschen Österreich erinnert zu werden. Teilungen innerhalb desselben Volkstums sind also möglich und können zur Bildung von Sondernationen führen. Eine derartige Entwicklung war auch zwischen 1945 und 1990 nicht gänzlich auszuschließen, als in der SBZ/DDR durch die Diktatur der marxistisch-leninistischen Einheitspartei SED ein eigenes, „antifaschistisches“ Staats- und Geschichtsbewusstsein implantiert werden sollte. Diese Komplexität der deutschen Geschichte kann nicht einfach beiseitegeschoben werden, wie dies jüngst AfD-Chef Alexander Gauland mit einem verquerten Geschichtsbild und der Marginalisierung der Hitler-Barbarei versucht hat: „Man muss uns diese zwölf Jahre (,nur ein Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte‘) nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr. (...) Deshalb haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen.“ Solche Äußerungen aus den Reihen der AfD sind nicht als gelegentlicher Missgriff zu verstehen, sondern als das, was sie sind: als Geschichtsklitterungen, als kultur-

10 Vgl. Klaus Weigelt (Hg.): *Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen*. Mainz 1984.

nationalistische Hetztiraden und als Propagandawaffe zur politischen Agitation gegen die europäische Integration.

Die fortwirkende Kraft nationalistischer Geschichtsbilder ist vor allem in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern spürbar, deren nationale Identitäten durch den Kommunismus und die sowjetische Hegemonie nicht überwunden, sondern nur unterdrückt und gewissermaßen auf dem Vorkriegszustand eingefroren waren. Die Erwartung, dass die 2004 der EU beigetretenen Visegrád-Staaten den Weg in ein „postnationales Zeitalter“ beschleunigen würden, erwies sich leider als voreiliges Missverständnis.

Ihr „Neonationalismus“ als Verteidigungshaltung gegen die Globalisierung und supranationale Entwicklungen ist daher nicht erstaunlich. Trotz ihres Drängens nach Europa war kaum zu erwarten, dass diese Länder kurz nach Wiedererlangung ihrer nationalen Eigenständigkeit ihre mühsam erkämpften Souveränitätsrechte unter Rekurs auf eine lange zurückliegende „große Geschichte“ ihrer Länder alsbald wieder an die EU abtreten würden. Gleichwohl – das ist die andere Seite der Medaille – nehmen sie aber die ökonomischen und sicherheitspolitischen Vorteile, die die EU bietet, gerne in Anspruch. Das heißt, sie adaptieren die Verfassungsprinzipien der EU nur oberflächlich, statt sie zu internalisieren. Bedenklich sind dabei vor allem die Eingriffe in den Rechtsstaat und in die Freiheit der Medien, die beide zum Wertekanon Europas gehören. Einen besonderen Anlass zur Sorge muss derzeit auch die strikte Verweigerung der Solidarität in der Migrations- und Asylfrage geben, die nach dem Sankt-Florian-Prinzip – „verschön’ mein Haus, zünd’ andre an“ – die EU zu spalten droht. Der deutliche Riss, der aufgrund dieser Renationalisierung durch Europa geht, die bedauerlicherweise auch in einigen Teilen Westeuropas zu beobachten ist, wirft die ernste Frage auf, ob der in den 1950er Jahren so erfolgreich aufgenommene Integrationsprozess eine Unterbrechung erfährt, ja eine Rücknahme dessen, was seither eigentlich als normal galt.

Das Spannungsverhältnis zwischen nationalem Souveränitätsbeharren und Intergouvernementalismus, zwischen transnationaler Kooperation und supranationaler Politik besteht also nicht nur fort, sondern erfährt auch noch neue Modifikationen und Zuspitzungen. Verstärkt begegnen die Nationalstaaten jedem europäischen Projekt, das ihre Souveränität zusätzlich begrenzen könnte, – vorsichtig formuliert – mit Zurückhaltung. Nur allzu gern wird dabei übersehen, dass nicht ein anonymes „Brüssel“ für jedes dieser Projekte verantwortlich zeichnet, sondern dass der „Europäische Rat“, das heißt die nationalen Staats- und Regierungschefs, die politischen Leitlinien für die Arbeit des „Rats der Europäischen Union“, des Ministerrats, und der EU-Kommission vorgibt.

Es ist heute viel die Rede davon, dass die Krisenfaktoren der jüngsten Zeit in vielen Mitgliedsländern zu einem verbreiteten Europa-Unbehagen geführt hätten. Tatsächlich ist Europa derzeit, ähnlich wie Anfang der 1980er Jahre, in keinem guten Zustand. Doch die jüngste Eurobarometer-Umfrage des EU-Parla-

ments vom April 2018 bestätigt dieses angebliche Unbehagen nicht. Sie zeigt vielmehr steigendes Interesse und wachsende Zustimmung der Europäer zur EU. Befragt wurden mehr als 27.000 Personen aus 28 Mitgliedsländern. Schon die Datenerhebung vom Oktober 2017 hatte bei einer überwiegenden Mehrheit der Europäer von 75 Prozent eine positive Sicht der EU gezeigt, 20 Prozent hatten eine negative und nur 5 Prozent eine sehr negative Einstellung. Am größten ist der Zuspruch mit über 85 Prozent in Litauen, Dänemark, den Niederlanden, Luxemburg, Estland und Irland, am geringsten in Ungarn, Zypern, Italien, Frankreich, Großbritannien, Tschechien und Griechenland mit Werten zwischen 58 und 71 Prozent. Selbst in Polen haben 84 Prozent eine positive Meinung. Deutschland liegt mit 83 Prozent im vorderen Mittelfeld. So schlimm scheint es also mit einem verbreiteten Unbehagen an Europa wohl doch nicht zu sein.¹¹

Für diese bejahende Sicht auf Europa, insbesondere der jüngeren Generation, gibt es gute Gründe: Unser Blickfeld hat sich durch unitarisierende Tendenzen in Handel und Verkehr, offene Grenzen, durch hervorragende Reisemöglichkeiten, Schüleraustausch, Städtepartnerschaften, die tägliche Fernsehberichterstattung rund um den Globus sowie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten usw. weit über den Horizont des eigenen Staats hinaus ausgedehnt. Dies hat nationalistische Vorbehalte gegenüber den europäischen Nachbarn wie auch gegenüber der europäischen Integration stark abgebaut, wenn auch nicht gänzlich zurücktreten lassen.

Immerhin legt der Blick auf die soziale und ökonomische Lage Europas nahe, dass die steigende Akzeptanz der europäischen Integration, wie sie die Meinungsumfragen signalisieren, die Realität einer unbestreitbar schon erreichten wirtschafts- und sozialpolitischen Gemeinsamkeit Europas jenseits der Ebene der Nationalstaaten widerspiegelt. Als Reaktion auf die Euro- und Finanzkrise der letzten Jahre, unter der die grundsätzlich positive Haltung zur Integration des Kontinents – zeitweise zumindest – stark gelitten hat, hat das als Sozialgipfel deklarierte Treffen von Göteborg ein Programm mit dem sperrig klingenden Namen „Europäische Säule sozialer Rechte“ beschlossen. Es sollte ein Signal sein, dass sich Europa mehr um die wirtschaftlichen und sozialen Alltagsorgen und Ängste seiner Bürger kümmern werde. Noch ist die Überwindung sozialer Ungleichheit und die Herstellung sozialer Gleichrangigkeit aber wohl Zukunftsmusik, fand diese Proklamation doch sofort auch heftige Kritik in einigen Mitgliedsstaaten, die darauf pochten, ihre nationale Souveränität im Sozialbereich zu behalten. So etwa von der bayerischen Europaministerin Beate Merk, die meinte, es sei „leider der Versuch, eine europäische Sozial-Transferunion durch die Hintertür zu schaffen“. Insbesondere bei uns Deutschen besteht solchen Pro-

11 Daten nach <https://de.scribd.com/document/36958478/ebs-467-on> (Abruf 28. September 2018). Siehe auch <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/eurobarometer/eurobarometer-2018-democracy-on-the-move> (Abruf 28. September 2018).

grammen gegenüber die diffuse Angst, dass einem etwas weggenommen werde. Gerne wird dabei vergessen, dass die EU unser wichtigster Handelspartner ist, wovon wir ungemein profitieren.

Trotz aller negativen Reaktionen ist nicht zu übersehen, dass sich die fortschreitende Entwicklung zu einer sozialen Integration Europas, weg von der nationalstaatlichen Begrenzung, in den letzten Jahrzehnten wenig spektakulär und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit vollzogen hat. Der Berliner Sozial- und Wirtschaftshistoriker Hartmut Kaelble spricht von einem sich allmählich herausbildenden Bewusstsein europäischer Gesellschaftsentwicklung und Identität und von einer zunehmenden Angleichung der europäischen Einzelgesellschaften: in der Familie, der Beschäftigungsstruktur, bei Großunternehmen, in der sozialen Mobilität, der Verstärkung, beim Wohlfahrts- und Sozialversicherungssystem, in den Massenmedien, im Arbeitsmarkt, in der Hochschulausbildung. Diese Entwicklung einer europäischen Sozialgeschichte, das Werden einer europäischen Gesellschaft, beeinflusst nicht unwesentlich die Einstellung zum traditionellen Nationalstaat und zu Europa – nicht nur der Eliten, sondern auch der Durchschnittsbürger.

Überwogen in Europa gestern noch die Verschiedenheiten die Gemeinsamkeiten, hat heute das Gemeinsame erheblich an Boden gewonnen. Entwickelt sich also nach der Vision Ortegas eine „europäische Nationalidee“? Hat unter den bestehenden Bedingungen der Nationalstaat tatsächlich keine Zukunft mehr? In seiner traditionellen Form sicherlich nicht. Dass der supranationale Staatenverbund der Europäischen Union sich aber bereits auf einer postnationalen Entwicklungsstufe befände, wäre indes eine verfrühte Einschätzung und eine allzu optimistische Sicht. Noch ist das „plébiscite de tous les jours“ als Herzensanliegen der Menschen für das vornehmlich rational begründete Konstrukt einer europäischen Konföderation eine Zukunftsvision; zu stark sind die emotionalen Bedingungen und irrationalen Beharrungskräfte historisch gewachsener nationaler, auch regionaler Identitäten. Sie lassen sich nicht verleugnen und sind allein durch eine bürokratisch-technische Politik nicht abzulösen, bei der Kleinigkeiten unnötig aufgebauscht werden und dazu beitragen, dass man das große Ganze aus dem Blick verliert. Jede Europapolitik muss daher die fortwirkende und wirkmächtige Existenz dieser Gemüts- und Verhaltenslagen ins Kalkül einbeziehen, denn als Transferorganisationen zwischen den Bürgern und der Europäischen Union werden die Nationalstaaten – zumindest auf längere Sicht – ihre Daseinsberechtigung erhalten und vital bleiben. Es wird deshalb die Aufgabe der Zukunft sein, die nationalen Identitäten europäisch zu überformen, das heißt, das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl zu einem „Plebizit“ zugunsten einer europäischen Identität zu machen.

REGION

Es ist eine Tatsache, dass die europäische Gemeinschaftsentwicklung für die teilnehmenden Nationalstaaten immer weitere Kompetenz- und Funktionseinbußen mit sich bringen. Damit rückt gleichzeitig aber ein neues Gestaltungsprinzip der politischen Ordnung ins Blickfeld. Solange unter den europäischen Nationalstaaten eine machtpolitische Konkurrenz stattfand, solange waren Abgrenzung und der Zwang zu innerer Einheit geschichtliche Notwendigkeiten. Je mehr jedoch von den wirtschaftlichen und internationalen Voraussetzungen nationalstaatlicher Außenabgrenzung verlorenging, desto kräftiger belebten sich wieder die provinziellen Herkunftswelten und Identitätsebenen: die Regionen.

Der Begriff der Region ist alles andere als eindeutig und weist viele Bedeutungsvarianten auf. Die 1985 gegründete „Versammlung der Regionen Europas“ umfasst allein 270 Regionen höchst unterschiedlicher Art und Interessen. Das Spektrum reicht von der Geschichte über die ethnische Zugehörigkeit bis zur wirtschaftlichen Leistung.¹² Es gibt historisch-politische Regionen, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Geschichte einmal eine eigene politische Einheit waren wie Schottland, Katalonien, die Bretagne oder Böhmen. Oft sind historische Regionen in größeren aufgegangen wie in Deutschland Franken und Schwaben in Bayern oder nach 1945 in den Bindestrichländern wie Baden-Württemberg die Schwaben und Badener. Bei ethnischen Regionen handelt es sich um Siedlungsgebiete von Ethnien, die zu keiner eigenen Staatsgründung gelangten. Kulturregionen werden durch eine eigene Sprache und Dialekte, Literatur, Brauchtum und Mentalität bestimmt, wie zum Beispiel Okzitanien in Südfrankreich, das nie eine politische Grenze kannte und gewissermaßen eine Kopfgeburt des französischen Schriftstellers Frédéric Mistral ist. Und es gibt moderne Regionenbildungen wie Wirtschafts- und Industrieregionen sowie politisch geschaffene grenzüberschreitende Regionen wie die Euregio, die Region Saar-Lor-Lux oder die Euregio Bodensee.

Seit den 1970er Jahren regten sich im Europaraum verstärkt radikale regionale Bestrebungen, die gewissermaßen die Nationalitätenbewegungen des 19. Jahrhunderts aufleben ließen – in Spanien bei den Katalanen und Basken, in Frankreich bei den Bretonen, Provençalern, Korsen oder Elsässern, in Italien bei den Tirolern, Lombarden oder Venetiern, in Großbritannien bei Schotten, Nordiren und Walisern, in der Schweiz bei den Rätoromanen und Jurassiern. Dieser Ethno-Nationalismus mit seinem teils terroristischen Potential hat sich zwar weitgehend verflüchtigt, regionalistische Bestrebungen in ihren vielfältigen Facetten sind aber geblieben.

12 Vgl. Günther Lottes: Zur Einführung: Staat, Nation, Region – zu drei Prinzipien der Formationsgeschichte Europas, in: Günther Lottes (Hg.): *Region, Nation, Europa*. Heidelberg 1992, S. 10–43.

In Italien war es die „Lega Nord“, die in den 1990er Jahren aus wirtschafts-politischen Gründen separatistische Positionen vertrat und die Abspaltung des wohlhabenden Norditalien von Süditalien und die Gründung eines eigenen Staats „Padanien“ forderte. Der Kampf der Katalanen für einen eigenen Nationalstaat ist nur das jüngste Beispiel, obwohl sie nur 37 Prozent der Bevölkerung Kataloniens stellen. Sie wollen sich – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – von Spanien trennen, nicht aber von Brüssel. In Schottland scheiterte eine Volksabstimmung für einen eigenen Staat nur knapp – das englische Ja zum Brexit, das auch durch die Einwanderung aus Osteuropa befördert wurde, ist möglicherweise ein Grund, erneut eine Abstimmung für eine Unabhängigkeit zu erzwingen –, und in Belgien werden die Regionen Wallonien, Flandern und Deutschsprachige Gemeinschaft mehr schlecht als recht zusammengehalten.

Die Gewährung größerer Autonomierechte und die Raumordnungs- und Regionalplanungspolitik der Nationalstaaten kommen heute den Regionen entgegen. Diese Entwicklung entspricht dem Grundprinzip der Subsidiarität, das im Sinne eines Gebots der Nichteinmischung den Kompetenzen und Zuständigkeiten der höheren beziehungsweise größeren Einheit Grenzen setzt und damit die Vielfalt der Gesellschaft fördert. Dem Bedürfnis der Bürger nach einer vertrauten sozialen und physischen Umwelt wird damit Rechnung getragen. Für dieses Bedürfnis ist in der heutigen Welt, die nicht mehr so überschaubar ist wie früher, die Rückbesinnung auf die „Heimat“ – ein in andere Sprachen unübersetzbares deutsches Wort – ein signifikantes Indiz. Darauf kann im Einzelnen hier nicht eingegangen werden. In unserem Zusammenhang soll nur hervorgehoben werden, dass der Heimatbegriff ein intensives Verhältnis insbesondere zu einer kleinräumigen Lebenswelt kennzeichnet, in dem personale und soziale Integration erfolgt. Diese subnationalen Identifikationsräume stellen auf sehr subtile Art immer auch den nationalen Staat auf den Prüfstand.

Die EU hat mit dem Konzept „Europa der Regionen“ auf die regionalen Bestrebungen eine Antwort gesucht und 1992 im Vertrag von Maastricht die Errichtung eines Ausschusses der Regionen vereinbart, der als beratendes Organ der EU den subnationalen Gebietskörperschaften unmittelbar Gehör verschaffen sollte. Man versprach sich von diesem föderalistischen Konzept auf der Grundlage der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, deren Grundsätze außer im Vertrag von Maastricht auch im Verfassungsentwurf (Art. I-11) festgelegt worden sind, eine effizientere Verwaltung mit mehr Sachkompetenz und Bürgernähe und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere wirtschaftlich und infrastrukturell schwacher Grenzgebiete. Damit verband sich die Hoffnung, dass die Regionen als „vitale Elemente europäischer Identität“ (Josef Isensee) auf der untersten Ebene der EU mentalitätsprägend wirken könnten.

Doch an welchen Regionsbegriff ein Europa der Regionen auch anknüpft, es wird immer auf die Schwierigkeit stoßen, dass sich keiner von ihnen eignet für eine flächendeckende Umsetzung. Es verwundert deshalb nicht, dass die Regio-

nen und der Ausschuss der Regionen im Geflecht der europäischen Institutionen bisher nur eine marginale Rolle spielen. Der Widerstand gegen eine Aufwertung der Regionen vor allem in den zentralistisch organisierten Mitgliedsstaaten, aber auch in Ländern mit starken separatistischen oder regionalstaatlichen Bestrebungen ist zu groß, weil sie einen regionalen Kompetenzzuwachs zu Lasten der nationalstaatlichen Aufgaben befürchten. Selbst in Deutschland haben die energischsten Verfechter eines Föderalismus, vornehmlich also die Bayern, erkannt, dass ein europäischer Regionalföderalismus dem deutschen Föderalismus und der eigenen Machtbasis gefährlich werden könnte. Vor diesem Hintergrund mutet es reichlich utopisch an, wie die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot oder der österreichische Schriftsteller Robert Menasse mit großer Eloquenz immer wieder fordern, Europa über alte und neu zusammengesetzte Regionen von unten her neu zu konzipieren.¹³



Ob man aus der Geschichte lernen könne, ist eine alte Frage. Außer Frage steht jedoch, dass man den Kulturraum Europa mit seiner Geschichte, seinen Nationen und Regionen in ihren vielfältigen Facetten kennen und berücksichtigen muss, um die Bedingungen erfolgreicher Integration auf der Basis solidarischer Zusammenarbeit und gleicher Werte zu schaffen. Diese Werte sind Frieden und Freiheit mit Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Wohlstand und sozialer Stabilität. Das „Haus Europa“ – übrigens ein Bild, das Konrad Adenauer auf dem Schlesiertreffen 1961 schon benutzt hat – wird sich nur weiterentwickeln, wenn es auf diesem soliden kulturellen und moralischen Fundament aufbaut. Es wird nur gebaut werden können, wenn sich aufgrund der gemeinsamen Erfahrungen und Prägungen und im Bewusstsein der veränderten weltpolitischen Lage ein Wir-Gefühl entwickelt und wir den europäischen Geist wiedergewinnen, der in der politischen Praxis der Regierungen und der Bürger wirksam wird¹⁴ und das „plébiscite de tous les jours“ für Europa garantiert.

Dies entspräche der Aussage von Helmut Kohl, der sich 2014 „Aus Sorge um Europa“ wünschte, „dass Europa wieder stärker eine Herzensangelegenheit der Menschen wird und dass wir das Haus Europa weiterbauen und kommende Generationen neben ihrer nationalen Identität ganz selbstverständlich auch ihre europäische Identität leben und vielleicht eines Tages sogar von einem ‚Europa der Vaterländer in einem gemeinsamen Vaterland Europa‘ sprechen. Wenn uns das gelänge, dann wäre in Europa viel erreicht“: *Ut omnes unum sint!*

13 Guérot: „Europa einfach machen – einfach Europa machen“, in: *agora* 42 3/2017 vom 25. September 2017, Menasse noch jüngst in: *FAZ* vom 22. August 2018.

14 Vgl. Interview des finnischen Staatspräsidenten Sauli Niinistö, in: *FAZ* vom 15. September 2018.

AUFSÄTZE

1968 und die Bewältigung der Diktatur im Spiegel der Demoskopie

Thomas Petersen

Wer im Frühjahr 2018 die Berichterstattung führender Massenmedien verfolgte, konnte den Eindruck gewinnen, die Studentenrevolte um das Jahr 1968 sei ein riesiges, einschneidendes Ereignis von großer gesellschaftlicher Tragweite gewesen, gleichsam ein zweites Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland. Die Studenten hätten als erste mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus begonnen, hätten die westdeutsche Gesellschaft von autoritären Strukturen und von einer erdrückenden gesellschaftlichen Atmosphäre der Adenauer-Jahre befreit. Erst sie hätten die Bundesrepublik Deutschland in eine wahre Demokratie überführt, Westdeutschland zu einem freien Land gemacht. So beschreibt der Theaterregisseur Benjamin Korn in der „Zeit“ die Proteste von 1968 als eine humanistische Bewegung, die – trotz mancher Irrtümer – vor allem die Freiheit der Menschen im Sinn gehabt habe.¹ Stephan Hebel schreibt in der Frankfurter Rundschau von einem „Liberalisierungsprojekt“.² Ebenfalls in der Frankfurter Rundschau stellt der Schriftsteller Peter Schneider in einem Interview, in dem er sich sonst durchaus sehr differenziert zur Revolte äußert, fest, dass die alte Bundesrepublik vor 1968 „von Nazis dominiert“ gewesen sei, ganz nüchtern, als handele es sich um eine unstrittige Tatsache.³ Vielleicht am plakativsten fasst der Satiriker Pit Knorr in einem Interview in der FAZ den Tenor dieser offenbar unter ehemaligen Teilnehmern, Zeitzeugen und jüngeren Intellektuellen verbreiteten Perspektive zusammen: „Damals ist die Bundesrepublik erwachsen und glaubwürdig geworden. Aber vorher – mein Gott, dieser Fünfziger-Jahre-Muff!“⁴

Es soll an dieser Stelle nicht der Frage nachgegangen werden, ob diese Perspektive historisch korrekt ist – dem Autor scheinen da erhebliche Zweifel angebracht –, sondern stattdessen, ob sie mit der Wahrnehmung der Bevölkerung

- 1 Vgl. Benjamin Korn: Mein 68, in: Die Zeit vom 8. Mai 2018.
- 2 Stephan Hebel: Weder Heldenverehrung noch Veteranen-Bashing, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Januar 2018. <http://www.fr.de/politik/zeitgeschichte/die68er/die-68er-weder-heldenverehrung-noch-veteranen-bashing-a-1417747> (Abruf 25. Mai 2018).
- 3 Peter Schneider: „Mit einem Urmisstrauen erwachsen geworden“, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 2017. <http://www.fr.de/politik/zeitgeschichte/die68er/peter-schneider-zur-68er-bewegung-mit-einem-urmisstrauen-erwachsen-geworden-a-1367353,0#artpa-ger-1367353-1> (Abruf 25. Mai 2018).
- 4 Der Weiberrat war mir näher als der SDS, in: FAZ vom 3. April 2018.

übereinstimmt. Bei Fragestellungen wie diesen zeigt sich, wie wichtig repräsentative Bevölkerungsumfragen für die Erforschung der Zeitgeschichte sind. Sie sind nicht nur eine illustrierende Ergänzung zu den traditionellen Quellen des Historikers, sondern sie sind eine Quelle eigener Bedeutung, nicht selten sogar ein notwendiges Korrektiv zu den anderen Formen der Überlieferung, denn sie bieten Informationen, die in aller Regel mit keiner anderen Quelle zu gewinnen sind. Nur mit ihrer Hilfe können wirklich unabhängige Informationen darüber gewonnen werden, wie die Bevölkerung eines Landes zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte gefühlt und gedacht hat. Keine interpretierende Zwischeninstanz, keine Auswahl eines Schriftstellers, keine Deutung eines Zeitungsredakteurs schiebt sich zwischen den Betrachter der Umfrageergebnisse und die befragte Bevölkerung. Und aus deren Perspektive stellt sich manches historische Ereignis etwas anders dar als aus dem Blickwinkel der Chronisten. Das gilt zumindest teilweise auch für die Studentenrevolte vor 50 Jahren.

1968 im Rückblick

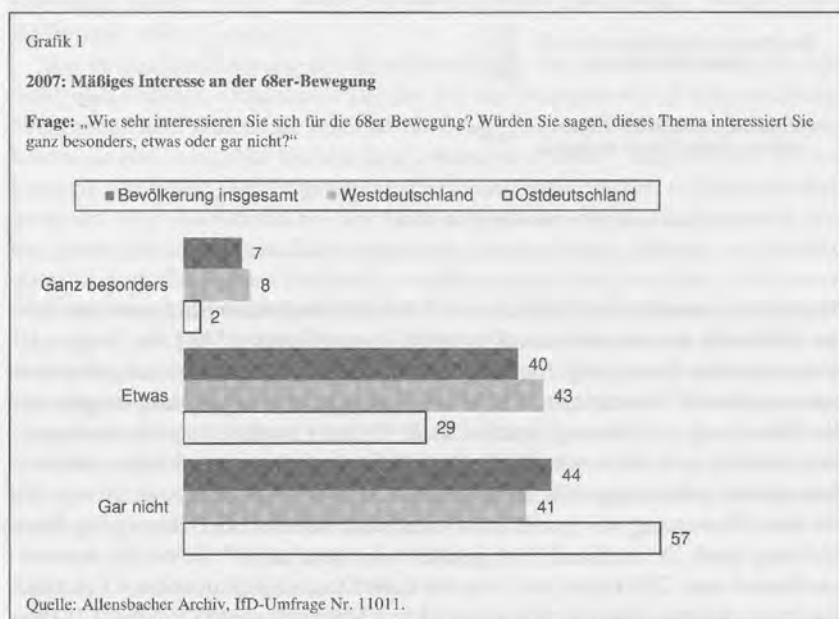
Der 68er-Bewegung wird heute allgemein eine große Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft zugesprochen, und zumindest als Symbol für eine bestimmte linke, die folgenden Jahrzehnte prägende Kultur war sie ohne Zweifel wichtig, andernfalls würde heute nicht so intensiv und vor allem so hitzig über das Thema diskutiert werden. Mit gutem Grund verweist Stephan Hebel in der Frankfurter Rundschau auf die aggressive Rhetorik von Vertretern der AfD gegen das „links-rot-grün-versifft 68er-Deutschland“ und schreibt: „Die Propheten der politisch-gesellschaftlichen Restauration arbeiten sich bis heute an 1968 ab. Kann es ein besseres Zeugnis geben für die nachhaltige Wirkung der Studentenrevolte?“⁵

Doch die Hitzigkeit von Teilen der öffentlichen Diskussion über die 68er-Revolte und das Engagement, mit dem viele Intellektuelle das Thema heute behandeln, verdeckt die Tatsache, dass die Bevölkerung nachträglich eher kühl und vor allem wenig interessiert auf die Ereignisse von 1968 blickt. Es sind Minderheiten, die 1968 die Bedeutung beimessen, die ihnen die Akteure und ihre Chronisten sowie damalige und heutige Gegner in den Medien zuschreiben, und auch die Erzählung, wonach es sich um eine fundamentale, das Land völlig umkrempele Liberalisierungs- und Demokratisierungsbewegung gehandelt habe, findet allenfalls mäßige Zustimmung bei den Deutschen.

Erkennbar wird dies an den Ergebnissen zweier Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem vergangenen Jahrzehnt, eine aus

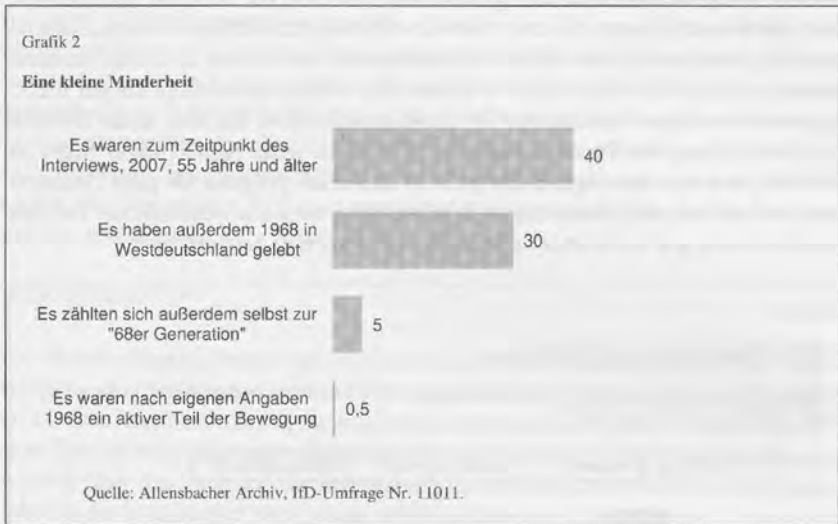
5 Stephan Hebel: Weder Heldenverehrung noch Veteranen-Bashing, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Januar 2018.

dem Jahr 2001, eine weitere aus dem Jahr 2007. Letztere Umfrage enthielt unter anderem die Frage „Wie sehr interessieren Sie sich für die 68er Bewegung? Würden Sie sagen, dieses Thema interessiert Sie ganz besonders, etwas oder gar nicht?“ Grafik 1 zeigt das Ergebnis dieser Frage: Lediglich 7 Prozent der Befragten sagten, das Thema interessiere sie ganz besonders, 40 Prozent rangen sich immerhin zu der Aussage durch, es interessiere sie etwas. Eine relative Mehrheit von 44 Prozent winkte gänzlich ab. Dabei ist die Tatsache festzuhalten, dass die Beschäftigung mit der 68er-Revolution nahezu allein eine westdeutsche Angelegenheit ist. In den neuen Bundesländern antwortete dementsprechend auch eine klare Mehrheit von 57 Prozent, das Thema interessiere sie gar nicht. Eigentlich ist dieser Befund eine Selbstverständlichkeit, die aber in der Debatte um die Wirkung der Proteste meistens übersehen wird: Aus heutiger Sicht ist 1968 allein schon deswegen nicht ganz so universell prägend für ganz Deutschland, wie es ihm manchmal zugeschrieben wird, weil ein wesentlicher Teil des Landes davon gar nicht (oder allenfalls sehr indirekt) berührt war.



Doch auch im Westen ist die Zahl derjenigen, die persönlich mit der Studentenrevolte verbunden waren, sehr überschaubar. Zum Zeitpunkt der Befragung, im Oktober 2007, waren 40 Prozent der Befragten 50 Jahre und älter, drei Viertel davon gaben an, sie hätten 1968 in Westdeutschland gelebt. Von diesen 30 Prozent der Gesamtbevölkerung sagte jeder Sechste, er zähle sich selbst zur

„68er Generation“. Von diesen sagten wiederum elf Prozent, sie seien 1968 ein aktiver Teil der Bewegung gewesen. Das entspricht 0,5 Prozent der deutschen Bevölkerung im Jahr 2007 insgesamt (Grafik 2). Bei der Lektüre vieler 50 Jahre nach den Ereignissen erschienener Rückblicke kann man leicht den Eindruck gewinnen, es habe sich bei der Studentenrevolte um eine Massenbewegung gehandelt, den Aufstand einer ganzen Generation. Doch dieser Eindruck täuscht.



Auch die Sympathie der Deutschen mit den rebellierenden Studenten des Jahres 1968 hält sich rückblickend in recht engen Grenzen. Auf die Frage „Ist Ihnen die 68er Bewegung von heute aus gesehen eher sympathisch oder eher unsympathisch?“ antworteten 2007 33 Prozent der Bevölkerung insgesamt, die Bewegung sei ihnen sympathisch, 28 Prozent fanden sie unsympathisch, eine relative Mehrheit von 39 Prozent äußerte sich unentschieden. In Ostdeutschland gaben sogar 58 Prozent diese Antwort. Bei der Frage „Wenn Sie die 68er Bewegung von heute aus betrachten: Hat die 68er Bewegung Ihrer Meinung nach Deutschland eher genutzt oder geschadet?“ fielen die Antworten ähnlich aus: 28 Prozent meinten sie habe Deutschland genutzt, 17 Prozent glaubten, sie habe eher geschadet, eine klare Mehrheit von 55 Prozent (71 Prozent im Osten) wick auf die Antwortmöglichkeiten „Weder noch“ oder „Unentschieden“ aus.⁶ Derart hohe „Unentschieden“-Angaben sind in der Umfrageforschung ein sicheres Zeichen dafür, dass sich weite Teile der Bevölkerung

6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10011.

über dieses Thema wenig Gedanken gemacht und deswegen auch keine ausgeprägte Meinung darüber haben.

Die Umfrage aus dem Jahr 2001 befasste sich darüber hinaus etwas detaillierter mit den Motiven und Zielen der Studenten. So lautete eine Frage „Wollten die 68er eine antikapitalistische Revolution durchführen, oder wollten sie ihre Ziele im Rahmen de Grundgesetzes, der deutschen Verfassung erreichen?“ Die Antworten zeigten, dass die rückwirkende Deutung, wonach es den Protestierenden um eine Stärkung der Demokratie gegangen sei, bei den Bürgern nur wenig Glaubwürdigkeit hatte: 36 Prozent meinten, die 68er hätten eine anti-kapitalistische Revolution im Sinn gehabt, nur 25 Prozent glaubten, sie hätten ihre Ziele im Rahmen des Grundgesetzes verfolgen wollen. Auch die These, wonach sie die Aufklärung über den Nationalsozialismus in Gang gebracht hätten, nimmt die Bevölkerung den „68ern“ nicht ab. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Die 68er wollten aufklären über den Nationalsozialismus, darum griffen sie ihre Eltern an.‘ Finden Sie der hat recht oder nicht recht?“ Gerade 18 Prozent der Befragten antworteten: „Er hat recht“, 42 Prozent widersprachen.⁷

Von einer Glorifizierung der 68er-Bewegung war die Bevölkerung im Jahr 2001 weit entfernt. Trotz dieser Distanz fiel das Gesamturteil 33 Jahre nach den Ereignissen aber eher milde aus: Auf die Frage „Waren die 68er ernstzunehmen, waren sie eine wirkliche Gefahr für die Bundesrepublik?“ antworteten 27 Prozent, sie seien eine Gefahr gewesen, 45 Prozent meinten, das sei nicht der Fall gewesen. Und die Gewalt bei den Demonstrationen wurde rückblickend eher als Ausrutscher gedeutet. Dies zeigte sich bei der Frage „Haben die 68er mit allen Mitteln die Polizei bekämpft, wollten sie sie fertigmachen, oder waren das nur Gewaltausbrüche, wie sie bei Demonstrationen leicht vorkommen?“ Eine klare relative Mehrheit von 47 Prozent meinte, das seien Ausbrüche, wie sie bei Demonstrationen leicht vorkommen. Nur 27 Prozent widersprachen.⁸ Bei allen diesen Fragen bestätigen die hohen „Unentschieden“-Werte, dass das Thema die Bürger weitaus weniger stark beschäftigte als manche Feuilleton-Redaktion. 1968 – das war im Rückblick für die meisten Bürger offensichtlich ein eher nachrangiges Ereignis – den meisten nicht besonders sympathisch, aber auch nicht besonders besorgniserregend.

1968 aus der Perspektive von 1968

Ein anderes Bild zeichnen die Umfragen aus dem Jahr 1968 selbst. Die Zeitgenossen reagierten keineswegs so ruhig und abgeklärt auf die Ereignisse, wie es die Reaktionen der Befragten drei, vier Jahrzehnte später vielleicht vermuten

7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7004.

8 Ebd.

ließen. Als die Studentenproteste stattfanden, beherrschten sie offensichtlich die öffentliche Diskussion und lösten bei der Bevölkerung erhebliche Sorgen aus. Einen ersten Hinweis hierauf bietet eine Auszählung der Themen, die in den Allensbacher Bevölkerungsumfragen im Jahr 1968 behandelt wurden. Eine solche Auszählung ist bei zeithistorischen Analysen manchmal ebenso aufschlussreich wie der konkrete Inhalt der Fragen und ihre Ergebnisse. Die Entscheidung, ein bestimmtes Thema im Fragebogen zu berücksichtigen oder auch nicht, zeigt, für wie wichtig die Forscher in der betreffenden Zeit das Thema gehalten haben. Gelegentlich werden dabei auffallende Differenzen zwischen der damaligen und der späteren Einschätzung seiner Relevanz erkennbar. Ein Beispiel ist der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, der von der Bevölkerung mit großer Anteilnahme verfolgt, aber schon bald nach seiner Niederschlagung regelrecht vergessen wurde und von da an in der öffentlichen Diskussion praktisch keine Rolle mehr spielte. Obwohl der 17. Juni in der Bundesrepublik Deutschland zum Nationalfeiertag erklärt wurde, finden sich selbst zu den großen runden Gedenktagen nur sehr wenige Fragen zu diesem Thema im Archiv des Instituts.⁹

Das ist deswegen bemerkenswert, weil das Archiv des Instituts für Demoskopie Allensbach sonst eine recht verlässliche Quelle für Ereignisse der Zeitgeschichte ist. Seit dem Jahr 1949 verwirklicht das Institut mindestens einmal pro Monat eine bevölkerungsrepräsentative Mehrthemenumfrage mit jeweils 1.000 bis 2.000 Befragten im Alter ab 16 Jahren. Mehrthemenumfrage bedeutet, dass die Fragen zu verschiedenen Forschungsprojekten in einem Fragebogen zusammengeführt werden. Da das Allensbacher Institut seit seiner Gründung sich stets auch seiner Chronistenpflicht bewusst war, wurden und werden immer auch Fragen aufgenommen, die nicht Gegenstand eines Forschungsprojekts sind, sondern die allein zu Zwecken der zeitgeschichtlichen Dokumentation gestellt wurden.

Die Studentenumruhen haben nun, anders als der 17. Juni, durchaus tiefe Spuren im Allensbacher Archiv hinterlassen. Im Verlauf des Jahres 1968 gab es 12 Allensbacher Repräsentativumfragen mit zusammengenommen rund 850 Fragen. Davon befassten sich 26 mit einzelnen Politikern, vor allem mit der Popularität von Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt. Dann bereits, an zweiter Stelle der Rangliste, folgten Fragen zu den Studentenumruhen, gleichauf mit den damals die Debatte beherrschenden großen außenpolitischen Themen wie der Ostpolitik. Jeweils 20 Fragen waren diesen Themenkomplexen gewidmet. Der „Prager Frühling“ schlug sich dagegen nur mit acht Fragen im Allensbacher Archiv nieder (Grafik 3).

9 Vgl. Thomas Petersen: 17. Juni, der „Wartesaal der Geschichte“ und die Schatten der Diktatur, in: Tilman Mayer (Hg.): Im „Wartesaal der Geschichte“. Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit. Baden-Baden 2014, S. 147–168.

Grafik 3

1968: Fragen in den Allensbacher Fragebogen

Zahl der Fragen zu den betreffenden Themen in den bevölkerungsrepräsentativen Mehrthemenumfragen Januar bis Dezember 1968



Wie sehr die Studentenrevolte damals die Bevölkerung beschäftigte, zeigen die Antworten auf eine im Mai 1968 gestellte Frage, bei der die Befragten gebeten wurden anzugeben, über welche Dinge sie sich in letzter Zeit einmal Gedanken gemacht hätten. Dazu wurde eine Liste mit privaten wie auch tagespolitischen Themen zur Auswahl überreicht. 59 Prozent der Befragten sagten, sie hätten in letzter Zeit über die Studentenunruhen nachgedacht. Erst dann, an zweiter Stelle der Rangliste, folgte der Punkt „Über meine Gesundheit“ (Grafik 4). Bei einer anderen, ebenfalls im Mai 1968 gestellten Frage überreichten die Interviewer Karten mit Aussagen über das Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die Befragten wurden gebeten, alle Aussagen auszusortieren, die ihrer Ansicht nach zutreffen. 72 Prozent sortierten daraufhin die Karte mit der Aufschrift „Die Verbrechen nehmen immer mehr zu“ aus – übrigens ein gutes Beispiel dafür, wie stabil manche Vorstellungen der Bevölkerung sind: 2017 sagten in einer Allensbacher Umfrage 77 Prozent, sie machten sich Sorgen darüber, dass Gewalt und Kriminalität zunähmen.¹⁰ An zweiter Stelle stand die Aussage „Jeder kann

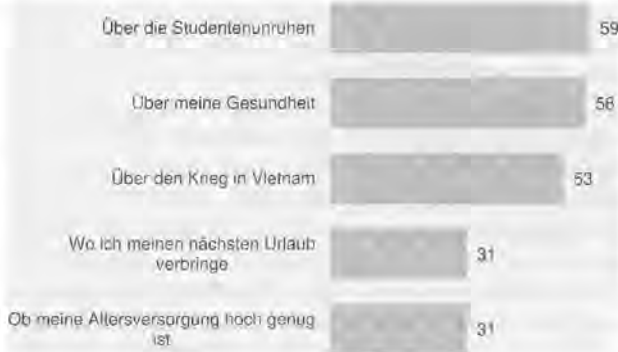
¹⁰ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11066.

bei uns frei seine Meinung sagen“ (69 Prozent). Dann bereits, an dritter Stelle der Rangliste folgten, gleichauf mit jeweils 55 Prozent, die Punkte „Durch die Studentenunruhen sind Sicherheit und Ordnung gefährdet“ und „Unsere Polizei kann sich gegen Demonstrationen und Unruhen oft nicht durchsetzen“. Der Aussage „Unserer Demokratie drohen von links und rechts Gefahren; wir gehen unsicheren Zeiten entgegen“ stimmten immerhin 42 Prozent der Befragten zu.¹¹

Grafik 4

1968: Themen, zu denen man sich Gedanken macht

Frage: „Es kommt ja immer wieder vor, das man sich über diese oder jene Frage Gedanken macht. Wenn Sie das hier einmal durchsehen – ist da etwas dabei, worüber Sie in letzter Zeit öfter mal nachgedacht haben?“ (Listenvorlage)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 2041.

Die Sympathie der Bevölkerung für die protestierenden Studenten hielt sich offensichtlich in engen Grenzen. Gerade 12 Prozent sagten im Mai/Juni 1968, sie hätten von Rudi Dutschke eine gute Meinung, 57 Prozent hatten dagegen keine gute Meinung von ihm. Und auf die Frage „Wie hat sich unsere Regierung bei den letzten Studentenunruhen verhalten: zu hart, zu weich oder gerade richtig?“ antworteten ebenfalls im Mai/Juni 1968 41 Prozent, die Regierung habe zu weich reagiert, nur 14 Prozent fanden die Reaktion zu hart.¹² Auch mit den Zielen der Studenten konnte eine große Mehrheit nicht viel anfangen. Während, wie gesehen, mehr als zwei Drittel der Deutschen eine Meinung über Rudi Dutschke äußern konnten, waren es bei Axel Springer nur 44 Prozent, wobei die Urteile hier ausgeglichen waren: Jeweils 22 Prozent sagten, sie hätten von

11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 2041.

12 Ebd.

Springer eine gute beziehungsweise keine gute Meinung. Eine klare Mehrheit von 56 Prozent äußerte sich unentschieden oder gab rundheraus zu, den Verleger nicht zu kennen. Von denen, die eine Meinung zu Springer hatten, unterstützten gerade 18 Prozent, die Forderung der Studenten, ihn zu enteignen – das entsprach 8 Prozent aller Befragten.

Die negativen Urteile der Bevölkerung lassen sich auch nicht mit dem Argument erklären, es habe ein weit verbreitetes reaktionäres, intolerantes Klima geherrscht, das die Studenten ja gerade aufbrechen wollten. Von Intoleranz ist in den Reaktionen der meisten Befragten jedenfalls nicht viel zu erkennen. Im Gegenteil: Auf die Frage, ob der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) verboten werden solle, stimmte eine klare Mehrheit von 50 zu 28 Prozent dagegen. Der Vorschlag, dem SDS, wie vielen anderen Jugend- und Studentenorganisationen, staatliches Geld für ihre Arbeit zukommen zu lassen, ging den meisten allerdings dann aber doch zu weit: Lediglich 28 Prozent konnten sich mit dem Gedanken anfreunden, dass der Staat seine eigenen Gegner finanziert.¹³

Die Reaktionen der Befragten im Jahr 1968 sind durchzogen von Befremden und Besorgnis angesichts der Proteste, aber auch von dem Gefühl, allzu schlimm werde es am Ende doch nicht kommen. Aufschlussreich sind hier die Antworten auf eine Frage aus einer Umfrage vom Juni 1968, deren Fragebogen unter dem Eindruck der Krawalle in Paris entstanden ist. Nach einigen vorhergehenden Fragen, ob man etwas von den Ereignissen in Frankreich gehört habe, wurden im Fragetext die Auswirkungen der Unruhen beschrieben: „Das ganze öffentliche Leben in Frankreich wurde durch die politischen Unruhen lahmgelegt: Staatliche Gebäude waren von Demonstranten besetzt, der Flug- und Eisenbahnverkehr ruhte, das Benzin wurde knapp, die Banken zahlten kein Geld mehr aus.“ Daran schloss sich die eigentliche Frage an: „Glauben Sie, dass sich so etwas in der nächsten Zeit auch in Deutschland ereignen könnte, oder halten Sie das nicht für wahrscheinlich?“ Gerade 25 Prozent der Befragten konnten sich vorstellen, dass die Proteste auch in Deutschland derart ausufern könnten. 57 Prozent meinten dagegen, sie hielten das nicht für wahrscheinlich.¹⁴

Immerhin aber waren die Proteste doch so eindrucksvoll, dass sie das Bild der Studenten bei der Bevölkerung vollkommen überschatteten. Dies zeigt sich an den Ergebnissen eines Assoziationstests, bei dem die Interviewer nacheinander verschiedene Begriffe vorlasen und die Befragten baten, spontan zu sagen, was ihnen zu diesen Begriffen einfiel. Anders als bei Umfragen sonst meist üblich, gab es keine Antwortvorgaben zur Auswahl. Die Befragten formulierten ihre Antworten ganz frei. Erst nachträglich wurden diese Antworten dann in Kategorien zusammengefasst. Grafik 5 zeigt das Ergebnis dieses Tests: Fast zwei Drittel der Befragten sagten, beim Stichwort „Studenten“ dächten

13 Ebd.

14 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 2042.

sie an Unruhen, Demonstrationen oder Revolution. Daran, dass das Stichwort „Studenten“ etwas mit Intelligenz, Bildung oder Wissen zu tun haben könnte, dachten spontan gerade 6 Prozent der Befragten.

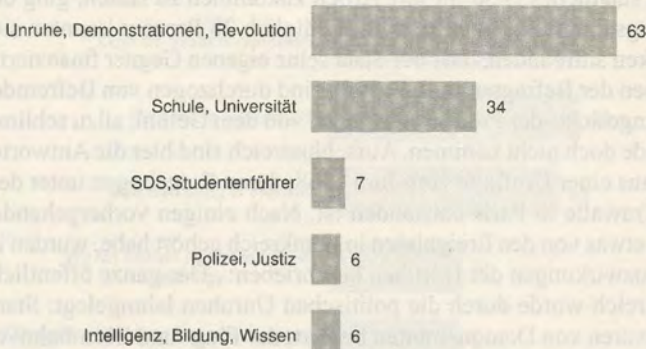
Grafik 5

1968: Assoziationen zu Studenten

Frage: „Darf ich Sie wohl bitten, bei einem interessanten Spiel mitzumachen? Ich lese Ihnen jetzt einige Wörter vor, und Sie sagen mir immer, was Ihnen alles dazu einfällt (...).“

...Studenten“ (Offene Frage, keine Antwortvorgaben)

– Auszug aus den Angaben –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11011.

Die Bewältigung der Diktatur

Einer der bemerkenswertesten Befunde der Umfragen aus dem Jahr 1968 ist, dass die westdeutsche Bevölkerung die Studentenproteste in Deutschland zwar offensichtlich überwiegend als besorgniserregend empfand, letztlich aber doch das Gefühl hatte, dass die Situation in Frankreich dramatischer sei als in der Bundesrepublik. Diese Wahrnehmung kontrastiert auffällig mit der rückwirkenden Beurteilung durch wesentliche Beteiligte. Daniel Cohn-Bendit, 1968 der prominenteste Anführer der französischen Studentenproteste, sagte im Frühjahr 2018 bei einem Interview mit dem Deutschlandfunk mit Blick vornehmlich auf Frankreich, die Revolte habe letztlich eine gesellschaftliche Entwicklung befördert, die aber in jedem Fall stattgefunden hätte. Weder diejenigen, die heute die Ereignisse von 1968 mystifizierten noch diejenigen, die in ihr die Quelle

allen Übels sähen hätten, recht: „Also, wenn junge Migranten heute, sagen wir, sich schlecht benehmen, dann ist es die Schuld von Cohn-Bendit, der schon damals gesagt hat, ihr müsst euch schlecht benehmen. Das ist so absurd. Oder wir haben die Schulen kaputtgemacht, wir haben die Familien kaputtgemacht. Wir haben eh alles kaputtgemacht. Dies alles ist genauso Unsinn wie diejenigen, die sagen, wir werden schon irgendwann mal die richtige Revolution machen. Und deswegen sage ich irgendwie, das ist vorbei. ‚68‘ ist vorbei.“¹⁵

Der Historiker Götz Aly, der um 1968 an den Studentenprotesten beteiligt war, sagte ebenfalls im Frühjahr 2018 im Deutschlandfunk mit Blick auf die damalige Lage in Deutschland: „Es ist sehr viel härter verlaufen als in Frankreich. In Frankreich war das nach zwei Jahren verschwunden und die Leute waren wieder im französischen Bürgertum, wie vorher auch ihre Familien. Da hat sich nichts geändert. Es war eine kurze romantische Revolte. In Deutschland ging das sehr viel länger und in allen Staaten, die den Zweiten Weltkrieg begonnen und vom Zaun gebrochen hatten – und das sind Deutschland, Italien und Japan. Das scheint mir ganz entscheidend. Und da spiegelt sich eben diese negative Kontinuität, mit der wir uns auseinandersetzen mussten.“¹⁶

Auch die Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach deuten darauf hin, dass die gesellschaftlichen Umwälzungen, die man gemeinhin mit der Studentenrevolte 1968 verbindet, in Deutschland wesentlich grundlegender waren als in Frankreich und in vielen anderen Ländern, und dass dies, wie Aly vermutet, eine Spätfolge der Diktatur und des Zweiten Weltkriegs sein könnte. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass die besondere Schärfe des Generationenkonfliktes in den 1960er Jahren etwas mit der Bewältigung des Dritten Reichs zu tun hatte, wenn auch auf andere Weise als oft angenommen wird: Wenn man die Studentenrevolte nicht isoliert betrachtet, sondern in einen größeren Zusammenhang eingebettet als Ausdruck und Höhepunkt eines längeren gesellschaftlichen Prozesses, dann erst wird ihre ganze Tragweite deutlich.

Wer die Anfänge dieser Entwicklung sucht, muss nicht bei 1968 ansetzen, sondern ein Jahrzehnt vorher, in den späten 1950er Jahren. In diese Zeit fallen die ersten Hinweise auf sich allmählich aufbauende Konflikte zwischen der jungen und der älteren Generation, zunächst anhand von scheinbar harmlosen Details: Man könnte an den Rock'n Roll denken, an das Stichwort der „Halbstarcken“ oder an den amerikanischen Schauspieler James Dean, der als Symbolfigur einer rebellischen Jugend empfunden wurde und dessen Filmplakate bis

15 Daniel Cohn-Bendit: Was aus dem Mai 1968 für heute folgte. Interview Deutschlandfunk vom 15. April 2018. http://www.deutschlandfunk.de/vom-mythos-zum-ereignis-1-2-was-aus-dem-mai-1968-fuer-heute.1184.de.html?dram:article_id=412394 (Abruf 12. Juni 2018).

16 Götz Aly: „Verdienste der 68er sind deutlich kleiner, als es sich viele einbilden.“ Interview Deutschlandfunk vom 13. Mai 2018. http://www.deutschlandfunk.de/50-jahre-68er-bewegung-verdienste-der-68er-sind-deutlich.868.de.html?dram:article_id=417800 (Abruf 12. Juni 2018).

heute in manchen Studenten-Wohngemeinschaften hängen. Die aus heutiger Sicht etwas nostalgisch wirkende Ästhetik jener Jugendkultur verdeckt die Dramatik der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die sich damals in Westdeutschland ankündigte. Binnen 15 Jahren sollte sich das Wertesystem der Bevölkerung deutlich verschieben.

Platon schrieb bereits im 4. Jahrhundert vor Christus, man müsse sich vor „Neuerungen der Musik“ in Acht nehmen, denn dadurch geriete alles in Gefahr. Nirgends werde an den Gesetzen der Musik gerüttelt, ohne dass auch die höchsten Gesetze des Staates ins Wanken gerieten.¹⁷ Und tatsächlich waren es zunächst ästhetische Änderungen, die den gesellschaftlichen Wandel ankündigten: Der Musikgeschmack der Jugendlichen wandelte sich, die Wohnzimmer veränderten ihr Aussehen,¹⁸ die Mode unter jungen Leuten sonderte sich von der der Älteren ab. Symptomatisch waren die in den frühen 1960er Jahren mit aus heutiger Sicht nicht mehr verständlicher Aufgeregtheit diskutierten Frisuren der Beatles. Man fragt sich, was an dieser etwas betulichen Haartracht denn so schlimm gewesen sein soll, doch die Älteren spürten, dass hier weit mehr in Gang war als ein bloßer Wechsel der Mode.

Doch erst ein Jahrzehnt später, rund um 1968, waren die Veränderungen so deutlich geworden, dass sie für viele Menschen offensichtlich wurden, und nun entdeckten auch die Sozialwissenschaftler die ganze Tragweite des Wandels. 1967 war in einer Allensbacher Repräsentativumfrage die Frage gestellt worden: „Wir haben eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben mit auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten Sie für besonders wichtig?“ Auf der Liste standen 15 Erziehungsziele wie Höflichkeit und gutes Benehmen, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun. Die meisten dieser Ziele fanden bei den Befragten großen Zuspruch.

Fünf Jahre später, 1972, wurde die Frage unverändert wiederholt. Doch die Antworten unterschieden sich deutlich von denen des Jahres 1967. Es zeigte sich das, was der Speyerer Sozialwissenschaftler Helmut Klages später den „Wertwandlungsschub“ genannt hat¹⁹: Binnen weniger Jahre war die Zustimmung zu dem, was 250 Jahre lang als bürgerliche Tugenden galt, deutlich gesunken. Der Abbau hatte sich in allen sozialen Schichten vollzogen und stets am radikalsten bei denen, die jünger waren als dreißig Jahre. Noch 1967 meinten immerhin 81 Prozent der Unter-30jährigen, Kinder sollten im Elternhaus Höflichkeit und gutes Benehmen lernen; 1972 waren es nur noch 50 Prozent. Im gleichen Zeit-

17 Platon: *Der Staat*. Stuttgart 1949, S. 119.

18 Der Einzug des Bauhauses in die Wohnzimmer, in: Elisabeth Noelle-Neumann/ Renate Köcher (Hg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997*. Bd. 10. München/Allensbach 1997, S. 382–387.

19 Helmut Klages: *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt/Main 1984, S. 123.

raum sank die Zustimmung zu der Aussage, man solle die Kinder dazu erziehen, ihre Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu tun, von 71 auf 52 Prozent. Auch andere Trendfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigten, dass die Bevölkerung ihre Einstellung zu einer Vielzahl von Themen radikal geändert hatte, und zwar in der Politik, im Verhältnis zur Kirche und in den Normen, ganz besonders in den Sexualnormen. Das war weit mehr als die Ablösung einiger überkommener Erziehungsziele durch neue. Es änderte sich der gesamte Zeitgeist: Zum ersten Mal wurden Regeln der Lebensführung in Frage gestellt, die seit den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unangefochten schienen. Diese Veränderung ist unter dem Stichwort „Wertewandel“ in die Geschichte der Sozialwissenschaften eingegangen.²⁰

Wenn eine Gesellschaft ihre Normen und Werte ändert, dann ist dies besonders deutlich an der jungen Generation zu erkennen. Sie gibt die Richtung vor, in der sich die Gesellschaft bewegt. Und so war es keine Überraschung, als sich im Jahr 1982 bei einer großen internationalen Studie zeigte, dass der ungewöhnlich stark ausgeprägte Wertewandel in Deutschland von erheblichen atmosphärischen Störungen zwischen den Generationen begleitet wurde. Eine Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang lautete: „In welchen Bereichen haben beziehungsweise hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“ Dazu wurde eine Liste mit fünf Themen zur Auswahl vorgelegt: Einstellungen zur Religion, Moralvorstellungen, Einstellungen gegenüber anderen Menschen, politische Ansichten und Einstellungen zur Sexualität.

Besonders aufschlussreich war der Anteil derjenigen, die auf diese Frage antworteten, in keinem dieser Bereiche stimmten sie mit ihren Eltern überein, oder sie wüssten nicht, in welchen dieser Bereiche sie mit Ihren Eltern übereinstimmten – letztere Antwort muss angesichts des Umstandes, dass es sich bei den vorgelegten Themen um fundamentale Lebenseinstellungen handelt, als Zeichen äußerster Distanz gedeutet werden. Die Zahl derjenigen, die eine dieser beiden Antworten gaben, war in Westdeutschland mit 23 Prozent größer als in anderen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten.²¹ In der jüngeren Generation waren es 26 Prozent. In den kommenden Jahren sollte der Wert zeitweise auf deutlich über 30 Prozent ansteigen, bevor er Ende der 1990er Jahre auf ein im internationalen Vergleich unauffälliges Niveau von deutlich unter 20 Prozent zurückfiel. Die Kette der Belege ist nicht lückenlos, doch es sieht so aus, als habe die Phase der Generationskonflikte in Westdeutschland ziemlich genau 40 Jahre andauert, so lange, bis die junge Generation der Anfangszeit selbst zur Großelterngeneration geworden war.

20 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*. Zürich 1978.

21 Renate Köcher: *Familie und Gesellschaft*, in: Noelle-Neumann/Köcher (Hg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997*, S. 74–163, 101.

In den Jahren 1990 bis 1992 wurde die große internationale Studie, bei der ein Jahrzehnt zuvor die westdeutsche Generationsklufft entdeckt worden war, wiederholt, und dabei gab es zwei überraschende Ergebnisse. Zum einen zeigte sich, dass der Wertewandel, der sich in Westdeutschland kontinuierlich über zwei Jahrzehnte hinweg fortgesetzt hatte, in den neuen Bundesländern nicht stattgefunden hatte. Die Haltung der Ostdeutschen zu traditionellen bürgerlichen Tugenden glich auffallend der Einstellung der westdeutschen Bevölkerung in den 1950er Jahren. Eine Generationsklufft war nicht erkennbar. Dennoch stand Westdeutschland nicht mehr allein: Mit Spanien war ein weiteres Land hinzugekommen, das nun einen auffallend starken Generationskonflikt aufwies.²² War das Zufall? Es drängte sich eine Parallele zwischen Westdeutschland und Spanien auf: In beiden Ländern traten die Generationskonflikte etwa eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur auf, zu dem Zeitpunkt, an dem die erste Generation in Freiheit herangewachsen war. Könnte es also sein, dass es nach dem Ende einer Diktatur zu Kommunikationsproblemen zwischen den Generationen kommt, weil Eltern und Kinder in verschiedenen Systemen geprägt wurden? Wenn dies der Fall ist, dann müsste man heute in Ostdeutschland Zeichen einer wachsenden Generationsklufft erkennen können – und tatsächlich gibt es Hinweise darauf.

Entdeckt wurden die ersten Anzeichen für weltanschauliche Generationenunterschiede in den neuen Bundesländern im Jahr 2003 bei einer Untersuchung zum Thema Freiheit,²³ in die eine Frage aufgenommen wurde, die das Allensbacher Institut bereits seit dem Jahr 1955 immer wieder repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten vorgelegt hatte. Sie lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der erste oder der zweite?“

An dieser Frage lässt sich der typische Verlauf des Wertewandels im Westen ablesen: Seit den 1960er Jahren sank dort der Anteil der Unter-30jährigen, die die Ansicht vertraten, jeder sei seines Glückes Schmied. Nach einem Jahrzehnt folgte die ältere Bevölkerung nach, wobei sich der Abstand zwischen den Generationen mindestens bis Ende der 1980er Jahre vergrößerte, bis sich die Lücke gegen Ende der 1990er Jahre allmählich wieder schloss. Seit etwa einem Jahr-

22 Allensbacher Archiv, Internationale Wertestudie 1990.

23 Thomas Petersen/Tilman Mayer: Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel? Freiburg/Breisgau 2005.

zehnt sagt die junge Generation im Westen sogar wieder etwas häufiger als die Älteren, jeder sei seines Glückes Schmied, doch die Abstände sind gering.²⁴

2003 zeigte sich nun zum ersten Mal, dass die junge Generation in den neuen Bundesländern bei dieser Frage vollkommen anders urteilte als ihre Eltern und Großeltern. Während im Westen insgesamt der Anteil derjenigen überwog, die die Meinung vertraten, jeder Mensch sei seines Glückes Schmied, neigte die ostdeutsche Bevölkerung, größtenteils sozialisiert im Wertesystem des Sozialismus, zu der Ansicht, dass die Menschen ihren äußeren Lebensumständen wehrlos ausgeliefert seien. Die unter-30jährigen Ostdeutschen dagegen sagten nicht nur wesentlich häufiger, jeder sei seines Glückes Schmied als die Befragten ab 30 Jahren, sondern sogar deutlich häufiger als ihre westdeutschen Altersgenossen. Dieser Befund hat sich seitdem bei mehreren Wiederholungen der Frage bestätigt: Zumindest in dieser einen fundamentalen Wertefrage hat sich eine deutliche Kluft zwischen den in der DDR aufgewachsenen und den in der Zeit nach der Einheit geprägten Ostdeutschen aufgetan (Tabelle 1).

Tabelle 1

Junge Ostdeutsche sagen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“

Frage: „Zwei Männer/Frauen* unterhalten sich über das Leben. Der/die erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘

Der/Die andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘

Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der/die erste oder der/die zweite?“

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %
Der/Die erste: Jeder ist seines Glückes Schmied	54	49	69	38
Der/Die zweite: Die einen sind oben, die anderen unten	31	36	22	43
Unentschieden	15	15	9	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
n =	235	984	111	481

* Männern wurde die Frage in der Variante „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben...“ gestellt, bei Frauen lautete die Formulierung: „Zwei Frauen unterhalten sich über das Leben...“

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10069, März 2011

24 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11071.

Es gibt darüber hinaus auch Anzeichen dafür, dass heute die alltäglichen Spannungen in den Familien in Ostdeutschland etwas größer sind als im Westen – jedenfalls aus Sicht der Eltern. 77 Prozent der westdeutschen Befragten mit Kindern ab 12 Jahren sagten bei einer Allensbacher Umfrage vom März 2011, sie könnten sich auf ihre Kinder verlassen. In Ostdeutschland meinten dies „nur“ 67 Prozent. Fast das gleiche Verhältnis – 77 zu 68 Prozent – gab es bei der Aussage „Wir halten gut zusammen“ zu verzeichnen. „Wir verstehen uns sehr gut“ sagten 75 Prozent der westdeutschen Eltern über ihr Verhältnis zu ihren Kindern, im Osten waren es 64 Prozent. Umgekehrt sagten 8 Prozent im Westen und 13 Prozent im Osten, bei ihnen in der Familie sei die Stimmung oft sehr angespannt.²⁵ Diese Zahlen sind alles andere als dramatisch, doch sie zeigen, dass die Kommunikation zwischen den Generationen in den Familien in Ostdeutschland offensichtlich schwerer fällt als im Westen. Und auch bei der Frage, in welchen Bereichen man mit seinen Eltern übereinstimme, die am Anfang der Entdeckung der Generationskluft stand, ist der Anteil der Unter-30Jährigen, die

Grafik 6

Die Generationskluft in West- und Ostdeutschland

Frage: „In welchen Bereichen haben/hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“ (Vorlage von 5 Bereichen: Religion, Moral, Einstellung gegenüber anderen Menschen, Politik, Sexualität)

Antwort: „In keinem Bereich“ oder „Weiß nicht“

- Befragte unter 30 Jahren -



25 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10096.

antworten: „Ich keinem Bereich“ oder „Weiß nicht“ im Osten inzwischen größer als im Westen (Grafik 6).

Man muss sich vor Augen halten, wie unterschiedlich die Welten sind, die die Eltern- und die Kindergeneration geprägt haben: In Diktaturen sind andere Verhaltensweisen üblich als in einer Demokratie. Demokratien verlangen von den Menschen Selbständigkeit, Diktaturen bestrafen sie. In autoritären Staaten werden die Menschen zu größter Vorsicht erzogen, zum Misstrauen gegenüber anderen Menschen. Demokratien leben dagegen vom Vertrauen. Auch die Sprache entwickelt sich in Diktaturen anders. Sie ist indirekter, doppelbödig. So ist es nicht verwunderlich, dass es eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende eines autoritären Regimes zwischen Eltern und Kindern zu Verständnisschwierigkeiten und gegenseitigem Misstrauen kommt. Die Bewältigung der Auswirkungen des SED-Staates auf das Alltagsleben der Menschen wird voraussichtlich noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Nach den Erfahrungen im Westen bis fast zur Mitte des 21. Jahrhunderts. Für den Blick auf 1968 aber bedeutet dieser Befund, dass die damalige Studentenrevolte nicht isoliert im Raum stand. Natürlich war sie auch das Produkt eines Zeitgeistes, der sich damals in vielen westlichen Ländern zeigte. Doch in Deutschland war sie mehr als das und konnte deswegen auch, anders als in Frankreich, nicht eine kurzfristige Episode bleiben. Sie war ein Teil, der auffälligste Höhepunkt, einer tiefen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, eines schmerzhaften Aufarbeitungsprozesses, der ein Jahrzehnt vorher begann und noch fast drei weitere Jahrzehnte andauern sollte.

Von den Schwierigkeiten einer Historisierung: Warum wir uns an „1968“ als klare Konfrontation erinnern

Philipp Gassert

In der Erinnerung zu „1968“, das meint als Kurzformel die außerparlamentarische Opposition der Neuen Linken der späten 1960er Jahre, dominieren bis heute klare Fronten und klare Zuschreibungen. Hier die Protestakteure der Neuen Linken, die mit „Mut und Zivilcourage“ Widerstand gegen die „verriegelten und repressiven Bastionen“ in einer westdeutschen Gesellschaft geleistet hätten, „die durch antikommunistische Hetzpropaganda und postfaschistische Sekundärtugenden“ wie Unterordnung, Gehorsam und Gruppenzwang zusammen geschweißt worden sei.¹ Dort ein verbohrtes „Establishment“, das sich den Herausforderungen der Modernisierung nicht oder nur verhalten gestellt, mit Polizeiknüppeln und harscher Repression den Status quo verteidigt habe, mit großem Unverständnis auf die Revolte reagierend, sowie mit „jahrelanger Hetze“ darauf aus gewesen sei, die Studierenden in die Ecke zu treiben und „fertig zu machen“.²

Dieser erinnerungskulturellen Frontstellung entspricht ein visuelles Programm, das sich tief in unser kollektives Gedächtnis eingegraben hat: Hier dynamisch, im Rhythmus lauter Rufe voranstrebende Ketten von Protestlern, Ho Chi Min-Plakate und -Gebrüll, dann gewalttätige Konfrontationen mit Ordnungshütern und Wasserwerfern; dazu kleinere performative Akte und Protestinszenierungen wie Sit-Ins, Teach-Ins und „gezielte Regelverletzungen“; ostentativ zur Schau gestellter Nonkonformismus in Hörsälen und vor Gericht, verrauchte Vollversammlungen mit männlichen Rädelsführern, Inszenierungen nackter Körper als Chiffre der „sexuellen Befreiung“; kopfschüttelnde Reaktionen des staunenden Publikums, teils Verwunderung, teils Empörung; verärgerte Professoren angesichts gesprengter Lehrveranstaltungen; Lehrer und Lehrerinnen, die nicht verstehen, was in ihre Schüler und Schülerinnen gefahren ist.³

1 So in seinen Ende 2017 erschienenen Erinnerungen der führende Aktivist des Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK) und spätere RAF-Terrorist Lutz Taufer: *Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela*. Hamburg 2017, S. 77.

2 So der Psychologe und Erziehungswissenschaftler Claus Koch: *1968. Drei Generationen – eine Geschichte*. Gütersloh 2018, S. 103.

3 Für entsprechende Beispiele und Analysen retrospektiver Konstruktionen eines visuellen „1968“ vgl. Martin Stallmann: *Die Erfindung von „1968“*. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen, 1977–1998. Göttingen 2017; für die zeitgenössische Berichterstattung Meike Vogel: *Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren*. Göttingen 2010.

Derartige Zerrbilder werden durch Filmdokumentationen, großformatige Bildbände und Ausstellungen tradiert.⁴ Der von den Journalisten Gerd Koenen und Andres Veiel 2008 herausgegebene Band „1968: Bildspur eines Jahres“ zeigt sehr gut, wie die visuelle Konstruktion von „1968“ funktioniert. Dort werden demonstrierende (männliche) Studenten und jagende Polizisten einander gegenüber gestellt. Für die „etablierte Gegenseite“ des Protests stehen Abbildungen des Schlagersängers Heintje, von Kurt Georg Kiesinger, der sich tief vor Generalissimo Franco verbeugt, und Franz Josef Strauß bei der Gamsjagd. Diese Fotos wirken so stereotyp wie die in Endlosschleife wiederholten Prügelszenen oder das schockierende Bild des erschossenen Benno Ohnesorg, das längst „kanonisch“ geworden ist, ja von Institutionen der kulturellen Vermittlung weit verbreitet wird.⁵ Szenen, wie die Polizeigewalt vor der Berliner Oper, die dann zum Tod von Ohnesorg führte, werden in Spielfilmen nachgestellt.⁶ Der Tod eines Studenten war tragisch, die Eskalation von der Berliner Polizei herbeigeführt beziehungsweise billigend in Kauf genommen worden. Aber dennoch handelte es sich um ein exzeptionelles Ereignis.⁷

Gegen diese Suggestivkraft der medial immer wieder neu inszenierten Straßenschlachten ist historisch schwer anzuschreiben. Dabei gäbe es auch Bilder, die einen anderen Umgang Anno 1968 miteinander zeigen, als die unser kulturelles Gedächtnis normierenden gewalttätigen Konfrontationen. Als Bürger der Universitätsstadt Tübingen und Vater zweier Studierender war der damalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger seit Jahren Augenzeuge des wachsenden studentischen Aktivismus geworden. 1965 hatte er sich einmal in Solidarität zu einer Gruppe demonstrierender Studierender gestellt, die „mehr Geld für die Wissenschaft“ forderten.⁸ Kurz vor den Osterunruhen, am Abend des 6. April 1968, war ihm von zwei Tübinger SDS-Vertretern, Jutta Bahr und Klaus Behn-

-
- 4 Vor allem 2008 wurden zahlreiche Ausstellungen organisiert und Bildbände auf den Markt geworfen, unter anderem Andreas Schwab u. a. (Hg.): *Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung*. Frankfurt/Main 2008; Gerd Koenen/Andreas Veiel: *1968. Bildspur eines Jahrzehnts*. Köln 2008; Michael Ruetz: *Die unbequeme Zeit. Das Jahrzehnt um 1968*. Göttingen 2008; für 2018 unter anderem Haus der Geschichte Baden Württemberg (Hg.): *... Denn die Zeiten ändern sich. Die 60er Jahre in Baden-Württemberg*. Stuttgart 2017.
- 5 Vgl. Marion G. Müller: *Der Tod des Benno Ohnesorg. Ein Foto als Initialzündung einer politischen Bewegung*, in: Gerhard Paul (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bildatlas 1949 bis heute*. Göttingen 2008, S. 338–345.
- 6 Etwa bei Stefan Aust: *Der Bader-Meinhof-Komplex. Völlig überarbeitete und ergänzte Neuausgabe* Hamburg 2008 (zuerst 1985); zu den komplexen Strängen, die zum „Ereignis“ selbst führten, siehe Eckard Michels: *Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung*. Berlin 2017.
- 7 Vgl. Sven Felix Kellerhoff: *1968 und die Medien*, in: Bernhard Vogel/Mathias Kutsch (Hg.): *40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen. Eine Streitschrift*. Freiburg/Breisgau 2008, S. 86–110.
- 8 Vgl. Albrecht Ernst (Bearb.): *Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). Rechtslehrer – Ministerpräsident – Bundeskanzler*. Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Stuttgart 2004, S. 110 (Abb. 4.20); ebenso in: *Die Politische Meinung* 519 (März/April 2013), S. 128 f.

ken, ein Mao-Bild mit der ironischen Widmung „Kraft und Freude bei der Durchsetzung der Notstandsgesetze“ persönlich überreicht worden. Ein vergnügter Kiesinger nahm das Präsent mit der Bemerkung entgegen: „Ach, Sie mit Ihrem Mao, von dem kommt ja gewiss kein Friede. Ich verstehe ja, wenn Sie gegen das Establishment sind, aber nicht mit Mao.“ Das wirkte eher komisch, visuell nicht im geringsten konfrontativ aufgeladen. Obwohl das Foto im Spiegel abgedruckt wurde, ist es nicht Teil der Erinnerung an „1968“.⁹

Doch warum überhaupt erinnern wir uns an „1968“ als klare Frontstellung? Ursächlich ist hierfür erstens, dass sich „1968“ im Kontext einer medialen Schwellensituation ereignete, die durchaus vergleichbar ist mit dem heutigen Übergang zu einer digitalen Medienwelt. In den 1960er Jahren erfolgt der Durchbruch zu einem primär auf visuellen Codes beruhenden medialen Ensemble, in dem fortan Bildjournalismus und Fernsehen die politischen Nachrichten dominierten.¹⁰ „1968“ wirkte so unerhört neu, weil dies die erste größere Protestbewegung war, die in praktisch jedes Wohnzimmer ausgestrahlt werden konnte. Weil die große Mehrheit noch wenig Übung im Umgang mit dem neuen Medium Fernsehen hatte, wurde vieles, was damals über den Bildschirm flackerte, für bare Münze genommen. „1968“ wirkt daher bis heute stärker über sein visuelles und performatives Repertoire als über die konkreten Inhalte, Motive, und politischen Verlautbarungen der Protestler. Vieles, was ein Rudi Dutschke damals sagte, ist heute kaum mehr verständlich.¹¹ Zugleich hat die Revolte eine visuelle Ästhetik, die nach wie vor „funktioniert“. Eher das „wie“, als das „was“ dominiert die retrospektive Wahrnehmung. Im Rückblick werden die Proteste um 1968 daher nicht ganz zu Unrecht als ein „Aufstand der Bilder“ erinnert.¹²

Hinzu kommt zweitens, dass sich die Proteste nicht nur im Kontext einer medialen, sondern überhaupt einer gesellschaftlichen Schwellensituation abspielten, und zwar der „langen 1960er Jahre“, für die das „kurze 1968“ mehr und mehr zum Platzhalter („Chiffre“ oder Symbol) geworden ist.¹³ „1968“ folgte

-
- 9 Vgl. Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. Stuttgart 2006, S. 620; die Abbildung in: Der Spiegel vom 15. April 1968 („Personalien“).
- 10 Vgl. Knut Hickethier: Geschichte des deutschen Fernsehens. Stuttgart 1998; Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen 2006; Joachim Scharloth: 1968. Eine Kommunikationsgeschichte. München 2011, S. 50–53.
- 11 Vgl. hierzu den Erfahrungsbericht mit heutigen Gymnasiasten von Wulf Schönbohm: Die 68er. Politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen, in: Vogel/Kutsch (Hg.): 40 Jahre, S. 16–30, hier 16.
- 12 Die Kommunikationswissenschaftlerin Kathrin Fahlenbrach spricht von der „neuen Macht der Bilder um '68“, vgl. dies.: Medien-Revoluten: Die Massenmedien als Ort der Proteste von 68, in: Schwab u. a. (Hg.): Die 68er, S. 244–253, hier 245.
- 13 Philipp Gassert: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre, in: H-Soz-u-Kult, 30.04.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001> (Abruf 30. Juli 2018); ders.: „1968“ als Wahrnehmungsrevolution: Eine kluge These, die umfassender untersucht wer-

dem Übergang zur Konsumgesellschaft auf dem Fuß. Der Kopenhagener Historiker Detlef Siegfried hat aus zwei Jahrzehnten historischer Forschung die Summe gezogen, dass die Jugendrevolte der späten 1960er Jahre zwar untrennbar verknüpft war mit den gesellschaftlichen Transformationsprozessen der „langen“ 1960er Jahre. Aber sie konnte diese Aufbrüche nicht selbst erzeugen, wie immer wieder behauptet worden ist. Vielmehr war sie „selbst schon Resultat jener Sensibilisierung für politische und gesellschaftliche Probleme, die seit den späten 1950er Jahren in der ganzen Gesellschaft vor sich ging“.¹⁴ Wie die Berliner Zeithistorikerin Judith Michel zurecht betont, schreitet die Historisierung von „1968“ voran.¹⁵ Nur leider scheint die interessierte Öffentlichkeit die abgewogenen Einschätzungen der historischen Forschung lang nicht zur Kenntnis genommen zu haben, obwohl eine nüchterne und relativierende Einordnung von „1968“ in den größeren Gang der Nachkriegsgeschichte den Stand der Forschung seit etwa zehn bis fünfzehn Jahren repräsentiert.¹⁶

Somit symbolisiert und verkürzt „1968“ heute, aufgrund fehlenden Wissens, mangelnder Einsicht und einer großen „Geschichtsvergessenheit“, die fundamentalen Umbrüche während der 1950er bis 1970er Jahre, die doch eigentlich erst die sozialen Voraussetzungen für die Protestbewegungen von „1968“ geschaffen haben. Im Grunde war die Gesellschaft schon so weit liberalisiert, dass „1968“ möglich wurde. Bei vielen nachträglichen Gegnern und Befürwortern der „Revolte“ stellte sich eine erinnerungskulturelle Routine ein, die von den historischen Ereignissen abstrahierte. „1968“ wurde stereotyp als Vorbild oder Feindbild gelobt oder verdammt und damit von beiden Seiten bewusst überschätzt und überzeichnet. Beide Seiten schrieben der Protestbewegung transformative Wirkungen zu, die viel tiefer im gesellschaftlichen Wandel gründeten und die kommunikativ zu bewältigen „1968“ half. Diese intellektuell bequeme Haltung schützte vor der Rezeption und Lektüre komplizierter

den müsste, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): „1968“ – Eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren. München 2013, S. 123–136.

14 Detlef Siegfried: 1968: Protest, Revolte, Gegenkultur. Stuttgart 2018, S. 254.

15 Judith Michel: Andauernde Deutungskämpfe. Auswahlbibliographie „1968“, in: Die Politische Meinung Nr. 548 (Januar/Februar 2018), S. 109–113, hier 112.

16 Der Forschungsstand von vor 10 Jahren ist mit Blick auf die Einbettung in den längeren Kontext in der Sache nicht überholt, hierzu Gassert: Das „kurze“ 1968; substantiell neuere Forschung seit 2010 richtet sich insbesondere auf die Erinnerung an „1968“ sowie auf geschlechtsspezifische Wahrnehmungsmuster und Erfahrungen der Revolte, vgl. Anna von der Goltz: Von alten Kämpfern, sexy Wahlgirls und zornigen jungen Frauen. Überlegungen zur Beziehung von Generationalität, Geschlecht und Populärkultur im gemäßigt-rechten Lager um 1968, in: Lu Seegers (Hg.): Hot Stuff. Gender, Populärkultur und Generationalität in West- und Osteuropa nach 1945, Göttingen 2015, S. 57–79; Christina von Hodenberg: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte. München 2018.

und in sich widersprüchlicher historischer Forschung. Erst in der jüngsten Zeit scheinen sich diese eingefahrenen Sichtweisen zu ändern.¹⁷

„1968“ hat daher die Transformationsprozesse der „langen 1960er Jahre“ erinnerungskulturell quasi kolonisiert und vereinnahmt. Streit über „1968“ ist seit den späten 1970er Jahren Streit über die Modernisierung der alten Bundesrepublik. Diese hatte sich im Jahrzehnt davor von den Gewissheiten der Industriemoderne verabschiedet, den Durchbruch zur Konsumgesellschaft zu bewältigen gehabt (einschließlich des damit einher gehenden „Wertewandels“ und des Wandels der Geschlechterrollen) und auch an einer medialen Schwellensituation gestanden, weil in den späten 1960er Jahren die politische Kommunikation auf Fernsehen und Bildjournalismus umgestellt wurde.¹⁸ „1968“ als Chiffre repräsentierte nun diesen Wandel im ganzen; da aber „1968“ auch mit konkreten Ereignissen, Personen und generationellen Lagerungen und somit den Interessen und Biographien realer Akteure in der jeweiligen Gegenwart verbunden war, erfolgte die oft polemische Zuschreibung von Bedeutung zu „1968“ im präsentistischen Licht der jeweiligen Gegenwart. Den Höhepunkt der Politisierung und Personalisierung dürfte die Erinnerung an „1968“ nach der Bildung der Rot-Grünen-Koalition 1998 erreicht haben.

Da die Konflikte der „langen“ Sechziger inzwischen hinter uns liegen und Konservative wie Progressive ihren Frieden mit der Konsumgesellschaft gemacht haben, aber auch mit in den 1970er Jahren hochkontroversen neuen Frauen- und Familienbildern und sich verändernden Haltungen etwa zur Sexualität, dürfte über „1968“ künftig viel weniger heftig gestritten werden als in den zurückliegenden dreißig bis vierzig Jahren. Lange Zeit dienten Haltungen zu „1968“ als eine Art politischer Lackmустest. Wenn hingegen heute ein in die Politik verirrter Wirtschaftsprofessor fordert, wir müssten „weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“ dann wirkt das altbacken und wie aus der Zeit gefallen.¹⁹ Die „Revolute“, so viel ist absehbar, verfügt 2018 über geringeres Erregungspotential als vor 10 Jahren. Die großen Kontroversen um „1968“ sind ausgepaukt, die ehemaligen Protagonisten im Rentenalter. Streit um „1968“ wirkt unfruchtbar, weil die Themen der 1960er Jahre nicht mehr die Themen unserer Gegenwart sind. Wir stehen vor neuen Herausforderungen wie der Digitalisierung, der Mobilität, der mentalen Bewältigung des Übergangs zu

17 Als Indiz dafür, dass die Historisierung von „1968“ allmählich in der Öffentlichkeit ankommt, siehe die Besprechung „Viel mehr als ein Aufstand: Wie wird die Studentenrevolte von 1968 fünfzig Jahre danach bewertet?“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4. Juni 2018.

18 Hierzu auch Ingo Cornlis: *Writing the Revolution. The Construction of „1968“ in Germany*. Rochester NY 2016, S. 151–153, sowie meine eigene Einschätzung in Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart 2018, S. 106–108.

19 „Proteste gegen AfD“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. April 2016; siehe David Bebnowski: *Aus aktuellem Anlass: Fundamentalopposition: Die ambivalente Anlehnung der AfD an „68“*, in: *Zeitgeschichte-online*, September 2016, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/aus-aktuellem-anlass> (Abruf 17. Juli 2018).

einer Einwanderungsgesellschaft sowie der Gefahr des Auseinanderbrechens des Westens.²⁰ Hierfür hat „1968“ als symbolischer Referenzpunkt nur noch wenig zu bieten.

Das zeitgenössische Ringen um Verständnis für die „Revolte“

Erinnerung, individuell oder kollektiv, ist ein schlüpfriges Terrain. Der Schriftsteller Peter Schneider hat vor 10 Jahren, aus Anlass des letzten 68er-Jubiläums, in seinem Band „Rebellion und Wahn“ dafür plädiert, bei einem politisch, kulturell und historisch derartig überformten Komplex, der zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Konflikte auch in der Gegenwart dient, auf das Trägerische der Erinnerung besonders stark zu achten. Es ergebe wenig Sinn, in den Debatten über die Deutung der Ereignisse der späten 1960er Jahre auf ein eigenes Erleben zu pochen. Originalton Schneider: „Wer seinen Erinnerungen traut, ist ein Tölpel.“ Schneider führte markante Beispiele dafür an, wie ihm das Gedächtnis Streiche gespielt habe, etwa in Hinblick auf eine nachträgliche Visualisierung der kontemporären Empörung über den Krieg in Vietnam: Ihn hätten die Schockbilder aus dem Krieg auf die Straße getrieben – so habe er einst geglaubt. Dabei stammen viele dieser Fotos, wie die der fliehenden Kinder nach einem Napalm-Bombenabwurf, erst aus den 1970er Jahren. Sie können also nicht Teil der Ursprungsempörung der späten 1960er Jahre gewesen sein.²¹

In Rückblicken wird oft der Eindruck erweckt, als seien die „etablierten“ Gegner der APO ausgesprochen konservative „Reformverhinderer“ gewesen und hätten kaum Verständnis für die von den „68ern“ vorgetragenen Gravamina aufgebracht. Das war ganz überwiegend nicht der Fall. Vielmehr waren viele Kritiker der „1968er“ liberale Reformbefürworter. So kritisierte im ARD-Jahresrückblick 1968 der spätere Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Joachim Fest, das Politikverständnis der Großen Koalition als anachronistisch. Wahrlich kein heimlicher Sympathisant der Neuen Linken, warf Fest der damaligen Politik Versagen vor: Das Verhalten der politischen Klasse sei „einfalllos“; sie ergehe sich in „altväterlicher Pädagogik“ und „schulmeisterlicher Selbstgefälligkeit“; sie sei in ihrer „bemühten Alltagsstüchtigkeit schon zufrieden“, wenn sie einen Haushalt verabschiedet und für „Ruhe und Ordnung“ gesorgt habe. Das sei zwar auch wichtig, doch angesichts der Notstands- und Vietnam-Demonstrationen erweise sich die deutsche Politik als „unfähig, dem

20 Vgl. Heinrich August Winkler: Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika. München 2017; der Rückzug der USA aus den internationalen Beziehungen wird heute bedauert, während um 1968 ein aktives, „imperialistisches“ Eingreifen der Amerikaner in die Weltpolitik wie in Vietnam ein Stein des Anstoßes war.

21 Peter Schneider: Rebellion und Wahn. Mein '68. Darmstadt 2008, S. 108; zu dieser Bildikone Gerhard Paul: Das Mädchen Kim Phuc. Eine Ikone des Vietnamkriegs, in: ders. (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute, S. 426–433.

Aufbruch zu begegnen. Folge eines idyllischen Politikverständnisses, das sich nur für konformistische Demonstrationen gewappnet sieht“.²²

Zugleich attestierte Fest dem SDS Visions- und Konzeptlosigkeit. Die in „Romantizismus“ verfallenen Protestakteure trügen Ressentiments über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft vor sich her. Ihre gesuchten Protestinszenierungen wirkten wie „Mummenschanz“ und „revolutionäres Gefummel“. Die Kritik der jungen Generation beruhe nicht „auf einer Analyse der Gesellschaft, sondern auf dem Ekel vor ihr. Sie ist ihr kein intellektuelles, sondern ein emotionales Problem, kein politisches, sondern ein ästhetisches“. Damit bereitete Fest die Interpretation von „1968“ als „romantischem Rückfall“ vor, der der Berliner Politologe Richard Löwenthal Anfang der 1970er Jahre zu publizistischer Resonanz verhalf. Darin positionierte sich Löwenthal, wie andere, Jüngere, die später im Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) eine prominente Rolle spielten, als Mitglied einer mittleren Generation, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen des nationalsozialistischen Deutschland mit „demokratischem Verantwortungsgefühl“ agierte.²³ Für einen Linken wie Löwenthal, aber auch für einen Konservativen wie den späteren bayerischen Kultusminister Hans Maier, drohte „1968“ die notwendigen Reformen abzuwürgen.²⁴

Trotz des schon zeitgenössisch kritischen Blicks auf ein vermeintlich „irrationales Agieren“ der studentischen Protestakteure war die Bereitschaft zur differenzierten politischen Auseinandersetzung anfangs durchaus gegeben. Zu vermitteln versuchten auch die als „alternative 68er“ später bekannt gewordenen führenden Mitglieder des RCDS, Altersgenossen von Dutschke & Co., die in den 1960er Jahren im Berliner AStA vielfach die Klängen mit dem SDS gekreuzt hatten.²⁵ In dem programmatischen Band „Die herausgeforderte Demokratie“, lehnten Wulf Schönbohm, Jürgen Bernd Runge und Peter Radunski die Ziele des SDS zwar einhellig ab. Dessen „unwissenschaftliche und kenntnislose Argumentation“ raube berechtigten Reform-Forderungen ihre Durchschlagskraft. Dennoch sei es, wie sie anerkannten, dank des SDS zum ersten Mal überhaupt gelungen, dass Studenten „aus dem Sandkasten der Studentenpolitik in die politi-

22 Abrufbar in der ARD Mediathek <https://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung-353538.html>

23 Richard Löwenthal: *Der Romantische Rückfall*. Stuttgart 1971, S. 11 f.; zur generationellen Selbstverortung Svea Koischwitz: *Der Bund Freiheit der Wissenschaft. Ein Interessensverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform*. Köln u. a. 2017, S. 164–167.

24 Vgl. Hans Maier: *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.*, 2. Aufl. München 2011.

25 Vgl. zu den „alternativen“ 68ern insbesondere die Forschungen von Anna von der Goltz: *A polarised generation? Conservative students and West Germany's '1968'*, in: dies. (Hg.): „Talkin' 'bout my generation.“ *Conflict of generation building and Europe's '1968'*. Göttingen 2011, S. 195–215.; dies.: *A Vocal Minority. Student Activism of the Center-Right and West Germany's 1968*, in: dies. (Hg.): *Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*. New York 2017, S. 82–104.

sche Öffentlichkeit“ eingedrungen wären.²⁶ Der spätere CDU-Bundesgeschäftsführer und Berliner Senator Peter Radunski spricht noch in seinen Erinnerungen von 2014 mit Hochachtung von Rudi Dutschke als „Vorbild, Lehrmeister und Motivator“, obwohl er dessen Haltungen bekämpfte.²⁷

Selbst der vielfach zur Zielscheibe des Protestes gewordene Kanzler, der bei Störungen seiner Wahlkampfveranstaltungen schon einmal über diese „puerilen Wiedertäuer“ schimpfen konnte, gab sich in seiner altväterlichen Art immer wieder verständnisvoll: „Es ist gar nicht alles, was sich da zur Oberfläche drängt, zu verwerfen“, so Kiesinger: „Zum Beispiel sympathisiere ich durchaus mit dem Protest bestimmter studentischer Gruppen gegen bestimmte Erscheinungen der modernen technologischen industriellen Welt. (...) Im Grunde genommen ist diese Gegenwehr (...) etwas durchaus Sympathisches. (...) nur darf es nicht zu einer bilderstürmerischen Haltung führen.“²⁸ Auch traf sich der Kanzler bei verschiedenen Gelegenheiten mit Vertretern der Studenten, wie übrigens auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, der dem Kanzler sogar vorwarf, angesichts des Mordanschlags auf Rudi Dutschke nicht ausreichend Verständnis zu zeigen oder die richtigen Worte zu finden.²⁹

Es war also durchaus nicht so, dass das viel gescholtene „Establishment“ den „1968ern“ mit komplettem Unverständnis und Ignoranz entgegnet wäre, wie rückblickend oft der Anschein erweckt wurde. Auch viele journalistische Beobachter aus der skeptischen oder „1945er“ Generation, egal ob sie wie Joachim Fest eher dem liberal-konservativen Lager oder wie Peter Merseburger eher der Sozialdemokratie zuneigten, aber auch viele Politiker der älteren Generation rangen sichtlich um Verständnis der Revolte.³⁰ Die Londoner Historikerin Christina von Hodenberg zeigt in ihrer Studie über das „andere Achtundsechzig“, in der es um den Wandel der Geschlechterverhältnisse und die Rolle von Frauen für die „Revolte“ geht, und für die sie zahlreiche zeitgenössische Interviews ausgewertet hat, mit welcher Selbstverständlichkeit eine damals um

26 Wulf Schönbohm/Jürgen Bernd Runge/Peter Radunski: Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution. Mainz 1968, S. 14; zur Einordnung Philipp Gassert: Die „anderen“ 68er. Junge Christdemokraten, die Studentebewegung und die Außerparlamentarische Opposition, in: Die Politische Meinung Nr. 548 (Januar/Februar 2018), S. 105–108.

27 Peter Radunski: Aus der Politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik. Berlin/Kassel 2014, S. 66.

28 Interview mit dem WDR, 13. April 1968, in: Kurt Georg Kiesinger: Reden und Interviews 1968, Bonn 1968, S. 132.

29 Vgl. Rainer Barzel: Ein Gewagtes Leben. Erinnerungen. Stuttgart 2004, S. 248; zu Kiesingers versuchten Dialogen mit Studierenden Gassert: Kiesinger, S. 619–630.

30 Zu Peter Merseburger dessen rückblickende Überlegungen im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Deutschen Literaturarchiv in Marbach, 5. November 1998, vgl. die Dokumentation: „Nach der Stagnation Aufbruch. Buchhandel und Rundfunk nach 1968“, abgedruckt in: Monika Estermann/Edgar Lersch (Hg.): Buch, Buchhandel und Rundfunk. 1968 und die Folgen. Wiesbaden 2003, S. 255–286, hier 265.

die fünfzig Jahre alte Hausfrau „die Studentenproteste und sogar Kommunisten verteidigte“.³¹ Auch von Hodenberg kommt zu dem Ergebnis, dass unsere Wahrnehmung von „1968“ durch die visuellen Quellen getrübt sei, auf Bildern und Filmen beruht, „die uns irreführen“.³²

„1968“, die mediale Transformation und die performative Wende des Protests

Aber warum können uns diese Bilder von „1968“ überhaupt derartig in die Irre führen, dass die zeitgenössisch vorhandenen Grau- und Zwischentöne aus der Erinnerung verschwunden sind? Schon der kurze Überblick im vorherigen Abschnitt zeigt, dass die Fronten nicht so eindeutig verliefen, wie sie im Nachhinein konstruiert worden sind. Dass die Neue Linke Defizite in der deutschen Politik und Gesellschaft völlig zu Recht thematisierte, wenn auch mit untauglichen Mitteln, einem Hang zur Gewalt und einer falschen Zielprojektion, war um 1968 eine unter Christdemokraten durchaus vertretbare Position. Dies zeigen die Einschätzungen des damaligen Bundesinnenministers Ernst Benda, der manchen „68ern“ attestierte, „Anstöße für Reformen und notwendigen Wandel“ gegeben zu haben.³³

Dennoch gingen im konservativen Lager derartig differenzierte Haltungen verloren. Die „1968er“ wurden in den 1970er und 1980er Jahren zu Antipoden der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie stilisiert, nachdem sich christlich-demokratische Kritiker vermehrt auf den Terrorismus als Hauptergebnis der „Revolte“ zu fokussieren begonnen hatten.³⁴ Die Linke hingegen interpretierte mit dem Philosophen Jürgen Habermas die Studentenbewegung als Katalysator einer „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik. Sie blendete damit ihrerseits entgegen stehende Fakten wie die Verzögerungen und Behinderungen einer Liberalisierung aufgrund der Radikalisierung von „1968“ und der wachsenden Gewaltbereitschaft aus. Ein wichtiger Grund für diese starke konfrontative Aufladung lag jedoch in der spezifischen medienhistorischen Schwellsituation der späten 1960er Jahre, in deren Kontext sich „1968“ ursprünglich ereignet hatte. Dadurch wurden überschaubare Handlungen in ihren Wirkungen medial potenziert.³⁵

31 Von Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 8.

32 Ebd., S. 9.

33 Ernst Benda: Nicht nur Blumenkinder. Die 68er und ihre Leistungen, in: Vogel/Kusch (Hg.): 40 Jahre, S. 10–15.

34 Vgl. als publizistischer Ausgangspunkt dieser Diskussion Hermann Lübke: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche. Stuttgart 1978; Gerd Langguth: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968. Köln 1983; schärfer zugespitzt dann ders.: Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung. München 2001.

35 Grundlegend hierzu die Forschungen der Kommunikationswissenschaftlerin Kathrin Fahlenbrach: Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen. Wiesbaden 2002.

Zeitgenössischen Beobachtern blieb die besondere Symbiose zwischen Protestbewegungen und Medien nicht verborgen. Im Pilotheft der Sonde, der vom RCDS-Bundesvorstand seit dem Herbst 1968 herausgegeben Zeitschrift, die sich die CDU-Parteireform auf die Fahnen geschrieben hatte³⁶, analysiert Radunski in einem Aufsatz mit dem schönen Titel „Protest im 4. Semester“ Ursachen und Wirkungen der Studentenbewegung. Diese antwortete auf die Sehnsucht junger Menschen nach der Überwindung von Entfremdungserfahrungen in der Moderne zwar mit einer verfehlten neomarxistischen Utopie. Doch auf die von den Rebellen aufgeworfene „Frage nach der Zukunft unserer Industriegesellschaft“ sei die Politik die Antwort schuldig geblieben. Vor allem aber habe es der SDS geschafft, aufgrund seiner unkonventionellen, provokatorischen Methoden Aufmerksamkeit zu erregen. Diese SDS-Methoden hätten sich inzwischen gegenüber den „theoretischen Bemühungen verselbständigt“, so dass sie als „blinder Aktionismus fragwürdig“ würden. Dennoch sei der Erfolg „verblüffend“, denn die anfängliche Hilflosigkeit der Verantwortlichen in den politischen Institutionen „lieferte dem SDS Anschauungsmaterial zur Erfüllung seiner ideologischen Prophetie von der faschistischen Gesellschaftsstruktur in der BR“.³⁷

Damit hatte Radunski (wie auch Fest) den „Markenkern“ von „1968“ recht gut erfasst. Denn der SDS wirkte weniger über das „was“, als über das „wie“. Dieses „wie“ aber wurde zunehmend zum Selbstzweck. Die Protestforschung spricht von der „expressiven Wende“ des politischen Protests in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, weil dieser nun sehr viel stärker auf das Individuum selbst abzielte, das da demonstrierte und durch den performativen Akt des Demonstrierens seine „Emanzipation“ betrieb.³⁸ Es ging dabei weniger, wie bei den klassischen Protestbewegungen der Hochmoderne, das heißt vor allem der Arbeiterbewegung, um die Durchsetzung konkreter politischer Ziele (dies bezeichnet die „instrumentelle Dimension“ von Protest). Vielmehr stand die eigene Entwicklung, „Emanzipation“ und Identität der Aktivisten selbst im Vordergrund. Diese Akzentverschiebung in den Protestkulturen ist kongenial zum Übergang von einer Industrie- zu einer Konsumgesellschaft, der während der ersten Nachkriegsjahrzehnte sukzessive vorangeschritten war. Zugleich wurde die Akzentuierung der „expressiven Dimension“ durch ein neues Medien-

36 Hierzu Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001, S. 408–411.; in der persönlichen Erinnerung Radunski: Aus der politischen Kulisse, S. 62–64.

37 Peter Radunski: Protest im 4. Semester. Der politische Impuls der Studentenunruhen, in: Die Sonde 1, Nr. 1 (Oktober 1968), S. 28–41, hier 29f.

38 Hierzu Kathrin Fahlenbrach: Protestinszenierungen. Die Studentenbewegung im Spannungsfeld von Kultur-Revolution und Medien-Evaluation, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.): Handbuch 1968 zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart/Weimar 2007, S. 11–21.

system unterstützt, indem nicht mehr primär textbasierte beziehungsweise auf gesprochener Sprache basierende Codes dominieren, sondern visuelle.³⁹

Die kulturhistorische Forschung spricht daher auch von einer „performativen Wende“ des Protests in den langen 1960er Jahren.⁴⁰ Damit ging einher, wie gesagt, dass die „1968er“ auf visuell leicht kommunizierbare Provokationen abstellten. Wie das Bundesministerium des Inneren in einer 1969 publizierten Untersuchung zu den „Studentenunruhen“ feststellte, besäßen die „gezielten Regelverletzungen“, die im Zentrum der performativen Akte der Studentenbewegung standen, großes Potential zur Emotionalisierung und damit zur Bildung eines „sozial-revolutionären Bewusstseins“.⁴¹ Die revolutionären Avantgarden von „1968“ hatten verstanden, dass der Einzelne angesichts der Transformation des medialen Ensembles mit „Aktionen vor laufenden Kameras“ ungefilterte Aufmerksamkeit praktisch zum Nulltarif erzielen konnte. Kommunisten wie Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel und Rainer Langhans nutzten es gezielt aus, dass um 1968, ähnlich wie heute, Zugangsschranken zur medialen Sphäre radikal abgesenkt wurden.⁴²

Dieser mediale Übergang als Voraussetzung von „1968“ scheint vielen der damals politisch Verantwortlichen nur schwach bewusst gewesen zu sein, obwohl die Protestler selbst über ihre innovative Medientechnik durchaus reflektierten und die Querverbindungen zwischen der „antiautoritären“ Fraktion des SDS, der Kommune 1 und künstlerischen Gruppierungen wie der „Situationistischen Internationale“ schon damals bekannt waren.⁴³ Das „Performative“ war von der Protestbewegung nahe stehenden Künstlern und Literaten schon seit den späten 1950er Jahren entdeckt worden.⁴⁴ Und als die Straßenprotestler während des Wahlkonvents der Demokraten in Chicago 1968 „The Whole World is Watching“ brüllten, machten sie auf die mediale Diskursebene nachdrück-

39 Zur Einordnung der „expressiven Wende“ des Protests in den späten 1960er Jahren in den längeren protesthistorischen Kontext vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 16 f., sowie als theoretischer Hintergrund Kai-Uwe Hellmann: *Systemtheorie und Neue Soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*. Wiesbaden 1996, S. 123.

40 Vgl. neben Klimke/Scharloth (Hg.): *Handbuch 1968*, S. 2, für einen aktuellen Forschungsüberblick insbesondere Scharloth: 1968. Eine Kommunikationsgeschichte.

41 Vgl. Bundesministerium des Inneren: *Zum Thema. Hier: Die Studentenunruhen*. Bonn 1969, S. 49, zit. nach Martin Klimke/Joachim Scharloth: *Utopia in Practice: The Discovery of Performativity in Sixties' Protest, Arts and Sciences*, in: *Historien* 9 (2009), S. 46–56, <http://dx.doi.org/10.12681/historein.21> (Abruf 15. Juli 2018).

42 Siehe auch Dorothee Liehr: *Ereignisszenierung im Medienformat. Proteststrategien und Öffentlichkeit – eine Typologie*, in: Klimke/Scharloth (Hg.): *Handbuch 1968*, S. 23–36.

43 Vgl. Alexander Holmig: *Die aktionistischen Wurzeln der Studentenbewegung. Subversive Aktion, Kommune 1 und die Neudefinition des Politischen*, ebd., S. 107–118.

44 Vgl. Joachim Scharloth: *Ritualkritik und Ritual des Protests. Die Entdeckung des Performativen in der Studentenbewegung der 1960er Jahre*, ebd., S. 75–87.

lich aufmerksam.⁴⁵ Doch erst um 1980 begann sich die US-amerikanische Forschung ernsthaft mit den medialen Entstehungs- und Erfolgsbedingungen der Proteste auseinanderzusetzen.⁴⁶ Und wie die „alternativen 68er“ schon 1968 betonten, unterlasse es die etablierte Politik, gegen diesen „Aufstand der Bilder“ ihre eigenen Ziele klar zu benennen und auch visuell zu setzen. Politiker würden die Macht nur noch „verwalten“, so Radunski 1968, der sich hier auf die selbstkritischen Auslassungen von Bundesinnenminister Benda bezog. Auch das jüngste Kabinettsmitglied der Großen Koalition warf der Politik 1968 vor, die „Macht nur zu verwalten“, statt klare Zukunftsentscheidungen zu treffen.⁴⁷

„1968“ wurde wenigstens so sehr durch die Medien geschaffen, wie die 68er-Bewegung sich der Medien bediente, um durch „Protestinszenierungen“ öffentliche Wirkung zu erzielen.⁴⁸ Der Kulturhistoriker Dominic Lachenmeier charakterisiert diese Beziehung als „Verhältnis kompetitiver Symbiose“. Protestbewegungen sind auf mediale Berichterstattung angewiesen, und zwar sowohl um eigene Mitglieder zu mobilisieren als auch um die etablierte Politik anzusprechen und Bündnispartner zu finden.⁴⁹ „Stummer“ oder „unsichtbarer“ Protest ist daher kein Protest. Aber zugleich waren die Protestler auch abhängig und Getriebene der medialen Berichterstattung. So argumentiert Lachenmeier, dass sich „die Massenmedien allmählich an die provokatorischen Protestaktionen der Studentenbewegung gewöhnten und ihr Interesse daran verloren“. Das aber wiederum habe dazu geführt, dass „manche Protestakteure in der Folge zu immer fantasiereicheren, aber auch zu immer gewalttätigeren Aktionsformen gegriffen“ hätten.⁵⁰ Der Pakt mit den Medien rief eine aktionistische Spirale nach oben hervor.

Neben der von Lachenmeier beobachteten „medialen Hochrüstung“ und der dadurch erfolgten Steigerung der provokatorischen Effekte aus aufmerksamkeitseconomischen Gründen, hat auch das politische Scheitern der Revolte wesentlich zur Verhärtung der Fronten beigetragen. Schon im Herbst 1968 war eine wach-

45 Vgl. David Farber: *Chicago '68*. Chicago 1988; Jules Witcover: *The Year the Dream Died. Revisiting 1968 in America*. New York 1997, S. 297–299.

46 Todd Gitlin: *The Whole World is Watching. Mass Media in the Making & Unmaking of the New Left*. Berkeley, Calif. 1980.

47 Radunski: *Protest*, S. 39; er zitiert einen Vortrag von Ernst Benda: *Die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik. Rede vor der Evangelischen Akademie Tutzing*, abgedruckt in: *Das Parlament* vom 17. Juli 1968.

48 Hierzu auch Wolfgang Kraushaar: *1968 und die Massenmedien*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41 (2002), S. 317–347; als Kommunikationsereignis wird „1968“ insbesondere auch in den Forschungsprojekten von Ingrid Gilcher-Holtey und ihren Schülerinnen und Schülern verstanden, hierzu dies. (Hg.): *„1968“ – eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren*. München 2013, sowie der Kommentar von Udo Wengst, ebd., S. 111.

49 Dominik Lachenmeier: *Die Achtundsechziger Bewegung zwischen etablierter und alternativer Öffentlichkeit*, in: Klimke/Scharloth (Hg.): *Handbuch 1968*, S. 61–72.

50 Ebd., S. 67.

sende Radikalisierung zu beobachten, gerade weil die ursprüngliche Hoffnung, aus der Bundesrepublik könnte ein „zweites“ oder „drittes Vietnam“ werden, in dem die revolutionären Gegenkräfte triumphierten, sich als utopischer Traum erwiesen hatte.⁵¹ Vor dem Hintergrund des Scheiterns überboten sich ab 1969 die immer sektiererischeren kommunistischen Gruppierungen an Radikalität. Schon im Herbst 1968 habe die „Suche nach der extremsten Gegenposition“ begonnen⁵², die für das „rote Jahrzehnt“ bis in die späten 1970er Jahre die politische Kultur der Linken prägte.⁵² Die „Entmischung“ der 68er-Bewegung zu kleinsten K-Sekten, die vehement miteinander konkurrierten, machte sich in Blockaden von Hörsälen und universitären Gremien bemerkbar, auch weil sie außerhalb der Hochschulen kaum Resonanz fanden. Erst mittels der Anti-AKW-Bewegung und des Wachstums der „alternativen Milieus“ in den 1970er Jahren konnte die radikale Linke wieder aus ihrer politischen Isolation ausbrechen.

Die erinnerungskulturelle Engführung von „1968“ auf ein klares Gegenüber

Die retrospektive Engführung von „1968“ auf das Gegenüber zweier klar definierter Seiten war also durchaus in den Ereignissen selbst angelegt beziehungsweise darin, wie diese in den späten 1960er Jahren medial transportiert und gerahmt wurden. Die Bielefelder Medienhistorikerin Meike Vogel zeigt in ihrer Untersuchung „Unruhe im Fernsehen“, wie sich durch die Konstruktion binärer Codes von „Ruhe und Ordnung“ einerseits und „Unruhe“ und „Gefährdung der Ordnung“ andererseits das Gegeneinander von „1968“ und „Establishment“ beziehungsweise Studentenbewegung und Gesellschaft medial verfestigte. Dabei spielte es keine Rolle, dass durch die Berichte, wie am Beispiel des ARD-Jahresrückblicks 1968 bereits deutlich wurde, die Unruhe durchaus „als produktiv gezeichnet“ worden sei, so Vogel.⁵³ Was in einer erstmals vom Fernsehen geprägten massenmedialen Öffentlichkeit hängen blieb, waren Bildmotive eines Straßenkonflikts und Szenen der Unordnung, worauf der Welt-Journalist Sven Felix Kellerhof mit kritischem Nachdruck aufmerksam gemacht hat.⁵⁴ Da die Bildinhalte jedoch kaum hinterfragt wurden und auch nicht visuell korrigiert werden konnten, haben sich die Bilder von „1968“ als „Ikonen“ einer vorrevolutionären Konfrontation erinnerungskulturell festgesetzt.

51 In diesem Sinne die programmatischen Überlegungen von Rudi Dutschke in: Che Guevara: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam. Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAAL. Eingeleitet und übersetzt von Gaston Salvatore und Rudi Dutschke. Berlin 1967.

52 So Siegfried: 1968, S. 236 f.

53 Vogel: Unruhe im Fernsehen, S. 296.

54 Vgl. Kellerhof: 1968 und die Medien, S. 87; siehe auch Cornlis: Writing the Revolution, S. 267–269, sowie den schon älteren Forschungsüberblick von Franz-Werner Kersting: Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftlichen Standortbestimmung der westdeutschen 68er-Bewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 1–19.

Ein weiterer Grund für die ideologische Verhärtung der Perspektiven auf „1968“ und wachsende wechselseitige Abgrenzung und Feindschaft dürfte darin gelegen haben, dass „1968“ in Deutschland, anders als in den USA, vor allem als eine Campus-Revolution in Erinnerung blieb.⁵⁵ Denn die Universitäten kamen auch nach dem offensichtlichen politischen Scheitern der „Revolution“ nicht zur Ruhe. Während sich die „große“ Bonner Politik neuen Streitthemen wie der Ostpolitik und der Mitbestimmung zuwandte, verschärften sich an vielen Universitäten die Konflikte noch weiter. Das Ergebnis war eine wachsende ideologische Aufladung der Bildungspolitik. War in der Expansionsphase der 1960er Jahre die Hochschul- und Bildungspolitik von einem breiten Konsens der etablierten Parteien getragen gewesen, wurde sie nun zu einer Arena der Konfrontation von „rechts“ und „links“.⁵⁶ Mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und den „Tendenzwende“-Kongressen der 1970er Jahre wurde die Hochschul- und Bildungspolitik auch von christlich-demokratischer Seite als Möglichkeit der antagonistischen Profilierung gegen einen „linken Zeitgeist“ gesehen.⁵⁷ Im Streit um die Hochschulgesetze und die „Drittelparität“ punkteten insbesondere die Regierungen der „konservativen Südländer“ Baden-Württemberg und Bayern.⁵⁸

Albrecht von Lucke, Redaktionsmitglied der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, hat vor zehn Jahren einen ersten Versuch unternommen, in einer von Grundsympathie für „1968“ getragenen Darstellung den „Kampf um die Deutungsmacht“ zu untersuchen.⁵⁹ Als dezidiert Linker machte sich Lucke hierbei ein Stichwort des Journalisten und ehemaligen SDS-Mitglieds Klaus Hartung zu eigen. Dieser habe 1977, noch vor Mogadischu, „1968“ als „Generationenprojekt“ definiert und damit der Jugendrevolution eine neue Legitimationsbasis angesichts der von ihm perzipierten „Krise der antiautoritä-

55 Zu den USA Philipp Gassert: Kein annus mirabilis: 1968 in den USA, in: *Auslandsinformationen* 24 (2008), S. 7–36; ders.: Die amerikanischen Träume zersplittern: 1967 in den USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67, 5–7/2017, S. 15–20.

56 Hierzu neben Anne Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolution in Bayern und Hessen 1957–1976. München 2010 jetzt vor allem Nikolai Wehrs: *Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren*. Göttingen 2014.

57 Vgl. Wehrs: *Protest der Professoren*, S. 430–432; Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenrevolution sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449–478; Riccardo Bavaj: Turning „Liberal Critics“ into „Liberal-Conservatives“. Kurt Sontheimer and the Re-Coding of the Political Culture in the Wake of the Student Revolt of „1968“, in: *German Politics and Society* 27 (2009), S. 39–59.

58 Vgl. Stefan Paulus: „Konservativ und fortschrittlich zugleich“. Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hg.): *Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg*. Stuttgart 2015, S. 157–178.

59 Albrecht von Lucke: *68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht*. Berlin 2008.

tären Bewegung“ zu geben versucht.⁶⁰ Als zentral für diesen identifikatorischen Kern der „68er-Generation“ wurde deren Verhältnis zur NS-Vergangenheit definiert. Angesichts der 1977 notwendig und überfällig gewordenen Distanzierung ehemaliger Mitglieder der Studentenbewegung vom Terrorismus und der RAF, wurde es gleichzeitig nötig, die Proteste der späten 1960er Jahre retrospektiv mit einer positiven Zielprojektion zu verbinden. „Indem die Linke den Begriff der 68er-Generation“ für sich reklamierte, so Lucke, „setzte sie sich mit einem gesamten Generationszusammenhang gleich“.⁶¹ Im Rückblick sei dadurch aus einer „kleinen radikalen Minderheit“ der „moralisch-universalistische Aufbruch einer ganzen Generation geworden“, die sich durch ihre kritische Haltung zur angeblich unterlassenen NS-Aufarbeitung von den Älteren unterscheide.⁶²

Lucke zeigt auch auf, wie der Marsch in die Institutionen sich auf die Deutungen von „1968“ auswirkte. Der Kurswert von „1968“ war seit den 1980er Jahren eng an das Auf und Ab der politischen Aktien der Linken gekoppelt, und zwar der Linken vor allem in ihrer etablierten Variante von SPD und Grünen. Zum zwanzigsten Jahrestag 1988, und damit am von vielen Linken damals erwarteten „Ende der Ära Kohl“, hatte „1968“ in einer linksliberalen Publizistik und intellektuellen Kreisen breite Akzeptanz gefunden („alle lieben 1968“). Umgekehrt blieb es 1993, beim 25-jährigen Jahrestag, stiller, weil, vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung und der christlich-demokratischen politischen Hegemonie der frühen 1990er Jahre, der Linken eine Machtoption für die Zukunft fehlte.⁶³ Erst in den späten 1990er Jahren kehrte das Thema „1968“ wieder stärker in die Legitimationsstrategien linker Politik zurück, weil mit der Bildung der Rot-Grünen Regierung die Rebellen von einst nun an den Schalthebeln der Macht in der neuen Bundeshauptstadt Berlin saßen. Deren führende Persönlichkeiten, wie der spätere Bundesaußenminister Joschka Fischer, machten sich zum 30. Jahrestag 1998 den Begriff der „Kulturrevolution“ emphatisch zu eigen, wonach „1968“ einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik geleistet habe.⁶⁴

60 Klaus Hartung: Selbstkritische Überlegungen und Überlegungen zur Selbstkritik nach 40 Jahren, in: *Ästhetik & Kommunikation* 39 (2008/2009), S. 95–112; sowie *Zehn Jahre danach*, in: *Kursbuch* 48 (Juni 1977); ausführlich zum Kontext Silja Behre: *Bewegte Erinnerung. Deutungskämpfe um „1968“ in deutsch-französischer Perspektive*. Tübingen 2016, S. 117f.

61 Lucke: 68 oder neues Biedermeier, S. 34.

62 In der Forschung wurde dieser konstruierte Zusammenhang seit den 1990er Jahren kritisch thematisiert, vgl. Philipp Gassert/Alan Steinweis: *Coping with the Nazi Past: West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1975*. New York 2006.

63 Lucke: 68 oder neues Biedermeier, S. 35–40.

64 Joschka Fischer: Ein magisches Jahr, in: *Spiegel Special „Deutsche Jahre“*, 1. September 1998, <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7518979.html> (Abruf 18. Juli 2018); vgl. Cornlis: *Writing the Revolution*, S. 29–31.

Während für die Linke „1968“ seit den späten 1970er Jahren zu einer Quelle der überwiegend affirmativen Identifikation wurde, mauserte sich die „Revolte“ gleichzeitig zum Gegen- und Schreckbild konservativer und liberaler Publizisten, die auf die negativen Folgen des durch „1968“ ausgelösten „Wertewandels“ abhoben.⁶⁵ Ein wichtiger intellektueller Gegenspieler der Neuen Linken wurde Gerd Langguth, von 1970 bis 1974 Vorsitzender des RCDS und damit einer der „alternativen 68er“. Langguth, der Sohn eines Archivars, hatte seit den 1970er Jahren die Überlieferung der APO akribisch gesammelt.⁶⁶ In seiner Bonner politikwissenschaftlichen Dissertation von 1975 legte er die erste umfassende organisations- und ideologiegeschichtliche Darstellung und Typologie der Protestbewegung und des aus ihr hervorgegangenen marxistischen Spektrums vor. Die Arbeit erschien in erweiterter Überarbeitung 1983, als die Friedensbewegung und der Einzug der Grünen in den Bundestag die langfristige Wirksamkeit von „1968“ zeigten, so Langguths Argument. Die neue Bundesregierung werde mit einer langen Phase des Protests rechnen müssen. Das Friedensthema erlaube es der post-68er radikalen Linken aus ihrem Ghetto auszubrechen „und auch mit nicht-sozialistischen Kreisen der Bevölkerung gemeinsame Aktionen durchzuführen“.⁶⁷

Die wachsende Politisierung von „1968“ auch durch das konservative Spektrum zeigt ein Vergleich zwischen Langguths erstem, als primär wissenschaftlicher Analyse geschriebenen Buch zur „Protestbewegung“ und seiner deutlich polemischer daher kommenden Darstellung von 2001, mit dem bezeichnenden Titel „Mythos '68“.⁶⁸ Langguth positionierte sich hier im Kontext der Debatte über die aktivistische Vergangenheit von Außenminister Fischer. Denn während einerseits um 1998 an der Dreißigjahresgrenze die erste Welle der Historisierung einsetzte, wurde gleichzeitig die Rot-Grüne Bundesregierung als Abschluss des langen „Marsches durch Institutionen“ bejubelt oder beklagt.⁶⁹ Dabei standen die meisten Mitglieder der Regierung Schröder eher epigonal

65 Vgl. Andreas Rödder: Werte und Wertewandel. Historisch-Politische Perspektiven, in: ders./Wolfgang Elz (Hg.): Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels. Göttingen 2008, S. 9–25.

66 Siehe die Ausführungen von Peter Crämer auf der Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Gerd Langguth – Meister der politischen Analyse und akribischer Wissenschaftler, o. D., <http://www.kas.de/wf/de/71.15649/> (Abruf 17. Juli 2018).

67 Langguth: Protestbewegung, S. 35.

68 Während Langguth in seinem älteren Band die Jahreszahl 1968 als chronologischen Marker verwendet und es im Titel um „Protestbewegungen“ geht, steht im jüngeren Band die „Chiffre 1968“ im Vordergrund, also das, was „1968“ repräsentiert oder eben auch nicht.

69 „Historisierung“ war die Programmatik verschiedener Bände, die um 1998 erschienen vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998; Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.): 1968. The World Transformed. Cambridge 1998; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000.

zu den Bewegungen von „1968“, auch wenn sie seitens der Sozialdemokraten und Grünen viele kulturelle Prägungen der „1968er“ teilten. Dass Fischer sich selbst als solcher titulierte, wurde von ehemaligen SDSlern durchaus kritisch beäugt. Die heftigen Angriffe auf „1968“, wie sie dann der Bild-Chefredakteur Kai Diekmann in seiner Philippika „Der große Selbstbetrug“ formulierte, waren gegen eine vermeintliche Hegemonie der Linken und ihrer Werte im frühen 21. Jahrhundert gerichtet. Diekmann machte in bewährter Manier „1968“ für von ihm beklagte Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft verantwortlich. Er folgte damit dem klassischen Muster die Chiffre „1968“ und die Transformation der Gesellschaft eins in eins zu setzen.⁷⁰

Wie sehr sich der Streit um „1968“ von den in der Substanz beachtlichen, doch in den Schlussfolgerungen eher ernüchternden Ergebnissen der historischen Forschung abgelöst hatte, zeigten die Debatten zum 40. „Jubiläum“ 2008. Während die „Historisierung“ im vollen Schwung war und wichtige Studien „1968“ in den Kontext der „langen 1960er Jahre“ stellten und somit historisierten, drang davon nur wenig in die Feuilletons durch.⁷¹ Die heftigen Polemiken um Götz Aly's Band „Unser Kampf“ zeigen, wie sehr „Revolté“ zu einer von der historischen Forschung weitgehend abgelösten Projektionsfläche geworden war. Denn was Aly in der Sache zu berichten hatte, war abzüglich der gezielten Polemik für die Forschung kaum sensationell.⁷² Auf „1968“ konnten nun die unterschiedlichsten Akteure in Deutschland ihre politischen Meinungen und Hal-

70 Kai Diekmann: *Der große Selbstbetrug. Wie wir um unserer Zukunft gebracht werden.* Berlin 2009.

71 Vgl. die Forschungsüberblicke zur boomenden Literatur zu den „langen 1960er Jahren“, neben Gassert: *Kurze 1968* vor allem Michael Th. Greven: *Jubiläumsliteratur – „1968“ und die „68er“ als Erinnerungsort und aktuelle Projektionsfläche*, in: *Neue Politische Literatur (NPL)* 53 (2008), S. 195–204; Detlef Siegfried: *Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach „1968“*, in: *Zeithistorische Forschungen* 5 (2008), S. 130–141; Alfons Söllner: „1968“ – Eine Nachlese, in: *Mittelweg* 36 (2008) H. 6, *Literaturbeilage*, S. 33–59; Petra Hausteijn: *Von der Jahrestagsprosa zur Analyse. Das Jahr 1968 im Spiegel der Forschung*, in: *NPL* 53 (2008), S. 401–429; Sven Steinacker: *Es bewegt sich was – Die sechziger und siebziger Jahre als Wendezeit in Westdeutschland*, in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 31 (2008), S. 5–21; Manfred Laueremann, *Vierzig Jahre 1968: Ein Literaturüberblick*, in: *Berliner Debatte Initial* 20 (2009), S. 111–149, http://www.zeithistorische-forschungen.de/zol/Portals/_zf/documents/pdf/Laueremann_Literaturbericht_1968.pdf (Abruf 29. Mai 2018). Felix Dirsch: „1968“: Von der erlebten Zeitzugenschaft zum Gegenstand der Historiographie? Eine Literaturlauswahl in der Rückschau auf das Jubiläumsjahr 2008, in: *Zeitschrift für Politik* 56 (2009), S. 89–97; Hartmut Rübner: *Zählende Historisierung oder fundamentale Destruktion. Was um 2008 zu „1968“ erschien*, in: Peter Birke u. a. (Hg.): *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion.* Berlin 2009, S. 207–218.

72 Götz Aly: *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück.* Frankfurt/Main 2008; Aly spitzte wichtige Ergebnisse der Forschung etwa zur Haltung etablierter Politiker (wie Kiesinger) und Professoren (wie Löwenthal) oder auch zur Relativierung der Bedeutung von „1968“ für die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit polemisch zu. Trotz wichtiger ergänzender Quellenfunde brachte er in der Substanz wenig Neues für die Forschung.

tungen projizieren. In dieser Weise haben 40 Jahre lang die Debatten zu „1968“ funktioniert, wie es der Zeithistoriker Ingo Cornlis von der University of Leeds in seiner Gesamtschau der Konstruktion des deutschen „1968“ resümiert.⁷³

Die medien- und sozialgeschichtlichen Umbrüche der „langen 1960er Jahre“ haben der binären Konstruktion eines Gegenüber von „Protestbewegung“ und „Establishment“ Vorschub geleistet. In der Zeit selbst noch vernehmbare Zwischentöne gingen im Gedröhn der politischen Debatte der folgenden Jahrzehnte unter. Im kulturellen, das heißt institutionalisierten und gesellschaftlich sanktionierten Gedächtnis verschwanden die Grautöne, weil sich Grundsatzfragen der Modernisierung und der Transformation der deutschen Gesellschaft immer wieder neu an „1968“ hefteten. Bei den Debatten über „1968“ ging es um sehr viel mehr als die Revolte einer relativ kleinen Gruppe von Studenten. Viele der Interpretationen von „1968“ waren und sind daher präsentistisch. Wir haben uns retrospektiv auf die bequeme Haltung verständigt, dass „1968“ für eine defizitäre Bearbeitung damaliger gesellschaftlicher Problemlagen wie eines angeblichen Reformstaus an den Universitäten oder der unbewältigten NS-Vergangenheit stand, deren Genese man andernfalls sehr viel komplizierter und detaillierter herleiten und über die man auch sehr viel länger sprechen müsste. „1968“ ist daher zur Chiffre, zur Kurzformel des Wandels erstarrt, den es nicht verursacht hat, sondern kommunikativ zu bewältigen half.

Schluss

Der lange „hangover“ von „1968“ hat daher viel mit interessierten späteren Deutungen der Ereignisse selbst zu tun, die eine ahistorische Debatte am Leben hielten, die über 30 Jahre wie auf Schienen immer weiter lief. Doch die spezifische Form der Erinnerung an „1968“ als einer Konfrontation zwischen Kräften des „Aufbruchs“ und Kräften der „Beharrung“ war durchaus in den Ereignissen selbst angelegt, weil die „Revolte“ sich vor dem Hintergrund eines medialen Systemwandels und einer atemberaubenden sozialen Transformation seit 1945 abgespielt hat, die nach einfachen Erklärungen rief. Als „erste Revolution des Fernsehzeitalters“ folgte sie den fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzungen der langen 1960er Jahre auf dem Fuß. Um 1968 war der Übergang zur Konsumgesellschaft vollzogen; „1968“ nahm die Versprechen der Konsumgesellschaft ernst, die um „1968“ geführten Debatten lassen sich daher als Teil der sozialen Gewöhnung an ein neues mediales System interpretieren, aber auch an eine neue Gesellschaft, in der weniger kollektive Ziele als die Erfüllung individueller Wünsche im Vordergrund stehen.

73 Vgl. Cornlis: *Writing the Revolution*, S. 222, vgl. auch die Einleitung zu von der Goltz: „Talkin’ ’bout my generation“, S. 7–28.

Die erinnerungskulturelle Monumentalisierung von „1968“ erhielt in den 1970er und 1980er Jahren einen Schub, auch weil wir es mit enttäuschten Erwartungen zu tun hatten. Politisch scheiterte die „Revolte“. Wie im Falle früherer gescheiterter Revolutionen wurde im Prozess der Bewältigung dieses Scheiterns das Ereignis selbst zum mythischen Referenzpunkt sozialer Zukunftsentwürfe umgedeutet. Die „Alt-48er“ hatten einst mit der illiberalen Bismarckschen Nationalstaatsgründung zurechtkommen müssen, die ganz und gar nicht dem Drehbuch von 1848 entsprochen hatte. Die Bereitschaft, das neue Reich zu akzeptieren, führte zu scharfen Anklagen an den Teil der Liberalen, die ihren Frieden mit Bismarck machten. Daher dürfte die Philosophin Hannah Arendt wohl recht behalten, wenn sie schon 1968 schrieb: „Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 mal so lernen wie wir das Jahr 1848.“⁷⁴ Das meint, dass ein gescheitertes revolutionäres Projekt, wie die bürgerliche Revolution von 1848/49, umso größere Mythen gebiert, wenn auf politischen Misserfolg Kompromisse folgen, weil sich die einstigen Ziele nur partiell hatten verwirklichen lassen, aber der revolutionäre Impuls in der Erinnerung weiterwirkte.

Die ehemaligen Protagonisten von „1968“ verständigten sich angesichts der politischen Niederlage ab den späten 1970er Jahren auf die Idee der „Kulturrevolution“, die „1968“ ausgelöst und die zur Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft geführt habe. Dabei wurde „1968“ um 1977, im Kontext des „deutschen Herbstes“, als Generationsprojekt neu erfunden, und zwar dezidiert gegen die dogmatischen, revolutionären Gruppen, die über die emanzipatorischen und antiautoritären Haltungen zunächst scheinbar triumphiert und sich dann in den Terror verabschiedet hatten. Die Verteidiger wehrten mit der Modernisierungsemphase zugleich den Vorwurf ab, „1968“ sei in der „Endstation Terror“ geendet. Mit der eingängigen Formel von der „gescheiterten Revolte“, die keine politische, sondern kulturelle Revolution ausgelöst hatte, konnten sich dann sowohl die Anhänger als auch die Gegner von „1968“ identifizieren, die eben diesen kulturellen Wandel nicht schätzten.

Aufgrund der Wucht der Ereignisse der späten 1960er Jahre und der visuell übersteigerten Konfrontation, die, wie gesagt, eine Folge nicht zuletzt des von „1968“ völlig unabhängigen medialen Systemwechsels gewesen war, setzte sich „1968“ als Chiffre für den Wandel an sich in den 1980er Jahren endgültig durch. Damit wurde die sozialen Transformationsprozesse der langen 1960er Jahre durch die Erinnerung an „1968“ quasi kolonisiert. Diese Verkürzung war sowohl für das konservative als auch für das progressive Spektrum attraktiv. Beide Seiten hatten sich somit auf einen bequemen diskursiven Referenzpunkt

74 Hannah Arendt an Karl und Gertrud Jaspers, 26. Juni 1968, in: Hannah Arendt und Karl Jaspers: Briefwechsel 1926–1969. Hg. von Lotte Köhler und Hans Saner. München 1985, S. 715 f.

für die Auseinandersetzung über die Bewältigung oder Gestaltung beziehungsweise wie Wünschbarkeit des sozialen Wandels überhaupt geeinigt. Während für die retrospektiven Anhänger „1968“ zum Katalysator der „Fundamental-liberalisierung“ und der Republik wurde, wurde es für die Gegner zum Katalysator des „Sittenverfalls“ und eines problematischen „Wertewandels“. Dies war die erinnerungskulturelle Lage noch im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts.

Wo stehen wir heute? Ich komme zur These zurück, dass 2008 das letzte Jubiläum von „1968“ gewesen sein könnte, in dem die „Revolte“ noch größeren Streit provozierte. Die Erlebensegenerationen von „1968“ sind inzwischen im Rentenalter, zwischen 70 und 80 Jahre alt.⁷⁵ Sie steht nicht mehr auf der politischen Bühne. Rentner bieten weniger Angriffsflächen als aktive Politiker. Eine derartig personalisierte Debatte wie im frühen 21. Jahrhundert dürfte sich kaum mehr wiederholen. Ist „1968“ als „durch“, wie man so sagt? Viel interessanter für die künftige Forschung sind Fragen danach, wie eine Bewegung auch dadurch indirekt wirkt, dass sie zum Teil auf übertriebenen Vorstellungen und Mythen beruhenden Widerspruch und Empörung provoziert und so die etablierten Kräfte dazu zwingt, Farbe zu bekennen.

Im Falle von „1968“ dürfte der Streit über die Entwicklungen und Ereignisse der „langen 1960er Jahre“ mit dazu beigetragen haben, dass sich Westdeutschland darüber verständigte, was es heißt, in einer tertiarisierten Konsumgesellschaft zu leben, wie wir uns in einem visualisierten Mediensystem über Politik verständigen, was wir unter freier Rede verstehen, wo wir Reformen vorantreiben mussten und was uns die liberale Demokratie bedeutete. Das hatten auch die „alternativen 68er“ intuitiv erfasst und sich dabei kritisch an ihre eigene Partei, die CDU, gewandt. Die müsse sich reformieren und mit der Zeit gehen, wie die jungen Aktivisten aus dem RCDS forderten. Diese Programmatik wurde dann im Rahmen der Parteireform der 1970er Jahre ja auch unter dem Vorsitz von Kohl und den Generalsekretären Biedenkopf und Geissler bemerkenswert konsequent aufgegriffen und implementiert. Weniger „1968“ selbst, als der „Streit um 1968“ zog damit auch im etablierten Parteispektrum nachhaltige Folgen und Aufbrüche nach sich.

75 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Umso schlimmer für die Tatsachen, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. April 2018, sowie Cornlis: Writing the Revolution, S. 195–197.

Hilfe für Verfolgte. Christdemokratische Solidarität mit den „Boat People“, Afghanistan und Nicaragua in den 1970/80er Jahren

Frank Bösch

In der aktuellen Debatte wird vielfältig diskutiert, inwieweit und auf welche Weise die CDU/CSU Flüchtlinge unterstützen sollte. Die Hilfe für verfolgte Menschen erscheint öffentlich als ein Feld der politischen Linken. Auch Begriffe wie „Solidarität“ sind im starken Maße mit ihr verbunden. Historisch gesehen ist diese Einschätzung nicht haltbar. Die Aufnahme von Flüchtlingen war vielmehr bereits in der Bonner Republik durchaus auch mit der Politik der Union verknüpft. Sie unterstützte zunächst vor allem Flüchtlinge aus der DDR, den ehemaligen deutschen Gebieten im Osten und den sozialistischen Nachbarländern. Nach den Aufständen in Ungarn 1956 und Prag 1968 flohen von hier vermehrt Menschen in die Bundesrepublik, ebenso nach verschiedenen Protesten in Polen. Die Zahl der Asylbewerber blieb insgesamt jedoch bis 1979 sehr klein. Dies galt insbesondere für Flüchtlinge aus außereuropäischen Gebieten.¹

Ende der 1970er Jahre änderte sich dies. Weltweit, aber auch in der Bundesrepublik, stieg nun die Zahl von Flüchtlingsbewegungen stark an. In Südostasien flohen insgesamt etwa rund 1,5 Millionen Menschen vornehmlich aus dem kommunistisch regierten Vietnam, aber auch aus Kambodscha. Rund drei Millionen Menschen flohen in kurzer Zeit nach dem sowjetischen Einmarsch aus Afghanistan im Dezember 1979 vor allem nach Pakistan, zum Teil auch in den Iran. Ebenso führten in Lateinamerika Bürgerkriege zu Bevölkerungsbewegungen, die zwar zahlenmäßig klein blieben, aber große Aufmerksamkeit in der Weltöffentlichkeit erhielten, insbesondere in El Salvador und Nicaragua; aber auch aus Kuba stieg die Zahl der „Boat People“ 1980 stark an.

In den genannten Fällen entwickelte die CDU/CSU eine Praxis der internationalen aktiven Solidarität mit Verfolgten außerhalb Europas, die sich von sozialistischen Regimen bedroht fühlten. Welche Formen des christlich-demokratischen Engagements dabei ausmachbar sind und wo die CDU/CSU jeweils Grenzen setzte, zeigt dieser Beitrag an drei unterschiedlichen Beispielen: Ausführlich für die aktive Aufnahme von außereuropäischen Flüchtlingen im Falle der „Boat People“, sowie vergleichend die Unterstützung von Verfolgten in Afghanistan und der Opposition im sandinistischen Nicaragua.²

1 Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge.* München 2001, S. 241–247.

2 Die folgenden Überlegungen entstammen aus dem Kontext meines Buch: *Zeitenwende 1979. Die Welt am Beginn unserer Gegenwart.* München 2019.

Während für gewöhnlich vor allem die organisatorische und programmatische Reform der CDU in den 1970er Jahren fokussiert wird, blickt dieser Artikel damit auf politische Praktiken, mit denen die Union ebenfalls auf die aufkommenden sozialen Bewegungen reagierte. Denn bekanntlich entstanden seit den 1970er Jahren vielfältige neue politische Gruppen, die schließlich mit den Grünen seit 1978 einen parteipolitischen Arm entwickelten und in erste Kreis- und Landtage einzogen. Derartige Netzwerke, wie die Anti-AKW-, „Dritte Welt“- oder Friedensbewegung, standen der CDU programmatisch und organisatorisch natürlich fern, ebenso die Grünen. Dennoch etablierten sie, wie dieser Beitrag zeigt, politische Aktionsformen, auf die zumindest indirekt auch die CDU mit ihrem zunehmend globalen Engagement für Verfolgte reagierte. Wie gezeigt wird, agierte nun auch die Union punktuell mit Spendenaktionen und Hilfsvereinen für Flüchtlinge der „Dritten Welt“ oder bei Hearings mit Vertretern von Verfolgten.

1. Hilfe für die „Boat People“ aus Vietnam

Im November 1978 gingen Bilder eines schrottreifen Schiffs namens „Hai Hong“ um die Welt, auf dem sich rund 2.500 Flüchtlinge aus Vietnam drängten. Fast die Hälfte davon waren Kinder. Nach der Flucht aus dem kommunistischen Land trieben sie seit Wochen ohne Versorgung auf dem Meer, da Indonesien und Malaysia das Anlanden verweigerten. Entsprechend katastrophal war die gesundheitliche und hygienische Lage an Bord. Zwar waren seit dem Sieg des kommunistischen Nordens schon zahlreiche Vietnamesen unter Einsatz ihres Lebens über das Meer geflohen, nun aber nahm der Flüchtlingsstrom stark zu. Die Fotos von diesem überfüllten Schiff und seiner ausweglosen Situation stießen im Westen eine neuartige weltweite Unterstützung der „Boat People“ an, wie sie rasch hießen. Die Rettungsaktionen, Spenden und Aufnahmen gingen als „Lehrbeispiel der humanitären Hilfe“ in die Geschichte ein und werden bei der gegenwärtigen Flüchtlingsaufnahme mitunter in Erinnerung gerufen.³ Viele westliche Länder lieferten nicht nur materielle und humanitäre Hilfe, sondern transportierten gezielt Flüchtlinge in ihr Land. Kanada erklärte sich sofort bereit, einige hundert Menschen von der „Hai Hong“ ins Land zu holen und zehntausende weitere aufzunehmen.⁴ Die USA hatten schon zuvor eine große Zahl von Vietnamesen in ihr Land gelassen und intensivierten die Aufnahme

3 Rückblick, in: Die Welt vom 3. Dezember 2008. Einführend mit Zeitzeugenberichten: Bengü Kocatürk-Schuster u. a. (Hg.): *UnSichtbar. Vietnamesisch-deutsche Wirklichkeiten*. Köln 2017.

4 Vgl. allgemein: Morton Beiser: *Strangers at the Gate: The „Boat People’s“ First Ten Years in Canada*. Toronto 1999.

nun ebenfalls, so dass rund 800.000 dieser Flüchtlinge ins Land kamen.⁵ In Frankreich traten Intellektuelle, darunter auch Gulag- und Holocaust-Überlebende, für eine Aufnahme der „Hai Hong“-Flüchtlinge und die Rettung der „Boat People“ insgesamt ein, was die Regierung förderte.⁶ Großbritannien, das bisher nur einige hundert Flüchtlinge aufgenommen hatte, erhöhte im Folgejahr ebenfalls seine Kontingente auf 10.000 und schuf Aufnahmelager.⁷

Die Amerikaner hatten die sozialliberale Bundesregierung bereits seit 1975 gedrängt, ebenfalls zumindest einige tausend Vietnamesen aufzunehmen. Die Regierung Schmidt reagierte hierauf jedoch verhalten und tatsächlich kamen zunächst, eher als Akt der Solidarität mit den USA, nur etwa tausend Menschen in die Bundesrepublik. Die Bundesregierung kompensierte die geringe Aufnahmebereitschaft stattdessen mit einer großzügigen Erhöhung der Mittel für Hilfsaktionen um zehn Millionen DM. Dagegen forderten CDU-Abgeordnete bereits 1975 eine stärkere Unterstützung für das „Millionenheer der Flüchtlinge und Vertriebenen, das im Westen seine Zukunft in Sicherheit und Freiheit suchte“.⁸ Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender Karl Carstens begründete dies vor der Fraktion und im Bundestag mit den Worten: „Wir Deutschen wissen am besten, was ein Flüchtlingsschicksal bedeutet“; deshalb sei, „der Ruf nach Hilfe für die leidenden Menschen in Vietnam in der Bundesrepublik so weit hörbar“.⁹

In Reaktion auf die Bilder des überfüllten Frachters „Hai Hong“ Ende 1978, denen zahllose weitere Medienberichte folgten, stieß die Union eine aktive Aufnahme dieser Flüchtlinge an. Während die sozialliberale Bundesregierung weiterhin eher auf finanzielle Hilfe zur Versorgung vor Ort setzte, verlangte die CDU/CSU-Fraktion von Außenminister Genscher eine bevorzugte Gewährung

5 Vgl. Dennis Gallagher: *United States and the Indochinese Refugees*, in: Supang Chantavanavich/E. Bruce Reynolds (Hg.): *Indochinese Refugees: Asylum and Resettlement*. Bangkok 1988, S. 231.

6 Vgl. Karine Meslin: *Accueil des Boat People: une mobilisation politique atypique*, in: *Plein droit* 70, 3 (2006), S. 35–39; Dan Nguyen Thrieu: *Indochinese Refugees in France: A Study and Some Comparison with France*. Victoria 1982, S. 294.

7 Vgl. Court Robinson: *Terms of Refuge: The Indochinese Exodus and the International Response*. New York 1998, S. 146–150.

8 MdB Pfeffermann an Helmut Schmidt, 26. März 1975, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK) B 136 16709; Genscher, Kabinettsprotokoll 9. April 1975. Die Kabinettsprotokolle sind abrufbar unter <http://www.bundesarchiv.de>.

9 CDU/CSU Pressemitteilung, 26. März 1975; Offener Brief MdB Pfeffermann an Bundeskanzler, CDU/CSU Pressemitteilung vom 1. April 1975; Rede Karl Carstens in der Debatte des Deutschen Bundestages über eine Erklärung der Bundesregierung über die humanitären Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland für Vietnam 9. April 1975. Stenographische Berichte (Sten. Ber.), S. 11313–11371, hier 11313. Alle Stenographischen Berichte sind abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de>.

von Asyl.¹⁰ Am 24. November 1978 machte schließlich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) einen für deutsche Verhältnisse spektakulären Vorstoß: Nachdem er im Familienkreis die Fernsehbilder von der „Hai Hong“ gesehen hatte, beschloss er, 1.000 dieser „Boat People“ aus Vietnam nach Niedersachsen auszufliegen.¹¹ Wie er rasch rechtlich prüfen ließ, war dies für ihn als Ministerpräsident möglich. Neben Flüchtlingen von der „Hai Hong“ waren darunter, auf Genschers Bitte, auch 450 Menschen, die ein bundesdeutscher Frachter zeitgleich aus dem Meer gerettet hatte. Der niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) flog sogar selbst nach Asien, um den Transport aus den Lagern per Lufthansa- und Bundeswehrmaschinen medienwirksam zu begleiten, zusammen mit 19 Journalisten und einem Bundestagsabgeordneten.¹² Bei der Ankunft in Niedersachsen begrüßte Albrecht die Flüchtlinge mit großer Medienbegleitung und Anteilnahme der Bevölkerung.

Dies war der Beginn einer ersten außereuropäischen Flüchtlingswelle, die auch die Migrationspolitik der Bundesrepublik neu herausforderte. Schon kurz nach der Aufnahme der „Hai Hong“-Flüchtlinge kursierten ähnlich dramatische Bilder von anderen überfüllten Booten, etwa von der „Tung An“, die mit 2.300 Flüchtlingen an Bord vor Manila lag, was weitere Hilfsaktionen mobilisierte.¹³ Schätzungen gehen davon aus, dass über 1,5 Millionen Menschen aus Vietnam, Kambodscha und Laos bis Mitte der 1980er Jahre flohen, sodass rasch dutzende überfüllte Flüchtlingslager entlang der Küsten entstanden, die zunehmend weiteren Zulauf verweigerten.¹⁴ Dies erhöhte den öffentlichen Handlungsdruck auf die westlichen Länder. Nach der „Hai Hong“-Rettungsaktion entfaltete sich 1979 eine Welle der Unterstützung, wie es sie für außereuropäische Flüchtlinge gerade in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hatte. Die Bundesregierung und die Bundesländer erhöhten die Kontingente für Flüchtlinge aus Südostasien fast monatlich weiter und in den folgenden Jahren flogen sie rund 30.000 „Boat People“ und Angehörige per Flugzeug ein; bis 1990 waren es rund 45.000 vietnamesische Geflüchtete und Asylsuchende.¹⁵ Die Deutschen spen-

10 Vgl. Werner Marx (CDU/CSU-Fraktion) an Genscher, 24. November 1978, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) Bd. 107397 (Bestand Zentralarchiv, ZA); CDU/CSU-Fraktion Pressedienst, 24. November 1978 und Freie demokratische Korrespondenz (FdK) Tagesdienst, 23. November 1978, in: BAK B 136 16709.

11 Zur (internationalen) Aufnahme: Vermerke Ref. 513 AA, 17. und 30. November 1978, in: PAAA Bd. 107397; Albrechts Begründung öffentlich in: Der Spiegel, 4. Dezember 1978, S. 60–62.

12 Vgl. Bericht Gottfried Köster MdB, 5. Dezember 1978, in: PAAA Bd. 107398.

13 Vgl. Botschaft Jakarta an Verteidigungsministerium, 29. Dezember 1978, in: PAAA Bd. 107398.

14 Vgl. Nghia-M. Vo: *The Vietnamese Boat People 1954 and 1975–1992*. Jefferson 2006, S. 2. Die Zahlen sind grob geschätzt und schwanken.

15 Die Daten schwanken ebenfalls; vgl. die Angaben in: Olaf Beuchling: *Vom Bootsflüchtling zum Bundesbürger. Migration, Integration und schulischer Erfolg in einer vietnamesischen Exilgemeinschaft*. Münster 2001, S. 21.

deten Millionenbeträge und Kleidung, sie offerierten Arbeitsplätze und boten Adoptionen an. Mit der „Cap Anamur“ stach sogar ein spendenfinanziertes Boot in See, um systematisch Flüchtlinge aus dem Meer zu retten und dann in die Bundesrepublik fliegen zu lassen. Hier erhielten sie staatlich finanzierte Sprachkurse, Wohnungen und ihre Familien wurden nachgeholt, da man von Beginn an ihren dauerhaften Verbleib in der Bundesrepublik annahm.

Die Christdemokraten spielten eine aktive Rolle bei dieser Aufnahme. Den regierenden Sozialdemokraten warfen sie bürokratische Verzögerungen vor und forderten ein rasches Einfliegen der Flüchtlinge durch die Bundeswehr. Einzelne Christdemokraten verlangten sogar den Einsatz der Bundesmarine vor Vietnam.¹⁶ CDU-Bundestagsabgeordnete reisten nach Indochina und kamen mit konkreten Vorschlägen zurück, um rascher helfen zu können, wobei ihnen die USA als Vorbild dienen.¹⁷ Ebenso drängten CDU-Abgeordnete den Außenminister, das deutsche Rettungsschiff „Cap Anamur“ diplomatisch und finanziell zu unterstützen, andere verlangten Hilfsmittel zur Unterstützung einer Rettungsaktion der Franzosen.¹⁸ Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) trat sogar für die Aufnahme von Flüchtlingen von ausländischen Rettungsschiffen wie der französischen „Ile de Lumière“ ein.¹⁹ Ebenso forderten auf der Europäischen Ebene Konservative, Liberale und die Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei (EVP) die Entsendung von Transportschiffen für die Rettung von Flüchtlingen.²⁰

Dass die Christdemokraten, die bisher kaum für die Aufnahme außer-europäischer Flüchtlinge eingetreten waren, sich nun mehrheitlich und nachdrücklich für diese Migranten einsetzten, hatte mehrere Ursachen. Entscheidend war zunächst, dass die Vietnamesen vor dem Kommunismus flohen. Die christdemokratischen Klagen über die „Schießbefehle gegen die im Meer Treibenden“ waren assoziativ eng mit der Flucht aus der DDR verbunden.²¹ Die Bilder von überfüllten Booten, Lagern mit Kindern und vergewaltigten Frauen erinnerten viele Christdemokraten zudem an die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg. 1979 plädierte auch der nunmehrige Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl mit Verweis auf die deutsche Fluchterfahrung für

16 Vgl. die Äußerungen von Abgeordneten der CDU/CSU in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 19. September 1979. Sten. Ber., S. 13606–13608, hier 13607; Presseerklärung Vietnam-Büro, 5. Juli 1979, in: Archiv für Christliche Demokratische Politik (ACDP) 04-007-471/4.

17 Vgl. MdB Pinger (CDU) an AA, 16. August 1979, in: PAAA Bd. 110380.

18 Vgl. Wissmann an Schmidt, 4. Juli 1981, in: BAK B 136 16710; Rupert Neudeck (Hg.): *Wie helfen wir Asien? oder „Ein Schiff für Vietnam“*. Hamburg 1980, S. 84.

19 Vgl. AA an Stücklen, 26. Juli 1979, in: PAAA Bd. 110383.

20 Vgl. AA, 20. Juli 1979, in: BAK B 136 16710.

21 So der Abgeordnete Walter Althammer in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 21. Juni 1979. Sten. Ber., S. 12850–12862, hier 12854.

höhere Aufnahmequoten.²² In der Debatte 1979 waren es bezeichnenderweise oft Vertriebenenpolitiker der CDU/CSU – wie Herbert Hupka und Herbert Czaja –, die das Thema aktiv aufgriffen und die Bundesregierung aufforderten, „diese Vertreibung genauso zu verurteilen wie die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat 1945/46“.²³

Zudem konnte sich die CDU/CSU im Fall der „Boat People“ moralisch als Vertreterin der Menschenrechte positionieren, nachdem die Solidarität mit (Nord-)Vietnam und der Menschenrechtsdiskurs gegenüber Südafrika und lateinamerikanischen Diktaturen von der politischen Linken besetzt worden war. Der SPD und der Linken hielten die Christdemokraten nun eine einseitige Solidarität vor: Niemand von denen, die einst gegen den Vietnamkrieg protestiert hätten, würde nun seine Stimme erheben.²⁴ Generell korrespondierte das christlich-demokratische Engagement mit der Reform der CDU in den 1970er Jahren, die nun vielfach an Organisations- und Aktionsformen der politischen Linken anknüpfte. Dazu zählten innerparteiliche Programmdebatten, der Ausbau einer aktiven Mitgliederbasis und die Mobilisierung des bürgerlichen Milieus.²⁵ Ebenso zeigte sich auch in der Union eine neue Lust an der Diskussion, durchaus mit akademischem Geist. Zudem versuchte sie die Hoheit über öffentliche Begriffe und Debatten zu erlangen, da sie dort eine Dominanz der Linken ausmachte.²⁶ Bei den „Boat People“ ergänzte sie dies durch eine moralische Mobilisierung und praktische Hilfe für die „Dritte Welt“.

Es blieb jedoch nicht nur bei Worten. Tatsächlich nahmen CDU-regierte Bundesländer anfangs mehr Flüchtlinge auf als SPD-geführte. Das galt vor allem für Niedersachsen. Ebenso verdoppelte Baden-Württemberg unter Lothar Späth (CDU) 1979 die zugeteilte Aufnahmequote, gab gesondert Gelder für ein Hilfsschiff des Deutschen Roten Kreuzes und richtete ein Koordinationsbüro für private und öffentliche Initiativen ein.²⁷ Die unionsregierten Länder Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern stellten rasch Plätze über die vereinbarten Quoten hinaus bereit und einzelne CDU-regierte Städte, wie Frankfurt unter dem Oberbürgermeister Walter Wallmann, beschlossen Anfang 1979 ein eigenes Kontingent für 250 „Boat People“ – aus Hongkongs Lagern begleitete sie kein anderer als Wallmanns Büroleiter, Alexander Gauland.²⁸ Die Sozial-

22 Vgl. Fraktionsprotokoll CDU, 19. Juni 1979, in: ACDP 08-001-1057/1, S. 3; ebenso in: CDU/CSU-Fraktion Pressedienst, 22. Juni 1979.

23 Fragestunde des Deutschen Bundestages am 21. Juni 1979. Sten. Ber., S. 12850–12862, hier 12850 und 12861.

24 Ebd., S. 12852 f.; Strauß im Bayerischen Landtag, 24. Juli 1979, in: BAK B 136 16710.

25 Vgl. Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart 2002.

26 Vgl. Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*. Berlin 2016.

27 Vgl. Lothar Späth (MP Baden-Württemberg) an van Well (StS AA), 31. Juli 1979, in: PAAA Bd. 110380.

28 Vgl. Sten. Ber., Sitzung vom 26. Januar 1979, Anlage 9, S. 10565f, hier 10565.

demokraten blieben reservierter. Unter den SPD-regierten Ländern nahm lediglich Hessen anfangs Flüchtlinge über die Quoten hinaus auf und SPD-Abgeordnete monierten, dass die Vietnam-Flüchtlinge so schnell kämen, während die 500 bewilligten Flüchtlingsplätze aus der Militärdiktatur in Argentinien nicht gefüllt würden.²⁹ Wer für welche Flüchtlinge eintrat, war somit nicht selten weltanschaulich geprägt.

Ebenso zeigten zahlreiche Christdemokraten zivilgesellschaftliches Engagement und organisierten Hilfsaktionen. Bereits 1975 hatten die CDU/CSU und die Junge Union Spendenaufrufe unterstützt.³⁰ Ende der 1970er Jahre traten die christlich-demokratischen Nachwuchsorganisationen mit einem Solidaritätseingagement hervor, das sonst eher bei linksalternativen „Dritte Welt“-Gruppen üblich war. Der Verband „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) organisierte 1979 die Spendenaktion „Helft den Vietnamesen“, während die Junge Union mit Aktionen für Wohnraum, Arbeit und Patenfamilien für vietnamesische Flüchtlinge warb und Reis verkaufte, um Spenden einzunehmen. Zudem forderte sie unter ihrem Vorsitzenden Matthias Wissmann eine Ver fünf fache der Aufnahmezahlen auf 50.000 und eine „Luftbrücke“ mit Spenden.³¹ Politische Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement gingen besonders beim „Vietnam Büro e. V.“ ineinander über, das im April 1979 die CDU-Bundestagsabgeordneten Elmar Pieroth und Matthias Wissmann gegründet hatten, um vietnamesischen Flüchtlingen zu helfen und ihre Integration zu fördern. Der spendenfinanzierte Verein mit Sitz in der Bonner Adenauer-Allee sammelte Hilfsgelder, organisierte medizinische Hilfe und sorgte anscheinend recht erfolgreich für Jobangebote für die eingeflogenen Vietnamesen.³² Sogar eine Ausstellung mit Kunstwerken dieser Flüchtlinge organisierten die Politiker in Bonn, zu deren Eröffnung 600 Menschen kamen.³³ Die Flüchtlingshilfe war damit zu einem bürgerlichen Projekt geworden.

Zudem engagierten sich verschiedene Christdemokraten in überparteilichen Hilfsorganisationen. Besonders aktiv war dabei der von dem Journalisten Rupert Neudeck gegründete Verein „Ein Schiff für Vietnam“. Ihn unterstützten einerseits eher linksliberale Intellektuelle wie Heinrich Böll, Alfred Biolek, Martin Walser, Dieter Hildebrandt und der nunmehrige „Grüne“ Rudi Dutschke,

29 Vgl. Referat 213, 17. Januar 1979, in: BAK B 136 16709; Bundestag 17. Januar 1979, S. 9933.

30 Vgl. Karl Carstens am 9. April 1975 im Bundestag, Sten. Ber. S. 11313.

31 Flugblätter (etwa Schreiben an Funktionsträger der JU, 11. August 1979), in: ACDP 04-007-471/4 und 07-001-532.

32 Zur Arbeit des Vietnam-Büros: MdB Pinger (CDU) an AA, 16. August 1979, in: PAAA Bd. 110380; Presseerklärung Vietnam-Büro, 5. Juli 1979, in: ACDP 04-007-471-4; Elmar Brok, in: Deutschland-Union-Dienst (DUD), Nr. 149, 7. August 1979, S. 4; Die Zeit vom 23. November 1979.

33 Wissmann im CDU-Bundesvorstand 13. Dezember 1980, in: Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018, S. 165.

andererseits auch christdemokratische Politiker und Journalisten wie Norbert Blüm, Matthias Wissmann, Richard Stücklen, Franz Alt oder Klaus von Bismarck. Mit dem „Vietnam-Büro“ der CDU-Abgeordneten machte Neudeck gemeinsame Presseerklärungen³⁴ und Bundestagspräsident Stücklen (CDU) forderte die Bundesregierung auf, „Ein Schiff für Vietnam“ finanziell zu unterstützen.³⁵ Das mit Spenden finanzierte Rettungsschiff „Cap Anamur“ konnte in den folgenden Jahren knapp 10.000 Menschen aus dem südchinesischen Meer retten. Ein großer Teil von ihnen kam in die Bundesrepublik. Neudeck selbst warb immer wieder für diese Überparteilichkeit, um „einmal eine Atempause von unseren parteilichen Optionen und parteilichen Standpunktprothesen einzulegen“.³⁶ Bis auf wenige Ausnahmen, wie etwa Johannes Rau, blieb die öffentliche Unterstützung durch Sozialdemokraten und die neu gegründeten Grünen verhaltener.

Diese anfänglich breite Hilfsbereitschaft nahm jedoch 1980/81 ab. Verschiedene Bundesländer – auch christlich-demokratisch regierte – verweigerten nun die Aufnahme weiterer Flüchtlinge von der „Cap Anamur“.³⁷ Die wachsende Angst vor „Wirtschaftsflüchtlingen“ führte dazu, dass die CDU Mitte 1981 im Bundestag kritisch anfragte, ob in Vietnam nicht systematisch Kinder aus „wirtschaftlichen Gründen“ allein auf das Meer geschickt würden, um dann ihre Eltern nachzuholen.³⁸ Im CDU-Bundesvorstand verlangten auch Politiker wie Lothar Späth, die weitere Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam und von der Cap Anamur von einer Verschärfung des Asylrechts abhängig zu machen.³⁹ Zugleich wehrten sich in dieser internen Runde Politiker wie Albrecht, Blüm und Wissmann gegen den Vorwurf, die Cap Anamur würde durch ihre Rettung Flüchtlinge anziehen und forderten daher ihre weitere Unterstützung.⁴⁰ Die unionsregierten Länder forderten von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur künftigen Aufnahme von Flüchtlingen, das die „Cap Anamur“ einschloss. Da einzelne Bundesländer wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen weiter für „Cap Anamur“-Flüchtlinge Quoten zugestanden, konnte diese weiter ausfahren. Die Spenden gingen jedoch zurück, ebenso der politische Wille zur Aufnahme von Migranten generell.

34 „Presseerklärung des Vietnam-Büros und des Europäischen Komitees ‚Ein Schiff für Vietnam‘“, Juli 1979, in: BAK B 136 16710.

35 Vgl. Bundespräsident Stücklen an Genscher, 22. Juli 1979, und Antwort, 25. Juli 1979, in: BAK B 136 16710.

36 Rupert Neudeck: Ein Boot für Vietnam, in: ders. (Hg.): Wie helfen wir Asien?, S. 70–145, hier 72.

37 Vgl. Botschaft Singapur an AA, 8. Januar 1981, und Erklärung Neudeck an AA, 9. Januar 1981, in: PAAA Bd. 127380.

38 Vgl. Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 9/693 vom 24. Juli 1981, S. 4.

39 Späth im CDU-Bundesvorstand, 21. September 1981, in: Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“, S. 557.

40 Vgl. ebd., S. 558–565.

Anfangs wurden die Vietnamesen noch bei den kritischen Äußerungen ausgenommen. Der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß (CSU), der seit 1979 verstärkt von einem „Heer der Scheinasylanten“ sprach, die zu 90 Prozent zu Unrecht Leistungen beanspruchen würden, zählte die „Boat People“ zunächst zu den berechtigten Flüchtlingen.⁴¹ Allerdings verband er als erster prominenter Christdemokrat bereits 1979 die weitere Aufnahme der Vietnam-Flüchtlinge mit der Forderung, die Asyl- und Ausländergesetze zu verschärfen.⁴² Seit Anfang der 1980er Jahre wurde die Kritik an der „Cap Anamur“ auch für andere Bundesländer zum Argument, um die Aufnahme von Ausländern insgesamt zu kritisieren. Kanzler Schmidt vertrat ohnehin diesen Kurs. Am 11. November 1981 beschloss sein Kabinett sogar förmlich, „daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll“.⁴³ Angesichts steigender Zahlen von Ausländern und Asylbewerbern, die alle nur zum geringen Teil auf die Vietnamesen zurückzuführen waren, forderte die Regierung Beschränkungen. „Man werde die Tür also eventuell schließen müssen“, bilanzierte ein Spitzentreffen zwischen Kanzleramt, Bundesinnenministerium und Auswärtigem Amt Mitte 1981 zur Ausländerfrage.⁴⁴ Tatsächlich beschlossen die asiatischen Nachbarländer und westliche Endaufnahmeländer wie die Bundesrepublik nun restriktivere Regeln, wodurch die Flüchtlingszahlen 1981/82 sanken, wie das Auswärtige Amt zufrieden feststellte.⁴⁵ Ende 1981 beschloss das Kabinett Maßnahmen zur Begrenzung von Migranten und finanzielle Anreize, um Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen.⁴⁶ Auch in der CDU/CSU nahmen Vorschläge zur Begrenzung der Flüchtlinge aus Ostasien zu. Einige plädierten dafür, sie auf unbewohnte Inseln im Chinesischen Meer oder große Wohnschiffe zu bringen, andere für eine Unterbringung in Südamerika.⁴⁷

Die Entwicklung der Hilfe für die Flüchtlinge aus Südostasien weist damit markante Parallelen zu heute auf: Eine breite gesellschaftliche Unterstützung, die auch von der CDU-Führung getragen wurde, wich der Ernüchterung, verschärften Zugangsregeln und oft auch Abwehrhaltungen. Dennoch sollte man das anfängliche Engagement für sich ernst nehmen.

41 Strauß im Bayerischen Landtag, 24. Juli 1979, zit. nach: BAK 136 16710.

42 Vgl. BT-Drs. 8/3229 vom 27. September 1979, S. 3.

43 Ebd.

44 Ergebnisprotokoll, 27. Juli 1981, in: PAAA Bd. 127380.

45 Vgl. Vermerk Sachstand AA, 21. Oktober 1982, in: PAAA Bd. 127363.

46 Vgl. Protokoll Kabinettsitzung, 11. November 1981, Top 4 und 2. Dezember 1981, Top 4.

47 Vgl. Vermerk Besprechung Pieroth/Köppinger, 18. August 1979, in: PAAA Bd. 110381; Vermerk AA, 4. Oktober 1979, in: PAAA Bd. 110383; Vermerk AA, 3. April 1980, in: PAAA Bd. 12736; Bundeskanzleramt an Prof. Ernst Boesch, 1. August 1979, in: BAK B 136 16710.

2. Moralische und finanzielle Unterstützung: Afghanistan

Eine andere Form der Solidarität zeigte die Union nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979. Offensiv brachte sie Mitte April 1980 im Bundestag den Antrag ein, angesichts des „fortgesetzten imperialistischen Unterwerfungskrieg(es) gegen die afghanische Bevölkerung“ eine Absage der bundesdeutschen Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu empfehlen.⁴⁸ Helmut Kohl verglich die Situation gegenüber seinen Parteikollegen mit 1936, als die Olympischen Spiele das „Hitler-Regime“ aufgewertet hätten, und Schmidts geplante Moskareise mit Chamberlains Gesprächen 1938.⁴⁹ Tatsächlich beschlossen das Bundeskabinett und der Bundestag am 23. April 1980 mit fast einhelliger Mehrheit eine Empfehlung zur Absage.

Wiederum war es die CDU/CSU, die sich in diesem Konflikt für die Opfer einsetzte, um zugleich gegen die kommunistische Bedrohung zu mobilisieren. So sprach Helmut Kohl in der Fraktion von einem „Stück Völkermord“ und einer „Ausrottungs-Strategie“.⁵⁰ Ebenso knüpfte die Union an die Rhetorik der einstigen linken Vietnamkriegsproteste von 1968 an. Sie beklagte den Einsatz von Napalm-Bomben und prangerte plastisch die Tötung von Frauen und Kindern an, während man die Afghanen als „friedliche Stämme“ bezeichnete, „die nichts weiter wollen als persönliche und religiöse Freiheit“.⁵¹ Wie bei den „Boat People“ warf die Union der Linken vor, zu schweigen: „Was wäre wohl passiert, wenn die Amerikaner mit fünf Divisionen über einen Nachbarstaat hergefallen wären, wenn der bisherige Staatschef ermordet worden wäre und der Ersatzmann von den Aggressionstruppen gleich mitgebracht worden wäre? (...) Wo bleiben die Proteste von Herrn Albertz, von Harry Ristock, von Gollwitzer und anderen, die doch nie müde wurden, gegen den amerikanischen Einsatz in Vietnam zu demonstrieren?“, fragte etwa Helmut Kohl im Bundestag nach dem Einmarsch.⁵² Wie bei den „Boat People“ aus Vietnam waren es besonders CDU-Vertriebenenpolitiker wie Herbert Czaja und Herbert Hupka, die Hilfe für die vom Kommunismus verfolgten Flüchtlinge einforderten.⁵³

48 Antrag der CDU/CSU, 15. April 1980, BT-Drs. 8/3904.

49 Kohl vor der CDU/CSU-Fraktion, 15. und 22. April 1980, in: ACDP 08-001-1061/1.

50 CDU/CSU-Fraktion, 22. April 1980, in: ACDP 08-001-1061/1; ebenso Geiger an Genscher 6. August 1985, in: PAAA Bd. 139329.

51 Entschließungsantrag von Habsburg/EVP, 25. März 1979, in: PAAA Bd. 110426; Wulff in der CDU/CSU-Fraktion, 11. September 1979, in: ACDP 08-001-1058/1, S. 20.

52 Rede Helmut Kohl in der Debatte des Deutschen Bundestages über eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 17. Januar 1980. Sten. Ber., S. 15584–15593, hier 15590; ähnlich Todenhöfer in einer Rede in der Debatte des Deutschen Bundestages am 11. März 1982 über eine Erklärung der Bundesregierung zum Afghanistanatag. Sten. Ber., S. 5445–5447, hier 5446.

53 Vermerk AA, 14. Januar 1980, in: PAAA Bd. 113035; Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Berlin u. a. 2015, S. 159.

Ähnlich wie die Bundesregierung trat die Union für höhere Hilfszahlungen ein. Die Bundesrepublik verdoppelte bereits 1980 die Entwicklungshilfe für Pakistan auf 130 Millionen, leitete Umschuldungen ein und gab zusätzlich über sechs Millionen DM für die konkrete Flüchtlingshilfe. Im Haushaltsjahr 1981 stellte man sogar rund 60 Millionen DM für die Flüchtlingshilfe in Pakistan bereit sowie weitere 28 Millionen US-Dollar im Rahmen einer EG-Soforthilfe.⁵⁴

Um dies eigenständig zu unterstützen, gründete die CDU mit dem „Bonner Afghanistan-Komitee“ und der „Arbeitsgemeinschaft Afghanistan“ eigene Hilfsvereine. Zudem entstand 1981 auf Initiative von Abgeordneten die Hilfsorganisation „HELP – Hilfe zur Selbsthilfe e.V.“, die vor allem die Otto von Benecke-Stiftung finanzierte.⁵⁵ Und wie bei den „Boat People“ waren es vor allem die als eher konservativ bewerteten Medien, die diese Hilfsaktionen unterstützten. Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer sammelte etwa, zusammen mit dem ZDF, der Zeitschrift „Die Bunte“ und der BILD-Zeitung, nach eigenen Angaben 20 Millionen Mark für die afghanischen Flüchtlinge.⁵⁶ Ebenso reiste der aktive Bundeswehr-Major Erich Kothny Anfang 1982 in seiner Urlaubszeit als freier Mitarbeiter für das ZDF und die Stuttgarter Nachrichten zu den Mudschaheddin. 1985 sammelte er Spenden, um damit den „Sender freies Afghanistan“ aufzubauen und hielt Vorträge über den „bewundernswerten unerschütterten Freiheitswillen der Afghanen“.⁵⁷ In Afghanistan und der Sowjetunion führte das zu dem Vorwurf, die Bundeswehr würde mit der CIA „Banditen“ unterstützen und als Ärzte getarnte Militärausbilder einschleusen.⁵⁸

Im Unterschied zu den „Boat People“ traten die Deutschen jedoch nicht für eine Aufnahme afghanischer Flüchtlinge ein. Im Gegenteil: Am 26. März 1980 führte die Bundesregierung eine Visumpflicht und Sichtvermerke für Afghanistan ein (ebenso für Äthiopien und Sri Lanka), „um den Zustrom von Asylanten zu kanalisieren“, da Deutschland nicht unbegrenzt „alle politisch Verfolgten dieser Welt aufnehmen“ könne.⁵⁹ Damit erschwerte sie ausgerechnet für Krisengebiete mit vielen Verfolgten den Zugang, wenngleich sie die Botschaft in Afghanistan anwies, Sichtvermerke zu erteilen, „wenn es sich um Fälle humanitärer Härte oder um Familienzusammenführungen handelt“.⁶⁰ Über drei Millionen Afghanen flohen vor dem Krieg, vor allem nach Pakistan. In der Bundesrepublik hielt die Statistik von 1980 hingegen nur 5.466 Asylbewerber aus Afghanistan fest, und

54 Vgl. Genscher im Deutschen Bundestag, Sten. Ber. 11. März 1982, S. 5445.

55 Vgl. auch ihre Selbstdarstellung: www.help-ev.de (Abruf: 6. Juni 2018).

56 Vgl. Jürgen Todenhöfer: *Teile dein Glück – ...und du veränderst die Welt! – Fundstücke einer abenteuerlichen Reise*. München 2010, S. 202.

57 Vgl. die Artikel in der Reservistenzeitschrift „Loyal“ Januar 1985 und „Europäische Wehrkunde“ 12 (1983), S. 580, in: *Botschaft Bagdad*, 24. Juni 1985, in: PAAA Bd. 139329.

58 *Botschaft Kabul*, 20. Oktober 1984 und 8. Januar 1986, in: PAAA Bd. 139329.

59 Antwort Große Anfrage zur Asylverfahren, BT-Drs. 8/4279, S. 2; Staatssekretär Schoeler am 2. Juli 1980 im Deutschen Bundestag, Sten. Ber., S. 18539.

60 BT-Drs. 8/4279, S. 2.

im Jahr darauf sank diese Zahl durch die Einschränkung um ein Drittel, danach dann auf verschwindend geringe Werte.⁶¹ Die große finanzielle Unterstützung für die Flüchtlingslager in Pakistan war somit auch eine Kompensation dafür, dass die afghanischen Flüchtlinge kaum in Deutschland aufgenommen wurden.

Zugleich entwickelte die Union eine starke Solidarität mit den islamischen Widerstandskämpfern in Afghanistan, die über Pakistan Waffenhilfe aus den USA und China erhielten. Diese wurden im Westen besonders durch Ronald Reagan heroisiert, der sie als „Freedom-Fighters“ bezeichnete. Am von ihm deklarierten „Afghanistan Day“, dem 21. März, mahnte er 1983 etwa: „The resistance of the Afghan freedom fighters is an example to all the world of the invincibility of the ideas we in this country hold most dear, the ideals of freedom and independence.“⁶² In der Bundesrepublik war es besonders die CDU/CSU, die die Mudschaheddin als „Freiheitskämpfer“ pries, während sozial-liberale Politiker etwas verhaltener vom Widerstand und von „Aufständischen“ sprachen. Islamische Mudschaheddin wie Ahmad Shah Massoud und Gulbuddin Hekmatyār entwickelten sich weltweit zu prominenten Ikonen. Afghanische Widerstandskämpfer wurden auch in der Bundesrepublik empfangen. Mitte 1980 traf Staatssekretär van Well bereits Ahmed Gailani, den Präsidenten der eher royalistisch-moderaten „National-Islamischen Front von Afghanistan“.⁶³ Im Februar 1981 empfing er dann Gulbuddin Hekmatyār als Vertreter der „Hezbe Islami“⁶⁴, wobei das Gespräch auf Anregung der CDU stattfand, die ihn mit zwei weiteren Afghanen als Gast der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen hatte.⁶⁵ Der gemeinsame sowjetische Feind sorgte somit für ähnlich überraschende Verbindungen wie bei den Treffen zwischen Christdemokraten und Chinas Führung in den 1970er Jahren, mit denen Politiker wie Gerhard Schröder, Franz-Josef Strauß, Alfred Dregger und auch Helmut Kohl eine deutsch-chinesische Annäherung eingeleitet hatten.⁶⁶ Der afghanische Widerstand warb dabei um finanzielle Unterstützung und um internationale Anerkennung.

Wie weit dieser aktive politische Einsatz für die „Freiheitskämpfer“ im Einzelfall reichen konnte, zeigte sich bei dem CDU-Abgeordneten Jürgen Tod-

61 Vgl. Daten in: BT-Drs. 10/3346 vom 14. Mai 1985, S. 8; Ursula Münch: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung und Alternativen. Opladen 2013, S. 83, 98.

62 Robert D. Crews: *Afghan Modern. The History of a Global Nation*. London 2015, S. 261. Völkermord in Afghanistan, in: *Die Welt* vom 8. August 1980.

64 Gespräch van Well mit Hekmatyār, 5. Februar 1981, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1980*, S. 141; Gespräch van Well mit Hekmatyār, 5. Februar 1981, in: *AAPD 1980*, S. 137.

65 Vgl. Alois Mertes (MdB CDU) an Genscher, 3. Februar 1981, in: *AAPD 1981*, S. 137, Anm. 2.

66 Vgl. Bernd Schäfer: *Ostpolitik, „Fernostpolitik“ and Sino-Soviet Rivalry: China and the Two Germanys*, in: Caroline Fink/ders. (Hg.): *Ostpolitik, 1969–1974: European and Global Responses*. New York 2009, S. 129–147.

enhöfer, der von 1972 bis 1990 im Bundestag saß. Er reiste bereits im Juli 1980 nach Afghanistan und berichtete anschließend über den „Völkermord in Afghanistan“, was Verstimmung in Moskau auslöste.⁶⁷ 1982 referierte Todenhöfer im Bundestag, wie er „neun Tage zusammen mit afghanischen Freiheitskämpfern im Landesinnern Afghanistans“ verbrachte und wie „das kleine afghanische Volk mit teilweise mittelalterlichen Waffen gegen die größte Armee der Welt um seine Freiheit kämpft“. Emotionalisierend schilderte er, wie Eltern vor den Augen ihrer Kinder erschossen würden und schloss: „Wir bitten daher um Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer mit Medikamenten und Nahrungsmitteln.“⁶⁸ Der CDU-Politiker reiste noch mehrfach nach Afghanistan. Ende 1984, zum fünften Jahrestag des Einmarsches, nahm er „unbewaffnet“ an einem Angriff der Widerstandskämpfer auf eine sowjetische Garnison teil, rund hundert Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernt – begleitet von einem Kameramann des ZDF. Nach diesen Filmen über die zerstörten Städte und Moscheen bezeichnete die sowjetische Presse ihn als „Washingtoner Speichellecker“ und „Goebbels“.⁶⁹ Umgekehrt forderte Todenhöfer 1985 in einem Schreiben an Gorbatschow einen Rückzug und legte seinem offenen Brief Fotos von schwerverletzten afghanischen Kindern bei, an denen die sowjetische Armee ihre neuesten Waffen testen würde.⁷⁰

Für die CDU/CSU-Opposition war der Einmarsch der Beweis dafür, dass die sozialliberale Ostpolitik gescheitert und die Friedensbewegung blauäugig war.⁷¹ Allerdings sah die Bevölkerung dies überwiegend anders. Einer Umfrage Mitte Januar 1980 zufolge forderte eine deutliche Mehrheit eine Fortsetzung der Entspannungspolitik, darunter auch CDU/CSU-Anhänger.⁷² Generell wurde die breit mobilisierende Friedensbewegung auch für die Union eine Herausforderung, auf die sie in Anlehnung an die Sozialen Bewegungen reagierte. Denn die Kriegsangst und Friedensrhetorik reichten nach 1979 weit über das alternative Milieu hinaus. Damit die CDU/CSU nicht ins Hintertreffen geriet, bat auch Helmut Kohl bereits 1979 in der Nachrüstungsdebatte seine Fraktion, nicht von „Nachrüstung“ zu sprechen, sondern von „Friedens- und Sicherheitspolitik“, damit nicht die SPD allein den Begriff Frieden okkupiere.⁷³ Manfred Wörner regte an,

67 Vgl. Bericht Huber/Botschaft Moskau an AA, 11. August 1980, in: AAPD 1980, S. 1224 f.

68 Todenhöfer im Deutschen Bundestag, 11. März 1982. Sten. Ber., S. 5445. Ähnlich Otto Wulff (CDU) in der Aussprache des Deutschen Bundestages am 9. Juni 1982 zu den Beschlussempfehlungen des Auswärtigen Ausschusses betr. Anträge zur Erklärung der Bundesregierung zum Afghanistanstag. Sten. Ber., S. 6348 f.

69 Der Spiegel vom 7. Januar 1985, S. 155; vgl. auch AAPD 1985, S. 1167, Anm. 13.

70 Vgl. Pressemitteilung Todenhöfer, 15. August 1985, in: PAAA 139329.

71 Vgl. etwa Rede Alfred Dreggers in der Debatte des Deutschen Bundestages über eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 17. Januar 1980. Sten. Ber., S. 15657–15661, hier 15657 f.

72 Vgl. Rede von Hans-Jürgen Wischniewski, ebd., S. 15632–16542, hier 15642.

73 Kohl vor der CDU/CSU-Fraktion, 11. September 1979, in: ACDP 08-001-1058/1, S. 7.

die Union solle im Anschluss an die neue Enzyklika von Papst Johannes Paul II. den Appell an den Weltfrieden mit der Achtung der Menschenrechte verbinden.⁷⁴ Statt „Frieden schaffen ohne Waffen“, wie die Friedensbewegung reimte, propagierte die CDU nun den Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ und organisierte eigene Veranstaltungen.⁷⁵ Besonders die Aktion „10.000 Friedenstage“ erreichte nach Angaben der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1983 in einem halben Jahr 3,5 Millionen Bürger in über 10.000 Veranstaltungen.⁷⁶ Ebenso reagierte Kohls Regierung auf die florierende Buchproduktion zum Thema Friedenssicherung. Um „auf die Friedensbewegung aufklärend einzuwirken“ produzierte 1983 allein das Auswärtige Amt 250.000 Exemplare eines Faltblatts mit dem CDU-Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“, 500.000 Exemplare der Broschüre „Es geht um Sicherheit“ und 230.000 Exemplare der Schulschrift „Aufrüsten-Abrüsten“.⁷⁷ Ebenso vertrieb das Bundespresseamt Handreichungen für Lokaljournalisten und ein Taschenbuch wie „Argumente gegen die Angst“ mit 200.000 Exemplaren. Damit griff sie vielfältig die Agenda auf, die die Friedensbewegung aufgebaut hatte.

Zusammenfassend lässt sich damit festhalten, dass die christdemokratische Solidarität mit Afghanistan zwar nicht zur Aufnahme von Flüchtlingen führte, aber durchaus Bezüge zu deren Unterstützung und den Techniken der eher linken Solidaritätsgruppen aufwies. Dazu zählten die Gründung von Hilfsvereinen und das Werben für mehr staatliche Hilfe, mobilisierende Vergleiche mit nationalsozialistischen Gewalttaten und Treffen mit Vertretern des aktiven Widerstandes. Auch wenn die aktive Unterstützung von afghanischen Kämpfern vereinzelt blieb, war ihre positive Bewertung als „Freiheitskämpfer“ bemerkenswert.

3. Solidarität mit dem bürgerlichen Nicaragua

Nahezu zeitgleich fand in Nicaragua eine Revolution statt, die politisch linksstehende Solidaritätsgruppen in der ganzen Welt elektrisierte. Dort hatte eine breite Bewegung, die von Sozialisten bis hin zu Teilen liberal-konservativer Gruppen reichte, gegen die autokratische Herrschaft von Anastasio Somoza Debayle protestiert. Unter maßgeblicher Führung der Sandinisten, die auch eine guerilla-artige sozialistische Strömung umschloss, konnte er im Juli 1979 in bürgerkriegsartigen Kämpfen gestürzt werden. Im Anschluss daran entstand eine Übergangsregierung, die zunächst auch bürgerliche Vertreter einschloss, ab 1980 aber die starke Dominanz der Sandinisten verdeutlichte. Diese faszinierte die westliche Linke, weil die Sandinisten sozialistische Elemente auf-

74 Vgl. Wörner, ebd., S. 18.

75 Zur Planung vgl. auch CDU-Bundesvorstand, 8. März 1982, in: Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“, S. 734–736.

76 So zumindest: Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1984, S. 7.

77 Vermerk Ref. 012, 6. Oktober 1983, in: AAPD 1983, S. 1466–1469.

nahmen, aber zugleich einen blockfreien Staat jenseits des ostmitteleuropäischen Realsozialismus versprachen. „Nicaragua-Gruppen“ sammelten Spenden und viele Aktivisten flogen dorthin, um ehrenamtlich Aufbauhilfe zu leisten.⁷⁸ Tatsächlich blieben in Nicaragua privatwirtschaftliche Strukturen bestehen, wurden 1984 und 1990 Wahlen durchgeführt und auch die bürgerliche Opposition durfte Parteien und Presse behalten. Dennoch mehrten sich in den 1980er Jahren Einschränkungen. Einzelne bürgerliche Parteien boykottierten deshalb 1984 die Wahl, weil sie sich im Wahlkampf zu stark eingeschränkt sahen. Dass die USA die „Contras“ genannten Guerilla-Truppen unterstützten, die bewaffnet gegen den sandinistisch geführten Staat kämpften, verstärkte eher die internationale Solidarität.

Nicaragua entwickelte sich wie Vietnam und Afghanistan zu einem weltpolitischen Krisenherd, in dem sich sowohl zahlreiche sozialistische Staaten des Warschauer Paktes als auch vielfältige vom Westen unterstützte Gruppen engagierten. Gerade die offene Situation dort, die Involvierung der USA und die starke Präsenz der sandinistischen Revolution in der deutschen Öffentlichkeit führten dazu, dass sich auch die deutschen Christdemokraten mit Nicaragua auseinandersetzen. Schon einen Monat nach Somozas Flucht reisten Bundestagsabgeordnete der SPD und CDU mit Hilfsgütern nach Nicaragua, um sich ein Bild zu machen und Kontakte zur neuen Regierung aufzubauen.⁷⁹ Dabei förderten dort auch die Christdemokraten eine Unterstützung insbesondere bürgerlicher Gruppen, um nicht der politischen Linken und der DDR das Feld zu überlassen, die ebenfalls mit aktiver Solidarität die Sandinisten unterstützten.

Diese Solidarität mit dem bürgerlichen Gruppen geschah über gezielte Treffen mit deren Politikern, über finanziell gut ausgestattete Projekte der parteinahen Stiftungen oder auch über Kampagnen gegen Menschenrechtsverletzungen. So wurde Nicaraguas Oppositionszeitung *La Prensa* von Beginn an maßgeblich durch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung gefördert, die dafür Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erhielt. Bereits 1980 erhielt *La Prensa* so eine Million DM für die Druckanlage und fotomechanische Setzgeräte. Weitere Zahlungen folgten, etwa für deren Bezug von internationalen Nachrichtenagenturen.⁸⁰ Da die Zeitung den Nukleus der Opposition bildete und ihre Herausgeberin Violeta Barrios de Chamorro zu

78 Vgl. die Beiträge von Stephanie Säger und Christian Helm in: Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hg.): *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und DDR*. I. E. Göttingen 2018; sowie: Christian Helm: *Booming Solidarity: Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s*, in: *European Review of History/Revue européenne d'histoire* 21.4 (2014), S. 597–615.

79 Vgl. Botschaft Managua an AA, 4. September 1979, in: PAAA Bd. 116099 (B 33 ZA).

80 Vgl. Vermerk AA, 1. Juli 1980, in: PAAA 124750 (B 33 ZA); Anträge 1984, in: PAAA 321 (B 98).

einer Symbolfigur machte, die 1990 tatsächlich den Sandinisten Daniel Ortega als Präsidenten ablöste, war diese Hilfe von großer Bedeutung.

Unterstützung erhielten die nicht-sandinistischen Politiker Nicaraguas zudem durch Demokratieprojekte, für die die bürgerlichen parteinahen Stiftungen ebenfalls Mittel beim BMZ einwarben. So förderte die Naumann-Stiftung 1980 mit 1,3 Millionen DM den Aufbau der Demokratie von unten mit Seminaren für Führungskräfte.⁸¹ Die Konrad-Adenauer-Stiftung flankierte dies mit Tagungen und Einladungen für christlich-demokratische Politiker aus Nicaragua und christliche Gewerkschafter. Bereits 1980 veranstaltete sie in Washington eine große Tagung, um Politiker Lateinamerikas und Europas zusammenzubringen.⁸² In den folgenden Jahren wurden christlich-demokratische und liberale Politiker aus Nicaragua regelmäßig als Gäste der Stiftungen nach Deutschland geladen, die ihnen auch Termine mit Regierungsmitgliedern vermittelten. Umgekehrt reisten Politiker der Union und der FDP weiterhin nach Nicaragua, wo sie neben den Sandinisten stets auch gezielt bürgerliche Politiker und Geistliche trafen. Dies wertete die nicht-sandinistischen Politiker auf und verschaffte ihnen ein internationales Forum, um auf ihre Unterdrückung hinzuweisen.

Bei ihrem Engagement für Nicaraguas Opposition profilierten sich die Christdemokraten als Hüter der Menschenrechte. Ähnlich wie bei ihrem Engagement für die „Boat People“ oder für die Opfer in Afghanistan versuchten Unionspolitiker so, ein „linkes Thema“ zu besetzen und die Linke der Doppelmoral zu überführen. Ihre Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament, aber auch der Junge-Unions-Vorsitzende Christoph Böhr reisten für mehrere „fact-finding-missions“ nach Nicaragua. Dort besuchten sie auch christlich-demokratische Gefangene und setzten sich für ihre Freilassung ein.⁸³ Tatsächlich versprach etwa der nicaraguanische Innenminister Borge 1983 bei einem Treffen mit Bundestagsabgeordneten sogleich deren Freilassung. Ebenso führten die Christdemokraten in Nicaragua Gespräche mit Regierungsvertretern und Opposition, um Leitlinien für die künftige Hilfe zu entwickeln. Die Europaabgeordneten der EVP verlangten in ihrem Reisebericht 1983 etwa, künftig EG-Hilfsprogramme „grundsätzlich über nicht-staatliche Träger und Einrichtungen wie Kirchen“ abzuwickeln, ansonsten nur privatwirtschaftliche Initiativen zu fördern und Mittel von demokratischen Entwicklungen abhängig zu machen.⁸⁴

In Analogie zu den Menschenrechts-Hearings der Linken hielt nun die CDU 1985 ein international besetztes Nicaragua-Hearing ab, dessen Ergebnisse sie

81 Vgl. Vermerk AA, 1. Juli 1980, in: PAAA 124750 (B 33 ZA); Antrag Naumann-Stiftung an BWZ, 14. November 1980, in: PAAA 146 (B 98).

82 Vgl. Botschaft Managua an AA, 12. Juni 1980, in: PAAA 219 (B 98).

83 Vgl. Horst Langes an Kohl, 28. September 1983, in: PAAA Bd. 15537 (MANAG).

84 Vgl. Horst Langes an Kohl 28. September 1983 und Informationsvermerk EVP, Okt. 1983, S. 31 in: PAAA Bd. 15537 (MANAG).

dann in der Schrift „Nicaragua Report. Wie frei ist Nicaragua?“ veröffentlichte.⁸⁵ Die Christdemokraten betonten, dass sie die Revolution anfangs begrüßt hätten, diese nun aber in eine „marxistische Diktatur“ abgeglitten sei. Und wie sonst die Linke argumentierte die Union, gegen die angeblich „einseitigen“ Medien in der Bundesrepublik eine kritische Öffentlichkeit schaffen zu wollen. Die aus Nicaragua eingeladenen Christdemokraten berichteten etwa, die Sandinisten hätten bereits 1979 Menschen getötet und mittlerweile gäbe es mehr politische Gefangene als unter Somoza 1978.⁸⁶ Auch christliche Gewerkschaftsführer erzählten mit Einzelbeispielen von Verfolgungen und Verhaftungen.⁸⁷ Dagegen berichteten die Christdemokraten aus El Salvador von angeblichen Fortschritten der dortigen Demokratie und freien Wahlen.⁸⁸ Darüber hinaus kamen die Zensur in Nicaragua, die Verfolgung von Geistlichen und der Indios zur Sprache. Von der Linken wurden diese Berichte dagegen als wahrheitswidrig zurückgewiesen und die Berichterstatter als Reaktionäre verurteilt.⁸⁹ Es fand somit weniger ein Dialog statt als dass zwei Sichtweisen neben- und gegeneinander standen. Klare Belege für ähnlich viele politische Gefangene wie unter Somoza lassen sich von der Forschung nicht ausmachen. Was aber in Nicaragua bestand, war die Bevorzugung von Sandinisten, die Privilegierung von Staatsunternehmen und Einschränkungen für die Entfaltung von nicht-sandinistischen politischen Gruppen.

Entsprechend förderten die Adenauer- und die Naumann-Stiftung mit großen Projekten privatwirtschaftliche Organisationen und Strukturen in Nicaragua. So übermittelte die Naumann-Stiftung anfangs jährlich einen Millionenbetrag für ein Ausbildungszentrum in Nicaragua für freiheitliche und demokratische Genossenschaften.⁹⁰ Ebenso finanzierte die Adenauer-Stiftung in den 1980er Jahren Ausbildungsprojekte, die ein Verband des privatwirtschaftlichen Sektors durchführte. 1984 bewilligte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit etwa eine Million DM für eine Schulung von Kleinbetrieben sowie mit gleichem Betrag ein Institut der privatwirtschaftlichen Unternehmen, das Wirtschaftsdaten erhob und diese mit regierungsamtlichen Daten kontrastierte.⁹¹ Derartige Projekte dürften mit dazu beigetragen haben, dass in Nicaragua marktwirtschaftliche Strukturen eine gewisse Bedeutung behielten, wenngleich auch die Sandinisten privatwirtschaftliche Strukturen tolerierten.

85 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *Wie frei ist Nicaragua? Dokumentation über den Nicaragua-Report*. Bonn 1985.

86 Vgl. José Esteban Gonzalez: *Verletzung der Grundrechte*, ebd., S. 15–18.

87 Vgl. Augustin Anaya, ehemaliger Vorsitzende der Partido Social Cristiano: *Unterdrückung freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung*, ebd., S. 25–30, hier 25.

88 Vgl. José Ehrlich: *El Salvador – Beispiel für eine positive Entwicklung*, ebd., S. 43–48, hier 43.

89 Vgl. *Die Grünen im Bundestag*, 3. November 1986, in: *Archiv Grünes Gedächtnis (AGD) A SIG 97*.

90 Vgl. AA an KAS, 29. November 1984, in: PAAA 321 (B 98).

91 Vgl. BWZ an KAS, 9. Oktober 1984, und BMZ an KAS, 14. Dezember 1984, ebd.

Konfliktfrei verlief diese Hilfe für die nicht-sandinistischen Gruppen nicht. Die von der Naumann- und der Adenauer-Stiftung geförderten Projekte waren seit 1985 häufigen Restriktionen ausgesetzt. So wurde ein Projekt mit Erzbischof Obando y Bravo, der 1985 von der Adenauer-Stiftung über eine halbe Million DM für das Gemeinwesen und die Sozialarbeit in seiner Erzdiözese Managua erhielt, der Adenauer-Stiftung zufolge von den Sandinisten für illegal erklärt und im Mai 1986 geschlossen.⁹² Ebenso wurde der Direktor des von der Adenauer-Stiftung maßgeblich finanzierten Wirtschaftsinstituts „Instituto de Investigación Económica y Sociales de la Empresa Privada“ (INIESEP) vom Dachverband der privaten Unternehmer im Juni 1988 wegen Geheimnisverrat von Wirtschaftsdaten und „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ verurteilt.⁹³ Andere Projekte mit der Opposition konnte die Adenauer-Stiftung weiter fördern, so etwa 1989 „Radio Catholica“, den Sender der Bischofskonferenz.

Entsprechend angespannt war die Beziehung zwischen den Sandinisten und der von Kohl geführten Bundesregierung Mitte der 1980er Jahre, zumal der Bundeskanzler die Politik der USA stärker als andere westliche Regierungen mittrug. Deshalb reduzierte die Bundesregierung die Hilfe für Nicaragua stark und gab zugesagte Zahlungen nicht frei. Die Ermordung des Entwicklungsdienst-Mitarbeiters Albrecht Pflaum nahm die Bundesregierung 1983 zum Anlass, die Zahl der Helfer in Nicaragua zu halbieren und die Kooperation mit staatlichen Stellen zu untersagen, was in der Praxis aber wohl kaum Auswirkungen hatte.⁹⁴ Zeitgleich baute die Regierung Kohl die Unterstützung für El Salvador aus, obgleich dort eine Militärdiktatur herrschte. So wurde El Salvadors umstrittener Präsident José Napoleón Duarte von Kohl im Juli 1984, wie der interne Bericht festhielt, „in herzlicher Atmosphäre“ empfangen und Entwicklungshilfe von 50,6 Millionen gewährt.⁹⁵ Bei den Grünen, Jusos und kirchlichen Gruppen löste dies entsprechende Proteste aus. Umgekehrt wandte sich die Union kritisch gegen die freiwilligen Helfer der Linken, die nach Nicaragua reisten. So fragte die CDU/CSU mehrfach im Bundestag die Bundesregierung an, inwieweit dort bundesdeutsche Kriegsdienstverweigerer Waffen tragen würden und inwieweit erst diese Beteiligung am Kampf Entführungen von deutschen Helfern verursachte, wofür die Bundesregierung jedoch keine Beweise fand.⁹⁶

92 Vgl. KAS an BWZ, 21. Oktober 1986, ebd.

93 KAS an AA, 2. Januar 1989 (Bericht Horst Schoenbohm, 19. August 1988), in: PAAA Bd. 476 (B 98).

94 Vgl. Erich Stüßdorf: Von der Kontaktsperre zum absoluten Unverständnis, in: Erika Harzer/Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb. Berlin 2008, S. 51–55.

95 Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30. Juli 1984, in: AAPD 1984, S. 961, sowie ebd., Anm. 6.

96 Vgl. CDU/CSU-Fraktion, in: BT-Drs.10/5864 vom 18. Juli 1986.

Nicaragua stand somit für einen dritten Typ der christdemokratischen Solidarität: Es ging nicht um die Hilfe für Flüchtlinge, sondern um den Schutz von Christdemokraten und bürgerlichen Gruppen in der „Dritten Welt“ gegen ein Vordringen des Sozialismus. Ähnlich wie bei den „Boat People“ bot dieses Engagement eine Alternative zur politischen Linken an. In vieler Hinsicht übernahmen die parteinahen Stiftungen mit öffentlichen Mitteln Aufgaben, die auf der Linken von Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften oder Jusos auf Spendenbasis organisiert wurden. Für künftige Forschungen wäre es generell reizvoll, das bislang wenig beachtete ausländische Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung stärker historisch zu untersuchen.⁹⁷

4. Fazit

Die neuen Aktivitäten, die die CDU/CSU in den 1970/80er Jahren entwickelte, beschränkten sich nicht auf die oft zitierten Organisationsreformen und Programmdebatten. Vielmehr versuchte die Union, sich in vielen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen neu zu profilieren. Dabei konkurrierte sie nicht nur mit der SPD, sondern versuchte auch Profil gegenüber den damals öffentlich mobilisierenden neuen sozialen Bewegungen zu zeigen. Ihr Einsatz für die „Boat People“, die Rebellen in Afghanistan und gegenüber Nicaragua lässt sich auch als eine Reaktion auf deren politische Aktionsformen verstehen. Die Hilfe für die Verfolgten sollte nicht allein Regierungssache sein.

Der Einsatz für Verfolgte bewegte sich in den Bahnen des Kalten Kriegs. Dem linken Engagement im Vietnamkrieg, gegen Pinochets Chile oder die Apartheid in Südafrika setzte die Union einen Einsatz für die Opfer des Kommunismus entgegen. Die Gründung von Hilfsvereinen und der Einsatz für Menschenrechte jenseits von Osteuropa sollte die Union auch moralisch zu einer Partei machen, die sich für die Verfolgten in der Welt einsetzte. Ähnlich wie Vertreter der politischen Linken unternahm einzelne Christdemokraten Reisen in die Krisengebiete, um als Augenzeugen Probleme zu erfassen und direkte Hilfe anzubieten. Ebenso fällt die direkte Kooperation mit Journalisten auf. Bemerkenswert war zudem, dass die Vertreibung der Deutschen nach 1945 für viele Christdemokraten ein wichtiger Bezugspunkt war. Im Vergleich zu den sozialen Bewegungen blieb ihr Engagement allerdings stärker an öffentliche Institutionen angebunden.

97 Ansätze hierzu finden sich etwa bei Matthias Stenger: *Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 60)*. Düsseldorf 2011 und neuerdings Peter Molt: *Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 69)*. 2. Aufl. Düsseldorf 2018.

Besonders gegenüber den „Boat People“ zeigte sich eine neue Form des Engagements: die direkte Hilfe für außereuropäische Flüchtlinge. Da die Ostpolitik eng mit der SPD verbunden war, setzte die Union während der Opposition stärker auf eine Fernostpolitik. Dazu zählte die von der CDU/CSU forcierte Annäherung an China in den 1970er Jahren, aber eben auch das Flüchtlingsengagement in Südostasien. Beides ging einher mit einer engen Solidarität mit den USA, die einen entsprechenden Weg einschlugen. Sowohl gegenüber Vietnam als auch Afghanistan und Nicaragua vertrat die Union dabei stärker die US-amerikanische Position als die Sozialdemokraten. Solidarität mit den „Boat People“ oder dem Widerstand in Afghanistan oder Nicaragua war damit auch eine Solidarität mit den Vereinigten Staaten.

Nur bedingt parlamentsfähig: Zum Sozialprofil der Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten (2014 bis 2017)

Peter Rütters

Bei den vierzehn Landtagswahlen zwischen August 2014 und Oktober 2017, zu denen sich die AfD seit ihrer Gründung im Jahr 2013 als politische und parlamentarische „Alternative“ zur Wahl stellte, gelang es ihr, jeweils Abgeordnete in ein Landesparlament¹ zu entsenden (vgl. Tabelle 1).² Der Anteil der Wähler, den die AfD dabei für sich zu mobilisieren vermochte, lag zwischen 5,5 Prozent in Bremen (2014) und 24,3 Prozent in Sachsen-Anhalt (2016). Zwischen drei AfD-Mitglieder (Saarland) und 25 (Sachsen-Anhalt, Berlin) erhielten so ein Mandat in einem der Landesparlamente. Die Anzahl der Abgeordneten, die über eine Nominierung durch die AfD in ein Landesparlament einzogen, summiert sich inzwischen auf 186 Mandatsträger.

Als neugegründete Partei³ verfügt die AfD nicht aus sich heraus über etablierte Strukturen, formelle und informelle Regularien und eine Parteitradition, die darauf gerichtet sind, ihre Abgeordneten mit fundierten, über längere Zeit erworbenen politisch-institutionellen Erfahrungen auszustatten, die erforderlich sind, um in einem konstruktiven Sinne die komplexen Aufgaben eines modernen, binnendifferenzierten Arbeitsparlaments in einem parteienbasierten repräsentativ-demokratischen politischen Systems wahrnehmen zu können.⁴

- 1 Um die langatmige Wiederholung der Aufzählung „Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhaus“ zu vermeiden, wird im Folgenden als Sammelbezeichnung „Landesparlamente“ oder „Parlamente“ verwendet.
- 2 Zu den Landtagswahlen vgl. die jeweilige Berichterstattung in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 46 (2015), H. 1, S. 3–20, 21–38 und 39–56 (Sachsen, Brandenburg, Thüringen), H. 3, S. 518–538 und 539–560 (Hamburg, Bremen), 45 (2016), H. 3, S. 497–518, 519–540 und 541–560 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt), 48 (2017), H. 1, S. 25–39 und 40–56 (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin), H. 3, S. 575–593 und 614–633 (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen) und 49 (2018), H. 1, S. 3–22 und 40–56 (Niedersachsen, Saarland).
- 3 Zur Vorgeschichte der AfD seit 2010 vgl. Oskar Niedermayer: Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden 2015, S. 175–207; ferner Frank Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Alexander Häusler (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden 2016, S. 8–23; Thorsten Oppeland: Alternative für Deutschland (5. Juni 2017) www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd (Abruf 26. Januar 2018); Hubert Kleinert: Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden 2018, S. 17–34.
- 4 Zur Funktion und Binnendifferenzierung von modernen Parlamenten vgl. Wolfgang Ismayr: Der Deutsche Bundestag. Wiesbaden 2012; für die Landesparlamente Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hg.): Landesparlamente. Geschichte – Struktur – Funktionen. Wiesbaden 2012;

Auch besitzt die AfD (noch) keine zuverlässigen Verfahren für die Rekrutierung, Auswahl und Nominierung von Kandidaten, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Karriere als „geeignet“ für ein Parlamentsmandat gelten könnten. Mit Blick auf den Repräsentationsanspruch der AfD in den Landesparlamenten drängt sich die Frage auf, über welche politische, institutionelle und parlamentarische Erfahrung, über welche politische und parlamentarische Professionalität Abgeordnete der AfD verfügen und ob deren bisheriges politisches und parlamentarische Engagement erwarten lässt, dass sie die komplexen Anforderungen und Aufgaben eines modernen Arbeitsparlaments bewältigen können, sofern eine konstruktive Parlaments(mit)arbeit beabsichtigt ist.⁵ Um dieser Problematik nachzugehen, soll zunächst das Sozialprofil der AfD-Abgeordneten untersucht werden (Altersstruktur, Bildungsniveau, Berufstätigkeit vor dem Mandat, parteipolitische und parlamentarische Erfahrungen).⁶ Die 186 Abgeordneten⁷ der AfD bieten dafür eine brauchbare Basis, die es erlaubt, systematisch unter anderem nach früheren politischen Erfahrungen (Parteimitgliedschaft, Mandate in Gremien der kommunalen Selbstverwaltung, in Landesparlamenten, Bundestag und Europa-Parlament) zu fragen.

Seit der Gründung der AfD, den Wahlen zum Europäischen Parlament (Mai 2014) und den Landtagswahlen 2014, bei denen es der Partei gelang, Abgeordnetenmandate zu erringen, hat sich deren politisches Profil beträchtlich verändert.⁸ Gegründet wurde die AfD als Partei mit einer pointiert Euro- und EU-skeptischen Programmatik, angereichert mit liberal-konservativen Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen. Bis zur Spaltung auf dem Essener

zum Anforderungsprofil für (Berufs-)Politiker und zur Professionalisierung vgl. Werner J. Patzelt: Was für Politiker brauchen wir? Ein normativer Essay, in: Michael Edinger/ders. (Hg.): Politik als Beruf (PVS-Sonderheft 44/2010). Wiesbaden 2011, S. 70–110; Helmar Schöne: Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Praxis. Baden-Baden 2010.

- 5 Zu den unterschiedlichen Zielen parlamentarischer Repräsentation bei der AfD („parlamentsorientiert“ oder „bewegungsorientiert“) vgl. Wolfgang Schroeder u. a.: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. WZB Discussion Paper SP V 2017-102. Berlin, Juni 2017; Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels/Alexander Berzel: Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung, in: ZParl 49 (2018), H. 1, S. 91–110; Alexander Hensel u. a.: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition (Studien der Otto-Brenner-Stiftung). Frankfurt/Main 2017.
- 6 Die Analyse setzt eine in der Zeitschrift für Parlamentsfragen veröffentlichte Untersuchung fort, indem die Wahlergebnisse von sechs weiteren Landtagswahlen (zwischen September 2016 und Oktober 2017) berücksichtigt werden. Peter Rütters: „Parlamentsfähig“? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften, in: ZParl 48 (2017), H. 1, S. 3–24.
- 7 Bezugspunkt für die Untersuchungen/Tabellen sind jeweils die Abgeordneten der konstituierenden Sitzungen der Landesparlamente.
- 8 Vgl. Joel Rosenfelder: Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt? in: ZParl 48 (2017), H. 1, S. 123–140.

Parteitag Anfang Juli 2015 war die AfD in der Öffentlichkeit hauptsächlich von Bernd Lucke repräsentiert worden. Dessen Parteiaustritt bot national-konservativen und rechtspopulistischen Strömungen in der Partei (prominent vertreten von Alexander Gauland, Frauke Petry, Björn Höcke, André Poggenburg unter anderen) die Chance, Programmatik, Politik und öffentliche Erscheinung der AfD zu dominieren. Angesichts dieser innerparteilichen Querelen liegt die Frage nahe, ob und wie sich die Flügelkämpfe in der Partei und deren programmatische Neuausrichtung auf die Zusammensetzung von Parlamentsfraktionen auswirkten. Als behelfsmäßige Indikatoren für die Kohäsionsfähigkeit der AfD sollen hier personelle Kontinuität, Stabilität und Tendenzen der Fragmentierung der AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten dienen.⁹ Kontinuität und Stabilität der Parteibeziehung der Abgeordneten lassen sich anhand der Dauer der Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Nominierung beziehungsweise des Mandatserwerbs ermeszen. Zumindest ansatzweise kann so überprüft werden, ob der politisch-programmatische Wandel der AfD mit dem Parteibeitritt der Abgeordneten korreliert und ob die Nominierungsverfahren für ein Landtagsmandat offen für Mitglieder waren, die seit der national-konservativen und rechtspopulistischen Neuausrichtung der Partei beitraten. Ein weiterer Aspekt der Untersuchung bezieht sich auf die Fraktionsvorstände der AfD in den Landesparlamenten. Die Analyse des Sozialprofils ihrer Mitglieder der Fraktionsvorstände (Hochschulabschlüsse, parteibezogene und parlamentarische Erfahrungen) soll Auskunft darüber geben, ob durch eine „qualifizierte“ Besetzung dieser Funktionen Vorkehrungen für eine „kompetente“, „professionalisierte“ Organisation der parlamentarischen Tätigkeit getroffen wurden. Ein anderer Punkt der Untersuchung geht der Frage nach, ob die schwerpunktmäßig „westdeutsche“ Gründung der AfD sich in einer parlamentarischen „West-Kolonisierung“ in den neuen Bundesländern wiederfindet oder ob – nicht zuletzt nach der national-konservativen und rechtspopulistischen programmatischen Neuausrichtung der Partei – die parlamentarische Repräsentation der AfD sich vorrangig länderspezifisch rekrutierte. Schließlich bleibt noch zu untersuchen, ob Veränderungen in der Zusammensetzung der Fraktionen (Austritte, Mandatsverzicht, Ersetzung durch Nachrücker, Wechsel in den Bundestag) absehbare Folgen für die Handlungsfähigkeit, politische Handlungsorientierung und die Stabilität haben könnten.¹⁰

9 Eine Analyse der parlamentarischen Praxis der AfD-Fraktionen kann hier nicht angeboten werden, vgl. hierzu Schroeder u. a.: *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, S. 30–46; Hensel u. a.: *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017*, S. 25–36, 40–49 und 54–64 zu Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

10 Ein weiterer Aspekt der Untersuchung könnte die Position von weiblichen Abgeordneten in den AfD-Fraktionen betreffen. Mit Frauke Petry als Bundes- und sächsische Landesvorsitzende der AfD (bis Oktober 2017) und Alice Weidel als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl (neben Alexander Gauland) gab sich die AfD für die Bundestagswahl

Tabelle 1: Abgeordnete der Alternative für Deutschland (AfD) in den Landesparlamenten (Stand: jeweils konstituierende Sitzung des Parlaments)

Landtag/Abgeordnetenhaus/ Bürgerschaften	Landtagswahl	Stimmenanteil (in Prozent)	Abgeordnete (abs.)	davon weibliche Abgeordnete abs.	davon weibliche Abgeordnete in Prozent	davon nicht mehr Mitglieder AfD-Fraktion*	davon ausgeschie- den: ersetzt von Nachrücker mit Fraktionsbindung*
Sachsen	31.8.2014	9,7	14	4	28,6	5	2 ^a
Brandenburg	14.9.2014	12,2	11	2	18,2	1	1 ^b
Thüringen	14.9.2014	10,6	11	2	18,2	3	1 ^b
Hamburg	15.2.2015	6,1	8	1	12,5	1	1 ^b
Bremen	10.5.2015	5,5	4	–	–	3	
Baden-Württemberg	13.3.2016	15,1	23	3	13,0	3	2 ^c
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	12,6	14	3	21,4	–	
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	24,3	25	2	8,0	3	
Mecklenburg-Vorpom.	4.9.2016	20,8	18	1	5,6	5	2 ^b
Berlin	13.9.2016	14,2	25	3	12,0	2	1 ^b
Saarland	26.3.2017	6,3	3	–	–	–	
Schleswig-Holstein	7.5.2017	5,9	5	1	20,0	–	
NRW	14.5.2017	7,4	16	2	12,5	3	
Niedersachsen	15.10.2017	6,2	9	1	11,1	–	
insgesamt/ Durchschnitt		11,2	186	25	13,4	29	10
Europäisch. Parlament	25.5.2014	7,1	7	1	14,3	6	1
Bundestag	24.9.2017	12,6	94	11	11,7	2	

* Stand 31. Dezember 2017. Rundungsdifferenzen sind möglich.

a Stefan Karl Dreher gab sein Mandat zum 31. August 2015 wegen seiner beruflichen Ambitionen als Richter zurück; Nachrückerin ist Karin Wilke; Detlev Spangenberg war am 24. September 2017 in den Bundestag gewählt worden und gab sein Landtagsmandat Ende Dezember 2017 zurück, als Nachrücker folgte ihm ab 1. Januar 2018 Rolf Weigand.

b Nach der Wahl in den Bundestag gaben Alexander Gauland (Brandenburg), Stephan Brandner (Thüringen), Bernd Baumann (Hamburg), Leif-Erik Holm und Enrico Konning (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Gottfried Curio (Berlin) ihre Mandate zurück; Nachrücker sind: Jan-Ulrich Weiß (Brandenburg), Klaus Rietschel (Thüringen), Peter Lorkowski (Hamburg), Horst Förster und Jens-Holger Schneider (Mecklenburg-Vorpommern), Tommy Tabor (Berlin).

c Heinrich Kühn trat Ende Dezember 2016 aus Alters- und Gesundheitsgründen von seinem Mandat zurück; Nachrücker: Klaus Dürr; Jörg Meuthen: Mandatsverzicht zum 31. Dezember 2017 nach dem Wechsel in das Europäische Parlament als Nachrücker für Beatrix von Storch, die für die AfD in den Bundestag gewählt wurde; für Meuthen rückte Markus Widenmeyer zum 1. Januar 2018 nach, legte sein Mandat bereits zum 23. Januar 2018 nieder, so dass Harald Pfeiffer am 2. Februar 2018 als Nachfolger das Mandat übernahm.

Quellen: Eigene Zusammenstellung.

I. Altersstruktur der AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten

Die AfD, die sich noch in der Gründungs- und Konsolidierungsphase befindet, erhebt den Anspruch, nicht nur ideologisch und programmatisch, sondern auch aufgrund einer mitgliederbasierten Politik eine „Alternative“ zu den etablierten Parteien zu sein. Programmatisch erreicht die AfD ein etabliertes, älteres und mittelständisches Wählerklientel mit materiellen und sozialen (Status-)Verlustängsten und vielfältigen Zukunftsunsicherheiten.¹¹ Gleichwohl unterscheidet sich die Altersstruktur der AfD-Abgeordneten nicht auffällig von den etablierten Parteien (vgl. Tabelle 2). Ähnlich wie bei diesen findet sich die Mehrzahl der Abgeordneten der AfD in den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren (62,1 Prozent). Nicht zuletzt die hohen Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern trugen dazu bei, dass in diesen Landesparlamenten die Mehrzahl der AfD-Abgeordneten jüngeren Altersgruppen (unter 50 Jahre) angehört und die Altersgruppen 20–30 Jahre und 30–40 Jahre stärker besetzt sind. Ermöglicht wurde diese Besonderheit der Altersstruktur, weil sich die AfD organisatorisch noch in der Aufbau- und programmatisch in der Findungsphase befand, sie vor allem in den neuen Bundesländern nur über eine dünne Mitgliederbasis verfügte und daher auch Kandidaten ohne Partei- und Politikerfahrung den Zugang zu einem Landtagsmandat bot. Die Auswirkung dieser Faktoren zeigt sich konzentriert in der Altersstruktur der AfD-Abgeordneten in Sachsen-Anhalt. Doch kann dieser auffällig hohe Anteil der jüngeren Altersgruppen als Besonderheit angesehen werden, die sich bei folgenden Landtagswahlen mit ähnlichen Wahlergebnissen für die AfD (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) abschwächte.

2017 gewissermaßen ein „weibliches Gesicht“. Erweitert wurde diese „weibliche“ Offerte an potentielle Wählerinnen unter anderem durch Beatrix von Storch, AfD-Abgeordnete im Europa-Parlament, die auf der AfD-Landesliste in Berlin für den Bundestag kandidierte, sowie Mariana Iris Harder-Kühnel und Joana Eleonora Cotar, die in Hessen Spitzenplätze der AfD-Landesliste für die Bundestagswahl einnahmen. Gestützt wurde diese Anmutung weder durch den Anteil von Frauen bei den AfD-Mitgliedern, der bei etwa 16 Prozent liegt (vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaft im Jahr 2016, in: ZParl 48 (2017), H. 2, S. 370–396, hier 379), noch durch die Anzahl und den Anteil von weiblichen Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten. Die inzwischen erreichte Anzahl von 25 AfD-Parlamentarierinnen macht gerade einmal 13,4 Prozent der in die Landesparlamente gewählten AfD-Abgeordneten aus (etwa 20 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Abgeordneter in Landesparlamenten). Die jeweilige Anzahl der weiblichen AfD-Abgeordneten in 12 Landesparlamenten (zwei kommen ohne Parlamentarierinnen aus) liegt zwischen einer und vier. Da sich im Hinblick auf schulische und universitäre Bildung, Berufstätigkeit vor dem Mandat sowie früheren politisch-institutionellen Erfahrungen (die noch geringer sind als bei den männlichen AfD-Abgeordneten) weder gravierende noch markante Unterschiede zu allen AfD-Abgeordneten zeigen, wird an dieser Stelle darauf verzichtet, diesen Aspekt gesondert zu betrachten.

11 Vgl. Christian Franz/Marcel Fratzscher/Alexander S. Kritikos: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht Nr. 8/2018.

Tabelle 2: Altersstruktur der Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten

Altersgruppen	20–30 J.		30–40 J.		40–50 J.		50–60 J.		60–70 J.		70–80 J.		insgesamt
	abs.	in Prozent	abs.	in Prozent	abs.	in Prozent	abs.	in Prozent	abs.	in Prozent	abs.	in Prozent	
Hamburg					2			4		2			8
						25,0					25,0		100
Bremen					1			3					4
						25,0							100
Baden-Württ.	2		2		2		8		7		2		23
		8,7		8,7		8,7				34,8		30,4	10
Rheinland-Pf.	1		2		4		6		1				14
		7,1		14,3		28,6				42,9		7,1	100
Saarland					1				1		1		3
						33,3					33,3		100
Schleswig-Hol.					3		1		1				5
						60,0							100
NRW			3		6		5		2				16
				18,8		37,5							100
Niedersachsen			2		3		4						9
				22,2		33,3							100
Berlin	1		4		8		8		4				25
		4,0		16,0		32,0							100
Sachsen			3		5		5				1		14
				21,4		35,7						7,1	100
Brandenburg			2		5		2		1		1		11
				18,2		45,4							100
Thüringen	1		2		3		4		1				11
		9,1		18,2		27,3							100
Sachsen-Anh.	6		4		9		4		2				25
		24,0		16,0		36,0							100
Mecklenbg. Vor.			3		7		4		3		1		18
				16,7		38,9						5,6	100
insgesamt	11		27		59		58		25		6		186
in Prozent		5,9		14,5		31,7						3,2	100
alte BL* – abs.	3		9		22		31		14		3		82
in Prozent		3,7		10,8		26,0		37,8		17,1		3,7	100
neue BL* – abs.	7		14		29		19		7		3		79
in Prozent		8,9		17,7		36,7		24,1		8,9		3,8	100

Rundungsdifferenzen möglich.

*Ohne Berlin.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die Offenheit im parteiinternen Nominierungsprozess galt für alle Altersgruppen. Diese Ausgangssituation bot selbst für AfD-Mitglieder der Altersgruppe der 70–80jährigen die Chance einer erfolgreichen Nominierung, und zwar sowohl für „Politik-Neulinge“¹² als auch für Kandidaten, die ein längeres politisches Engagement in anderen Parteien aufweisen, dieses aber nicht in eine erfolgreiche Nominierung für ein Mandat in einem Landesparlament oder im Bundestag umsetzen konnten oder umzusetzen versuchten.¹³ Die Besetzung der höheren Altersgruppen (60–80 Jahre) wurde dadurch befördert, dass sich in der AfD eine Anzahl von Personen parteipolitisch engagierten, die kurz vor dem Ruhestand oder bereits pensioniert waren und so über Zeit verfügten („Zeitautonomie“), die sie für den Aufbau der AfD einzusetzen vermochten.¹⁴

Die Besonderheit der Altersstruktur der AfD-Fraktionen liegt – im Vergleich zu den etablierten Parteien – nicht in der Verteilung der Altersgruppen und dem durchschnittlichen Alter der AfD-Abgeordneten. Die Neugründung einer Partei führt ja nicht zwingend zu „jungen“ Partei- und Fraktionsmitgliedern. Sie besteht vor allem in der für alle Altersgruppen zugänglichen Möglichkeit, auch ohne ausgewiesene politische Erfahrung schnell und erfolgreich für ein Abgeordnetenmandat nominiert zu werden. Umgangen wird so die üblicherweise nötige „Ochsentour“, die sowohl einen politischen Qualifizierungsprozess als auch ein (informelles) langjähriges Bewährungsverfahren in Parteifunktionen und (vor allem) kommunalpolitischen Wahlfunktionen sowie einen (stetigen) Auswahlprozess umfasst.¹⁵ Die Besonderheit besteht aber auch, wie bemerkt, in der Möglichkeit einer politischen „Neuorientierung“ für früher parteipolitisch gebundene (Parteimitgliedschaft) und politisch engagierte Personen. Im Weiteren ist daher auch der Frage nachzugehen, ob diese Abgeordneten über ein Reservoir politischer Erfahrungen verfügen, das sie in den AfD-Fraktionen zur politischen Mitwirkung und Mitgestaltung nutzen könnten.

-
- 12 In Mecklenburg-Vorpommern Christel Weißig (geb. 1945); in Baden-Württemberg Heinrich Kuhn (geb. 1940) und Klaus Günther Voigtmann (geb. 1945), der immerhin für einige Jahre Anfang der 1970er Jahre Mitglied der SPD war.
 - 13 So in Brandenburg Alexander Gauland (geb. 1941), im Saarland Josef Dörr (geb. 1938) und in Sachsen Detlev Spangenberg (geb. 1944).
 - 14 Vgl. hierzu den Hinweis bei Schroeder u. a.: *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, S. 10. Außer den in den voranstehenden Anmerkungen genannten Personen auch Georg Pazderski und Hans-Joachim Berg (Berlin), Jörn Kruse und Joachim Körner (Hamburg), Wolfgang Gedeon, Bernd Grimmer und Thomas Axel Palka (Baden-Württemberg), Herbert Strotebeck (NRW), Willi Mittelstädt (Sachsen-Anhalt), Jürgen Strohschein (Mecklenburg-Vorpommern).
 - 15 Auf die Bedeutung dieser „Abkürzung“ für die politisch-parlamentarische Erfahrung der AfD-Abgeordneten ist im Weiteren noch einzugehen.

II. Schul- und Hochschulbildung

Schul- und Hochschulabschlüsse, wie sie in der folgenden Tabelle für die Abgeordneten der AfD in den hier untersuchten vierzehn Landesparlamenten zusammengefasst sind (vgl. Tabelle 3), zeigen in komprimierter Form das von den Abgeordneten erreichte (in ihren biografischen Kurz- und Selbstdarstellungen angegebene) formale Bildungsniveau. Auch wenn eine inhaltliche Bewertung der erworbenen Kompetenzen nicht möglich ist, besteht die berechtigte Vermutung, dass in der Regel ein höherer Schulabschluss und ein Hochschulstudium nicht nur Allgemein- und Fachwissen, sondern auch Transferkompetenzen wie die Fähigkeit zur Erfassung, Analyse und Bewertung komplexer Sachverhalte sowie kommunikative Kompetenzen vermitteln, die für die Wahrnehmung politischer und parlamentarischer Funktionen Relevanz haben. Derartige Transferkompetenzen gelten zwar nicht als notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der komplexen Anforderungen, die mit einem Parlamentsmandat verbunden sind. Doch können solche Fähigkeiten dessen konstruktive Wahrnehmung begünstigen und vorher helfen, die innerparteiliche Nominierungskonkurrenz für ein Parlamentsmandat zu bestehen. In diesem Sinne gelten Schulabschlüsse, Berufsausbildung und Studium als Indikatoren für diese Möglichkeiten und Fähigkeiten.

Das formale Bildungsniveau der AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten befindet sich auf einem hohen Niveau und unterscheidet sich nicht markant von den Durchschnittswerten aller Landtagsabgeordneten. Gleichwohl zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den AfD-Abgeordneten in den alten und in den neuen Bundesländern. Das stärker berufsorientierte Bildungs- und Ausbildungssystem der DDR findet einen Ausdruck in dem größeren Anteil mittlerer Schulabschlüsse (POS/mittlere Reife), während sich in den alten Bundesländern die Hochschulreife (Abitur/Fachabitur) als vorherrschender Schulabschluss durchgesetzt hat. Vermutlich verstärkte in den neuen Bundesländern der überraschend hohe Wahlerfolg der AfD diese Differenz, indem auch manches nur pro forma für eine Kandidatur nominierte Parteimitglied in den Landtag gewählt wurde. Begünstigt wurde dieser Effekt durch die geringe Mitgliederzahl der AfD in den neuen Bundesländern, wodurch die Nominierungskonkurrenz vermindert und der Zugang zu einem Mandat erleichtert wurde.

Die Tendenz zu hohen Schulabschlüssen setzt sich in einem ähnlich hohen Anteil von AfD-Abgeordneten fort, die ein Studium (überwiegend an einer Universität) meist erfolgreich absolviert haben (Ausnahmen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern). Auch hier zeigen sich Unterschiede – wenn auch etwas geringer – zwischen den AfD-Abgeordneten in den alten und in den neuen Bundesländern. Überdurchschnittliche Werte in einigen Landtagen der neuen Bundesländer (Brandenburg, Thüringen) resultieren aber vor allem aus dem Bildungsniveau von AfD-Mitgliedern, die aus den alten Bundesländern

Tabelle 3: Schul- und Hochschulbildung der Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten (in Prozent)

	HH	BR	BW	RP	SL	SH	NRW	NDS
Volks-/Hauptschule			8,7	7,1				
Mittl. Reife/POS	12,5		13,0	21,4			6,3	
Abitur/EOS**	87,5	100	78,3	71,4	66,7	80,0	93,8	88,9
sonstige/unklar					33,3	20,0		11,1
insgesamt/abs.	8	4	23	14	3	5	16	9
Studium insgesamt/abs.	7	3	17	9	3	5	11	6
– Anteil von allen MdL	87,5	75,0	73,9	64,3	100	100	68,8	66,7
Universität	100	66,7	88,2	77,8	33,3	60,0	72,7	100
FH/TH		33,3	11,8	22,2	66,7	40,0	27,3	
davon: – Promotion	71,4 (5)		52,9 (9)	33,3 (3)		20,0 (1)	27,3 (3)	
davon: – Professur	14,3 (1)		5,9 (1)					
davon – Jurastudium	28,6 (2)			11,1 (1)		20,0 (1)	36,4 (4)	50,0 (3)

Rundungsdifferenzen möglich.

* Ohne Berlin.

** Einschließlich Fachhochschulreife.

In () absolute Anzahl.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 4: Schul- und Hochschulbildung der Abgeordneten der AfD in den Bundestagen (in Prozent)

	BER	SN	BBG	TH	ST	MV	insges. abs.	insges. in Prozent	alte BL*	neue BL*
Volks-/Hauptschule			9,1				4	2,2	3,7	1,3
Mittl. Reife/POS	20,0	35,7	18,2	36,4	52,0	27,8	42	23,7	9,8	36,7
Abitur/EOS**	72,0	64,3	72,7	54,5	48,0	61,1	132	80,0	82,9	58,2
sonstige/unklar	8,0			9,1		11,1	8	4,3	3,7	3,8
insgesamt/abs.	25	14	11	11	25	18	186	100	82	79
Studium insgesamt/abs.	18	9	9	8	15	11	131		61	52
– Anteil von allen MdL	72,0	64,3	81,8	72,7	60,0	61,1		70,4	74,4	65,8
Universität	77,8	77,8	77,8	87,5	40,0	81,8	99	75,6	82,0	69,2
FH/TH	22,2	22,2	22,2	12,5	60,0	18,2	32	25,6	18,0	30,8
davon: – Promotion	27,8 (5)	33,3 (3)	22,2 (2)		6,7 (1)	27,3 (3)	35	26,7	34,4	17,3
davon: – Professur						9,1 (1)	3	2,3	3,3	1,9
davon – Jurastudium	22,2 (4)	33,3 (3)	33,3 (3)	50,0 (4)	6,7 (1)	36,4 (4)	30	22,9	18,0	28,8

zuzogen. Beachtlich ist auch die Anzahl von Abgeordneten, die ihr Studium mit einer Promotion abschlossen (26,7 Prozent, absolut 35 MdL; bezogen auf alle 186 AfD-Abgeordneten 18,8 Prozent).

Von den AfD-Parlamentariern mit einem Studium weisen 22,9 Prozent Jura als Studienfach aus (16,1 Prozent von allen MdL). Es mag überraschen, dass der Anteil der Juristen in den neuen Bundesländern höher ist (28,8 Prozent) als in den alten (18,0 Prozent). Zum Teil ist dieses Phänomen wiederum AfD-Abgeordneten geschuldet, die nach 1990 aus Westdeutschland – überwiegend aufgrund beruflicher Ambitionen – zuzogen: Von den insgesamt 15 MdL mit einem Jura-Studium in den Landtagen der neuen Bundesländer stammen 11 (73,3 Prozent) aus Westdeutschland. Ob die juristische Expertise der AfD-Abgeordneten einen Kompetenzvorteil darstellt und die Qualität der parlamentarischen Repräsentation und Mitarbeit hebt, mag dahingestellt sein, zumal ein parlamentarisches Engagement mit konstruktivem politischen (Mit) Gestaltungswillen nicht von der Wahl eines bestimmten Studienfaches abhängt. Überraschend ist im Vergleich der geringe Anteil von Juristen unter den AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten der alten Bundesländer (mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen). Hierfür kann keine überzeugende Erklärung angeboten werden. In gewisser Weise ein Pendant zu diesem Phänomen ist eine ansonsten breite Streuung der Studienfächer in den alten und in den neuen Bundesländern sowie der Umstand, dass Juristen die Fraktionen nicht dominieren.¹⁶

Als „Professoren-Partei“ wird man die AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten nicht bezeichnen können bei einem Professoren-Anteil von 1,6 Prozent aller Abgeordneten. Das mag für die Gründungsphase der AfD mit dem Initiator Bernd Lucke noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben, bezogen auf den Kompetenzanspruch der Parteigründer für Lösungsvorschläge der als zentrales europapolitisches Problem dramatisierten Euro-Krise. Seither motiviert und mobilisiert die AfD Mitglieder, Wähler und Kandidaten für Parlamentswahlen überwiegend durch andere Themen (seit 2015 vorrangig mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik) und mit Versatzstücken rechtskonservativer, nationalistischer, fremdenfeindlicher und auch rechtsextremer Ideologie und Propaganda.

16 Nur in zwei von 14 AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten übernahm jeweils ein Jurist mit der Konstituierung der Fraktion den Vorsitz (Alexander Gauland in Brandenburg, Marcus Pretzell in NRW); beide gehören inzwischen nicht mehr der jeweiligen Fraktion an, Pretzell, weil er aus der Fraktion und der AfD ausgetreten ist, Gauland, weil er sein Landtagsmandat zurückgab, nachdem er im September 2017 in den Bundestag gewählt worden war. Die jeweiligen Nachfolger als Fraktionsvorsitzende – Andreas Kalbitz in Brandenburg, Markus Wagner in NRW – sind keine Juristen. Die AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft verfügt über zwei Fraktionsvorsitzende, einer davon war Bernd Baumann (Studium Wirtschaftswissenschaft), der das Mandat nach seiner Wahl in den Bundestag zurückgab, seine Funktion als Fraktionsvorsitzender übernahm der Jurist Alexander Wolf.

III. Berufstätigkeit vor dem Mandatserwerb

Bezogen auf die berufliche Tätigkeit unmittelbar vor dem Erwerb eines Landtagsmandats als AfD-Kandidat kann der Jurist Marcus Pretzell bislang insofern als Ausnahme betrachtet werden, als er zum Zeitpunkt der Wahl in den Landtag von Nordrhein-Westfalen bereits als AfD-Abgeordneter im Europäischen Parlament saß.¹⁷ Die berufliche Ausgangssituation der übrigen AfD-Abgeordneten vor ihrer Wahl in ein Landesparlament verteilt sich über ein breites Spektrum unterschiedlicher beruflicher und nachberuflicher Positionen (vgl. Tabelle 4). Auffällig ist die erfolgreiche Kandidatur von Rentnern, Pensionären und Ruheständlern für ein Parlamentsmandat (insgesamt 10,2 Prozent). Für ein spätes – für einige nur ein neues – politisches Engagement bot die mitglieder- und organisationsschwache Partei in der Gründungsphase die Chance für eine rasche Nominierung, ohne den Nachweis erprobter politischer Aktivitäten und langjährige „Bewährung“ in der Parteiarbeit erbringen zu müssen, oder die Gelegenheit, früher erworbene politische und organisatorische Erfahrungen einbringen zu können, verbunden mit der Erwartung, ein hohes politisches Wahlamt erreichen zu können. In dieser Gruppe finden sich Abgeordnete, die politische und organisatorische Erfahrungen in politischen Institutionen, in Verwaltungen oder Unternehmen aufweisen. Einige von ihnen nehmen maßgebende Position in der jeweiligen Landesorganisation der AfD ein, einige auch auf der Bundesebene.¹⁸

Hervor sticht der hohe Anteil von „Selbständigen/Unternehmern“ bei den AfD-Abgeordneten, der in den neuen Bundesländern noch um etwa sechs Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt von 25,4 Prozent liegt. Betrieben werden von dieser Gruppe von Selbständigen überwiegend (kleine) Beratungs- und Dienstleistungsbüros, Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte. Während die Gruppe der selbständigen Rechtsanwälte und die der freien Berufe für sich genommen keine überraschende Größe haben, summieren sich die Gruppen aller selbständig Tätigen auf beachtliche 38,3 Prozent der AfD-Abgeordneten. In den Landtagen der neuen Bundesländer umfassen diese als eine Art „Mittelstand“ zu charakterisierenden Gruppen von Selbständigen fast die Hälfte der AfD-Abgeordneten (45,5 Prozent) im Vergleich zu etwa einem Drittel in den alten Bundesländern. Gemessen an der durchschnittlichen Berufsstruktur der Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag ist dieser Anteil von Selbständigen außergewöhnlich hoch. Nachberufliche Lebenssituationen und freiberufliche, selbständige und unternehmerische Tätigkeiten erlauben eine selbst-

17 Daneben vertrat nur noch Dirk Nockemann (AfD-Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft) in den Jahren 2001–2004 als Mitglied der Partei Rechtsstaatliche Offensive ein Mandat in der Hamburger Bürgerschaft.

18 Hierzu gehören Alexander Gauland (Brandenburg), Josef Dörr (Saarland), Georg Pazderski (Berlin), Hans-Joachim Berg (Berlin) und Jörn Kruse (Hamburg).

Tabelle 4: Berufstätigkeit der AfD-Abgeordneten vor der Wahl in ein Landesparlament

Berufskategorien	HH	BR	BW	RP	SL	SH	NRW	NDS	BER ***)	SN	BBG	TH	ST	MV	insges. absolut	insges. in Prozent	Alte Län- der* in in Prozent	Neue Län- der* in in Prozent
Rentner/Pensionär/ Ruhestand u. ä.	2		5		1		2	1	2 ^a (8,0)	1 ^b	1 ^c	1	1	2	19	10,2	13,4	7,6
Lehrer/Dozent/ Erzieher			3	2		1	2	1	1 (4,0)			1	1 ^d		12	6,5	11,0	2,5
Hochschullehrer			1											1	2	1,1	1,2	1,3
Richter								1		1				1	3	1,6	1,2	2,5
Berufssoldaten (ruhend)				1					1 ^e (4,0)	1					3	1,6	1,2	1,3
Angestellte/Beamte im Öffentl. Dienst	1		1	2		1		2	1 (4,0)	1	1	1	4	2	17	9,1	8,5	11,4
Angestellte in Wirt- schafts-/Dienstleis- tungsunternehmen	1	4	3	6	1		5	1	9 (36)	2	2	2 ^f	7 ^g	3	46	25,7	25,6	20,3
Rechtsanwälte (selbständig)	1					1	2	1	1 (4,0)	2	1	2	1	2	14	7,5	6,1	10,1
freie Berufe (Arzt, Zahnarzt, freier Journalist, Architekt etc.)	1		2	1		1			2 (8,0)			1	1	1	10	5,4	6,1	3,8
Selbständige/ Unternehmer	2		8	1	1	1	2	2	5 (20)	6 ^h	6	2	7	4	47	25,3	20,7	31,6
sonstige/unklar				1			3 ⁱ		3 ^k (12,0)			1	3 ^l	2 ^m	13	7,0	4,9	7,6
insgesamt/absolut	8	4	23	14	3	5	16	9	25 (100)	14	11	11	25	18	186	100	100	100
absolut																	82	79

Rundungsdifferenzen möglich.

* Ohne Berlin.

** Einschließlich Fachhochschulreife.

*** In () in Prozent.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

a Hier auch Hans-Joachim Berg, der nach seiner Pensionierung (vorher Ministerialrat unter anderem in der Verwaltung des Bundestages) noch als Rechtsanwalt tätig wurde; Georg Pazderski, der nach 41 Jahren als Berufssoldat 2012 pensioniert wurde, seit 2013 administrative Funktionen (Geschäftsführer) in der AfD auf Landes- und Bundesebene übernahm.

b Detlev Spangenberg, vermutlich seit 2008 im Ruhestand.

c Alexander Gauland (geb.1941), der trotz seiner bisherigen beruflichen Karrieren in regierungsnahen Funktionen (unter anderem als Chef der Hessischen Staatskanzlei unter Walter Wallmann) und als Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung (1991–2006) mit der Beteiligung an der Gründung der AfD eine politisch einflussreiche Position suchte.

d Hans-Thomas Tillschneider, Akademischer Rat auf Zeit, Universität Bayreuth (2010–2016).

e Karsten Woldeit: nach 20 Jahren im Jahr 2015 aus dem aktiven Dienst bei der Bundeswehr ausgeschieden.

f Stefan Möller war seit 2007 neben seiner Anstellung als Unternehmensjurist bei der Thüringer Energie AG auch als selbständiger Rechtsanwalt tätig.

g Alexander Raue: nach eigenen Angaben kaufmännische und technische Tätigkeit im Familienbetrieb, als „angestellte“ Tätigkeit rubriziert.

h Hier auch Frauke Petry: 2007 bis 2014 Geschäftsführerin und Inhaberin von PUR-Invent GmbH, von März 2014 bis Dezember 2015 Geschäftsführerin von PUR Invent System GmbH (nach eigenen Angaben).

i Andreas Keith-Volkmer und Sven Werner Tritschler waren zuletzt für die AfD als Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle der AfD in NRW (Keith-Volkmer) beziehungsweise als Berater der Fraktionen, denen die beiden AfD-Abgeordneten im EP angehörten, hier auch persönlicher Berater von Marcus Pretzell (2015–2017), vorher Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln (Tritschler). Marcus Pretzell war seit 2014 als Abgeordneter der AfD im Europäischen Parlament, vorher war der Rechtsanwalt, dessen Zulassung gelöscht wurde, als Immobilienentwickler tätig.

k Hier Gottfried Curio, dessen biographische Angaben nicht erkennen lassen, ob er vor dem AfD-Mandat seine wissenschaftliche Tätigkeit als Physiker noch ausübte; sowie Frank-Christian Hansel, der seit 2014 in verschiedenen Funktionen als angestellter Geschäftsführer für die AfD tätig war; von 2002–2012 war er (unter anderem) Deutschland-Geschäftsführer, von 2013 bis Januar 2015 Liquidator der spanischen Immobilien-AG Metrovacesa.

l Hier auch Daniel Roi, der zuletzt (seit 2015) als Mitarbeiter bei der AfD-Fraktion des Landtags von Thüringen angestellt war.

m Hier auch Stephan Reuken, der als Berufstätigkeit vor dem Mandatserwerb „Wahlkreismitarbeiter“ der AfD angibt.

bestimmte Verfügung über die eigene Zeit („Zeitautonomie“), boten die Chance für ein Engagement in der AfD und begünstigten die erfolgreiche Kandidatur für ein Landtagsmandat. Aber ob mit der beruflichen „Selbständigkeit“ ein bestimmtes gesellschaftspolitisches Verständnis verbunden ist, das das Engagement in der AfD präferiert – etwa im Sinne einer „Panik im Mittelstand“¹⁹ –, lässt sich anhand der wenigen Daten zur Berufsstruktur und ihrer quantitativen Auswertung nicht ermesen.

Unselbständige Berufe übten AfD-Abgeordnete in eher geringem Umfang vor dem Landtagsmandat aus. Das trifft sowohl für Beschäftigte im Privatsektor (Wirtschafts- und Dienstleistungsunternehmen) mit einem Anteil von 25,4 Prozent zu als auch für Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst (Lehrer und Erzieher, Hochschullehrer, Richter, Berufssoldaten, allgemein Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst), die zusammengenommen 18,6 Prozent aller AfD-Abgeordneten stellen.

In der Tabelle 4 nicht als besondere Gruppe ausgewiesen, sondern unter „Sonstige“ eingeordnet, sind AfD-Abgeordnete, die vor dem Mandatserwerb bereits in der Organisationsstruktur – wahrscheinlich honoriert oder angestellt – tätig waren (administrativ, geschäftsführend, organisatorisch im Wahlkreisbüro, beratend als Mitarbeiter oder Referent in den Fraktionen oder von einzelnen Abgeordneten). Da sich die AfD noch in der Gründungs- und Etablierungsphase befindet, umfasst diese Gruppe bislang nur wenige Personen.²⁰ Deren erfolgreiche Nominierung für ein Abgeordnetenmandat zeigt bereits eine „Versorgungs- und Aufstiegsfunktion“ an, die mit parteigebundenen Beschäftigungsverhältnissen genutzt werden können, und weist auf eine in der Zukunft wachsende „Selbstrekrutierung“ von Mandatsträgern aus der Parteiorganisation und (später) parteinahen Einrichtungen (Stiftungen, Unternehmungen) hin.

IV. Parteimitgliedschaft und Parlamentserfahrung

Eine funktionsangemessene Wahrnehmung der komplexen Anforderungen, die mit einem Parlamentsmandat verbunden sind,²¹ gelingt kaum – voraussetzungsfrei – durch eine Art „training on the job“. Sie setzt praktische Erfahrungen vor-

19 Vgl. Theodor Geiger: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 7 (1930), S. 637–654.

20 Hierzu zählen: Stephan Reuken (Mecklenburg-Vorpommern), Andreas Keith-Volkmer und Sven Werner Tritschler (Nordrhein-Westfalen), Frank-Christian Hansel (Berlin) und Daniel Roi (Sachsen-Anhalt); eventuell wäre auch Georg Pazderski (Berlin) in diese Gruppe aufzunehmen, der 2013 Landesgeschäftsführer und 2013–2015 Bundesgeschäftsführer der AfD war. Bereits die AfD-Abgeordneten, die im September 2017 in den Bundestag gewählt wurden, zeigen eine Verfestigung und zügige Erweiterung der innerparteilichen „Selbstrekrutierung“ für parlamentarische Mandate.

21 Vgl. Werner J. Patzelt: Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen – Analysen. Berlin 1995, S. 271–282.

aus, die vor allem in politischen und parlamentarischen Institutionen gewonnen werden. Der gerne etwas abschätzig als „Ochsentour“ bezeichnete Weg zu einem Wahlmandat ist eine Einübung in die Übernahme politischer Verantwortung, und zwar durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in einer Partei, durch Engagement, durch die mit der Übernahme von innerparteilichen Funktionen erworbene Fertigkeit, politische Aufgaben verantwortungsvoll zu bewältigen und sich in diesen zu bewähren. Es ist in der Regel ein langjähriger Prozess, der über einen innerparteilichen Aufstieg – nicht ohne Konkurrenz – zur Nominierung für politische Wahlämter auf kommunaler Ebene (Stadtrat, Kreistag) und auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene führen kann. Die „Parlamentsfähigkeit“ der AfD-Abgeordneten soll daher anhand ihrer politisch-institutionellen Vorerfahrung bewertet werden. Zu untersuchen ist zum einen, ob und in welchem Umfang die AfD-Politiker der hier berücksichtigten 14 Landesparlamente vor dem Mandatserwerb parlamentarische Erfahrungen in kommunalen Selbstverwaltungsgremien (Gemeinde- und Stadtrat, Kreistag), in Landesparlamenten, im Bundestag oder im Europäischen Parlament gewonnen haben (vgl. Tabelle 5), und zum anderen, über welche früheren Mitgliedschaften in einer Partei sie verfügen. Auch von einem Engagement in einer Partei wird angenommen, dass dadurch politisch-organisatorische Erfahrungen vermittelt werden können und mit den Grundzügen des politisch-parlamentarischen Systems vertraut gemacht werden kann (vgl. Tabelle 6).

Von den 186 Abgeordneten der AfD in den 14 Landesparlamenten weist die Mehrzahl (63,4 Prozent) – nach den verfügbaren biographischen Informationen – keine parlamentarische Vorerfahrung auf. Ein Mandat im Bundestag hatte keiner der Abgeordneten erlangt, nur einer ein Mandat in einem Landesparlament²²; und ein weiterer (Marcus Pretzell) kann, wie erwähnt, ein Mandat im Europäischen Parlament – als Listenkandidat der AfD bei der Europawahl 2014 – vorweisen. Abgesehen von diesen Ausnahmen konnten AfD-Abgeordnete parlamentarische Erfahrungen nur auf kommunaler Ebene als Mitglied eines Gemeinde- oder Stadtrates oder eines Kreistages gewinnen. Überwiegend erfolgte die Wahl in ein Kommunalparlament als Kandidat/in der AfD bei den Kommunalwahlen im Jahr 2014, die zeitgleich mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai stattfanden.²³ Kommunalpolitische Erfahrungen aus der Zeit vor dem Beitritt zur AfD sind hingegen selten. Die Häufung von drei kommunalpolitischen Mandaten in Sachsen-Anhalt und vier in Mecklenburg-Vorpommern kann als untypisch angesehen werden und ist über den jeweiligen Einzelfall hinaus nicht interpretationsfähig und verallgemeinerbar, sondern

22 Dirk Nockemann gehörte von 2001 bis 2004 für die Partei Rechtsstaatliche Offensive PRO (Schill-Partei) der Hamburger Bürgerschaft an und hatte kurzzeitig das Amt des Innen-senators übernommen (August 2003 bis März 2004).

23 Ausnahmen waren Berlin (2011), Hessen (2011), Niedersachsen (2011), Schleswig-Holstein (2013) und Bremen (2015).

Tabelle 5: AfD-Abgeordnete in Landesparlamenten: frühere Mandate
(Europ. Parlament, Bundestag, Landesparlament, kommunale Selbstverwaltung)

	HH	BR	BW	RP	SL	SH	NRW	NDS	BER	SN	BBG	TH	ST	MV	insges. absolut	insges. in Prozent	alte BL*	neue BL*
Anzahl der Abgeordneten der AfD	8	4	23	14	3	5	16	9	25	14	11	11	25	18	186	100	100 (82)	100 (79)
davon: ohne parlamentarische Vorerfahrung**	7 (87,5)	4 (100)	20 (87,0)	8 (57,1)	2 (66,7)	5 (100)	6 (37,5)	3 (33,3)	25 (100)	5 (35,7)	6 (54,5)	8 (72,7)	13 (52,0)	6 (33,3)	118	63,4	67,1 (55)	48,1 (38)
davon: MdB/MdEP							1								1	0,5	1,2 (1)	
davon: MdL/MdBürgersch.	1 ^b														1	0,5		1,3 (1)
davon: kommunale Selbstverwaltung ^a	1		3	6	1		9	6		9	5	3	12	12	67	36,0	31,7 (26)	51,9 (41)
– diese über AfD	1		3	6			9	6		9	5	3	10	9	61	32,8	30,5 (25)	45,6 (36)
– diese vorher/ andere Parteien			1		1		1						3 ^c	4	10	5,4	3,7 (3)	8,9 (7)

Rundungsdifferenzen möglich.

* Ohne Berlin. In diesen Spalten in () absolute Anzahl.

** In () in Prozent.

a Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die überwiegend auf Selbstdarstellungen beruhenden biographischen Angaben unvollständig sind; möglicherweise wurden kommunalpolitische Wahlämter vor der Mitgliedschaft in der AfD nicht immer angegeben. – Mehrfachnennungen sind in dieser Kategorie möglich.

b Dirk Nockemann, vgl. Anm. 22.

c Davon Robert Farle: 1976–1992 für die DKP Mitglied im Stadtrat von Gladbeck, und Matthias Büttner, der 2014 auf der Liste der Unabhängigen Wählergemeinschaft Salzland in den Stadtrat von Straßfurt gewählt wurde; die Wählergemeinschaft unterhält eine Fraktionsgemeinschaft mit der AfD im Stadtrat.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 6: Parteimitgliedschaft von AfD-Abgeordneten in Landesparlamenten vor dem Beitritt zur AfD

	HH	BR	BW	RP	SL	SH	NRW	NDS	BER	SN	BBG	TH	ST	MV	insges. absolut	insges. in Prozent	alte BL*	neue BL*
Anzahl der AfD- Abgeordneten	8	4	23	14	3	5	16	9	25	14	11	11	25	18	186	100	82	79
vor/bis 1989/90 SED					1						1		2		4	2,2	1	3
CDU/CSU/JU	1	1	2	4	1		3	1	6	3	6	2	3	7	40	21,5	13	21
SPD	2		1	1					1	1			1	1	8	4,3	4	3
FDP		1	1	1			3		4	1	1		1	1	14	7,5	6	4
Die Grünen			1		1				1						3	1,6	2	
PDS/Die Linke							1								1	0,5	1	
DKP													1		1	0,5		1
Neues Forum											1		1	2	4	2,2		4
Freie Wähler (FWD)	1		1	1					1						4	2,2	3	1
REP	1										2				3	1,6	1	2
Partei Rechtsstaatliche Offensive	1						2							1	4	2,2	3	1
rechte/ rechtsextreme Kleinstparteien***	1			1		1	1		2		4		1		11	5,9	4	5
sonstige/andere			1		1								2		4	2,2	2	2
keine Partei- mitgliedschaft	5	2	19	7	1	4	9	8	14	9	3	9	15	8	113		55	44
	62,5	50,0	82,6	50,0	33,3	80,0	56,3	88,9	56,0	64,3	27,3	81,8	60,0	44,4		60,8	67,1	55,7

Rundungsdifferenzen möglich.

* ohne Berlin

** Mehrfachnennungen bei früheren Parteimitgliedschaften sind möglich.

*** Klein- und Kleinstparteien wie Die Freiheit, Freiheitliche Deutsche Volkspartei unter anderem

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

unterstreicht die Tatsache einer sehr begrenzten parlamentarischen Vorerfahrung nahezu sämtlicher AfD-Abgeordneter. Zwar haben fast ein Drittel ihrer Landtagsabgeordneten (32,8 Prozent) kommunalpolitische Mandate als AfD-Kandidaten durch die erwähnten Kommunalwahlen erlangt, doch dürfte auf diesem Weg – der zeitlich und institutionell sehr begrenzte Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung bot – keine solide Grundlage für eine funktionsangemessene Mandatswahrnehmung in einem Landesparlament geschaffen worden sein.

Auffällig ist hinsichtlich des Ost-West-Vergleichs, dass kommunalpolitische Mandate bei Abgeordneten in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer häufiger zu finden sind als bei den meisten AfD-Abgeordneten der alten Bundesländer. Eine Begründung für diesen Sachverhalt liegt nicht auf der Hand. Zu vermuten ist aber, dass angesichts der gering(er)en Mitgliederzahl der AfD in den neuen Bundesländern der Kreis der Parteimitglieder, die sich für eine Nominierung als Direktkandidat oder als Listenkandidat zur Verfügung stellten, kleiner war und auch nicht immer mit einer erfolgreichen Nominierung gerechnet wurde.

Über politisch-institutionelle Erfahrungen im politischen System verfügen, abgesehen von dem bereits erwähnten Dirk Nockemann (Mitglied der Bürgerschaft von Hamburg), noch Alexander Gauland (MdL in Brandenburg) und Hans-Joachim Berg (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin). Gauland und Berg waren einige Jahrzehnte Mitglieder der CDU. Sie haben ihre politisch-institutionellen Erfahrungen aber nicht in politischen Wahlämtern, sondern vor allem in der Verwaltung des Bundestages (Berg) und (unter anderem) als beamteter Staatssekretär/Chef der hessischen Staatskanzlei unter dem Ministerpräsidenten Walter Wallmann (Gauland) erworben. Zu erwähnen wären noch Jörg Meuthen, der für wenige Jahre Referent im hessischen Finanzministerium war, und Uwe Wurlitzer, der eine Legislaturperiode als Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten Manfred Kolbe (CDU) angestellt war und in dieser Zeit das Parteibuch der CDU besaß.

Die insgesamt wenigen Abgeordneten, die über eine AfD-unabhängige politisch-institutionelle Erfahrung in Parlament, Regierung oder Ministerialbürokratie verfügen, unterstreichen die große Distanz der meisten AfD-Abgeordneten zum parlamentarischen Raum und zum politischen Geschehen. Das Fehlen eigener praktischer politisch-institutioneller Erfahrungen befördert unrealistische Erwartungen an die politisch-parlamentarischen Handlungs- und Einflusschancen von Landtagsabgeordneten, über die Voraussetzungen und Anforderungen für die Bewältigung des parlamentarischen Alltags und über die Aufgaben und Arbeitsweisen eines Parlaments in einem parteienbasierten demokratischen parlamentarischen Regierungssystem.

Korrespondierend zu den geringen parlamentarischen Erfahrungen der AfD-Abgeordneten verhalten sich deren Parteimitgliedschaften vor dem Beitritt zur AfD.

Ohne frühere Mitgliedschaft in einer Partei (soweit es in den biographischen Eigenangaben ausgewiesen ist) erreichten über die AfD-Kandidatur 60,8 Prozent von 186 AfD-MdL ein Landtagsmandat, wobei die Schwankungsbreite ca. 60 Prozentpunkte (27,3 Prozent in Brandenburg und 88,9 Prozent in Niedersachsen) ausmacht. In den neuen Bundesländern liegt der Durchschnittswert der Abgeordneten ohne vorherige Parteimitgliedschaft etwas niedriger (55,7 Prozent) als in den alten Bundesländern (67,1 Prozent), ohne dass hierfür eine substantielle Erklärung angeboten werden könnte. Die naheliegende Vermutung, dass der höhere Anteil der Abgeordneten mit früherer Parteimitgliedschaft in den neuen Bundesländern vor allem auf AfD-Abgeordnete mit „West-Sozialisierung“ zurückzuführen sei, erweist sich bei einem Vergleich der Fraktionsmitglieder in den einzelnen Landesparlamenten als übereilt, wenn beispielsweise die früheren Parteimitgliedschaften der Abgeordneten in Brandenburg und Thüringen verglichen werden. Kennzeichnend für viele Parteimitgliedschaften ist, dass sie nur wenige Jahre bestanden. Auffällig ist auch eine gewisse Affinität zu rechten/radikalen Klein(st)parteien sowie zur Schill-Partei und zur Partei REP. Auch dieser Befund lässt sich hier nur hervorheben, entzieht sich hier aber einer Erklärung der – zunächst individualbiographisch zu suchenden – Ursachen.

Es ist sicherlich nicht erstaunlich, dass die CDU/CSU die frühere politische Heimat von mehr als einem Fünftel der AfD-Abgeordneten war,²⁴ gefolgt von der FDP (7,5 Prozent) und nur sporadisch von der SPD (4,3 Prozent). Ansonsten handelt es sich – abgesehen von der erwähnten Affinität zu rechten/rechtsradikalen Parteien – um beiläufige Mitgliedschaften einzelner AfD-Abgeordneter, in denen sich ein sporadisches Interesse an politischem Engagement zu äußern scheint. Trotz langjähriger Mitgliedschaften einiger AfD-Abgeordneter vor allem in der CDU ist dieses politische Engagement wiederum dadurch gekennzeichnet, dass es nicht zur Übernahme parlamentarischer (kommunalpolitischer) Wahlämter führte. Es sei dahingestellt, ob diese Form der parteipolitischen Aktivität nicht gesucht oder durch die innerparteiliche Konkurrenz und Kontrolle verhindert wurde. Festzuhalten ist aber, dass vor dem Engagement in der AfD ein Zugang zu demokratischen Institutionen der politischen Mitentscheidung und Kontrolle kaum bestand, nicht gesucht oder zugestanden wurde.

Beide Faktoren – geringes früheres parteipolitisches Engagement und noch geringere parlamentarische Erfahrung – tragen entschieden dazu bei, dass AfD-Abgeordnete unzureichend auf ihre parlamentarischen Aufgaben, so sie diese ausüben wollen, vorbereitet sind. Diese Feststellung betrifft die Mehrzahl des AfD-Personals in allen Landesparlamenten der alten und der neuen Bundesländer.

24 Nur angemerkt sei an dieser Stelle, dass bei den AfD-Abgeordneten in den Landtagen der neuen Bundesländer, die früher Mitglied der CDU, CSU oder Jungen Union waren, etwa die Hälfte aus den alten Bundesländern stammt (10 von 21).

Tabelle 7: Fraktionsvorstände der AfD in den Landesparlamenten (Sozialprofil und politische Erfahrungen)

	HH	BW	RPf	SL	SH	NRW	NDS	BER	SN	BBR	TH	ST	MVr	insgesamt ^a
AfD-Abgeordnete	8 (7)	23 (21)	14	3	5	16	9	25 (23)	14	11 (10)	11 (8)	25 (22)	18	182 (172)
Fraktionsvorstand	4	6	4	3	3	5	3	5	4	4	5	5	5 (4) ^b	56 (55)
Anteil der Fraktionsmitglieder	50 (57,1)	26,1 (28,6)	28,6	100	60	31,3	33,3	20 (21,7)	28,6	36,4 (40)	45,5 (62,5)	20 (22,7)	22,2	30,8 (32)
Anzahl der Frauen	–	–	–	–	–	–	1	1	2	1	1			6
Altersdurchschnitt ^c	56,5	53,8	48,5	63,7	49,3	49,6	50,7	48,6	45,3	51,5	40,8	45,4	48,3	50,2
Anzahl mit Hochschul-/FH-Studium	4	4	4 ^d	2	3	3 ^e	2 ^s	4	3	4	5	2	4	44
– davon: Jura	2	–	–	–	–	1	2	–	1	3	3	1	3	16
Partei-Mitgliedschaft vor AfD-Beitritt ^f														
– in etablierter Partei ^g	2		2	2		3		3	1	3	2		3	21
– in rechter/ rechtsextremer Klein(st)partei ^h	1		1		1	1		1		2			1	8
– sonstige Parteien ⁱ				1								1		2
kein Parteimitglied ^j vor AfD	1	6	2	1	2	2	3	2	3	1	3	4	1	28
Mandat in Landesparlament/ Europäischem Parlament	1					1 ^k								2
Mitglied in Landesregierung	1													1
Mandat in kommunaler Selbstverwaltung (vor AfD-Beitritt)				1		1						1	1	4
Politisch-administrative Funktion (vor AfD-Beitritt)	1 ^m	1 ⁿ							1 ^o	1 ^p				4

Zahlen in () geben die seit der Konstituierung des Landesparlaments veränderte Anzahl der Fraktionsmitglieder der AfD an beziehungsweise den veränderten Anteil der Mitglieder des Fraktionsvorstandes an den Fraktionsmitgliedern (Stand: 15. September 2017) sowie Fraktionsvorstand im Landtag von Niedersachsen (Stand: 14. November 2017). – Veränderungen seit der Bundestagswahl 2017 wurden nicht berücksichtigt.

a Ohne AfD-Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft; die anfangs vier Abgeordneten erreichten das Quorum für die Bildung einer Fraktion nicht (GO der Bremer Bürgerschaft, § 7 Abs. 1); bereits 2015 verließen drei Abgeordnete die anstelle einer Fraktion gebildete Partei-Gruppe der AfD.

b Zu Beginn der Wahlperiode hatte der Fraktionsvorstand 5 Mitglieder; Holger Arppe, der als stellvertretender Vorsitzender dem Fraktionsvorstand angehörte, wurde nach seinem Ausscheiden aus der Fraktion und der Partei (Ende August 2017) nicht ersetzt.

c Altersdurchschnitt der Fraktionsmitglieder jeweils zum Zeitpunkt der Konstituierung des Parlaments.

d Einschließlich Führungsakademie der Bundeswehr.

e Hier auch Markus Wagner, der ein Studium der Sozialpädagogik vorweist, dieses aber nicht abgeschlossen hat.

f Mehrfachnennungen möglich.

g Als etablierte Parteien gelten: CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie die frühere SED.

h Hier berücksichtigt: REP, Die Freiheit, Partei Rechtsstaatliche Offensive PRO, Partei Freie Wähler, Deutsche Zentrumspartei.

i Hier berücksichtigt: DKP und Christlich-Soziale Wähler-Union Saarland (CSWU).

k Marcus Pretzell ist seit 2014 für die AfD Abgeordneter im Europaparlament.

m Dirk Nockemann: Verwaltungsbeamter (Referatsleiter) unter anderem im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern und von August 2003 bis März 2004 Innensenator in Hamburg.

n Jörg Meuthen: Referent im Hessischen Finanzministerium.

o Uwe Wurlitzer: Mitarbeiter des MdB Manfred Kolbe (CDU).

p Alexander Gauland: unter anderem Chef der Staatskanzlei in Hessen unter Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU).

q Hier auch Mitgliedschaft in Jugendorganisationen politischer Parteien berücksichtigt.

r Nicht berücksichtigt sind der Austritt (25. September 2017) von vier AfD-Abgeordneten (Ralf Borschke, Matthias Manthai, Christel Weißig und Bernhard Wildt) aus der Fraktion und etwas später aus der AfD und die Bildung einer eigenen Fraktion und einer eigenen Partei.

s Einschließlich Dana Guth, die in Göttingen ein Jura-Studium angefangen, aber nicht abgeschlossen hat.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

V. Fraktionsvorstände der AfD in den Landesparlamenten

Die Defizite an politisch-institutionellen Erfahrungen, die einem „training on the job“, mit dem parlamentarische Kompetenzen für die Repräsentation politischer Positionen und die parlamentarische Mitwirkung während der Wahrnehmung des Mandats gewonnen werden könnten, kaum Chancen bieten, werden von den Mitgliedern der Fraktionsvorstände nicht kompensiert, sondern weitgehend geteilt.

Die Anzahl der Mitglieder der Fraktionsvorstände und ihr Anteil an allen Fraktionsmitgliedern sind häufig hoch, weisen aber beachtliche Unterschiede auf und sind nicht immer funktional begründet (vgl. Tabelle 7).²⁵ Das Sozialprofil der Fraktionsvorstände unterscheidet sich nur in wenigen, letztlich nicht ausschlaggebenden Details vom Durchschnitt der Fraktionsmitglieder. So ist der Anteil von weiblichen Abgeordneten, was kaum anders zu erwarten ist, gering (9,6 Prozent) und niedriger als der Frauenanteil an allen AfD-Abgeordneten (13,4 Prozent). Nur in drei Landesparlamenten in den neuen Bundesländern und im Abgeordnetenhaus von Berlin gehören weibliche Abgeordnete überhaupt den Fraktionsvorständen der AfD an. Das formale Bildungsniveau der Fraktionsvorstände ist – mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt – hoch (80,8 Prozent mit Hochschulstudium) und liegt meist über dem Durchschnitt der jeweiligen Fraktionsmitglieder. Auch sind AfD-Abgeordnete mit einer juristischen Ausbildung in den Vorstandsfunktionen insgesamt etwas stärker vertreten (28,6 Prozent) als ihr durchschnittlicher Anteil an allen AfD-Abgeordneten ausmacht. Nicht zuletzt bedingt durch die „Ost-Wanderung“ von Juristen seit den 1990er Jahren, liegt der Juristen-Anteil in den AfD-Fraktionen der Landesparlamente in den neuen Bundesländer meist erheblich über dem Durchschnitt und den Werten für die westdeutschen Landesparlamente. Dies muss allerdings nicht bedeuten, dass die juristischen Kompetenzen für eine konstruktive Parlamentsarbeit („parlamentsorientierte“ Fraktionstätigkeit) eingesetzt werden. Für den Fraktionsvorsitz sind hingegen Positionen in der Partei von größerer Bedeutung als eine juristische Qualifikation: nur zwei von 14 Fraktionsvorsitzenden verfügen über eine abgeschlossene juristische Ausbildung.

Die politisch-institutionelle Erfahrung der Fraktionsvorstände unterscheidet sich nicht wesentlich vom Durchschnitt aller AfD-Abgeordneten. Die Hälfte (50 Prozent) weist keine frühere Parteimitgliedschaft auf, und nur 37,5 Prozent waren vor dem AfD-Engagement Mitglied einer etablierten Partei (nicht immer über längere Zeit). Einige von ihnen gehörten vorübergehend (auch) einer rechtsextremen Klein(st)partei an. Eine parteipolitische Abstinenz vor dem AfD-Beitritt zeigt sich – was wiederum die engen Grenzen erfahrungsbasierter

25 Die Mitgliederzahl scheint teils einem Ausgleich der um Einfluss konkurrierenden Gruppen in den Fraktionen, teils aber auch monetären Interessen zu folgen.

politischer Gestaltungsfähigkeit umreißt – auch bei der Hälfte der Fraktionsvorsitzenden. Dieses Defizit politisch-institutioneller Erfahrungen gilt folglich auch für relevante Parteifunktionen und politische Wahlämter in der kommunalen Selbstverwaltung und in Parlamenten (Landesparlamente etc.). Der Reigen mangelnder politisch-institutioneller Erfahrungen schließt das fast gänzliche Fehlen politisch-administrativer Funktionen ein. Die angezeigten Ausnahmen bestätigen letztlich diesen Mangel und unterstreichen, dass sich die Mitglieder der Fraktionsvorstände nicht wesentlich von der Mehrzahl der AfD-Abgeordneten unterscheiden.

Auch dieses Defizit an langjährigen politisch-praktischen Erfahrungen trägt mit dazu bei, dass eine „parlamentsorientierte“ Handlungsoption²⁶, selbst wenn diese angestrebt würde, nur bedingt realisiert werden könnte und – wenn auch aus anderer Gründen – im parlamentarischen Alltag der AfD-Fraktionen bislang meist scheiterte.

VI. „West-Kolonisierung“ der AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer?

Die AfD vermittelte in ihrer Gründungsphase die Anmutung einer westdeutsch geprägten „Professoren-Partei“. Diesen Eindruck vermochte etwa die Kandidatenliste der AfD für die Europa-Wahl 2014 erwecken. Gegründet als Euro- und EU-skeptische Partei gelang es der AfD, bereits bei der Bundestagswahl 2013 beinahe die 5-Prozent-Sperrklausel zu überwinden. Die thematische und programmatische Fokussierung veränderte sich seither und wurde mit der kleinen Spaltung der AfD auf dem Essener Parteitag Anfang Juli 2015 national-konservativer, fremden- und ausländerfeindlich, an den Rändern der Partei auch geschichtsrevisionistisch hinsichtlich der Bewertung des Nationalsozialismus und rassistisch.

Mit Blick auf die in die Landesparlamente gewählten AfD-Abgeordneten stellt sich die Frage, ob und wieweit die „westdeutsch“ eingefärbte Parteigründung der AfD sich auch in der Zusammensetzung der Abgeordneten in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer wiederfindet. Die politische Sozialisierung von einigen bekannten und innerparteilich einflussreichen AfD-Abgeordneten wie Alexander Gauland, Björn Höcke, Stephan Brandner, Alexander Kalbitz und Hans-Thomas Tillschneider erfolgte in den alten Bundesländern. Sie konnten Mandate in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer erlangen, nehmen auf Landes- und Bundesebene überwiegend einflussreiche Positionen in der AfD ein und haben einen maßgebenden Einfluss auf die politisch-ideologische Ausrichtung der Partei.

26 Vgl. Schroeder u. a.: *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, S. 25 ff.

Tabelle 8: AfD-Abgeordnete in den Landesparlamenten – aus alten/neuen Bundesländer (Geburtsort im Gebiet der alten / neuen Bundesländer)

	MdL insge- samt	geb. in alten BL	in Prozent	geb. in neuen BL	in Prozent	Zuord- nung unklar	in Prozent
Hamburg	8	7	87,5	1 ^a	12,5		
Bremen	4	4 ^b	100				
Baden- Württemberg	23	21	91,3	2 ^c	8,7		
Rheinland- Pfalz	14	12	85,7	2 ^c	14,3		
Saarland	3	2	66,7	1 ^d	33,3		
Schleswig- Holstein	5	5	100				
NRW	16	15	93,8	1 ^e	6,3		
Niedersachsen	9	8	88,9	1	11,1		
Berlin	25	17	68,0	7	28,0	1	4,0
Sachsen	14	3	21,4	11	78,6		
Brandenburg	11	6 ^f	54,5	5	45,5		
Thüringen	11	6	54,5	5	45,5		
Sachsen- Anhalt	25	4 ^g	16,0	21	84,0		
Mecklenburg- Vorpommern	18	5	27,8	13	72,2		
insgesamt	186	115	61,8	70	37,6	1	0,5

Rundungsdifferenzen möglich.

a Alexander Wolf, geb. 1967 in Leipzig, lebt seit 1979 in der BRD.

b Alexander Tassis, geb. 1970 in Athen, wuchs in Bremen/BRD auf.

c Claudia Martin, geb. 1970 in Annaberg-Buchholz, und Christina Baum, geb. 1956 in Mühlhausen: Sozialisierung und Ausbildung in der DDR; Umzug in die alten Bundesländer nach 1989 – beide MdL in Baden-Württemberg. Jens Ahnemüller, geb. 1961 in Apolda, und Timo Böhme, geb. 1963 in Annaberg-Buchholz, jeweils Sozialisierung in der DDR und erst nach 1989/90 Umzug in die alten Bundesländer – beide MdL in Rheinland-Pfalz.

d Lutz Hecker, geb. 1969 in Ueckermünde – bis Anfang der 1990er Jahre in der DDR.

e Herbert Strotebeck, geb. 1951 in Penzlin: Sozialisierung, Ausbildung und Berufsleben in der Bundesrepublik.

f Hier auch Alexander Gauland, geb. 1941 in Chemnitz, wo er bis 1959 lebte, seine politische Sozialisierung und Karriere erfolgte aber in der Bundesrepublik (alte Bundesländer).

g Hier auch Hans-Thomas Tillschneider, geb. 1978 in Temeswar (Rumänien), politische Sozialisierung in der Bundesrepublik.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die Tabelle 8 bestätigt nur bedingt den Anschein eines dominanten Einflusses „westdeutscher“ AfD-Politiker in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer.²⁷ Aber zunächst ein Blick auf die acht Landesparlamente der alten Bundesländer: Hier finden sich nur wenige Abgeordnete, die in der früheren DDR geboren wurden und aufwuchsen. Einige Abgeordnete weisen wie Alexander Wolf, der als Zwölfjähriger nach Bayern kam und seit 2015 für die AfD in der Hamburger Bürgerschaft ein Mandat vertritt, eine überwiegend „westdeutsche“ sekundäre und politische Sozialisation auf²⁸, andere kamen erst als Erwachsene in den 1990er Jahren nach Westdeutschland. Ein gemeinsames Merkmal dieser Abgeordneten ist das Fehlen eines parteipolitischen Engagements vor dem Beitritt zur AfD.²⁹ Es handelt sich allerdings um ein Merkmal, das für die Mehrzahl der AfD-Abgeordneten zutrifft.

In den fünf Landesparlamenten der neuen Bundesländer variiert der Anteil „westdeutscher“ AfD-Abgeordneter an jeweils allen AfD-Parlamentarier/innen zwischen 16 Prozent (vier MdL) in Sachsen-Anhalt und 54,5 Prozent (jeweils 6 MdL) in Brandenburg und Thüringen (der Durchschnitt liegt bei 30,4 Prozent). Hervorzuheben ist aber, dass sich von diesen insgesamt 24 Abgeordneten neun (37,5 Prozent) seit den 1990er Jahren und drei (12,5 Prozent) seit den 2000er Jahren beruflich in den neuen Bundesländern, überwiegend in dem Bundesland, in dem sie ein Landtagsmandat erhielten, etabliert hatten (vgl. Tabelle 9). Weitere drei Abgeordnete hatten in den 2000er Jahren hier ein Studium begonnen oder eine Schule besucht. Und weitere zwei MdL (8,3 Prozent) hatten sich erst in den 2010er Jahren berufsgebunden in Brandenburg beziehungsweise Mecklenburg-Vorpommern niedergelassen. Von sieben MdL fanden sich entweder keine eindeutigen Informationen, die eine zeitliche oder berufliche Einordnung erlauben (4 MdL), oder es bestand keine frühere berufliche Bindung (Björn Höcke und Hans-Thomas Tillschneider).

27 Gemeint sind AfD-Abgeordnete, (1) die im Gebiet der früheren Bundesrepublik geboren wurden oder (2), falls dies nicht der Fall war, deren politische Sozialisierung vor allem in den „alten Bundesländern“ erfolgte.

28 Dass diese Abgrenzungen nicht immer trennscharf möglich sind, zeigt die Biographie von Frauke Petry, die als AfD-Politikerin mit ostdeutschen Wurzeln gilt. Sie wurde in Dresden geboren (1975), konnte als Vierzehnjährige mit ihrer Mutter 1989 kurz vor dem Fall der Mauer in die Bundesrepublik ausreisen, wo sich ihr Vater bereits aufhielt; sie ging in Bergkamen zur Schule und machte dort das Abitur (1995), anschließend studierte sie an der University of Reading (1995–1998) und an der Georg-August-Universität in Göttingen Chemie (Bachelor, Diplom) und promovierte 2004 an der Göttinger Universität; erst 2007 wechselte sie zusammen mit ihrem Mann den Wohnort und zog nach Leipzig; sie gründete dort mit elterlicher Unterstützung ein kleines Chemie-Unternehmen, das jedoch 2013 insolvent wurde. Seit 2013 engagierte sie sich, angeregt von der Kritik Bernd Luckes an der europäischen Währungsunion und der EU, in der AfD.

29 Eine Ausnahme ist Alexander Wolf, der kurzzeitig Mitglied der REP war und sich im Umfeld der Neuen Rechten (Interviews und Beiträge für die Zeitschrift „Junge Freiheit“) engagierte.

Tabelle 9: AfD-Abgeordnete in den Landtagen der neuen Bundesländer mit Geburt/Sozialisierung in Westdeutschland: Berufsbindung in NBL

	MdL insge- samt	MdL aus alten BL	seit 1990er Jahre in neue BL	seit 2000er Jahre in neue BL	seit 2010 in neue BL	sonstige	unklar
Sachsen	14	3	2	1			
Brandenburg	11	6 ^a	2	1	1	1	1 ^c
Thüringen	11	6	2	2 (1)		1 (1)	1 ^d
Sachsen- Anhalt	25	4 ^b	1	1 (1)		2 (1)	
Mecklenburg- Vorpommern	18	5	2	1 (1)	1		1 ^d
insgesamt	79	24	9	6 (3)	2	4 (2)	3

In () MdL mit Schulbesuch und/oder Studium in den neuen Bundesländern (NBL).

Kursiv in () – davon: keine berufliche Bindung an NBL.

a Hier auch Alexander Gauland, vgl. Tab. 4 und 8.

b Hier auch Hans-Thomas Tillschneider, vgl. Tabelle 8.

c Berufliche Etablierung, aber keine Angabe über Zeitpunkt.

d Keine eindeutigen Angaben verfügbar.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Auch wenn sich in den Landtagen der neuen Bundesländer ein hoher Anteil von AfD-Abgeordneten mit „westdeutscher“ politischer Sozialisation findet, ging deren politischem Engagement in der AfD und deren Nominierung für ein Parlamentsmandat überwiegend eine berufliche Etablierung in den neuen Bundesländern voraus, die sich über ein bis zwei Jahrzehnte erstreckte. Von einer westdeutschen politischen „Kolonisierung“ der AfD-Fraktionen durch Abgeordnete mit westdeutscher Sozialisierung lässt sich daher nur bedingt sprechen.

Betrachtet man das Sozialprofil dieser AfD-Abgeordneten und deren Position in den Landtagsfraktionen, zeigen sich einige Unterschiede zu den übrigen AfD-Abgeordneten in den Landtagen der neuen Bundesländer. Diese Feststellung bezieht sich nicht auf den Anteil von Frauen, der bei den 24 westdeutschen MdL mit 16,7 Prozent (abs. 4 von 24) leicht über dem niedrigen Durchschnitt von 13,4 Prozent bei allen AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten liegt.³⁰ Eine Kompensation der geringen Anzahl der Parlamentarierinnen findet sich in ihrer Präsenz in den Fraktionsvorständen: drei von

30 Diese vier Parlamentarierinnen stellen 36,4 Prozent von insgesamt 11 weiblichen AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer.

ihnen (75 Prozent) nehmen die Funktion einer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (2) oder einer parlamentarischen Geschäftsführerin (1) ein. Begünstigt wurde die Übernahme dieser Aufgaben vermutlich durch die juristische Ausbildung dieser Abgeordneten. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch bei den Positionen der MdL mit westdeutscher Sozialisation in den Landtagsfraktionen. Insgesamt sind 11 von ihnen (45,8 Prozent) in den Fraktionsvorständen vertreten und nehmen, überproportional zu ihrem Anteil an den Fraktionsmitgliedern (30,4 Prozent), die Hälfte der Positionen in den Fraktionsvorständen ein, allerdings mit erheblichen Variationen in den einzelnen Landesparlamenten (vgl. Tabelle 10). Auch hier setzten sich anscheinend nicht zuletzt die juristische Kompetenz und daraus erwachsene Transferkompetenzen der Abgeordneten durch.³¹

Dieser Aspekt spiegelt sich auch in dem vergleichsweise hohen Schul- und Ausbildungsniveau der „westdeutschen“ AfD-Abgeordneten (75 Prozent weisen als Schulabschluss die Hochschulreife und ein Studium vor). Es liegt erheblich über den Durchschnittswerten der AfD-Abgeordneten in den Landtagen der neuen Bundesländer und hat eine Entsprechung in den beruflichen Positionen vor dem Mandatserwerb. Selbstständige Rechtsanwälte (6) und selbstständige Unternehmer (vor allem kleinbetriebliche Dienstleistungs-, Beratungs- und Vermittlungsbüro) (6) stellen bereits die Hälfte dieser Gruppe, ergänzt durch Richter (1), Hochschullehrer (1), Lehrer (1) und Rentner/Pensionäre (2). Bezogen auf ihr AfD-Engagement in der Aufbauphase der Partei dürften auch sie durch eine gewisse Zeitautonomie begünstigt gewesen sein, was die Chancen auf eine Nominierung für ein Landtagsmandat beförderte. Dazu trug auch ein frühes Engagement für die AfD bei. Etwa 80 Prozent (absolut: 19 von 24) dieser Abgeordneten-Gruppe traten bereits 2013 der Partei bei, weitere 12,5 Prozent (= 3) im folgenden Jahr und 8,3 Prozent (= 2) im Jahr 2015.

Dieses Engagement für die AfD korrespondiert mit einer etwas ausgeprägteren früheren Bereitschaft zu parteipolitischem Engagement, soweit es sich in einer Parteimitgliedschaft niederschlug. Zwar finden sich bei 45,8 Prozent (absolut 11) der Abgeordneten keine Hinweise auf eine frühere Parteibindung, was – wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau – der verbreiteten parteipolitischen Abstinenz bei den AfD-Abgeordneten entspricht. Immerhin weisen leicht überdurchschnittliche 41,7 Prozent (absolut 10) der Abgeordneten eine Mitgliedschaft in den Unionsparteien (CDU, CSU) oder deren Jugendorganisation aus. Andere Parteien – SPD, FDP, DKP, REP, Die Freiheit – gehörten nur singular zu früheren Parteierfahrungen dieser AfD-Abgeordneten. Das parteipolitische Engagement verdichtete sich nur bei einem Abgeordneten (Robert Farle) zu einem poli-

31 Von den 79 AfD-Abgeordneten in den Landtagen der neuen Bundesländer verfügen 15 über eine juristische Ausbildung (19 Prozent), elf von ihnen (73,3 Prozent) gehören der Abgeordnetengruppe mit westdeutscher Sozialisation an.

Tabelle 10: AfD-Abgeordnete mit Sozialisation in Westdeutschland in den Fraktionsvorständen der AfD in den Landtagen der neuen Bundesländer

	Vorsitzende	stellvertr. Vorsitzende	parl. Geschäftsführer	davon Frauen	Mitglieder Fraktionsvorstand insgesamt	davon westdt. MdL (in Prozent)
Sachsen		1 (1)		1	4	25
Brandenburg	1	3 (1)	1 (1)	2	4	100
Thüringen	1	1 (1)		1	5	60
Sachsen-Anhalt		1	1		5	40
Mecklenburg-Vorpommern		1			4	25
insgesamt	2	7	2	4	22	50

In () davon weibliche MdL mit westdt. Sozialisation.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

tischen Wahlamt (auf kommunaler Ebene) vor dem Beitritt zur AfD und in einem weiteren Fall (Alexander Gauland) zu langjähriger hochrangiger politisch-administrativer Tätigkeit.³² Ansonsten gewannen einige MdL (8) eine begrenzte kommunalpolitische Erfahrung durch ein als AfD-Kandidat erlangtes Mandat in einem Stadtrat oder Kreistag seit 2014. Insgesamt jedoch sind auch für diese relativ einflussreiche Gruppe von AfD-Abgeordneten geringe parteipolitische und weitgehend fehlende parlamentarische Erfahrungen zu konstatieren.

VII. Kontinuität und Veränderung

Obwohl die AfD erst 2013 gegründet wurde, hat sie – wie erwähnt – in den wenigen Jahren ihres Bestehens bereits eine wechselvolle Geschichte.³³ In ihrer Gründungsphase trat die Partei mit einer Euro- und Europa-skeptischen Agenda auf. Die Initiatoren der Parteibildung prägten eine wirtschafts- und rechtsliberale Programmatik (vor allem Bernd Lucke), ergänzt um national-konservative Positionen (Alexander Gauland, Konrad Adam). Jedoch verschoben sich

32 Robert Farle saß von 1976 bis 1992 für die DKP im Stadtrat von Gladbach (vgl. oben Tab. 5); Alexander Gauland, Landesvorsitzender der AfD in Brandenburg und Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag, war – wie erwähnt – unter anderem als Staatssekretär Chef der Hessischen Staatskanzlei (vgl. Tab. 4).

33 Vgl. die in Anm. 3 angeführte Literatur.

bei der weiteren Entwicklung der AfD deren ideologische, programmatische und politischen Schwerpunkte zugunsten national-konservativer und rechts-populistischer Positionen mit einer teils geduldeten, teils gesuchten Offenheit zu völkisch-nationalistischen, rechtsextremistischen und rassistischen Positionen und Ideologieversatzstücken, was Verbindungen zu Gruppierungen der „Neuen Rechten“ und zur „Identitären Bewegung“ erlaubte. Die Abwahl des Parteivorsitzenden Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag Anfang Juli 2015 und die folgende Abspaltung des als wirtschaftsliberal charakterisierten Flügels intensiverte und verfestigte diese programmatische und politische Verschiebung. Mit Blick auf die Abgeordneten, die zwischen 2014 und 2017 als Mitglieder der AfD in ein Landesparlament gewählt wurden, stellt sich die Frage, ob und wie sich diese politisch-programmatischen Veränderungen der Partei bei den Abgeordneten zeigt. Das kann hier nicht durch eine einzelbiographisch gestützte Untersuchung der von den Abgeordneten vertretenen politischen Positionen innerhalb des dynamischen programmatischen Spektrums der AfD erfolgen. Ersatzweise wird nur das Beitrittsjahr mit dem Wahljahr in ein Landesparlament in Relation gesetzt.

In den wenigen Jahren ihrer Existenz konnte die AfD ihre Mitgliedschaft von etwa 17.000 im Gründungsjahr trotz Austritten nach dem Essener Parteitag in der Summe weiter steigern.³⁴ Anfang 2018 beträgt die Zahl der Mitglieder nach Angaben der AfD ca. 28.000. Angesichts dieses Mitgliederzustroms, in dem sich spätestens seit der Parteispaltung im Jahr 2015 eine politische Orientierung ausdrücken dürfte, die der von der AfD propagierten national-konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologie aufgeschlossen gegenübersteht, stellt sich die Frage, ob sich diese programmatische Verschiebung in der Nominierung von Mitgliedern wiederfindet, die – möglicherweise – diese programmatische Veränderung innerhalb der Partei und in den Parlamenten repräsentieren.

Die folgende Tabelle (Tab. 11) zeigt, dass der Parteibeitritt der überwiegenden Anzahl der AfD-Abgeordneten bereits in den Jahren 2013 (72 Prozent) und 2014 (15,6 Prozent) erfolgte, also vor der Parteispaltung des folgenden Jahres. Auch die unter „unklar“ und „ohne Angabe“ rubrizierten AfD-Abgeordneten waren meistens in einem dieser beiden Jahre Mitglied geworden. Von den 186 AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten dürften nicht viel mehr als zehn nach den Gründungsjahren 2013/14 der Partei beigetreten sein.

Obwohl die vielen öffentlich ausgetragenen Kontroversen in der AfD nicht den Anschein von Stabilität und Kontinuität erwecken, sondern heftige Richtungs- und Machtkämpfe demonstrieren, ist die Dominanz der „Gründergeneration“ der Partei unter den Abgeordneten bemerkenswert. Auch bei den Wahlen in den Jahren 2016 und 2017, in denen 77 Prozent der AfD-Abgeordneten in ein

34 Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahr 2016, S. 375.

Landesparlament gewählt wurden, setzten sich bei der Nominierungskonkurrenz für einen erfolgversprechenden Listenplatz offensichtlich Kandidaten durch, die ein frühes Engagement in der Partei auszeichnete. Wer sich im Einzelnen bei der Nominierung durchsetzte, welche programmatischen Positionen und welche politischen Ziele mit der kontinuierlichen Mitgliedschaft in der AfD und mit dem Parlamentsmandat verbunden wurden, ließe sich nur über einzelbiographische Analysen klären. Das betrifft auch die Frage, ob insbesondere bei den Wahlen in den Jahren 2016 und 2017 Parteimitglieder dominierten, die bereits seit der Gründungsphase eine hohe Affinität zu national-konservativen, nationalistischen oder rechtspopulistischen Positionen hatten und diese politische Einstellung mit ihrem Engagement in der AfD und im parlamentarischen Raum politisch umzusetzen bemüht sind.

Tabelle 11: Abgeordnete der AfD in den Landesparlamenten 2014 bis 2017: Mitgliedschaft in der AfD 2013 bis 2016 (absolut und in Prozent)

Mitglied der AfD seit	MdL seit	insgesamt	in Prozent	2014	2015	2016	2017
2013	– abs.	134		35	7	69	23
	– in Prozent		72,0	97,2	58,3	65,7	69,7
2014	– abs.	29		1	1	25	2
	– in Prozent		15,6	2,8	8,3	23,8	6,1
2015	– abs.	4				2	2
	– in Prozent		2,2			1,9	6,1
2016	– abs.	2					2
	– in Prozent		1,1				6,1
unklar/ ohne Angabe ^a	– abs.	17			4	9	4
	– in Prozent		9,1		33,3	8,6	12,1
insges.	– abs.	186		36	12	105	33
	– in Prozent		100	20,3	6,8	59,3	17,7

Rundungsdifferenzen sind möglich.

a Überwiegend erfolgte der Beitritt zur AfD auch dieser MdL in den Jahren 2013 und 2014.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Eine kontinuierliche mehrjährige Mitgliedschaft in der AfD als eine Voraussetzung für den Erwerb eines Parlamentsmandats korrespondiert mit der Stabilität der AfD-Fraktionen in den meisten Landesparlamenten. Trotz einiger Aus-

tritte und weniger Ausschlüsse aus den Fraktionen (bis Ende 2017: 15,6 Prozent aller AfD-Abgeordneten) in Folge von Parteispaltung, Flügelbildung, Rechtsradikalisierung, zeitweiliger Fraktionsspaltung (Baden-Württemberg) usw. hat sich die Mitgliederzahl der Fraktionen in den meisten Landesparlamenten nur geringfügig vermindert. Verschiedene Gründe bedingen diese Partei- und Fraktionsstabilität. Sie basiert anscheinend nicht zuletzt auch auf der Parteimitgliedschaft seit der Gründungsphase. Diese Parteimitglieder mögen mit dem Landtagsmandat sowohl einflusspolitisch als auch materiell ihre Dividende für ein frühes und ausdauerndes Parteiengagement kassieren.

VIII. Austritte und Ausschlüsse aus den AfD-Fraktionen

Abgesehen von zwei AfD-Parlamentariern, die wegen beruflicher Ambitionen oder aus Alters- und Gesundheitsgründen ihr Mandat zurückgaben und durch Nachrücker ersetzt wurden, und acht Abgeordneten, die nach dem Wechsel in den Bundestag oder in das Europäische Parlament³⁵ auf ihr Landtagsmandat verzichteten und deren Position ebenfalls Nachrücker übernahmen (vgl. Tabelle 1)³⁶, traten bisher (Stand 31. Dezember 2017) 29 Abgeordnete (15,6 Prozent) von insgesamt 186, die als AfD-Kandidaten in ein Landesparlament gewählt worden waren, aus einer Fraktion aus, wurden ausgeschlossen oder bei der Konstituierung der Fraktion nicht aufgenommen. In zehn von den hier berücksichtigten 14 Landesparlamenten erfolgte eine derartige Veränderung. Keiner dieser 29 Abgeordneten verzichtete bislang auf das Mandat, so dass sie mit unterschiedlichen politischen Bindungen weiterhin dem jeweiligen Landesparlament angehören. Etwa drei Viertel (22 = 75,9 Prozent) von ihnen traten nicht nur aus der Fraktion, sondern auch aus der AfD aus.

Austritte aus den AfD-Fraktionen finden sich sowohl in den Landesparlamenten der neuen als auch der alten Bundesländer. Interpretationsfähige Unterschiede im Ost-West-Vergleich zeigen sich jedoch nicht. Abgesehen von den durch die Parteispaltung bedingten Austritten im Jahr 2015 in Bremen und mit geringeren Folgen in Thüringen war das Gesamtergebnis von Austritten und Ausschlüssen bis zur Bundestagswahl 2017 weder dramatisch noch erreichte es ein Ausmaß, das die parlamentarische Basis und Handlungsfähigkeit von

35 Jörg Meuthen gab sein Landtagsmandat in Baden-Württemberg am 31. Dezember 2017 nach seinem Wechsel in das Europäische Parlament als Nachrücker für Beatrix von Storch zurück (siehe Tabelle 1).

36 Diese Angaben folgen den von Stefan Karl Dreher (Sachsen) und Heinrich Kühn (Baden-Württemberg) angegebenen Gründen für die Rückgabe des Mandats. Von den neun MdL, die ein Mandat im Bundestag erlangten, behielten zwei – Frauke Petry (Sachsen) und bis zum 15. April 2018 auch Andreas Mrosek (Sachsen-Anhalt) – das Landtagsmandat, wobei Frauke Petry aus der Landtagsfraktion der AfD und aus der Partei ausschied. Den übrigen sieben ausgeschiedenen Abgeordneten folgten Nachrücker in das Landesparlament, im April 2018 auch für Andreas Mrosek (Daniel Wald).

Tabelle 12: Austritte und Ausschlüsse aus den AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten (Stand 31. Dezember 2017)

	Abgeordnete der AfD (konstituierende Sitzung)	Austritte/Ausschlüsse insgesamt		freiwilliger Austritt aus Fraktion und Partei wegen AfD-Politik ^a	freiwilliger Austritt wegen Politik der AfD-Fraktion – weiterhin AfD-Mitglied	Ausschluss aus oder Nicht-Aufnahme in AfD-Fraktion wegen rechtsradikaler oder antisemitischer Positionen	sonstige Gründe für Austritt u. Ausschluss aus/ Nicht-Aufnahme in AfD-Fraktion
		abs.	in Prozent				
Sachsen	14	5	35,7	5 ^c			
Brandenburg	11	1	9,1				1 ^d
Thüringen	11	3	27,3	3 ^e			
Hamburg	8	1	12,5			1 ^f	
Bremen ^b	4	3	75,0	3 ^g			
Baden-Württ.	23	3	13,0	2 ^h		1 ⁱ	
Rheinland-Pfalz	14						
Sachsen-Anhalt	25	3	12,0	2 ^k	1 ^l		
Meckl.-Vorp.	18	5	27,8	4 ^m			1 ⁿ
Berlin	25	2	8,0			2 ^p	
Saarland	3						
Schleswig-H.	5						
NRW	16	3	18,8	3 ^q			
Niedersachsen	9						
insgesamt	186	29	15,6	22	1	4	2

a Einschließlich der Spaltung der AfD 2015 (Austritt des Parteiflügels um Bernd Lucke). Kritik an der Politik der AfD und an der AfD-Fraktion richtete sich vor allem gegen eine dominierend wahrgenommene rechtskonservative Orientierung in der Partei, die sich Bewegungen öffnete, die als rechtsradikal eingeschätzt werden (unter anderem Identäre Bewegung), aber auch an der als unzureichend bewerteten Bereitschaft in der Fraktion zu parlamentarischer Arbeit.

b Die Geschäftsordnung der Bremer Bürgerschaft verlangt (§ 7) für die Bildung einer Fraktion mindestens 5 Abgeordnete, die einer Partei angehören oder von dieser nominiert wurden. Die AfD-Abgeordneten bildeten bei der Konstituierung der Bürgerschaft eine „Gruppe“ (§ 7, Abs. 5).

c Frauke Petry trat nach ihrer Wahl in den Bundestag (24. September 2017) aus der AfD-Fraktion und der AfD aus, behielt aber ihr Mandat im Landtag; mit Fraktions- und Parteiaustritten folgten Kirsten Muster, Andrea Kersten, Uwe Wurlitz und Gunter Wild.

d Stefan Hein kam als AfD-Mitglied in den Landtag, gehört der Partei trotz Ausschluss aus der Fraktion an.

e Aus der AfD-Fraktion und der AfD ausgetreten: Oskar Helmerich und Jens Krumpke; Helmerich konnte der SPD beitreten und wurde in die SPD-Fraktion aufgenommen; Siegfried Gentele wurde im April 2015 wegen seiner öffentlichen Kritik an Björn Höcke rechtsradikalen politischen Positionen aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen und trat im Juli 2015 aus der AfD aus; er gehört dem Thüringer Landtag als fraktionsloser Abgeordneter an; nach dem Austritt aus der AfD war er einige Monate Mitglied der Partei ALFA, wechselte zur Familien-Partei Deutschlands.

f Ludwig Flocken trat im Februar 2016 aus der AfD-Fraktion aus und kam einem Ausschluss zuvor.

g Die drei AfD-Mitglieder Piet Leidreiter, Klaus Remkes und Christian Schäfer verließen die Partei im Zuge der Abspaltung des Lucke-Flügels von der Partei und wechselten in die neugegründete Partei ALFA.

h Claudia Martin verließ Mitte Dezember 2016 die AfD-Fraktion und trat aus der AfD aus, nach eigenem Bekunden wegen der starken Tendenz zu rechtsextremen Auffassungen und einem Desinteresse an Sachpolitik in der Fraktion, sie wurde etwa ein Jahr später Mitglied der CDU und der Landtagsfraktion der CDU; aus ähnlichen Gründen verließ Heinrich Fiechtner am 24. November 2017 die Fraktion und die AfD.

i Wolfgang Gedeon wurde veranlasst, aus der AfD-Fraktion auszutreten (5. Juli 2016), nachdem seine antisemitische Einstellung (Veröffentlichungen) publik geworden und von einem Teil der AfD-Fraktion (unter anderem Jörg Meuthen) als inakzeptabel gewertet worden war.

k Gottfried Backhaus verließ am 2. Juni 2017 die AfD-Fraktion und am 17. Oktober 2017 die AfD; Jens Diederichs trat Anfang Juni 2017 aus der AfD-Fraktion und der AfD aus und wurde in die CDU-Fraktion aufgenommen.

l Sarah Saueremann trat Ende Mai 2017 aus der Fraktion aus.

m Unmittelbar nach der Bundestagswahl traten Ralf Borschke, Matthias Manthei, Christel Weißig und Bernhard Wild aus der AfD-Fraktion und der AfD aus, sie gründeten die Landtagsfraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) und eine gleichnamige Partei.

n Holger Arppe, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD, trat Ende August 2017 aus der Fraktion und der Partei aus, nachdem als inakzeptabel gewertete Äußerungen von ihm bekannt geworden waren.

p Kay Nerstheimer, als AfD-Direktkandidat in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt, verzichtete bereits vor dessen Konstituierung (27. Oktober 2016) und der Bildung der AfD-Fraktion auf eine Mitgliedschaft in der Fraktion; Andreas Wild wurde am 18. Juli 2017 aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen.

q Nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 verließen Marcus Pretzell, Alexander Langguth und Frank Neppe die Landtagsfraktion und die AfD.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

AfD-Fraktionen in Frage stellte. Erst die kleine Austrittswelle, die nach der Bundestagswahl in drei AfD-Landtagsfraktionen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und NRW) erfolgte, mag tendenziell das Potential haben, die AfD-Politik in diesen Landtagen zu unterminieren. Auch das Ausscheiden von führenden Landtagsabgeordneten durch den Wechsel in den Bundestag könnte solche Effekte auslösen oder verstärken, unter anderem indem durch die Austritte die in den Fraktionen verbliebenen national-konservativen, völkisch-nationalistischen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen an Einfluss gewinnen.³⁷

Eine Kategorisierung der Austritte aus den AfD-Fraktionen lässt erkennen, dass, wie erwähnt, (1) die Austritte in Bremen und Thüringen als Reaktion auf die Parteispaltung von 2015 und die Verschiebung der Programmatik der AfD in die Richtung einer national-konservativen und rechtspopulistischen Ideologie und Programmatik erfolgten. (2) Von der Anzahl her geringeres Gewicht hatten spätere Fraktionsaustritte in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg, die nicht mehr unmittelbar mit der Parteispaltung von 2015 verbunden waren. Die ausgetretenen Abgeordneten missbilligten eine rechtspopulistische Radikalisierung der AfD, die (unter anderem) in Björn Höcke und André Poggenburg medienwirksame Protagonisten hat. Dem so motivierten Austritt aus der Fraktion folgte fast immer die Aufkündigung der AfD-Mitgliedschaft. (3) Die Austritte aus den Fraktionen nach der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (vier MdL), Sachsen (fünf MdL) und NRW (drei MdL) reagierten teils auf die zunehmende politisch-ideologische Rechtsdrift der AfD, teils handelt es sich um Positions- und Einflussquerelen innerhalb der Partei auf Landes- und Bundesebene.

Angesichts der ausgeprägten innerparteilichen politisch-ideologischen Differenzen und Gruppenbildungen ist die Anzahl ideologisch und programmatisch motivierter Fraktionsausschlüsse und Nicht-Aufnahmen in die Fraktion noch immer auffällig gering (insgesamt 4). Sie kamen bislang nur in den alten Bundesländern (Baden-Württemberg, Hamburg) und in Berlin vor. Ein Anlass für einen Ausschluss resultierte aus der von Beginn der Parteigründung an zwar eindeutigen (zumindest nach außen vertretenen) Positionierung der AfD gegen neo-nazistische und antisemitische Einstellungen, was in Hamburg und in Baden-Württemberg³⁸ zu Fraktions-, aber nicht zu Parteiausschlüssen führ-

37 Wichtige Positionen in den Landtagsfraktionen (und in den Landesverbänden) der AfD nahmen (vor allem) Alexander Gauland in Brandenburg, Leif-Erik Holm und Enrico Komning in Mecklenburg-Vorpommern, Stephan Brandner in Thüringen, Bernd Baumann in Hamburg ein.

38 In Baden-Württemberg nicht ohne erhebliche innerparteiliche und innerfraktionelle Querelen und Widerstände, was die Eindeutigkeit der Positionierung relativiert.

te.³⁹ Ein anderer Grund – die beiden Berliner Fälle von Nicht-Aufnahme in die Fraktion beziehungsweise Ausschluss⁴⁰ – war eine explizit und provokant vertretene Auffassung rechtsradikaler (rassistischer) Positionen, wodurch das von der AfD zu vermitteln erhoffte Bild, Gesamtvertretung „der“ besorgten (Mittelschichts-) Bürger zu sein, in Zweifel gezogen schien. Insgesamt zeigten sich die AfD-Fraktionen und Landesparteiorgane wenig geneigt, personelle Korrekturen von möglicherweise verfehlt gelaufenen Nominierungsverfahren für ein Landtagsmandat vorzunehmen und für diesen Zweck das Mittel eines Fraktions- und Parteiausschlusses anzuwenden.

Die bisher sehr geringe Anzahl von Ausschlüssen aus den AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten und Nicht-Aufnahmen in die jeweilige Fraktion demonstriert – trotz der innerparteilichen Spannungen und Positionsdifferenzen – letztlich eine noch immer beachtliche Stabilität der AfD auf Landesebene und in den Fraktionen der Landesparlamente. Auch die etwas größere Anzahl von freiwilligen Austritten aus den Landtagsfraktionen berührte deren Handlungsfähigkeit (abgesehen von Bremen) lange Zeit nicht. Erst die Austritte nach der Bundestagswahl können vielleicht eine größere Wirkung zeitigen.

Die dennoch bislang überwiegend gewährte organisatorische Konsistenz der AfD-Landtagsfraktionen ist nur zum Teil einer politisch-ideologischen Kohärenz ihrer Abgeordneten geschuldet. Sie ist auch Folge des politischen Erfahrungsmangels der Mehrzahl der AfD-Parlamentarier und des Fehlens politischer Alternativen. Entsprechend selten sind bisher Übertritte zu anderen Parteien und die Aufnahme in eine andere Landtagsfraktion, die bisher Abstand auch zu den ehemaligen Abgeordneten der AfD wahren.⁴¹

39 Eingeleitete Parteiausschlussverfahren verliefen bisher ergebnislos. Zum Austritt aus der Fraktion wurden Wolfgang Gedeon (Baden-Württemberg) und Ludwig Flocke (Hamburg) veranlasst.

40 Nicht in die AfD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses aufgenommen wurde Kay Nerstheimer, der als AfD-Mitglied ein Direktmandat bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 gewinnen konnte. Als Hindernis für eine Fraktionsmitgliedschaft wurde vor allem dessen früheres Engagement in rechtsextremen Gruppierungen gewertet. Andreas Wild wurde Mitte Juli 2017 aus der AfD-Fraktion – anscheinend wegen seiner unbedrückten rechtsradikalen und rassistischen Äußerungen – ausgeschlossen.

41 Ein Wechsel zu einer etablierten Partei fand kaum statt; zu verzeichnen sind der Übertritt von Oskar Helmerich zur SPD-Fraktion in Thüringen im April 2016, nachdem er bereits Ende Mai 2015 aus der AfD-Fraktion ausgetreten war und im Juli 2015 die AfD verlassen hatte, Jens Diederichs' Wechsel im Juni 2017 zur CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und der Austritt von Claudia Martin aus der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg im Dezember 2016, dem im November 2017 der Beitritt zur CDU folgte. Siehe die Angaben in Tabelle 12.

IX. Fazit

Auch nach 14 Wahlen zu Landesparlamenten ist nicht zu erkennen, dass eine zunehmende und größere Anzahl von AfD-Abgeordneten auf die Parlaments-tätigkeit durch eine längere und engagierte Parteimitgliedschaft vor dem Beitritt zur AfD und durch frühere Wahlämter in Gremien der kommunalen Selbstverwaltung, in einem Landesparlament, im Bundestag oder im Europäischen Parlament vorbereitet ist. Nur eine Minderheit der Abgeordneten war vor dem Beitritt zur AfD Mitglied einer Partei (überwiegend CDU/CSU) und von diesen wenige über längere Zeit. Folglich gelang es auch von dieser Gruppe von AfD-Parlamentariern nur wenigen, vor dem Beitritt zur AfD für ein politisches Wahlamt auf kommunaler Ebene nominiert zu werden und Erfahrungen in politisch-parlamentarischen Institutionen zu gewinnen. Von diesen Abgeordneten hebt sich eine kleine Gruppe politischer Aktivisten ab, die sich bereits vor dem Beitritt zur AfD in politischen Klein(st)parteien und gesellschaftspolitischen Organisationen des facettenreichen rechten und rechtsextremen Milieus (der „neuen Rechten“) auf die eine oder andere Weise engagierte. Mit dem Beitritt zur AfD und der Wahl in ein Landesparlament wurde ganz offensichtlich eine Plattform mit größerer gesellschaftspolitischer Resonanz angestrebt und eingenommen. Infrastruktur und Ressourcen, die aus dem Parlamentsmandat erwachsen, dienen dabei nicht einer politisch-parlamentarischen Mitgestaltung, sondern werden für eine „nach außen“ gerichtete politische Propaganda und den Auf- und Ausbau von politischen Netzwerken genutzt. Diese Aktivitäten wenden sich unter anderem an Parteimitglieder, an das ideologische Umfeld der „neuen Rechten“ („Identitäre Bewegung“, Pegida etc.), schließlich an potentielle Wähler der AfD. Eine weitere (vierte) Gruppe von – wenigen – AfD-Abgeordneten verfügt über langjährige Erfahrungen in politischen/politisch-administrativen Institutionen (Alexander Gauland, Dirk Nockemann), hat leitende Funktionen in Wirtschaftsunternehmen oder Hochschulen ausgeübt (Jörg Meuthen, Jörn Kruse, Bernd Baumann, Ralf Weber) oder langjährig leitende Funktionen in der Bundeswehr und in der NATO eingenommen (Georg Pazderski, Uwe Junge). Sicherlich verfügen diese AfD-Abgeordneten über ein Verständnis von komplexen Institutionen und über die intellektuelle Fähigkeit, als Abgeordnete die politisch-institutionellen Anforderungen eines Landesparlaments zu bewältigen. Fraglich ist allerdings, ob die persönliche Bereitschaft und der innerparteilich zugestandene Handlungsspielraum vorhanden sind, um konstruktiv und problemorientiert das politische Mandat im Landesparlament zur Geltung zu bringen und sich an der Detailarbeit in den Parlamentsausschüssen zu beteiligen.

Für die Mehrzahl der AfD-Abgeordneten dürfte allerdings zutreffen, dass sie aufgrund von geringen und überwiegend fehlenden politisch-institutionellen Erfahrungen mit den komplexen Handlungsanforderungen funktionsdifferenzierter und arbeitsteilig organisierter Arbeitsparlamente letztlich über-

fordert sind. Die Fähigkeit politisch-parlamentarischen Handelns setzt differenzierte Kenntnisse über und Einsichten in komplexe politisch-gesellschaftliche Probleme und Thematiken voraus, verlangt Erfahrungen mit vielschichtigen Aushandlungs- und Kompromissbildungsprozessen sowohl bei der (innerparteilichen und innerfraktionellen) Agenda-Setzung als auch bei den Bemühungen um eine (interfraktionelle) Durchsetzung eigener politischer Ziele. Die überwiegende Mehrzahl der AfD-Abgeordneten ist wegen des Fehlens eigener politisch-institutioneller Erfahrungen weit davon entfernt, dieses Ensemble parlamentarischer Anforderungen erfüllen zu können. Erschwerend kommt hinzu, dass Programmatik und Politik der AfD den Abgeordneten kaum Ansätze für eine parlamentsorientierte konstruktive Oppositionstätigkeit bieten. Damit ist AfD-Abgeordneten nicht grundsätzlich die Möglichkeit eines „training on the job“ im Parlament abgesprochen, doch ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass die AfD-Fraktionen selbst nicht den institutionellen Rahmen für konstruktive parlamentarische Lernerfahrungen bieten.

Auch bei der Bundestagswahl im September 2017 überwand die AfD mit einem Zweitstimmen-Anteil von 12,6 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde und konnte mit 94 Abgeordneten (13,3 Prozent aller MdB) in den Bundestag einziehen.⁴² Die Unterschiede zwischen den AfD-Abgeordneten in den Landesparlamenten und denen im Bundestag sind jedoch nur graduell. Wie überwiegend bei Vergleichen zwischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sind auch bei der AfD das formale Bildungsniveau und die berufliche Qualifikation auf der Landesebene etwas niedriger als bei den Bundestagsabgeordneten. Auch die Altersstruktur weist keine besonderen Unterschiede aus, abgesehen von dem bei den Bundestagsmitgliedern der AfD etwas stärker ausgeprägten Anteil der 60–80jährigen (20,2 Prozent), der vor allem aus einem späten politischen Engagement und einer parteipolitischen Neuorientierung nach langer Mitgliedschaft in einer etablierten Partei (vor allem der CDU/CSU) resultiert. Für den hier im Mittelpunkt stehenden Aspekt der politischen und parlamentarischen Erfahrungen vor dem Beitritt zur AfD und dem Abgeordneten-Mandat in einem Landesparlament zeigen sich ebenfalls keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen beiden politisch-parlamentarischen Ebenen. Zwar weisen die Bundestagsabgeordneten der AfD einen etwas höheren Anteil hinsichtlich einer früheren Parteimitgliedschaft auf (etwa 50 Prozent), auch hier ganz überwiegend in etablierten Parteien (vor allem Unionsparteien und FDP). Eine langjährige frühere Parteimitgliedschaft (fünf und mehr Jahre) geben nur etwa 19 Prozent (absolut 18) aller AfD-MdB an, aber nur 9 Prozent verbanden eine frühere Parteimitgliedschaft auch mit einem politischen Wahlamt (überwiegend auf kommunaler Ebene). Ansonsten resultierten die – begrenzten – parlamenta-

42 Zwei MdB – Frauke Petry und Mario Mieruch – traten der AfD-Fraktion nicht bei und verließen die AfD im September 2017.

rischen Erfahrungen wie bei den Abgeordneten der Landesparlamente aus der erfolgreichen Kandidatur als AfD-Mitglied auf kommunaler Ebene (12 MdB) und – hier findet sich bereits ein parteiinterner Selbstrekutierungseffekt – aus einem AfD-Mandat in einem Landesparlament (9) und im Europäischen Parlament (1), das (meist) zugunsten des Bundestagsmandats aufgegeben wurde.

Im Vergleich zum Sozialprofil der Abgeordneten der etablierten Parteien in den Landesparlamenten liegen die Unterschiede zur AfD weniger in der Altersstruktur noch in der ausgewiesenen formalen schulischen und nachschulischen Bildung. Hinsichtlich der Berufstätigkeit vor dem Abgeordnetenmandat fällt der etwas höhere Anteil von Freiberuflern, Selbständigen und Unternehmern sowie der höhere Anteil von Rentnern, Pensionären, Ruheständlern etc. bei der AfD auf, unter anderem bedingt durch die Anforderungen an „Zeitautonomie“ in einer im Aufbau befindlichen Partei. Der wesentliche Unterschied aber ist der bei der AfD festzustellende geringe Umfang politisch-praktischer Vorbildung und politischer-institutioneller Erfahrungen bei der Mehrzahl der Mitglieder, die in ein Landesparlament gewählt wurden. Was für die etablierten Parteien (in der Regel) als selbstverständliche und notwendige Voraussetzung für eine Kandidatur für ein Landtags- oder Bundestagsmandat gilt – langjährige Parteimitgliedschaft, Übernahme von und Bewährung in Parteifunktionen, überwiegend auch kommunalpolitisches Engagement und erfolgreiche Kandidatur für ein kommunales Wahlamt und damit verbunden eine mehrjährige partei-gebundene und parteivermittelte Sozialisierung durch politisch-institutionelle Deliberationsprozesse und Kompromissbildungen sowie informelle Auswahl- und Eignungsprozesse von potentiellen Kandidaten für „höhere“ politische/parlamentarische Funktionen – fehlt der AfD. Dieses Defizit ist aber nicht nur dem Gründungsprozess der Partei geschuldet, sondern, bislang zumindest, auch dem programmatischen Selbstverständnis eine „Alternative“ zu sein, für die politische und institutionelle Sachkompetenz nicht als notwendige Voraussetzung für eine politisch (mitgestaltende) Repräsentation gelten.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVII. Helmut Kohl und die Reform der CDU 1966–1978 Zur Einführung*

Norbert Lammert

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in unserer Konferenzreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“. Diese Veranstaltungsreihe umfasst inzwischen so viele Einzelveranstaltungen, dass selbst Herr Professor Küsters meine Frage, die wievielte es denn genau sei, nicht mit der für Wissenschaftler üblichen Präzision beantworten konnte – oder wollte. Jedenfalls sind es deutlich mehr als ein Dutzend Veranstaltungen gewesen, die bislang allesamt hier in Bonn stattgefunden haben. Das zeigt, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung Bonn nach wie vor für einen besonders wichtigen Veranstaltungsort hält.

Dass die schon im Jahr 2000 begonnene Konferenzreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ sich insbesondere mit den Regierungsjahren 1982 bis 1998 beschäftigt hat, ist sicherlich nicht weiter begründungsbedürftig. Aber dass es sicher auch gute Gründe gibt, nicht nur die Regierungsjahre, sondern auch andere Phasen von Helmut Kohl – als Ministerpräsident, als Oppositionsführer im Bund oder als Parteivorsitzender – einer gründlichen Betrachtung zu unterziehen, dafür werte ich die große Teilnehmerzahl zur heutigen Veranstaltung als eine schöne Bestätigung.

Jacob Burckhardt, der große Historiker aus der Schweiz, hat in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ geschrieben: „Sprichwörtlich heißt es, kein Mensch ist unersetzlich. Aber die wenigen, die es eben doch sind, sind groß. Der große Mann ist ein solcher, ohne welchen die Welt uns unvollständig schiene, weil bestimmte große Leistungen nur durch ihn in seiner Zeit und in seiner Umgebung möglich waren und sonst undenkbar sind.“ Das ist eine starke Formulierung – und spätestens beim Begriff „undenkbar“ liegt der Verdacht der Übertreibung nahe.

Helmut Kohl hat ebenso wenig alleine die deutsche Einheit ermöglicht wie Otto von Bismarck den deutschen Nationalstaat. Aber beide fundamentalen Veränderungen der deutschen Geschichte lassen sich ohne diese zwei Namen schwerlich vorstellen. Die Bonner Republik begann mit Konrad Adenauer. Deswegen freue ich mich, dass ich auch bei dieser Veranstaltung wieder Mitglieder der Familie Adenauer besonders herzlich begrüßen kann.

* Begrüßung anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7. März 2018 im Centro Hotel Bristol in Bonn.

Die Bonner Republik begann mit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers und endete mit der Kanzlerschaft Helmut Kohls, der zugleich dazu beitrug, dass ihre Grundpfeiler auch die Grundpfeiler der Berliner Republik wurden. In bedeutenden Persönlichkeiten spiegeln sich regelmäßig große historische Epochen wider. Helmut Kohls historische Größe wird darin deutlich, dass er nicht nur eine Ära mitprägte, sondern dass er gewissermaßen zu einem Verbindungsglied zwischen zwei Epochen geworden ist. Die eine Epoche, die Epoche des Kalten Krieges mit der Spaltung Deutschlands und Europas, half er zu überwinden. Für die andere, die Epoche des europäischen Einigungs- und Integrationsprozesses, schuf er bleibende Grundlagen. So war für ihn selbstverständlich, was für viele – auch für mich – damals diskussionswürdig war, dass nämlich ein in Frieden wiedervereinigtes Deutschland nicht mehr von Bonn, sondern von Berlin regiert und parlamentarisch kontrolliert werden müsse.

Helmut Kohl, der gelehrte Historiker, dachte in historischen Perspektiven. Er wusste um die identitätsstiftende Kraft der Geschichte. Politik ohne Geschichte ist wurzellos, hat er gelegentlich in seinen Reden gesagt. Sie bleibt ziellos, ohne Grund und Perspektive. Wer die Zukunft politisch gestaltet, muss aus der geschichtlichen Erfahrung lernen, ohne bei ihr stehenzubleiben. Die Verbindung dieser beiden Halbsätze ist nicht ganz so harmlos, wie es sich anhört, denn die Neigung, das eine zu tun und das andere bleiben zu lassen, ist relativ stark ausgeprägt. Aber mit genau dieser Denkweise hat er in seiner Amtszeit viele Initiativen ergriffen, die unser Geschichtsbewusstsein und unsere Erinnerungskultur nachhaltig geprägt haben. Dafür steht das Deutsche Historische Museum in Berlin, aber natürlich auch das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier in Bonn.

Wir wollen mit der heutigen Veranstaltung ganz bewusst auf eine andere Phase der Ära Kohl Bezug nehmen. Da wir in diesem Jahr nicht nur an das Ende der Kanzlerschaft von Helmut Kohl vor zwanzig Jahren erinnern, sondern auch an das erste Grundsatzprogramm in der Geschichte der CDU, das 1978 in Ludwigshafen verabschiedet wurde und damit vierzig Jahre zurückliegt, haben wir einen besonders naheliegenden, beinahe historischen Anlass zum Aufgreifen des Themas, das uns am heutigen Tag intensiv beschäftigen soll. Dabei wird in ganz unterschiedlichen Perspektiven deutlich werden, wie sehr auch Helmut Kohl hierbei eine prägende Rolle gespielt hat. Er war von 1973 an Parteivorsitzender und hat zu der organisatorischen wie programmatischen Neuaufstellung der Union ganz wesentlich beigetragen, die nicht zufällig nach einer Regierungsbildung stattgefunden hat, an der die Union zum ersten Mal nicht beteiligt war. Auf einmal ergaben sich ganz andere Fragestellungen und auch andere Prioritäten. Es ist ein besonders spannender Aspekt, dem wir heute nachgehen und mit Blick auf Programmdiskussionen untersuchen und hinterfragen wollen. Dass die CDU das immer schon für eine besonders herausragende und dringliche Aufgabe gehalten hätte, wird man nicht ernsthaft behaupten können.

Der damalige Generalsekretär Bruno Heck hat noch im Jahr 1966 – dem Gründungsjahr der ersten Großen Koalition in Deutschland – unmissverständlich erklärt, die CDU brauche kein Programm, schon gar kein Grundsatzprogramm. Denn was die Grundsätze christlich-demokratischer Politik seien, verstehe sich für jeden aufrechten Christdemokraten von selbst. Da sind wir inzwischen in vielerlei Hinsicht klüger geworden. Die Einsicht, dass über tatsächliche und eingebilddete Selbstverständlichkeiten besonders gründlich nachgedacht werden müsse, dass im Übrigen auch gleiche Überzeugungen unter veränderten Bedingungen neu formuliert und deren Voraussetzungen und Wirkungen neu vermittelt werden müssen, das gehört zu den etwas komplizierteren Einsichten, die sich auch in der Zeit des Vorsitzes von Helmut Kohl der CDU in besonders dringlicher Weise ergeben haben.

Zu den vielen Jubiläen, an die in diesem Jahr erinnert wird, gehört auch der Jahrestag der berühmt-berüchtigten „68er“-Generation. Sie ist sicherlich nicht zufällig zeitgleich zur ersten Großen Koalition in Deutschland öffentlichkeitswirksam geworden, verbunden mit dem damaligen Eindruck, dass Fragestellungen gar nicht oder nur unzureichend in den dafür vorgesehenen Verfassungsorganen artikuliert wurden und man sich deswegen andere Ventile suchen wollte oder vielleicht auch suchen musste. Interessant ist, dass in der damaligen öffentlichen Auseinandersetzung, aus der Perspektive der sogenannten 68er – zu denen ich biographisch gehört habe, aber auf der anderen Seite der Barrikaden unterwegs war – die CDU nicht zu den bevorzugten Adressaten gehörte. Das wird man, glaube ich, ohne einem soliden historiographischen Befund vorzugreifen, feststellen dürfen. Besonders interessant ist, dass damals ein bedeutendes politisches Magazin, der Spiegel, der wiederum nicht zu den Schlepenträgern der Union gehört, 1969 mit Blick auf die damaligen Diskussionen erklärte: „Wann immer alte Zöpfe abgeschnitten wurden, Helmut Kohl führte die Schere.“ Die schöne Anschlussfrage, welche Schere er wann, wo, wie lang geführt hat, werde ich jetzt natürlich nicht beantworten. Aber dass sich mit dem Wechsel im Parteivorsitz eine neue Phase der Befassung mit Grundsatzfragen verband, für die er natürlich auch nicht alleine steht, das muss man der guten Ordnung halber auch festhalten dürfen. Viele haben daran mitgewirkt. Es wurde sogar – was mich selber überrascht hat – zur Vorbereitung eines Grundsatzprogramms der Union gleich eine neunzigköpfige Arbeitsgruppe eingerichtet. Die war hoffentlich über jeden Verdacht der mangelnden Berücksichtigung einer einzelnen Vereinigung sowie dieses oder jenes Landesverbandes erhaben.

Das alles geschah in einer Zeit, die jetzt etwa ein halbes Jahrhundert zurückliegt, an die zu erinnern sich nicht nur historisch lohnt, sondern auch deshalb, weil wir zwar in einer ganz anderen Zeit leben, aber mit teilweise wieder sehr ähnlichen Fragestellungen. Wieder gibt es eine Große Koalition, wieder besteht eine weitverbreitete Vermutung der Profillosigkeit von Parteien im Allgemeinen

und der etablierten, ehemals großen Volksparteien im Besonderen, des programmatischen Ausblutens von kraftvollen politischen Gruppierungen – mit der beinahe zwangsläufigen Folge der Begünstigung des Etablierens und Entstehens von „Alternativen“. Wobei das Bild umso komplizierter wird, wenn man über die eigenen Landesgrenzen hinaus die Blüten betrachtet, die in unseren Nachbarländern bei ähnlichen Fragestellungen entstanden sind und die Lösung von Problemen nochmal komplizierter machen, als wir das in Deutschland für so gerade noch zumutbar halten.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die an der heutigen Konferenz mitwirken, bei Herrn Professor Küsters und seinem Team, bei den Referenten, die uns zu einzelnen, jeweils ausgewiesenen Aspekten auf die Sprünge verhelfen. Ich freue mich, dass unter den zahlreichen Teilnehmern dieser Veranstaltung auch viele langjährige Kolleginnen und Kollegen sowie Weggefährten aus jener Zeit zugegen sind, die wir heute betrachten. Und ich sage schon jetzt, am Beginn der Veranstaltung, wir werden am Ende mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit dem Thema nicht durch sein, was die schöne Perspektive eröffnet, dass es in Bonn auch dazu weitere Veranstaltungen geben wird.

Aber wir waren uns schon vorhin am Tisch ganz informell einig: Ein Thema mit diesem Gewicht, einer Einsortierung der Ära Kohl in zeitgeschichtliche Zusammenhänge, wäre außer in Bonn gelegentlich auch in Berlin durchaus vorstellbar.

Ich freue mich auf die Diskussionen. Herzlich willkommen!

Die CDU, Helmut Kohl und das Ludwigshafener Programm*

Michael Borchard

I.

„Große Bilder“, so überschreibt der Spiegel in gewohnt lakonischer Weise seinen Leitartikel zum Ludwigshafener Parteitag der CDU im Jahr 1978. Große Bilder, die nach mehr als achtzehn Stunden zähen Debattierens in Ludwigshafen entstanden seien. Die CDU, so der Spiegel, glaube nun, „jenes Phantom erwischt zu haben, dem die Christdemokraten seit 1969 nachjagen: die ominöse Mitte des bundesdeutschen Politspektrums“.

Das Hamburger Nachrichtenmagazin bleibt auch im Folgenden bei seiner skeptischen Einschätzung des Grundsatzprogrammes, wirft den Christlichen Demokraten gar vor, es sei Ihnen in erster Linie darum gegangen, „ihr Programm stromlinienförmig auf sozialliberale Klientel zu modellieren“. Ebenso genüsslich wird seziert, dass Alfred Dregger und Kurt Biedenkopf, in schöner Einigkeit, Minuten vor dessen Verabschiedung dem Programm absprechen, „Handlungsanweisung für unmittelbare praktische Politik“ zu sein. Noch weniger, so wird spekuliert, werde sich die Schwesterpartei CSU um die neuen Leitsätze kümmern. Ja, es wird gar an die Wand gemalt, dass sich CDU und CSU in Bonn „nicht mehr zu einer gemeinsamen Fraktionspolitik zusammenfinden könnten“. Kreuth war noch nicht vergessen.¹

So bildreich und pointiert diese politische Momentaufnahme ist, so sehr ist sie doch eine typische linksliberale Betrachtung aus der Sicht der damaligen Zeit. Sie kann naturgemäß zu diesem Zeitpunkt nicht erfassen, welche überragende Bedeutung die grundsätzliche Neupositionierung der CDU damals auf dem Weg zur erneuten Übernahme der Regierungsmacht im Jahr 1982 hat und welchen Weg die Union bis zu diesem Ereignis zurückgelegt hat. Ein Weg der nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell die Partei massiv verändert hat. Dieser Weg und nicht so sehr die programmatischen Inhalte sollen nachfolgend im Mittelpunkt stehen.

Viele der damaligen CDU-Protagonisten der Erneuerung der Union durch den Programmprozess 1978 argumentieren heute allerdings ähnlich wie damals der Spiegel und begehen dabei rückblickend einen kardinalen Fehler. Sie insinuierten gleichsam, dass das Leben der Union als moderner Volkspartei eigentlich erst

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7. März 2018 im Centro Hotel Bristol in Bonn.

1 Große Bilder, in: Der Spiegel vom 30. Oktober 1978, S. 24f.

mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms und den Parteireformen in den 1970er Jahren begonnen habe. Man denke an Wulf Schönbohms Buch „Die CDU wird moderne Volkspartei“² oder an Politikwissenschaftler wie Hermann Scheer und andere, die von einer „zweiten Parteigründung“ sprechen.³ Sie gehen mit einer Überhöhung des Modernisierungskurses der 1970er Jahre – gleichsam in parallelem Bogenschwung – einem heute verbreiteten Narrativ auf den Leim, demnach die eigentliche Geschichte der Bundesrepublik erst mit Willy Brandt begann, der der angeblich restaurativen Adenauer-Ära ein Ende gesetzt habe.

Mit einem schönen Satz von Bruno Heck, früherer Generalsekretär der CDU und langjähriger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, mag man dieser Interpretation entgegen halten: „Die CDU war Programm, ehe sie sich ein Programm gab.“⁴

II.

Es lohnt sich, bei der Auseinandersetzung mit der Programmgeschichte der CDU nicht erst mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Helmut Kohl zu beginnen, sondern auch einen Blick auf das zu richten, was vorher war und welche Rolle Reformkräfte wie eben Kohl auch in der Zeit vor den 1970er Jahren gespielt haben. In der Tat begann die inhaltliche Neuformierung der CDU nach den frühen Anfängen in den 1940er Jahren nicht erst mit der einmütigen Zustimmung zum Ludwigshafener Grundsatzprogramm 1978. Vielmehr lässt sich eine kontinuierliche aufsteigende Kurve von diesen Anfängen bis Ludwigshafen zeichnen. Wie Günter Buchstab zu Recht beschreibt, gingen die Veränderungen in Staat und Gesellschaft, die sich bereits seit Mitte der 1950er Jahre vollzogen hatten, eben nicht an der CDU vorbei.⁵ Sie wirkten sich aber ganz anders aus als bei den politischen Mitbewerbern.

Das Gespenst, das in der CDU umherging, hieß „Bad Godesberg“. Und zwar nicht, wie man heute sagen würde, als Best-Practice-Beispiel, sondern als Schreckensvision. Seit der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD 1959 galt dieses als Gegenbeispiel für alles, was die CDU sich selbst programmatisch verordnen sollte. Noch Jahre später schrieb die FAZ mit Blick auf die SPD-Programmatik mit drastischen Worten: „Die CDU braucht keine

2 Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.

3 Hermann Scheer: Parteien contra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie. München 1979.

4 Zit. nach Günter Buchstab: Politik an Werten orientieren. Zur Geschichte der CDU-Grundsatzprogramme, in: Die Politische Meinung Nr. 437 (April 2006), S. 14–18, hier 14.

5 Ebd., S. 14f.

Ideologie. Auf solchen Holzwegen kann sie die Sozialdemokraten mit ihren Jusos getrost alleine lassen.“⁶

Die Skepsis vor zu viel theoretischer Programmeuphorie war bis in die 1970er Jahre hinein in der Union deutlich spürbar. Man bevorzugte Aktionsprogramme anstatt umfangreicher ideologischer Ideengebäude. Noch 1965 erklärt die CDU fast trotzig auf ihrem Parteitag: „Die CDU hält nichts von billigen Versprechungen. Sie bleibt solide. Sie wird weiter ihre Pflicht tun und das deutsche Volk mit Gottes Hilfe in eine gute Zukunft führen.“⁷

Und doch trat neben diese Zurückhaltung auch zunehmend das Gefühl, den eigenen Kompass neu ausrichten und der CDU-Politik einen deutlich stärkeren normativen Überbau geben zu müssen. Die überkommenen Erklärungs- und Strategiemuster verfielen nicht mehr. Die alten Milieus, insbesondere das katholische als wichtigste Mobilisierungsbasis der CDU in ihrer Frühphase, erodierten – auch wenn sie sich in den 1970er Jahren vorübergehend wieder leicht verfestigten.

„Da ihre Politik“, so der Politikwissenschaftler Udo Zolleis, „nun nicht mehr automatisch katholisch oder auch christlich war, war sie auch für diese Bevölkerungsteile nicht mehr zwangsläufig ‚normativ-gut‘. Aus diesem Grund wurde von der Partei nicht mehr allein strategisches Handeln in den vorgegebenen Bahnen eines starken Wertefundamentes erwartet, sondern zunehmend auch eigene sinnstiftende Impulse gefordert. Dies war für christdemokratische Parteien neu.“⁸

Es sei zunächst vor allem Erhard gewesen, der, so Günter Buchstab, „versuchte, der Gemengelage von Aufbruch-, Umbruch- und Krisenbewusstsein, das durch eine Beschleunigung des sozialen Wandels, eine Abkehr von traditionellen Leitbildern und eine Ausprägung pluraler Lebensstile genährt wurde, durch seine ordnungspolitische Vision der ‚Formierten Gesellschaft‘ Herr zu werden“. Diese „Formierte Gesellschaft“ mutet heute geradezu aktuell an und spiegelt das wieder, was sich inzwischen in dem Wort „Bürgergesellschaft“ kristallisiert.⁹ Der Erfinder des Konzeptes, Rüdiger Altmann, war angesichts des Wucherns organisierter Interessen überzeugt, „dass sich arbeitsteilige Wirtschaftsprozesse nur dann reibungslos vollzögen“, wenn jede Entscheidung in der Wirtschaft vom Bewusstsein „der schicksalhaften Verbundenheit aller mit allen“ getragen werde.“¹⁰ Auch wenn Erhard selbst dies mehr als Mahnung für

6 Günther Gillissen: Eine liberalere Partei, in: FAZ vom 11. Januar 1973.

7 Düsseldorfer Erklärung des 13. Parteitages der CDU (28.–31. März 1965). Niederschrift, S. 726. http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1965-03-28-31_Protokoll_13.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf (Abruf 15. März 2018).

8 Udo Zolleis: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008, S. 142.

9 Buchstab: Politik, S. 14.

10 Die formierte Gesellschaft, in: Rüdiger Altmann: Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays. Stuttgart 1968, S. 27.

mehr Gemeinsinn und nicht als politisches Konzept für eine „moralisch aufzurüstende“ Gesellschaft betrachtet hat, wurden diese Ideen dennoch auf dem Bundesparteitag der CDU 1965 in Düsseldorf der Partei als grundsätzliche Positionierung präsentiert. Allerdings: So weitblickend die Ideen gewesen sein mögen, sie blieben ohne Hinweise zur politischen Praxis und ohne genaue Einbettung in das konzeptionelle Denken der Partei eine politische Kopfgeburt und scheiterten zunächst.

Bruno Heck, der nur kurze Zeit später, nämlich 1966, zunächst geschäftsführendes Präsidialmitglied und dann 1967 zum ersten Generalsekretär der CDU bestimmt wurde, kam die Aufgabe zu, solche Ideengebäude vom Kopf wieder auf die Beine zu stellen. Dabei war Heck bekanntlich alles andere als ein Parteineuling und alles andere als ein Ideologe. Im Gegenteil: Als oberster Parteimanager, als Bundesgeschäftsführer, hatte er einen erheblichen Anteil an der Professionalisierung der Parteiarbeit gehabt. Der Wahlerfolg 1957 war neben der Leistung und dem Nimbus Adenauers nicht zuletzt auch seinem Engagement und seinen damals hochmodernen Methoden mit zu verdanken. So mag es kaum verwundern, dass es für Bruno Heck bei der Weiterentwicklung der inhaltlichen Basis der CDU immer um Kontinuität und um einen vorsichtigen Neuanfang zugleich ging.¹¹ Er stand dabei auch unter dem Eindruck des Regierungswechsels und der Großen Koalition 1966. Nun war es nicht mehr möglich, christlich-demokratische Regierungspolitik primär durch die Abgrenzung von der Sozialdemokratie zu begründen. Kompromisse mussten dem Wahlvolk verkauft werden. Deshalb kam es entscheidend darauf an, in der gemeinsamen Regierung das eigene Profil als Partei zu schärfen. Vor allem in den Kernkompetenzen der Union, der Wirtschafts- und Außenpolitik – beides Ministerien, die fortan von SPD-Politikern geführt wurden.

Unter dem Vorsitz von Kurt Georg Kiesinger, der hier durchaus die Zeichen der Zeit erkannte, war Bruno Heck mit beteiligt an einem Meilenstein für die Neuorientierung der Partei. Nicht erst 1978, sondern bereits zehn Jahre zuvor, 1968, probierte die CDU neue Formen der Beteiligung aus bei der Erarbeitung des „Berliner Programms“. Unter starker Partizipation der Partei, die sich ein halbes Jahr lang in mehr als 10.000 Versammlungen auf Orts-, Kreis- und Landesebene und in weit mehr als 30.000 Stellungnahmen sowie in 400 Änderungsanträgen und vier Tagen Beratung äußerte, erwuchs der CDU neue programmatische Gestaltungskraft.

11 Zu Heck siehe Jürgen Aretz: Bruno Heck (1917–1989), in: Ders./Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8. Mainz 1997, S. 213–231; Jörg-Dieter Gauger/Markus Lingen: Bruno Heck <http://www.kas.de/wfi/de/37.8142/> (Abruf 15. März 2018).

Das galt nicht primär inhaltlich. Enttäuschte Betrachter sprachen von „verspäteten Antworten auf die Fragen der auslaufenden Sechziger“.¹² In der Tat ließ das Programm von 1968 eindeutige Richtungen und zukunftsweisende Rezepte nach wie vor vermissen. Das eigentlich Neue, die eigentliche Zäsur im programmatischen Handeln der CDU war die Methodik der Beteiligung der Mitglieder. Hans-Otto Kleinmann konstatiert: „Die innerparteiliche Diskussion des (...) Programmwurfes war ein Stück praktizierter Demokratie, wie es in der deutschen Parteiengeschichte noch keines gegeben hatte.“¹³ Der Weg schien beinahe wichtiger als das Ziel.

III.

Es war das Verdienst von Bruno Heck, aber nicht zuletzt auch des jungen Reformers Helmut Kohl, dass gleichsam die Türen und Fenster aufgestoßen wurden, hin zu einer veränderten Gesprächs- und Debattenkultur. Hecks Bundesgeschäftsführer und Nachfolger als Generalsekretär, Konrad Kraske, brachte das Gebot der Stunde auf den Punkt: „Wir müssen davon ausgehen – nach der bisherigen 23jährigen CDU-Geschichte – dass wir alles zu tun haben, um die Diskussion zu beleben und nicht, um sie zu drosseln.“¹⁴ Hier zeigen sich durchaus Parallelen zu der aktuellen parteiinternen Diskussion.

Die Haltung Kraskes war zumindest zu diesem Zeitpunkt voll und ganz im Sinne von Helmut Kohl, der diesen Wandel im Selbstverständnis der Partei, weg von den Aktionsprogrammen, hin zu grundsätzlichen Programmkonzeptionen, weg von den Hinterzimmern, hin zu öffentlichen Foren, von Anfang an mit vorbereitet hatte. Er tat das schon erfolgreich in seinen Zeiten als CDU-Fraktionsvorsitzender im rheinland-pfälzischen Landtag und als sehr aktives Mitglied des Arbeitskreises „Grundsatzfragen – Fragen der Parteiarbeit“.

Er war es, der von Konrad Adenauer, gemeinsam mit dem rheinischen JU-Chef Alo Hauser, verlangt hatte, dass auf allen Ebenen der Partei eine intensive Diskussion stattfinden müsse. Die Parteiführung solle Vorlagen und Anträge zu zentralen politischen Themen erarbeiten, über die der Bundesparteitag dann verbindlich zu beschließen habe, wobei ausdrücklich zwischen grundsatz- und aktionsprogrammatischen Aussagen unterschieden werden müsse. Die Partei, so die knorrige Auskunft des Patriarchen Adenauer, sei aber bereits auf allen Ebe-

12 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 269.

13 Ebd.

14 So Kraske in der Sitzung des Bundesvorstands der CDU am 21. Juni 1968. Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969. Bearb. von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005, S. 946.

nen belastet genug und für die Auseinandersetzung mit den bundespolitischen Fragen fehle auf der kommunalen Ebene Zeit und Interesse.¹⁵

Dahinter stand letztlich auch eine andere politische Kultur: Zu den Zeiten Adenauers war aus guten Gründen das Konsensmodell entscheidend gewesen, das gleichsam Geschlossenheit hinter den Regierenden und den Honoratioren einforderte. Kohls junge Garde setzte dagegen auf das Konkurrenzprinzip, auf einen innerparteilichen Wettbewerb konkurrierender Gruppen, die damit aber auch eine größere Breite abdecken und einen breiteren Rückhalt in der Bevölkerung erzeugten.

Die programmatische Stunde des Pfälzers sollte schon wenige Jahre später schlagen. Auf dem Mainzer Parteitag 1969 trat Helmut Kohl erstmals öffentlich deutlich und führend auf die programmatische Bühne, die er bis zum Ende seiner Amtszeit als Parteivorsitzender nicht mehr verlassen sollte: Unter Leitung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten setzte der Parteitag eine Kommission ein, die das Berliner Programm fortsetzen und damit auf die Arbeit von Kurt Georg Kiesinger und Bruno Heck aufbauen sollte, mit dem Ziel, das Berliner Programm „an die veränderten Tatsachen und den neuen Stand der Meinungsbildung in der Partei anzupassen“.¹⁶ Mit „veränderten Tatsachen“ war der Verlust der Regierungsmacht gemeint, die im programmatischen Sinne freilich eine befreiende Wirkung hatte. Rücksicht auf den Koalitionspartner oder auf die Regierenden war nun nicht mehr erforderlich.

Schon im Januar 1970 trat die vom Mainzer Parteitag beschlossene Reformkommission zusammen. Nach fast 50 Sitzungen der etwa 90 Mitglieder lag im November 1970 ein neuer Entwurf zur Abstimmung in den Gremien vor. Ein Entwurf, der entgegen der ursprünglichen Absicht des Parteivorstandes nicht nur eine Weiterentwicklung, sondern in wesentlichen Teilen eine Neuformulierung darstellte, auch wenn einige Ambitionen Kohls durch den Parteivorstand wieder deutlich zurechtgestutzt wurden.¹⁷ Auf einem Reformparteitag in Düsseldorf im Januar 1971 berieten die 675 Delegierten mehr als 940 Anträge. An den ersten Aufbruch 1968 wurde nahtlos angeknüpft. Die Rheinische Post jubelte Helmut Kohl mit den Worten zu: „Die innerparteiliche Demokratie blüht auf.“¹⁸ Die Partei präsentiere sich glaubhaft als weitgespannte Union der Mitte.

Die ursprüngliche Angst, dass die CDU in der Opposition ihren Zusammenhalt verlöre, war weitgehend verfliegen. Das Programm stelle, so Kiesinger, das „Gesamtbild unseres politischen Wollens“ nach außen mit „integrierender Kraft“ nach Innen dar. Tatsächlich enthielt das Programm einige Neuerungen. Kaum

15 Schönbohm: *Moderne Volkspartei*, S. 73 f.

16 Protokolle des 17. Bundesparteitages in Mainz (17./18. November 1969) http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1969-11-17-18_Protokoll_17.Bundesparteitag_Mainz.pdf (Abruf 17. März 2018).

17 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Philip Rosin in diesem Band.

18 Zit. nach Kleinmann: *Geschichte der CDU*, S. 312.

jemals zuvor in programmatischen Äußerungen der Union ist das C in seiner fundamentalen Bedeutung so ausbuchstabiert worden. Gerade im bildungspolitischen Bereich waren neue Impulse zu verspüren.¹⁹

IV.

Und doch war der „große Wurf“ ausgeblieben und der Mut, dieses Programm als „Grundsatzprogramm“ zu titulieren, fehlte noch immer. Das passt zu der Tatsache, dass die Programmkommission als Auftrag ursprünglich ausdrücklich eine Fortschreibung des Berliner Programms zu leisten hatte und keine Neufassung. Hier war sie wieder, die „Godesberg-Angst“. Den sichtbaren Schwenk, den die SPD mit ihrem Programm vollzogen hatte, wollte man auch aus anderen Gründen nicht riskieren: Die Unionsführungen, zunächst um Kiesinger und dann um Barzel und schließlich auch um Helmut Kohl, standen in den späten 1960er und den frühen 1970er Jahren durchaus vor einem nicht geringen Dilemma: Sie mussten Veränderungs- und Reformbereitschaft zeigen. Eine zu große Distanz jedoch zu den Errungenschaften der frühen Jahre, zur Politik Adenauers und Erhards hätte insbesondere die ältere Generation in der Union, aber auch in der Wählerschaft irritiert und damit die Glaubwürdigkeit der Union gefährdet.

Das erklärt, warum trotz der vielversprechenden Anfänge der programmatische Ehrgeiz der Union zunächst gebremst blieb. Zur entscheidenden Zäsur allerdings wurde die Übernahme des Parteivorsitzes durch Helmut Kohl, der sicher war, dass der Weg zurück in die Regierung nur über eine inhaltliche Neubestimmung führen würde. Frank Bösch schreibt zu Recht: „Erst 1973, unter Helmut Kohls Parteivorsitz, wurden die Spielräume für programmatische Neupositionierungen größer.“²⁰ Er galt als liberaler Geist, als potentieller Reformier, der dazu in der Lage war, den sich vollziehenden Wertewandel in eine inhaltliche und strukturelle Neuformierung der Partei einzugießen.

Er tat das als intimer Kenner der Partei und ihrer Mechanismen. Helmut Kohl hat es vermocht, den konservativen Flügel der Partei, der insbesondere bei den sozialpolitischen Entscheidungen dominierte und Neuerungen verhinderte oder abschwächte, in eine neue Balance zu den Reformkräften der Partei zu bringen. Mit dem klaren Ziel, wieder regierungsfähig zu werden, indem die Wählerschaft verbreitert und Brücken zu potentiellen Bündnispartnern, in diesem Fall zur FDP, geschlagen werden.

19 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf (25.–27. Januar 1971), Niederschrift. http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18_Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf, die Zitate S. 532 (Abruf 17. März 2018).

20 Frank Bösch: Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309, hier 302.

Kohl sei der erste Vorsitzende der CDU gewesen, so Wulf Schönbohm, „der die eigenständige Rolle und Bedeutung der Partei und von Parteiämtern erkannte und sich entsprechend engagierte“.²¹

Helmut Kohl war – neben anderen – geradezu der Prototyp für eine andere Form der Mitgliedschaft in der CDU. Die erste Garde des Führungspersonals in der Frühzeit der CDU waren die Honoratioren, die aus den Vorfeldorganisationen stammten und die vergleichsweise wenig Interesse an der Partei an sich hatten. Helmut Kohl durchlief anders als diese Akteure geradezu beispielhaft das, was man „Ochsentour“ nennt, die verschiedenen Ebenen der Partei: Mitbegründer der Jungen Union in Ludwigshafen, Kreisvorsitzender, jüngster Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender, dann Bundesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter. Das erklärt, warum Helmut Kohl viel deutlicher auf eine programmatische Diskussion auf allen Ebenen der Partei setzte.

Aber auch vom Karriereverlauf Kohls an sich profitierte die Partei: Zur Zeit des Abtretens von Barzel war Helmut Kohl kein Mitglied des Deutschen Bundestages, sondern Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Er konnte Barzel nicht einfach in das Amt des Fraktionsvorsitzenden folgen und musste dann folgerichtig schon aus instrumentellen Gründen als neuer Vorsitzender der Bundespartei darauf setzen, eine eigene Hausmacht auf der Bundesebene aufzubauen. Das gelang nur, indem er alles daran setzte, die Eigenständigkeit und die Einflusskraft der Parteizentrale gegenüber der Bundestagsfraktion zu stärken, was er mit zunehmender Effizienz tat.

Die Wirkung dieses Reformkatalysators der institutionellen Machtsicherung ist überhaupt nicht zu unterschätzen und steht gleichwertig neben der inhaltlichen Machtsicherung. War es doch die Parteizentrale, die sich auch beim Diskussionsprozess um eine neue programmatische Ausrichtung in den 1970er Jahren als absolut unentbehrliches organisatorisches, personelles und konzeptionelles Rückgrat erwies – freilich im Wechselspiel mit der Bundestagsfraktion.

Helmut Kohl gelang es, auch das ist seine große Leistung, zugleich auf dieses Rückgrat die notwendigen Hirne zu setzen. Mit Kurt Biedenkopf, Richard von Weizsäcker und Heiner Geißler förderte er ganz bewusst intellektuelle Schwergewichte, die es mit großem Geschick verstanden, den neuen Umgang der Union mit offenen Debatten, mit den Medien, mit den sozialen Gruppierungen zu verkörpern. Er nahm mit diesen eigenständigen Persönlichkeiten freilich auch das Risiko in Kauf, dass einer dieser Exponenten seine Macht anfechten und ihn herausfordern könnte.

Und doch vermochten es gerade diese Köpfe – mit der ausdrücklichen Unterstützung Helmut Kohls – einen programmatisch neuen Akzent zu setzen, der Fragen aufgriff, die immer deutlicher auch die Lebenswelt der Wählerinnen und Wähler betrafen. Das von Heiner Geißler und von Kurt Biedenkopf geprägte

21 Schönbohm: *Moderne Volkspartei*, S. 127.

Konzept der „Neuen Sozialen Frage“ war in der Interpretation von Frank Bösch ein „Geniestreich“, vor allem weil es auf eine äußerst emotionale Weise die sozialpolitische Kompetenz der Sozialdemokraten demontiert und somit die SPD auf ihrem ureigensten Feld geschlagen habe.²²

Das ist ebenso zutreffend wie unvollständig: Denn diese Positionierung war nicht einfach ein simpler Ruck nach links, keine Kopie der Sozialdemokratie, eher der Versuch, alle programmatischen Wurzeln der CDU zu einem schlüssigen Konzept zusammenzufügen: Anknüpfend an das Wertefundament der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik und damit an Ansätze, die schon in der Adenauer-Ära beispielsweise in der Rentenpolitik eine Rolle in der praktischen Politik gespielt hatten – Subsidiarität und Personalität als Kern christlich-demokratischer Auffassungen. Ein Konzept auch für jene, die bislang nicht von großen Organisationen vertreten wurden: die wirklich Schwachen, alte Menschen, alleinerziehende Mütter etc.

Auch wenn das Projekt trotz seiner Verankerung in der Mannheimer Erklärung letztlich im Programmprozess den Argwohn des konservativen Wirtschaftsflügels hervorrief und sich im Programm selbst nicht voll durchsetzen konnte, so war dies doch auch für das Denken Helmut Kohls eine wichtige Vorlage und für die Rückkehr in die Regierung von nicht gering zu schätzender Bedeutung.

Trotz solcher innovativen Grundansätze hielt die Angst vor der eigenen programmatischen Courage auch weiterhin an. Dies war auch daran sichtbar, dass die Einrichtung der Grundsatzkommission unter Richard von Weizsäcker zunächst noch längst nicht auf die Erstellung eines Grundsatzprogrammes ausgerichtet war. Meinhard Ade, der Sekretär dieser Kommission, konstatierte später ein klares Missverständnis. Die Mitglieder der CDU, denen der noch fehlende Auftrag zur Erarbeitung eines Programmentwurfs unbekannt war, hätten längst eine andere Erwartung gehabt.²³ Es war nicht zuletzt die Junge Union, die mit ihrem eigenen 1973 entstandenen Grundsatzprogramm vorangegangen war und nun besonders vehement eine Programmdiskussion einforderte.

Dieser Schritt beeinflusste durchaus auch die Grundsatzkommission, die von März 1974 an zwei Jahre lang an einem Programmentwurf arbeitete, nunmehr seit 1973 mit dem klaren Ziel eines Grundsatzprogramms. Im Verlaufe des Prozesses erfüllte die Kommission auch die Forderung Helmut Kohls, die dieser auf dem Hamburger Parteitag 1973 ausdrücklich erhoben hatte, nämlich der Hinzuziehung von Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Gruppierungen bei der Formulierung der Entwürfe zu den verschiedenen Themenbereichen.

22 Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart/München 2002, S. 35.

23 Meinhard Ade: *Dokument geistiger Erneuerung*, in: Heiner Geißler (Hg.): *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*. Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 9–20, hier 9.

Mit der Umsetzung dieser Vorgabe wurde deutlich, wie sehr die Union unter Helmut Kohl nicht nur die Diskussion über ihre Ziele nach innen führen, sondern auch den Anspruch erheben wollte, den gesellschaftlichen Diskurs zu berücksichtigen und ihrerseits mitzuprägen. Dementsprechend wurde im September 1976 ein erster Entwurf des Programms im Berliner Grundsatzforum im Beisein von rund 600 Wissenschaftlern, Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und Parteimitgliedern intensiv diskutiert. Ein „rundum gelungenes Experiment“, wie Helmut Kohl später stolz betonte.²⁴

Der gleiche kluge Ansatz der breiten Diskussion aber auch des Ausgleichs von Sachfragen wurde dann in Ludwigshafen selbst verfolgt. Der Parteitag verlief trotz der 3.000 Änderungsanträge und trotz Kontroversen erstaunlich harmonisch. Dazu trug ein Verfahrenstrick bei. Die Anträge der Antragskommission, wurden jeweils als die weitergehenden betrachtet und dann zuerst abgestimmt. Kampfabstimmungen, zum Beispiel in so schwierigen Bereichen wie den lebensethischen – das Thema Schwangerschaftsabbruch etwa – oder wirtschaftspolitischen Fragen wurden damit zur Ausnahme.

Helmut Kohl wusste aber auch nur zu gut – Franz Josef Strauß im Nacken und die Flügel auf wirtschaftsliberaler und christlich-sozialer Seite hörbar schlagend –, was für die Partei und für ihn selbst 1978 auf dem Spiel stand. Nach der Hessenwahl im Oktober 1978, nur knappe drei Wochen vor dem Beginn des Parteitages, bei der deutlich wurde, wie dauerhaft die FDP nunmehr ihre politische Arbeit und Zukunft an das Bündnis mit der SPD knüpfte, schien, so sahen es manche, die „Schicksalsstunde für Helmut Kohl“ angebrochen.²⁵

Sein parteiinterner Rivale Kurt Biedenkopf setzte spätestens seit dem Rückzug vom Amt des Generalsekretärs im Januar 1977 zunehmend auf den offenen Machtkampf, der dann, kurz nach Verabschiedung des Programms, Ende 1978 Anfang 1979 in einen ersten „Putschversuch“ mit seinem Memorandum über die Mehrheitsfähigkeit von CDU und CSU und explizit die Führungsfähigkeit des Fraktions- und Parteivorsitzenden mündete. In dieser sich abzeichnenden Gemengelage durfte das ambitionierte Vorhaben einer weitreichenden Grundsatzzpositionierung der Partei nicht schief gehen.

Sein Plädoyer für Geschlossenheit auf dem Parteitag zeigt nicht nur die Kohl eigene Mischung von gelegentlicher politischer Dünnhäutigkeit aber eben auch unbeugsamer Durchsetzungskraft, es zeigt auch, dass der Erfolg des Projektes trotz des eindrucksvollen Prozesses in den schwierigen Jahren vor dem Partei-

24 Die innerparteilichen Diskussionen und Kontroversen jener Jahre und die Auseinandersetzungen mit der Schwesterpartei CSU fanden ihren Niederschlag unter anderem in den Debatten des CDU-Bundesvorstands. Vgl. Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980. Bearb. von Günter Buchstab. 2 Halbbände (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68). Düsseldorf 2018.

25 So sah es zum Beispiel die Zeitschrift „Christ und Welt“, zit. nach Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 421.

tag alles andere als gesichert war und Kraft gekostet hatte: „Es ist höchste Zeit“, so beschwört der Parteivorsitzende seine Partei, „dass wir uns an zwei elementare Gesetze des Erfolges erinnern – und danach handeln: (...) Diskussion, auch kritische und kontroverse Diskussion, nach innen, in der Partei muss sein, aber Geschlossenheit des Handelns, Solidarität in der Sache, nach außen, in der Öffentlichkeit, sind ebenso unverzichtbar.“ Helmut Kohl wird noch wesentlich deutlicher und schreibt seinen parteiinternen Kritikern ins Stammbuch: „Wer sich auf Kosten der Partei profilieren will, (...) der katapultiert sich selbst aus unserer Gesellschaft heraus. Wir haben schon zu viele Beispiele von Illoyalität erlebt. Illoyalität ist kein Kavaliersdelikt, sondern Sabotage an unserem Erfolg. Karl Arnold hat es uns ins Stammbuch geschrieben: Die CDU ist durch nichts und niemand umzubringen – es sei denn durch sich selbst.“²⁶

Die CDU hat sich damals nicht umgebracht und sie hat es bis heute nicht getan. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es ihrem Führungspersonal immer wieder gelungen ist, jene von Kohl geforderte Geschlossenheit einzufordern und zu erringen.

Allerdings konnte Kohl die Früchte dieser Geschlossenheit erst mit Zeitverzögerung einfahren. Kurze Zeit nach dem programmatischen Hochamt verschwand das Programm hinter dem Vorhang der politischen Notwendigkeiten. Schuld daran war unter anderem der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Franz-Josef Strauß, der sich 1979 gegen den von Helmut Kohl favorisierten Ernst Albrecht durchsetzen konnte.

Strauß hatte nie einen Zweifel daran gelassen, dass er von der Programmarbeit der Schwesterpartei und dem Geist von Ludwigshafen rein gar nichts hielt. Erst das Scheitern des bayerischen Matadors bei der Bundestagswahl 1980 ermöglichte Helmut Kohl, seinen programmatischen Reformkurs fortzusetzen und Ludwigshafen zu dem zu machen, was es trotz aller inzwischen stattgefundenen Programmdiskussionen bis heute ist: Ein Leitstern des politischen Handelns der CDU, auf den sich alle folgenden Programme ausgerichtet haben.

V.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

Erstens: Der Programm-Erfolg von 1978 ist ohne die Vorläufe in den 1960ern und den eher behutsamen Übergang von der Pragmatik zur Programmatik undenkbar. Das gilt auch für das allmähliche Einüben von innerparteilichen

26 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen (23.–25. Oktober 1978), Niederschrift http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1978-10-23-25_Protokoll_26.Bundesparteitag_Ludwigshafen.pdf, die Zitate aus der Eröffnungsrede Kohls S. 25 (Abruf 19. März 2018).

Debattenprozessen bis in die 1970er Jahre. Deshalb ist die These von der zweiten Geburt der CDU mit dem 1978er Programm schwer haltbar.

Zweitens: Die Programm-Kommission von 1978 mag nach außen mit dem Namen ihres Vorsitzenden Richard von Weizsäcker verbunden sein. Weil aber mit der Reform der Programmatik auch eine weitere Professionalisierung und Stärkung der Partei verbunden war, ist die Rolle von Helmut Kohl spätestens ab 1973 ganz entscheidend. Das Ludwigshafener Programm ist sein Programm. Der Prozess zum Programm ist sein Prozess.

„Entscheidend ist, was hinten raus kommt“, so lautet das vielleicht berühmteste Zitat Helmut Kohls. Mit Blick auf die Entstehung des Ludwigshafener Programms trifft dies allerdings nicht ausschließlich zu: Was hinten rausgekommen ist, ist gut, aber auch der Weg war in gewisser Weise das Ziel und es war, wie sich rückblickend feststellen lässt, ein Weg mit nachhaltiger Wirkung bis in die Gegenwart.

Abschied von der „Adenauer-CDU“. Innerparteiliche Veränderungen in Regierungs- und Oppositionszeit 1967–1971*

Philip Rosin

„Man merkt, wie überall die Risse bis auf den Grund gehen und wie das ganze Haus der CDU wankt, bis an den Grund, wenn dieser Mann geht.“¹

Diese Worte notierte am 15. Februar 1966 Monsignore Paul Adenauer in sein Tagebuch zum bevorstehenden Rückzug seines Vaters vom CDU-Parteivor-sitz. In der Tat bildeten die Jahre 1966/67 gleich in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt in der Geschichte der CDU: Bundeskanzler Ludwig Erhard wurde auf dem 14. Bundesparteitag in Bonn am 23. März 1966 zum neuen Parteivor-sitzenden gewählt. Mit 80 Gegenstimmen und 50 Enthaltungen² war das Ergeb-nis „alles andere als berauschend“³ und ein sichtbares Zeichen dafür, dass trotz des Erfolgs bei der Bundestagswahl 1965 der innerparteiliche Dauerkonflikt zwischen den Anhängern Adenauers und Erhards nicht überwunden war. Ähn-lich wie bereits beim „Kampf ums Kanzleramt“⁴ hatte Adenauer zuvor erfolg-los nach Möglichkeiten gesucht, ihn als seinen Nachfolger an der Parteispitze zu verhindern.⁵ Eng mit dieser personellen Machtfrage verbunden war zudem die „Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse“ innerhalb der Unionsparteien hin-sichtlich einer stärkeren außenpolitischen Anlehnung an Washington oder Paris beziehungsweise der Frage, auf welchen der beiden Partner sicherheitspolitisch eher Verlass sei. Während Adenauer auf Seiten der „Gaullisten“ verortet war, waren Erhard und Außenminister Gerhard Schröder die Hauptprotagonisten der „Atlantiker“. Nicht zufällig verlor der Konflikt just zu dem Zeitpunkt an Brisanz, als Ende 1966 auch der Machtkampf Adenauer – Erhard endete und Gerhard Schröder das Auswärtige Amt verließ.⁶

Einen innerparteilichen Schock löste das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli 1966 aus, bei der die CDU mit 42,8 Prozent

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7. März 2018 im Centro Hotel Bristol in Bonn.

1 Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Konrad Adenauer – Der Vater, die Macht und das Erbe. Das Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer 1961–1966. Paderborn 2017, S. 453.

2 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 252.

3 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 194.

4 Vgl. allgemein Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stutt-gart 1987.

5 Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 914–920.

6 Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. München 2008, S. 527 f.

deutlich hinter die SPD mit 49,5 Prozent zurückfiel,⁷ was den ersten Schritt hin zum Machtverlust an Rhein und Ruhr im Dezember 1966 bedeutete. Die Niederlage wurde weniger dem im Lande beliebten Ministerpräsidenten Franz Meyers als vielmehr dem auch in der Wirtschaftspolitik zunehmend glücklos agierenden Bundeskanzler angekreidet⁸: Die „Wahlkampflokomotive“ Erhard zog nicht mehr. Die in dieser Situation hinzukommende Regierungskrise in der Bonner christlich-liberalen Koalition hinsichtlich der Frage möglicher Steuerhöhungen⁹ beschleunigte seinen Machtverfall zusätzlich und läutete die letzte Stufe der „Demontage des ‚Volkskanzlers‘“¹⁰ ein. Nach dem Rücktritt Erhards vom Amt des Bundeskanzlers setzte sich in einer Kampfabstimmung in der Unionsfraktion der bisherige baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger gegen Gerhard Schröder und Rainer Barzel durch.¹¹ Am 1. Dezember 1966 wurde er im Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler einer neugebildeten Großen Koalition gewählt.

Das Ableben Konrad Adenauers am 19. April 1967 bedeutete nicht nur für die junge Bundesrepublik das Ende einer Ära, sondern auch für die Partei, der er bis ein Jahr vor seinem Tod vorgestanden und die er geprägt hatte. Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend dargestellt, wie sich innerparteilich der Abschied von der Adenauer-CDU¹² vollzog und welche Entwicklung die Partei an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren, gerade auch mit Blick auf die „schmerzliche Niederlage“¹³ mit dem Machtverlust vom Herbst 1969, nahm. Den zeitlichen Rahmen bilden die Jahre 1967 bis 1971, in denen Kurt Georg Kiesinger als Parteivorsitzender und Bruno Heck als Generalsekretär amtierten. Im Zentrum steht die Frage nach Kontinuität und Wandel in einer Übergangszeit zwischen der Adenauer-CDU bis 1966 und der Kohl-CDU ab 1973. Besondere Aufmerksamkeit findet die Rolle Helmut Kohls als junger Parteipolitiker auf Bundesebene, dessen innerparteilicher Aufstieg sich in jenen Jahren vollzog, wenn auch nicht ohne Rückschläge, wie unter anderem die Nichtwahl zum Parteivorsitzenden 1971 zeigt. Als Quellen dienen insbesondere die edierten Protokolle des CDU-Bundesvorstands und der CDU/CSU-Bundestags-

7 Franz Meyers: *gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens*. Düsseldorf 1982, S. 538.

8 Stefan Marx: *Franz Meyers 1908–2002. Eine politische Biographie* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 65). Essen 2003, S. 401 f.

9 Klaus Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Stuttgart 1984, S. 220 f.

10 Kleinmann: *Geschichte der CDU*, S. 250.

11 Philipp Gassert: *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*. München 2006, S. 494.

12 Frank Bösch, der diesen Begriff prägte, vertritt die These, „dass Adenauer als informeller Parteiführer die CDU-Entwicklung maßgeblich prägte“. Frank Bösch: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*. Stuttgart/München 2001, S. 9 f.

13 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 262.

fraktion¹⁴ sowie die Protokolle und Erklärungen des CDU-Präsidiums im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACPD) in Sankt Augustin.

Die Einführung des Generalsekretärs-Postens

Auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig wurde Kurt Georg Kiesinger am 23. Mai 1967 mit 94 Prozent der Stimmen zum neuen CDU-Vorsitzenden gewählt. Eine Selbstverständlichkeit war die Einheit zwischen Kanzleramt und Parteivorsitz nicht. Gerade auf Länderebene gab es Stimmen für eine Ämtertrennung. Wie Kiesinger am 5. Januar 1967 im CDU-Präsidium erklärte, bestehe er keinesfalls auf einer Personalunion. Auf Nachfrage erklärte er offen, „Herr (Hermann) Dufhues sei sein Kandidat“¹⁵ für den Parteivorsitz. In den folgenden Wochen gingen die Überlegungen aber deutlich in Richtung Kiesinger. Anfang März 1967 erklärte Dufhues verärgert im CDU-Präsidium, er sei zunächst bedrängt worden, sich zur Verfügung zu stellen, erfahre nun aber von denselben Personen keine Unterstützung mehr. Diese Situation sei für ihn „unzumutbar“¹⁶, daher stehe er als Kandidat für den Vorsitz nicht mehr zur Verfügung.

An Kiesingers Seite an der Parteispitze trat sein schwäbischer Landsmann Bruno Heck, vormaliger Bundesgeschäftsführer der CDU, der seit 1962 Bundesfamilienminister war. Die vom Hauptstadt-Journalisten Walter Henkels pointiert wiedergegebenen anfänglichen Vorbehalte in Bonner Polit-Kreisen, den Kultur- und Medienpolitiker Heck legitimierten „(n)ur seine sechs Kinder“¹⁷ für das neue Ministeramt, hatte dieser bald zerstreuen können. Von 1968 bis 1989 war er zudem Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.¹⁸ Heck übernahm das neugeschaffene Amt eines Generalsekretärs der Partei, bis Oktober 1968 noch in Personalunion mit dem Ministeramt.

- 14 Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969. Bearb. von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005; Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009; Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. 2 Bde. Bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien). Düsseldorf 2011; Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1969–1972. 2 Bde. Bearb. von Kathrin Zehender (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien). Düsseldorf 2016.
- 15 CDU-Präsidium, Protokoll der Sitzung vom 5. Januar 1967, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 07-001-1401.
- 16 Protokoll der Sitzung des CDU-Präsidiums vom 3. März 1967, ebd.
- 17 Walter Henkels: 111 Bonner Köpfe. Düsseldorf 1966, S. 139.
- 18 Jürgen Aretz: Bruno Heck (1917–1989), in: Ders./Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 8. Mainz 1997, S. 213–231, 228–230.

Gegen die Einführung des Postens eines Generalsekretärs, der anders als der Bundesgeschäftsführer auch eine politische Führungsrolle spielen sollte, gab es ursprünglich starke Widerstände aus den Landesverbänden. Noch im Vorfeld des Bonner Parteitags 1966 hatte dieses Anliegen keine Chance auf Verwirklichung gehabt. Zum einen fürchteten die Landesverbände eine zu starke Zentralisierung und damit einhergehend eine Beschneidung ihres Einflusses, zum anderen ging es um die Austarierung der Macht an der Spitze der Bundespartei selbst. Der getroffene Kompromiss, wonach Erhard Vorsitzender und Barzel Erster Stellvertreter werden sollte, drohte bei Einbeziehung eines weiteren Machtfaktors wieder aus der Balance zu geraten. Als ablehnende Stimme sei exemplarisch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Helmut Lemke zitiert, der am 14. März 1966 im Bundesvorstand ausgeführt hatte: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß es im Sinne des Vorsitzenden und eines 1. Stellvertreters ist, nun eine dritte Person einzuführen, die tatsächlich die Partei führt. Wir wollen klare Verantwortungen haben. (...) Ich halte es für schlecht, daneben noch einen dritten Mann einzusetzen.“¹⁹

Auf dem Bonner Parteitag vom März 1966 wurde in der Folge nur der Posten eines „Geschäftsführenden Präsidialmitglieds“ geschaffen und mit Heck besetzt. Zu Recht hatte Adenauer im Vorfeld darauf hingewiesen, dass das im Vergleich zu der bis dahin von Hermann Dufhues wahrgenommenen, einflussreichen Funktion des „Geschäftsführenden Vorsitzenden“ eher einen Rückschritt darstellte, denn, so Adenauer, Dufhues hatte „eine viel stärkere autoritative Stellung, als sie jetzt der Herr bekommt, der ins Präsidium gewählt und dem der Geschäftsführer hinzugesetzt wird“.²⁰

Unter den neuen Bedingungen der geteilten Macht in der Großen Koalition ab Dezember 1966 und der Kurzlebigkeit der „Doppelspitze“ Erhard/Barzel kam es zu einer Neubewertung. Über eine Stärkung der Bundespartei durch Schaffung eines „Generalsekretärs“ bestand im Frühjahr 1967 weitgehender Konsens.²¹ Auf dem Braunschweiger Parteitag vom Mai 1967 wurde nicht nur wie erwähnt Kiesinger zum neuen Vorsitzenden der CDU gewählt, sondern auch der Posten des Generalsekretärs geschaffen – von der Notwendigkeit eines „Mister CDU“²² sprach in diesem Zusammenhang etwa Rainer Barzel.

Um die Ausgestaltung der neuen Funktion gab es im Vorfeld allerdings heftige Diskussionen. Als designerter Parteivorsitzender machte sich Kiesinger vor allem dafür stark, dass das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Generalsekretärs allein beim Vorsitzenden – also bei ihm selbst – liegen müsse. Es sei dem Vorsitzenden, so erläuterte Kiesinger am 2. Mai 1967 im Bundesvorstand,

19 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 4 (14. März 1966), S. 115.

20 Ebd., S. 116.

21 So der einhellige Tenor auf der Sitzung des CDU-Präsidiums vom 7. April 1967. Vgl. Protokoll, in: ACDP 07-001-1401.

22 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 12 (2. Mai 1967), S. 515.

nicht zuzumuten, mit einem Generalsekretär zusammenarbeiten, der nicht dessen Vertrauen genieße. Umgekehrt wolle er „den törichten Generalsekretär sehen, der sich wählen läßt, obwohl er weiß, daß der Vorsitzende gegen ihn ist. Meine Damen und Herren! Machen sie doch keine Träume, sondern bleiben sie auf dem Boden der Tatsachen!“²³

In diesem Punkt konnte sich Kiesinger durchsetzen, nicht jedoch bei der Amtsdauer des Generalsekretärs, die seiner Ansicht nach zwei Jahre wie beim Parteivorsitzenden betragen sollte. Der Bundesvorstand stimmte hingegen für vier Jahre und stärkte so die Machtstellung des neuen Amts im Verhältnis zum Vorsitzenden.²⁴ Der Berliner CDU-Chef Franz Amrehn brachte die Mehrheitsmeinung im Bundesvorstand auf die Formel, es könne nicht sein, „daß der Generalsekretär gewissermaßen der Diktator der Partei und zu gleicher Zeit der Knecht des Vorsitzenden ist“.²⁵ Der „Sekretär“ hatte also zumindest das Potential zum „General“, das zeigten später die Beispiele Kurt Biedenkopfs und insbesondere Heiner Geißlers – einen Machtkampf mit dem Parteivorsitzenden kann ein Generalsekretär allerdings kaum gewinnen. Die Bedeutung des alleinigen Vorschlagsrechts des Vorsitzenden für den Generalsekretärs-Posten zeigte sich später bei der „spektakulären Trennung“²⁶ des Jahres 1989, als Kohl Geißler nicht mehr zur Wiederwahl als Generalsekretär vorschlug.²⁷

Insgesamt war die Stellung des Generalsekretärs aus der Perspektive des Jahres 1967 aber durchaus stark und wurde in den neuen Statuten fest umrissen. Er koordinierte nicht nur die Parteiarbeit, sondern auch die Angelegenheiten der Vereinigungen und Sonderorganisationen. In Wahlkampffragen war der Generalsekretär weisungsbefugt gegenüber den Landesverbänden. Er besaß ein Auskunftsrecht gegenüber allen Parteigremien und war berechtigt, an der Sitzung eines jeden Parteigremiums teilzunehmen. Da ihm im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden die Führung der Partei oblag, war er de facto den stellvertretenden Vorsitzenden übergeordnet.²⁸

Nicht zwingend vorgeschrieben wurde im Statut die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs-Postens. Heck machte es zur Voraussetzung für die Übernahme

23 Ebd., S. 506.

24 Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 66.

25 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 12 (2. Mai 1967), S. 510.

26 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 522.

27 Kohl erinnerte in einem Schreiben vom 7. November 1988 Geißler explizit daran, „dass man zum Amt des Generalsekretärs nicht kandidieren kann, sondern dass der Parteivorsitzende dem Parteitag seinen Kandidaten vorschlägt“. Er warnte Geißler, „dass, wenn sich unsere Beziehungen und die Arbeitsgrundlagen nicht von Grund auf in den nächsten Monaten verändern, ich nicht die Absicht habe, Dich wiederum für das Amt des Generalsekretärs der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands auf dem nächsten Parteitag vorzuschlagen“. Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 925 f.

28 Schönbohm: Volkspartei, S. 68.

des Parteiamts, sein Ministeramt zu behalten. Das CDU-Präsidium stimmte am 8. Mai 1967 mit 14 zu sieben Stimmen in diesem Sinne.²⁹ Kiesinger, der sich zunächst ebenfalls gegen die Hauptamtlichkeit ausgesprochen hatte, revidierte seine Meinung jedoch bald. Vor allem mit Blick auf die nahende Bundestagswahl war eine Fokussierung auf die Parteiarbeit erforderlich. Ohne Vorabgesprache mit Heck verkündete er daher im Sommer 1968 dessen Ausscheiden aus dem Kabinett zugunsten der Fokussierung auf das Parteiamt.³⁰ Gegen seinen Willen musste der verärgerte Heck sich schließlich fügen, wollte er sich nicht mit Kiesinger überwerfen und dadurch am Ende beide Posten gefährden.

Parteireform als Regierungspartei

Diskutiert wurde im Vorfeld des Braunschweiger Parteitags zudem der Grad an innerparteilicher Demokratie. Manche Positionen wie die Beisitzerposten im Bundesvorstand wurden bis dato noch durch den Bundesausschuss, nicht durch den Bundesparteitag bestimmt; eine wichtige Rolle spielte darüber hinaus das Kooptationsprinzip. Insbesondere jüngere Vertreter setzten sich mit Erfolg für die Stärkung des Wahl-Prinzips ein. Zu ihnen gehörte auch Helmut Kohl, der im Bundesvorstand die Meinung vertrat, „zu einer demokratischen Persönlichkeit gehört auch eine geheime Wahl auf einem Parteitag. Ich weiß nicht, was dabei ist, wenn man sich einer Wahl auf einem Parteitag stellt und dabei – wie ich das letztmal – durchfällt. Ich sehe darin gar keinen Beinbruch“.³¹ Damit spielte er auf seine eigene Nichtwahl auf dem Bonner Parteitag 1966 an, bei dem er erfolglos für einen Posten im Präsidium kandidiert hatte. Es war dies überhaupt ein Wesensmerkmal des kämpferischen jungen Kohl, die in der CDU eigentlich eher unübliche Kampfkandidatur, zumal gegen meist ältere Konkurrenten, nicht zu scheuen, sondern im Gegenteil geradezu zu suchen, und sich von Niederlagen nicht entmutigen zu lassen auch wenn ihm die „herbe Niederlage“³² vom März 1966 „zu schaffen machte“³³ wie er rückblickend bekannte. Auf dem Braunschweiger Parteitag 1967 wurde er in den Bundesvorstand gewählt (dem er als nachgerücktes Mitglied und später als Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz bereits seit 1964 angehörte), stieg auf dem Parteitag 1969 in Mainz zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf, verlor 1971 auf dem Saarbrücker Parteitag die Kampf abstimmung um den CDU-Vorsitz gegen Rainer Barzel deutlich und wurde nach der verlorenen Bundestagswahl vom Bonner Parteitag 1973 schließlich zu dessen Nachfolger im Parteivorsitz gewählt. Vor dem Hintergrund

29 CDU-Präsidium, Kurzprotokoll der Präsidiumssitzung vom 8. Mai 1967, in: ACDP 07-001-1401.

30 Aretz: Heck, S. 223.

31 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 12 (2. Mai 1967), S. 493.

32 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 194.

33 Ebd., S. 195.

der wiederholten innerparteilichen Rückschläge ist die Ansicht, Kohls Weg in ein CDU-Spitzenamt auf Bundesebene sei „lange vorgezeichnet“³⁴ gewesen, zu hinterfragen. Es bestand nämlich durchaus die Gefahr, durch zu viele innerparteiliche Niederlagen irgendwann als „verbrannt“ zu gelten.

Mit Blick auf das Jahr 1967 trug der sich abzeichnende Generationswechsel innerhalb der Partei somit ebenfalls dazu bei, Diskussionen und Reformen anzustoßen oder zu forcieren. Mit der stärkeren Konzentration auf normierte Wahlverfahren statt wie bisher auf die Besetzung nach Proporz oder Kooptation ging eine Straffung und Verkleinerung der Vorstände einher; so wurde die Zahl der Mitglieder des Bundesvorstands von 60 auf 30 halbiert und der Bundesausschuss von 200 auf 120 Personen verkleinert.³⁵ Die Modernisierung und Demokratisierung der Partei kannte allerdings auch Verlierer. Es waren vor allem Frauen, Protestanten und Arbeitnehmervertreter, die nun seltener in Vorstände gelangten, weil sie sich in Wahlen häufig nicht durchsetzen konnten und in den neuen Strukturen zumeist keine Ämter mehr für sie reserviert waren.³⁶ Effizienzsteigerung und Reformen führten im Ergebnis paradoxerweise zunächst partiell zu einer Verschlechterung der innerparteilichen Partizipation und Vielfalt – mithin zum Gegenteil dessen, was hatte erreicht werden sollen. Hingegen bot für jüngere männliche Bewerber das Wahlsystem eine Chance. So verzichtete beispielsweise der langjährige Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier beim Landesparteitag in Koblenz im März 1966 auf eine Wiederwahl als CDU-Landesvorsitzender,³⁷ weil er mit einer Abstimmungsniederlage gegen Kohl hätte rechnen müssen. Auch Personen wie Barzel und der frühere Vorsitzende der Jungen Union Gerhard Stoltenberg gelangten früh in Führungsämter.

Das „Berliner Programm“

Ein weiteres Problem bestand darin, dass sich Kiesinger als Parteivorsitzender kaum aktiv in die Reformdiskussion mit einbrachte,³⁸ sondern als Bundeskanzler

34 Gerd Langguth: Helmut Kohl als Parteivorsitzender, in: Peter Hintze/ders.: (Hg.): Helmut Kohl. Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993, Stuttgart 1993, S. 13–33, hier 14.

35 Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 265.

36 Bösch: Adenauer-CDU, S. 412 f.

37 Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie. Köln 2014, S. 115–117.

38 Hans-Otto Kleinmann: „Ich gehöre doch zu dieser Partei“. Kiesinger als Vorsitzender der CDU, in: Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thaddäus Lang (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt. Freiburg/Breisgau 2005, S. 501–529, hier 510.

die Partei „mit präsidialem Gestus“³⁹ führte. Bruno Heck spielte auf diesem Feld qua Amt eine aktivere Rolle, aber auch für ihn besaßen Strukturreformen keine hohe Priorität. Dass er fortan eine „Schlüsselrolle“⁴⁰ in der Partei einnahm, lag insbesondere an der von ihm vorangetriebenen Programmdiskussion, die innerhalb der CDU noch kaum vorhanden war und sich abgesehen von der Gründungsphase sowie dem Hamburger Programm von 1953⁴¹ wesentlich auf anlassbezogene Wahlaufrufe beschränkt hatte. Wiederholt betonte der Generalsekretär, dass es sich um ein Aktions- und nicht um ein Grundsatzprogramm handle. Letzteres wurde als negativ und mit (linker) Ideologie verbunden bewertet. Für die CDU bilde hingegen die Realität den politischen Handlungsrahmen. Christlich-demokratische Politik, so Heck weiter, lasse sich „nicht in Grundsatzprogrammen ausformulieren. Hier sind die Sozialdemokraten dem Ideologischen verhaftet geblieben. Uns stellt sich die Wirklichkeit mit je konkreten Fragen und Aufgaben und dies in ganz bestimmten Verhältnissen.“⁴² Diesen pragmatischen, zugleich mit christlich-ethischer Überzeugung verfolgten Ansatz definierte der Generalsekretär dahingehend, „Antworten zu geben, die je konkret gestellten Aufgaben zu lösen – im Rahmen des Möglichen sachgerecht und nach dem Richtmaß unserer Leitideen –, das ist Politik aus christlicher Verantwortung. Dem entsprechen die Aktionsprogramme“⁴³

Entsprechend stand am Ende des von Heck angestoßenen innerparteilichen Diskussionsprozesses auch ein Aktionsprogramm, nämlich das sogenannte „Berliner Programm“, das auf einem vom 4. bis 7. November 1968 im Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt veranstalteten Bundesparteitag verabschiedet wurde. Es sollte Antworten auf die politischen Fragen an der Wende der 1960er zu den 1970er Jahren geben. Damit wurde ein in dieser umfassenden Form neuer themenübergreifender Aufschlag gemacht, der bei aller Kritik an Allgemeinplätzen und dem Ausklammern strittiger Themen durchaus als wichtige Standortbestimmung bezeichnet werden kann. Die Parteibasis wurde von Heck aktiv in die Programmdiskussion mit einbezogen, in vielen Kreisen fanden Parteiversammlungen statt, rund 30.000 Stellungnahmen von Mitgliedern wurden gezählt und über 400 Änderungsanträge von den Delegierten gestellt.⁴⁴ Das bedeutete ein für damalige Verhältnisse bisher ungekanntes Maß an inner-

39 Frank Bösch: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart/München 2002, S. 97.

40 Aretz: Heck, S. 223.

41 Vgl. generell Peter Hintze (Hg.): *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*. Bonn 1995.

42 Bruno Heck: *Neue Aufgaben der CDU (1967)*, in: Ludolf Herrmann (Hg.): *Auf festem Grund. Aufsätze und Reden*. Stuttgart 1977, S. 11–123, 119.

43 Ebd.

44 Kleinmann: *Geschichte der CDU*, S. 269.

parteilicher Transparenz und Partizipation.⁴⁵ Vor diesem Hintergrund war die kollektive Form der Erarbeitung des Programms für die Entwicklung der CDU bedeutsamer als dessen eigentlicher Inhalt, der sich weitgehend in gewohnten Bahnen bewegte. Den Mitgliedern gab es gleichwohl gerade in Zeiten der Großen Koalition wichtige Orientierung. Die neue Regierungskonstellation war jedoch keineswegs der Anlass für die Erarbeitung des Programms gewesen, die entsprechenden Überlegungen gingen bis in den Herbst 1966 zurück.⁴⁶

Das Berliner Programm bestand aus 106 durchnummerierten Positionen, unterteilt in ein deutschland- und außenpolitisches sowie in ein deutlich umfangreicheres innenpolitisches Hauptkapitel. In der Präambel bezeichnete sich die CDU als „moderne Volkspartei“⁴⁷, die Männer und Frauen aller Schichten umfasse, die nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit strebten. Dabei orientierten sich ihre Mitglieder und Amtsträger „am christlichen Glauben und Denken“.

Zwar war die Erstellung des Programms seit zwei Jahren vorbereitet worden, doch kam es gleichsam zur richtigen Zeit. Der Wunsch nach stärkerer inhaltlicher Orientierung wird durch die Zeitumstände verständlich, nämlich zum einen die Studentenunruhen und die sie begleitenden gesellschaftlichen Diskussionen und Friktionen, zum anderen das Aufkommen der NPD als potentieller Konkurrentin auf der Rechten. Damit ging in den Unionsparteien eine Diskussion über ein stärker konservatives „Profil“ einher, wie man es heute nennen würde.⁴⁸ Aus CDU-Sicht bezog Kiesinger am 16. Januar 1969 im Bundesvorstand eindeutig Position: „Die CSU bezeichnet sich öffentlich als eine konservative Partei. Die CDU könnte sich nicht als eine konservative Partei bezeichnen. Eine Partei, die das Land Nordrhein-Westfalen umschließt, kann sich nicht einfach das Etikett ‚konservativ‘ umhängen. In unserer Partei sind konservative Elemente, aber auch liberale, natürlich auch soziale. Da paßt kein Etikett. Das ist gefährlich.“⁴⁹ Bei ihrem Versuch eines stärkeren Rechtskurses sah der CDU-Vorsitzende die Gefahr, dass die CSU übersteuerte. Der Versuch, „rechts zu überholen“, so Kiesinger weiter, sei eine „vielleicht in Bayern erfolgreiche Methode, aber ich halte sie nicht für erfolgreich in der Bundesrepublik“.⁵⁰

45 Bereits am 19. Januar 1968 hatte Heck im CDU-Präsidium das Ziel erläutert, „daß durch diese Diskussion die Parteiarbeit aktiviert und reformiert werde und daß jüngere Parteifreunde dabei Verantwortung übernehmen könnten. Die CDU könne durch die Diskussion des Aktionsprogramms das Selbstbewußtsein einer modernen Leistungspartei erreichen“. Protokoll, in: ACDP 07-001-1402.

46 Schönbohm: Volkspartei, S. 78; Siehe hierzu den Vortrag Hecks zum geplanten Aktionsprogramm am 21. Oktober 1966 im CDU-Präsidium. Protokoll, in: ACDP 07-001-1401.

47 ACDP 07-001-22059, Berliner Programm, 1. Fassung. (http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschlusse/1968_Berliner-Programm.pdf); (Abruf 30. Mai 2018).

48 Bösch: Adenauer-CDU, S. 397–402. Vgl. auch ders.: Abgrenzen, eingrenzen, in: FAZ vom 19. Februar 2018.

49 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 24 (16. Januar 1969), S. 1317.

50 Ebd.

Gegenüber der NPD verfolgte die CDU einen Kurs der Abgrenzung;⁵¹ doch gab es auf Kommunal- und Landesebene vereinzelt Versuche, in Anlehnung an die Sammlungspolitik Adenauers der 1950er Jahre den rechten Konkurrenten aufzusaugen und zu integrieren, ähnlich wie ehemals die Deutsche Partei (DP) und den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Auf Landesebene sorgte die niedersächsische Landtagsfraktion für Aufsehen, als sie 1970 drei bisherige NPD-Abgeordnete in ihre Reihen aufnahm.⁵² Die Kritik inner- und außerhalb der CDU verdeutlichte, dass ein Vorgehen nach dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“ Ende der 1960er Jahre nicht mehr für opportun erachtet wurde.

Wie bereits das Beispiel Niedersachsen zeigt, gab es CDU-Landesverbände und deren Repräsentanten, die konservativere Positionen vertraten als die Bundespartei, darunter der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger und der hessische Landesvorsitzende Alfred Dregger. In der innerparteilich umstrittenen Frage der betrieblichen Mitbestimmung beispielsweise setzte sich Dregger auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971 sogar mit einem eigenen Antrag gegen die Bundesspitze durch, der weiterhin eine feste Mehrheit der Kapitaleigner gegenüber den Arbeitnehmern festschrieb (7:5). Die Parteilührung hatte hingegen einen moderateren Vorschlag eingebracht, der durch Einbezug einer dritten Personengruppe – zweier von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagener, mit Zustimmung der Unternehmerseite berufener externer Sachverständiger – der Parität zumindest nahekam (6:4:2).⁵³ Die Sozialausschüsse stellten nach dem Düsseldorfer Parteitagsbeschluss aus Protest ihre Mitwirkung an der Programmarbeit zunächst ein. Mit einem Sondertreffen zwischen dem CDU-Präsidium und Vertretern der Sozialausschüsse am 3. Mai 1971 wurde versucht, die innerparteilichen Wogen wieder zu glätten.⁵⁴ In der Unionsfraktion teilte der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hans Katzer, seinen Kollegen mit: „Sie werden von mir nicht erwarten können, dass ich diesen Beschluss unten im Plenum gegen meine Überzeugung vertrete. Um dieses Verständnis bitte ich Sie.“⁵⁵

51 Bereits am 17. März 1967 beschäftigte sich das CDU-Präsidium ausführlich mit der NPD, deren Wahlerfolge man als Aufforderung an die anderen Parteien interpretierte, „ihre eigene Politik überzeugender zu formulieren“. Gleichzeitig herrschte Einigkeit darüber, „daß alles getan werden müsse, um die NPD nicht durch ihre Zuziehung zu Parteiforen aufzuwerten“. Protokoll, in: ACDP 07-001-1401.

52 Bösch: Adenauer-CDU, S. 401 f.

53 Udo Zolleis: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008, S. 169–171.

54 Vgl. hierzu näher Protokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und Betriebsräten, 3. Mai 1971, in: ACDP 07-001-1404.

55 Fraktionsprotokolle 1969–1972, Sitzungsprotokoll vom 5. Februar 1971, S. 581.

Kiesinger als Parteivorsitzender

Kiesingers Macht hatte von Beginn an Grenzen: Das galt zum einen für den Bundeskanzler, der in der Großen Koalition verglichen mit seinen Vorgängern in seiner Richtlinienkompetenz deutlich eingeschränkt war.⁵⁶ Zum anderen galt es allerdings auch für den CDU-Vorsitzenden. Seine Wahl in der Unions-Fraktion verdankte er wesentlich den Abgeordneten aus dem Südwesten, darüber hinaus aber auch denen der CSU. Von den CDU-Abgeordneten stimmte insgesamt nur rund die Hälfte für ihn.⁵⁷ Das wirkte sich zwar nicht nachhaltig aus, war aber dennoch ein Manko. Ähnlich wie Erhard besaß Kiesinger keine wirkliche Hausmacht innerhalb der Partei und sollte wie dieser als „Wahlkampflokomotive“ primär der CDU das Kanzleramt sichern.⁵⁸ Das Verhältnis zwischen der Partei und ihrem Vorsitzenden blieb distanziert.⁵⁹

Drüber hinaus stand Kiesinger wie angedeutet vor dem Problem, dass er in einer Großen Koalition das Profil der CDU nicht mehr so deutlich zum Ausdruck bringen konnte. Seine staatsmännische Rolle als zwischen den Koalitionären vermittelnder „wandelnder Vermittlungsausschuss“⁶⁰ ging zu Lasten der inhaltlichen Profilierung der CDU durch ihren Vorsitzenden.⁶¹ Das zeigte sich beispielsweise, als die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag im März 1968 von ihrer Zusage zur Realisierung einer Wahlrechtsreform zwecks Einführung des Mehrheitswahlrechts abrückte,⁶² die für manchen CDU-Repräsentanten 1966 ein wichtiger, wenn nicht gar der ausschlaggebende Grund gewesen war, eine schwarz-rote Koalition überhaupt erst einzugehen⁶³. Ob Herbert Wehner die Realisierung der Wahlrechtsreform wirklich umsetzen wollte oder sie nur als eine Art „Köder“ für das Zustandekommen der Großen Koalition benutzte, ist bis

56 Klaus Hildebrand: Die Große Koalition 1966 bis 1969. Gefährdung oder Bewährung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik?, in: ders.: Der Flug des Ikarus. Studien zur deutschen Geschichte und internationalen Politik. München 2011, S. 165–180, hier 173 f.

57 Gassert: Kiesinger, S. 495.

58 Bösch: Macht, S. 99.

59 Klaus-Heinrich-Dedring: Adenauer, Erhard, Kiesinger. Die CDU als Regierungspartei 1961–1969. Pfaffenweiler 1989, S. 328.

60 Klaus Hildebrand: Kurt Georg Kiesinger. Kanzler der Großen Koalition, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 11 (2004), S. 229–241, hier 234; die Bezeichnung stammt von dem Journalisten und späteren Regierungssprecher Conrad Ahlers.

61 Im Rahmen einer Grundsatzdiskussion über den Umgang mit der SPD in der Koalition im CDU-Präsidium warnte Kiesinger bereits am 3. März 1967 davor, „sich um jeden Preis von der SPD zu unterscheiden. Die CDU müsse vielmehr das Regierungsprogramm zu ihrem Programm machen und es mit Geschlossenheit vor der Öffentlichkeit vertreten.“ Protokoll, in: ACDP 07-001-1401.

62 Vgl. Klaus Schönhoven: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969 (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 2). Bonn 2004, S. 235–257.

63 Hildebrand: Erhard, S. 353 f.

heute unklar. Helmut Kohl sprach damals jedenfalls von einer „großangelegte(n) Gaunerei“⁶⁴ der SPD.

Der Abgeordnete Heinrich Windelen bekannte in der Sitzung der Unionsfraktion am 26. März 1968 offen: „Die Frage des Wahlrechts war für mich damals, ich möchte das sehr klar wiederholen, die *conditio sine qua non* für das Eingehen der Großen Koalition (Beifall).“⁶⁵ In der Unionsfraktion gab es die Forderung, auf den Wortbruch der Sozialdemokraten konfrontativ zu reagieren und es notfalls auf eine Abstimmung über die Wahlrechtsreform im Plenum des Bundestages ankommen zu lassen – was in der Konsequenz bedeutete, das Risiko eines Koalitionsbruchs in Kauf zu nehmen. Kiesinger lehnte ein solches Vorgehen kategorisch ab und trat den Kritikern mit der Einschätzung entgegen, „ob wir dieses Wahlrecht haben oder ein anderes, das wird nach meiner Meinung über das Schicksal des deutschen Volkes nicht entscheiden“.⁶⁶ Er war also nicht bereit, wegen dieser inhaltlichen Frage das Regierungsbündnis zur Disposition zu stellen. Von einer „Schicksalsfrage“ hatte zuvor Innenminister Paul Lücke, der Vorkämpfer der Wahlrechtsreform, gesprochen. Er reichte als Konsequenz seinen Rücktritt ein und publizierte wenige Monate später eine Schrift mit dem programmatischen Titel „Ist Bonn doch Weimar?“⁶⁷

Ein weiteres Beispiel für den Wunsch zur stärkeren Profilierung, nun in der Außenpolitik, sei genannt. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch sowjetische Truppen im August 1968 wurde die Forderung nach einer scharf formulierten Verurteilung seitens des CDU-Bundesvorstands gestellt. Kiesinger wollte keine jedoch weitere internationale Eskalation riskieren und trat den Forderungen mit einer realpolitischen Aussage entgegen, die nicht unwidersprochen blieb: „Wir haben keine moralischen Äußerungen abzugeben in der Politik! (Gerstenmaier: Doch!) Nein! Wir haben Politik zu machen, die im Interesse unseres Volkes liegt!“⁶⁸ Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier appellierte daraufhin an Kiesinger, „die CDU muss natürlich frei sein (...) auch einmal eine andere Sprache zu sprechen, als Sie, der Bundeskanzler“. Und er fügte hinzu: „Als Parteivorsitzender müssen Sie unserem Herzen einen angemessenen Ausdruck geben.“⁶⁹

In der bundesrepublikanischen Bevölkerung erfreute sich Kiesinger mit seiner ausgleichenden Art im bürgerlichen Wählermilieu gleichwohl großer Beliebtheit. Kurz vor der Wahl optierten Ende August 1969 in der „Kanzlerfrage“ 55 Prozent für Kiesinger und nur 33 Prozent für seinen Herausforderer Willy

64 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 17 (29. Januar 1968), S. 805.

65 Fraktionsprotokolle 1966–1969, Sitzung vom 26. März 1968, S. 824.

66 Ebd., S. 819.

67 Vgl. Paul Lücke: *Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht*, Frankfurt/Main 1968.

68 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969 (2. September 1968), S. 1047.

69 Ebd., S. 1038.

Brandt.⁷⁰ Im Bundestagswahlkampf 1969 setzte die CDU entsprechend wieder auf ihren Spitzenkandidaten und Regierungschef, das Motto lautete bekanntermaßen: „Auf den Kanzler kommt es an!“

Bundestagswahl 1969: Wahlsieg und Machtverlust

Das Wahlergebnis der Unionsparteien bei der Bundestagswahl vom 28. September 1969 übertraf mit 46,1 Prozent (SPD: 42,7; FDP: 5,8) zwar alle Erwartungen und brachte die Unionsparteien nochmal knapp an die absolute Mehrheit heran – doch es war letztendlich ein Pyrrhus-Sieg, dem Wahltriumph folgte der Machtverlust. Der Bonner Machtwechsel kam allerdings nicht aus heiterem Himmel. Es gab zwei grundsätzliche Fehleinschätzungen der CDU mit Blick auf ihre politischen Konkurrenten. Anders als früher hatte die Union keine Rücksicht mehr auf die FDP genommen, sondern sie durch die Wahlrechtsreformdiskussion sogar noch in die Arme der SPD getrieben – eine Entwicklung, vor der Helmut Kohl wiederholt gewarnt hatte. Er war kein Freund der Großen Koalition und stimmte als einziges Mitglied des Bundesvorstands am 29. November 1966 gegen das sich abzeichnende Regierungsbündnis.⁷¹ Koalitionspolitisch sah er sowohl mit Blick auf bestehende schwarz-gelbe Landesregierungen und künftige Regierungsbildungen in den Ländern als auch im Bund nach der Wahl 1969 negative Folgen für die Union voraus, zumal die Reform erst zur übernächsten Wahl 1973 greifen sollte. Bei den Konsequenzen einer Wahlrechtsreform wies er darauf hin, „daß dies auch eine Aussage für die Koalition nach 1969 bedeutet. (...) Sie (die FDP; P.R.) wird alles tun bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 1969, diese Sache irgendwie aus den Angeln zu heben.“⁷² Kiesinger und andere gaben sich hingegen durchgängig gelassen. Selbst noch nach der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten am 5. März 1969, die dieser selbst als „ein Stück Machtwechsel“⁷³ interpretierte, äußerte Kiesinger, das Verhalten der FDP werde vielen bürgerlichen Wählern die Augen öffnen und könne der CDU sogar nützen.⁷⁴ Trotz einer Tendenz von Teilen der Partei Richtung SPD hielt er die Koalitionsfrage bei den Liberalen noch nicht für entschieden.⁷⁵ Die Gegenposition vertrat einmal mehr Kohl, der seine Parteifreunde darauf hinwies, „daß die FDP von heute eine völlig andere FDP ist, als die FDP von damals (der Adenauer-Zeit; P.R.), auch als die von 1966.“⁷⁶ Die

70 Gassert: Kiesinger, S. 706.

71 Köhler: Kohl, S. 181; siehe auch Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 201.

72 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 16 (4. Dezember 1967), S. 738.

73 Zit. nach Hildebrand: Erhard, S. 398.

74 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 25 (6. März 1969), S. 1341.

75 Ebd., S. 1351.

76 Ebd., S. 1344.

FDP sei heute relativ geschlossen, was sich nicht zuletzt auch bei der Bundespräsidentenwahl am Vortag gezeigt habe.

Als weitere Fehleinschätzung kam hinzu, dass die SPD und ihr Wahlkampf unterschätzt wurden. Die Wehnersche Strategie, als Juniorpartner in einer Großen Koalition inhaltliche Kompetenz zu demonstrieren, dadurch Vorbehalte und Vorurteile in der Bevölkerung gegenüber der SPD abzubauen und die Regierungsbeteiligung insgesamt als „Zwischenetappe auf dem Weg zum Machtwechsel“⁷⁷ zu nutzen, erwies sich letztendlich als erfolgreich. Die entscheidende Figur des SPD-Wahlkampfes war allerdings nicht der Spitzenkandidat Brandt, sondern Wirtschaftsminister Karl Schiller. Er verkörperte als „keynesianischer Erhard“ die neue wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD, die sie auch für bürgerliche Wechselwähler attraktiv machte. Nicht zufällig stand er im Frühjahr und Sommer 1969 im Zentrum eines veritablen Koalitionsstreits über eine Aufwertung der Deutschen Mark, die der populäre Wirtschaftsminister offensiv forderte, die von den Unionsparteien aber abgelehnt wurde.⁷⁸ Jedenfalls musste Heck bei einer Diskussion zur Wahlkampfplanung im CDU-Präsidium am 12. August 1969 eingestehen, „für viele Wähler scheint sich die SPD als regierungsfähig erwiesen zu haben“.⁷⁹

Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die CDU die heiße Wahlkampfphase erst Mitte August, nur gut sechs Wochen vor der Wahl, einleitete.⁸⁰ Dahinter stand die Strategie, sich möglichst lang als hart arbeitende Regierungspartei und insbesondere den Spitzenkandidaten in seiner erfolgreichen Rolle als Bundeskanzler zu präsentieren.⁸¹ Sinke das Ansehen der Regierung, schade das vor allem dem Regierungschef; daher solle so lange wie möglich „normal“ regiert werden. Die SPD verfolgte den umgekehrten Ansatz der frühen Wähleransprache; bereits im Januar 1969 führte sie eine Profilierungskampagne durch⁸² und stieg bereits im Frühsommer stärker in den Wahlkampf ein, wobei sie von Prominenten aus Kunst und Kultur unterstützt wurde. Die SPD kämpfte schon, Kiesinger präsierte noch. Die Funktionsträger der CDU wurden aufgrund dieses Missverhältnisses zunehmend nervös. Generalsekretär Heck berichtete am 20. Juni 1969 im Bundesvorstand, die Wahlkampfleitung sei zu der Einschätzung gekommen, „daß wir die Zeitungsanzeigen sechs oder sieben Monate

77 Schönhoven: *Wendjahre*, S. 38.

78 Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser: *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Wirkungen*. Bonn 1991, S. 338–345.

79 CDU-Präsidium, Protokoll der Sitzung vom 12. August 1969, in: ACDP 07-001-1402

80 Am 12. August 1969 monierte Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske im CDU-Präsidium, „daß ein Großteil der CDU-Kandidaten und Mitarbeiter mit der aktiven Wahlkampfarbeit noch nicht begonnen haben und die SPD deshalb in der Öffentlichkeit einen bedeutend fleißigeren Eindruck hervorgerufen habe.“ Ebd.

81 Gassert: *Kiesinger*, S. 703 f.

82 Schönhoven: *Wendjahre*, S. 579.

vor der Kampagne nicht ausschließlich der SPD überlassen dürfen⁸³ und daher anders als geplant bereits eigene Anzeigen lanciert worden seien. Als indirekten Wahlkampf der SPD wertete Kiesinger darüber hinaus die Antrittsbesuche und Rundreisen des sich großer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreuenden neuen Bundespräsidenten Heinemann, was ihm „wirklich Sorgen“⁸⁴ bereite. Daher riet er den Ministerpräsidenten der CDU, das Staatsoberhaupt erst für die Zeit nach der Bundestagswahl zum Antrittsbesuch einzuladen.

Am Wahlabend wurde Kiesinger zunächst als Sieger gefeiert, die Hochrechnungen verhießen eine absolute Mehrheit für die Union, er gab bereits Fernsehinterviews, die Junge Union veranstaltete einen Fackelzug zu seinen Ehren und US-Präsident Richard Nixon übersandte ein Glückwunschtelegramm. Es war vor allem Kohl, der die Veränderung der Ergebnisse im Laufe des Abends realisierte und den Kanzler darüber informierte. Kohl bezweifelte rückblickend, „ob Kiesinger diesen Schlag je überwunden hat“.⁸⁵ Der Verlauf der Wahlnacht war vermutlich der Grund dafür, dass der Kanzler sich sehr schwer damit tat, den drohenden Machtverlust zu akzeptieren. In den Tagen nach der Wahl stellte er noch eigene Kabinettslisten auf. Barzel bot er das Amt des Außenministers an, worauf dieser ihm antwortete: „Aber wir werden die Regierung verlieren, Herr Bundeskanzler!“⁸⁶

Das CDU-Präsidium sprach mit Blick auf die mögliche Bildung einer sozial-liberalen Koalition in einer Erklärung von Anfang Oktober von einer drohenden „Verfälschung des Wählerwillens“.⁸⁷ Das Hadern mit dem Ergebnis brachte Kiesinger in der Fraktionssitzung vom 16. Oktober 1969 deutlich zum Ausdruck: „Das schlimmste und dümmste, was wir jetzt tun können, das ist diesen Sieg, den diese Partei davongetragen hat, zu zerreden. Es hat uns (...) 1 %, nicht einmal 1 % daran gefehlt, das zu erreichen, was keiner in seinen tiefsten Träumen zu erhoffen wagte. Nämlich das Ziel zu erreichen, das Konrad Adenauer auf dem Höhepunkt des Triumphes 1957 erreichte: die absolute Mehrheit.“⁸⁸

Zugleich bekräftigte Kiesinger seinen Anspruch auf die Parteiführung. Im November 1969 wurde er auf dem Bundesparteitag in Mainz zwar im Amt bestätigt – allerdings nur mit 84 Prozent, also rund 10 Prozent weniger als 1967. Für den Parteivorsitzenden, der keinen Gegenkandidaten hatte, war dies „ein niederschmetterndes Ergebnis“⁸⁹ und brachte deutlich die Zweifel inner-

83 Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, Dok. 27 (20. Juni 1969), S. 1462.

84 Ebd., S. 1453.

85 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 265.

86 Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1998, S. 191; Barzel hat diese Unterhaltung mit Kiesinger bestätigt, vgl. Rainer Barzel: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Frankfurt/Main 1986, S. 133 f.

87 CDU-Präsidium, Erklärung zur Sitzung am 3. Oktober 1969, in: ACDP 07-00-1402

88 Fraktionsprotokolle 1969–1973, Sitzung vom 16. Oktober 1969, S. 17.

89 Gassert: Kiesinger, S. 735.

halb der Partei zum Ausdruck, ob er nach dem Machtverlust noch die richtige Person an der Spitze sei.⁹⁰

Als das eigentliche Zentrum in der Opposition etablierten sich die Fraktion und ihr Vorsitzender. Es war Barzel, und eben nicht Kiesinger, der im Plenum als Erster auf die Regierungserklärung Brandts antwortete und seine Rede bezeichnenderweise mit einem Adenauer-Zitat beendete, was auch eine Botschaft nach innen war: „Wir werden als Opposition so arbeiten, wie es diesem Satz Konrad Adenauers entspricht: ‚Eine große Partei, sie mag heißen wie sie will und sie mag an der Macht sein oder nicht, hat in der Lage des deutschen Volkes nur eine Politik zu befolgen, das Vaterland über die Parteipolitik zu stellen.‘ Dem wissen wir uns verpflichtet.“⁹¹ Der Begriff der „Fraktionspartei“ im Gegensatz zur früheren „Kanzlerpartei“ tauchte in den öffentlichen Diskussionen nun häufiger auf⁹² und verdeutlichte die Nebenrolle, in die der Parteivorsitzende zunehmend geriet.

Darüber hinaus drängte die jüngere Generation, vor allem die machtbewussten Barzel und Kohl, immer offensiver nach vorne, so dass die Führungsfrage bald virulent wurde. Kohl schrieb im Rückblick, Kiesinger habe „offenkundig resigniert“ gehabt und sei nach dem Machtwechsel nur noch ein „Parteivorsitzender auf Abruf“ gewesen.⁹³ Anfang Juli 1971 erklärte Kiesinger schließlich im CDU-Präsidium⁹⁴ und anschließend im CDU-Bundesvorstand, beim kommenden Bundesparteitag im Oktober nicht wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren.⁹⁵ Bereits vor Kiesingers offizieller Entscheidung zum Rückzug hatten sowohl Barzel als auch Kohl ihre Kandidatur in den Raum gestellt, was das Ausmaß an Uneinigkeit innerhalb der Parteispitze verdeutlicht.⁹⁶

Eine Chance auf ein wirkliches Comeback hätte Kiesinger wohl nur besessen, wenn er 1969 auch nach dem Fraktionsvorsitz gegriffen hätte, als die Erinnerung an das in Prozentzahlen gute Wahlergebnis noch frisch war. Dafür hätte er sich jedoch mit Rainer Barzel anlegen müssen und diesen Machtkampf vermutlich verloren. Jedenfalls traten Kiesinger und Heck nach der Wahl an Barzel mit der Aufforderung heran, dem Parteivorsitzenden auch die Fraktionsführung zu überlassen, was dieser jedoch strikt ablehnte.⁹⁷ Stattdessen ließ er sich – nach erfolgter Zustimmung Kiesingers – bereits am 16. Oktober zum Fraktions-

90 Schönbohm: Volkspartei, S. 100.

91 Rainer Barzel: Mitverantwortung für die Zukunft. Rede zur Eröffnung der Debatte des Deutschen Bundestages am 29. Oktober 1969. Bonn 1969, S. 23.

92 Kleinmann: Geschichte, S. 316.

93 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 284, 286.

94 Vgl. CDU-Präsidium, Protokoll der Sitzung vom 5. Juli 1971, in: ACDP 07-001-1404.

95 Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Dok. 16 (5. Juli 1971), S. 393.

96 Vgl., CDU-Präsidium, Erklärung des Präsidiums zu den bevorstehenden Personalentscheidungen, 17. Juni 1971, in: ACDP 07-001-1402.

97 Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Stuttgart 2001, S. 264.

vorsitzenden wählen, und zwar nicht, wie üblich, für ein Jahr, sondern gleich für die gesamte Dauer der Legislaturperiode.⁹⁸

Parteireform in der Opposition

Die angestrebten innerparteilichen Reformen kamen symbolisch in dem Beschluss zum Bau eines modernen Hochhauses als neuer Bonner Parteizentrale zum Ausdruck.⁹⁹ Nach dem Gang in die Opposition erfolgte darüber hinaus eine organisatorische Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle. In diesem Zusammenhang erwarb sich Rüdiger Göb, umtriebiger Bundesgeschäftsführer in den Jahren 1970/71, besondere Verdienste, dessen Berufung im Januar 1970 im CDU-Präsidium besprochen wurde.¹⁰⁰ Göb gehörte zu einer jungen Generation von Mitarbeitern, die vorwiegend aus dem RCDS kamen und zwar nicht inhaltlich, aber doch in ihrem Denken vom Geist der Veränderung der späten 1960er Jahre beeinflusst waren.¹⁰¹ 1968 veröffentlichten der damalige RCDS-Bundsvorsitzende Wulf Schönbohm, Jürgen Bernd Runge und Peter Radunski gemeinsam das Buch „Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution“. In den Protesten sahen sie auch eine Chance auf Veränderung und für Reformen.¹⁰² Sie kritisierten unter anderem, „daß die politischen Aktionen der Studenten nicht Ernst genommen werden“¹⁰³ und konstatierten bei der jungen Generation „ein Unbehagen an der Entwicklung der Bundesrepublik“¹⁰⁴. Die drei Nachwuchspolitiker der CDU kamen zu folgendem Fazit: „Die politische Ordnung der Bundesrepublik muß ausgebaut und verbessert werden, ohne gebannt auf den politischen Extremismus zu starren. Die notwendigen strukturellen Modifikationen wie die Zukunftsaufgaben müssen angepackt werden. Die Antwort unserer Demokratie auf den Ruf nach Revolution muß die Reform, die Revolution in verträglicher Dosis, sein.“¹⁰⁵ Ähnlich argumentierte rückblickend der früher Bonner AStA-Vorsitzende und RCDS-Vertreter Jürgen Rosorius: „Ich habe die ganze Ordinariatenuniversität für völlig überholt gehalten. (...) Wir waren uns in der Analyse ja weitgehend einig (...). Nur dass manche Linke gesagt haben, es lohnt sich gar nicht mehr das System zu reparieren und Vorschläge zu machen: das Ganze

98 Vgl. Fraktionsprotokolle 1969–1972, Fraktionssitzung vom 16. Oktober 1969, S. 14–23.

99 Bösch: Macht, S. 101.

100 CDU-Präsidium, Protokoll der Sitzung vom 16. Januar 1970, in: ACDP 07-001-1402.

101 Bösch: Macht, S. 101 f.

102 Philipp Gassert: Die „anderen“ 68er. Junge Christdemokraten, die Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition, in: Die Politische Meinung, Nr. 548, Januar/Februar 2018, S. 105–108, hier 106.

103 Wulf Schönbohm/Jürgen Bernd Runge/Peter Radunski: Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution. Mainz 1968, S. 13.

104 Ebd., S. 27.

105 Ebd., S. 109.

muss weg. Und das war eben der Unterschied, weil ich gesagt habe, das Ganze kommt nicht weg.¹⁰⁶

Schwerpunkte der von G6b in die Wege geleiteten Reform der CDU-Bundesgeschäftsstelle waren die Bereiche Medien und Personalplanung sowie der Ausbau der Politischen Abteilung, da die entsprechenden Regierungsressourcen nun nicht mehr zur Verf6gung standen.¹⁰⁷ Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle stieg zwischen 1969 und 1972 stark von 145 auf 191 an.¹⁰⁸

Über den Grad an notwendiger innerparteilicher Reform herrschte jedoch keinesfalls Einigkeit. Die alt-neue Parteispitze stand eher auf der Bremse. Generalsekretär Heck hielt auf dem Mainzer Parteitag vom November 1969 eine programmatische Rede, in der er für einen vorsichtigen Reformkurs plädierte. Es gehe „nicht darum, Grundsätze über Bord zu werfen. Vielmehr geht es darum, ein langfristiges Konzept zu erarbeiten, um die Entwicklungen der siebziger Jahre in den Griff zu bekommen.“¹⁰⁹ Und Kiesinger versicherte mit Blick auf seine anstehende Wiederwahl als Parteivorsitzender den Unionsabgeordneten, es sei keine „Reform an Haupt und Gliedern“¹¹⁰ geplant.

Der Machtverlust brachte darüber hinaus neuen Schub in die Programmdiskussion. Auf dem Bundesparteitag in Mainz wurde eine Kommission zur Überarbeitung der inhaltlichen Positionen beschlossen und am 28. November 1969 vom CDU-Präsidium eingesetzt. Bezeichnenderweise stand sie dieses Mal nicht unter der Führung Hecks, sondern unter der des neuen Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Kohl.¹¹¹ Der Parteivorsitzende Kiesinger wehrte sich im Bundesvorstand gegen die geplante Bezeichnung „Reformkommission“, diesen „Sack-und-Asche-Begriff der da geprägt worden ist von gewissen Leuten in Mainz. Ich habe immer dagegen angekämpft, aber leider vergeblich.“¹¹² Auf seinen Vorschlag hin hieß das Gremium schließlich „Programmkommission“. Als Vertreter der jüngeren Generation mahnte Richard von Weizsäcker hingegen, dass die Partei auch diejenigen Funktionsträger mit einbeziehen müsse, die einen gewissen Veränderungsbedarf sehen würden.¹¹³

Helmut Kohl machte sich als Vorsitzender der Programmkommission mit großem Elan ans Werk. Verschiedene thematische Untergruppen erstellten jeweils Einzelentwürfe, die anschließend in größerer Runde diskutiert und zusammen-

106 Horst-Pierre Bothien: Protest und Provokation. Bonner Studenten 1967/68. Essen 2009, S. 126.

107 Schönbohm: Volkspartei, S. 119 (Der Titel der abgedruckten Passage des Zeitzeugen-Gesprächs lautet: „Ich wollte das System ändern, nicht beseitigen“).

108 Bösch: Macht, S. 102

109 Bruno Heck: Mobilmachung einer Partei, in: ders., Grund, S. 124–132, hier 126.

110 Fraktionsprotokolle 1969–1972, Fraktionssitzung vom 16. Oktober 1969, S. 16.

111 CDU-Präsidium, Protokoll der Sitzung vom 28. November 1969, in: ACDP 07-001-1402.

112 Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, Dok. 4 (12. Dezember 1969), S. 83.

113 Ebd., S. 84.

geführt wurden. Am 21. Juni 1970 verabschiedete die Programmkommission auf einer Klausurtagung in Deidesheim den Gesamtentwurf¹¹⁴ und leitete ihn an Präsidium und Bundesvorstand weiter. Der Parteiführung ging der Entwurf jedoch insgesamt zu weit, so dass er bis zum Düsseldorfer Parteitag im Januar 1971 deutlich entschärft wurde.¹¹⁵ Beispielsweise wurde die als Zukunftsthema von der Kommission bewusst an erster Stelle platzierte Bildungspolitik wieder hinter die traditionell bedeutsame Außen- und Deutschlandpolitik geschoben, die im Programm-entwurf noch an letzter (!) Stelle platziert worden war.¹¹⁶ Es verblieben dennoch einige Formulierungen, die den damaligen Reformgeist erkennen lassen, wie etwa „Bildung ist ein Kernstück zukunftsorientierter Politik“.¹¹⁷ Auch weitergehende Formulierungen zur Deutschlandpolitik im Deidesheimer Entwurf wurden wieder verändert beziehungsweise gestrichen. Insbesondere die unter bestimmten Voraussetzungen zumindest als Möglichkeit im Entwurf erwähnte „Anerkennung (...) einer Regierung in Ost-Berlin“¹¹⁸ und deren stellenweise Bezeichnung im Text als DDR „waren innerhalb der Union bereits revolutionär“.¹¹⁹ Der Begriff „Anerkennung“ fiel allerdings den späteren Streichungen zum Opfer.

Seit dem Mainzer Parteitag war die Parteiführung bemüht, den Grad der Veränderung auch in programmatischer Hinsicht wieder zurückzudrehen, bald herrschte „Stagnation statt Ambition“.¹²⁰ Kiesinger und Heck waren anscheinend überrascht über das Ausmaß des Veränderungswillens eines Teils der Funktions-träger und Mitglieder. Dazu passte es, dass bald nach dem Mainzer Parteitag nicht mehr von einem neuen Programm, sondern nur noch von einer „Fort-schreibung“ des Berliner Programms die Rede war. Der „reformfeindliche“¹²¹ Entwurf der Parteiführung wurde als sogenannte „zweite Fassung“ des Berliner Programms¹²² auf dem Düsseldorfer Parteitag im Januar 1971 verabschiedet und stellte allenfalls einen kleinen Schritt nach vorn dar.

114 Entwurf der Programmkommission für die Fortschreibung des Berliner Programms (verabschiedet am 21. Juni 1970 in Deidesheim), in: ACDP 07-001-9085.

115 Schönbohm: Volkspartei, S. 121 f.

116 Entwurf der Programmkommission für die Fortschreibung des Berliner Programms (verabschiedet am 21. Juni 1970 in Deidesheim), in: ACDP 07-001-9085

117 Berliner Programm, zweite Fassung, in: Peter Hintze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995, S. 47–87, 54.

118 Entwurf der Programmkommission für die Fortschreibung des Berliner Programms (verabschiedet am 21. Juni 1970 in Deidesheim); siehe insb. Punkt 24 im außenpolitischen Kapitel, in: ACDP 07-001-9085.

119 Bösch: Macht, S. 31.

120 Silke Yeomans: Das Amt des Generalsekretärs in der Christlich-Demokratischen Union (CDU) auf Bundesebene 1967–1989. Diss. Universität Augsburg 1995, S. 66.

121 Ebd., S. 89.

122 Bereits bei der frühen Beratung des Vorschlags der Programmkommission wurde im CDU-Präsidium am 29. Juni 1970 ein offizieller Beschluss darüber eingeholt, dass es keine neue „örtliche“ Bezeichnung des Programms geben werde, sondern der Titel „Berliner Programm, 2. Fassung“ lautet. Protokoll, in: ACDP 07-001-1403.

Helmut Kohl als Parteipolitiker auf Bundesebene

Auf dem Saarbrücker Parteitag im Oktober 1971 kam es zu einer Kampf-abstimmung um die Nachfolge Kiesingers zwischen Barzel und Kohl – auch das ein Novum für die CDU.¹²³ Indirekt war mit der Wahl auch eine Vorentscheidung in der Frage der Kanzlerkandidatur bei der für 1973 erwarteten Bundestagswahl verbunden. Barzel wollte Partei- und Fraktionsvorsitz in seiner Hand vereinen und als unbestrittene Führungsfigur der Opposition jederzeit dazu bereit sein, die Regierung wieder zu übernehmen, sollte die kriselnde sozialliberale Koalition vorzeitig an ihr Ende gelangen, ansonsten nach der nächsten Bundestagswahl. Seine Sichtweise fand Sympathie bei denjenigen in Partei und Fraktion, die, von der Adenauer-Ära geprägt, in dem Machtverlust vom Herbst 1969 eine Art Betriebsunfall sahen, der schnellstmöglich wieder revidiert werden müsse. Oberstes Ziel war die vorzeitige Rückkehr an die Macht.¹²⁴ „Die Doppelköpfigkeit unserer Führung“, so Barzel später, „erschwerte unseren Kampf“.¹²⁵ Dem stand das Konzept Kohls gegenüber, der nur den Parteivorsitz anstrebte und an der bisherigen Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz festhalten wollte. Für ihn stand die Fokussierung auf die Reform der CDU im Mittelpunkt, auf die er sich als Vorsitzender konzentrieren wollte. Die Partei sollte nicht zum „Wurmfortsatz der Bundestagsfraktion“¹²⁶ werden.

Auch wenn Helmut Kohl auf dem Saarbrücker Parteitag im Oktober 1971 Rainer Barzel im Kampf um den Parteivorsitz mit 344:174 Stimmen deutlich unterlag, so gehörte er seit 1969 als Stellvertretender Bundesvorsitzender und als Ministerpräsident doch zweifelsohne zum Führungspersonal der CDU. Der Pfälzer war als Nachrücker seit 1964 Mitglied des CDU-Bundesvorstands und nutzte den neuen Posten gleich zur inhaltlichen Profilierung.¹²⁷ Bereits in seiner ersten Sitzung am 27. November 1964 wagte er es, den Vorsitzenden Adenauer zu unterbrechen und Bundeskanzler Erhard deutlich zu widersprechen, indem er unter anderem ausführte: „Eine Partei wie die CDU/CSU wird tot sein und keine Zukunft mehr haben, wenn in dieser Partei keine Diskussion mehr lebendig ist.“¹²⁸ Er kritisierte gegenüber Bundeskanzler Erhard zudem den „Eindruck der Führungslosigkeit, der Konzeptionslosigkeit der CDU.“¹²⁹ Abschließend nahm er sich mit 34 Jahren den Altbundeskanzler und Parteivorsitzenden Ade-

123 Köhler: Kohl, S. 193.

124 Ebd., S. 101–105.

125 Barzel: Leben, S. 277.

126 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 290.

127 Köhler: Kohl, S. 170 f.

128 Adenauer: „Stetigkeit in der Politik.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998, Dok. 17 (27. November 1964), S. 758.

129 Ebd., S. 759.

nauer vor, dem er mit Blick auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen der letzten Zeit vorwarf, dass, wenn „jemand eine Schuld hat, dann sind sie es“.¹³⁰ Das war starker Tobak, doch mit seiner offenen, zupackenden Art entwickelte sich der junge Mann aus Mainz schließlich zu „eine(m) der größten Reformgeister der Parteigeschichte“.¹³¹

Auffällig sind darüber hinaus Kohls fast durchgängige Anwesenheit und seine häufigen Wortbeiträge im CDU-Bundesvorstand. Zwischen Herbst 1965 und Sommer 1966 nahm Kohl an 25 von 27 Sitzungen teil, das ist die höchste Anwesenheitsquote aller Mitglieder.¹³² Danach ließ die Präsenz etwas nach, vermutlich auch wegen Terminen als Ministerpräsident, sie war aber weiterhin hoch. Anders als für die älteren Honoratioren der CDU war die Parteiarbeit für ihn keine Nebensache. Bereits 1953 als junger Funktionär in Ludwigshafen hatte Kohl sich beispielsweise dafür eingesetzt, dass der lokale Parteivorstand nicht mehr wie bisher üblich nur einmal im Jahr, sondern fortan einmal im Monat tagte.¹³³

Kohl steht exemplarisch für die um 1970 nachrückende jüngere Politikergeneration, die nicht mehr durch das Weimarer Parteien- und Honoratiorenwesen geprägt war, sondern ein neues, bundesrepublikanisches Verständnis von der Partei und der Rolle ihrer Funktionsträger entwickelte, das – im Übrigen ganz im Sinne des Grundgesetzes – die Bedeutung der Parteien für das Gelingen von Politik und Demokratie ins Zentrum rückte. Die Partei war dabei zum einen durchaus Motor für die eigene Karriere, sie war zum anderen aber auch persönlicher Identifikationspunkt und zumindest bis zu einem gewissen Grad sogar Lebensinhalt. Als Helmut Kohl rückblickend die Frage gestellt wurde, was die CDU für ihn persönlich bedeute, beantwortete er sie in einem Wort: „HEIMAT“.¹³⁴

Fazit

Im Zeitraum zwischen 1967 bis 1971 gab es in der innerparteilichen Entwicklung insgesamt mehr Wandel als Kontinuität, dieser war freilich evolutionärer und nicht revolutionärer Natur. Nicht teilen würde ich in dieser Form die Einschätzung, wonach der Grad an innerparteilicher Reform der 1960er Jahre nicht

130 Ebd., S. 761.

131 Bösch: Macht, S. 108.

132 Vgl. die „Übersicht zur Anwesenheit der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands“, in: Bundesvorstandsprotokolle 1965–1969, S. XXXV–XXXVII.

133 Patrick Bahners: Helmut Kohl. Der Charakter der Macht. München 2017, S. 32.

134 Interview von Stephan Lamby und Helmut Rutz mit Helmut Kohl (2003). Frage: „Was hat denn die Partei für sie bedeutet?“; Antwort: „Heimat.“; <https://www.youtube.com/watch?v=Z6jm4x4BgDk> (Abruf 2. Juni 2018); vgl. auch Angela Merkel: „Die CDU ist meine politische Heimat“. Zum 80. Geburtstag von Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, in: Die Politische Meinung, Nr. 485, April 2010, S. 7–11.

ausgereicht habe, um die Regierungsverantwortung zu bewahren.¹³⁵ Im Jahr 1969 befand sich die Union immerhin noch im Bereich der absoluten Mehrheit. Der Einschätzung, die Reformphase habe eigentlich erst nach dem Machtverlust richtig begonnen¹³⁶, ist ebenfalls zu widersprechen. Die CDU hatte organisatorisch mit der Schaffung des Amtes des Generalsekretärs und programmatisch mit der Erarbeitung des „Berliner-Programms“ bereits in der Regierungsverantwortung sinnvolle und nachhaltige Reformen eingeleitet. Somit fanden die wichtigsten Neuerungen bereits vor dem Gang in die Opposition statt.

Problematischer scheint mir eher die Entwicklung nach dem Regierungswechsel zu sein: Der Schwung des Mainzer Parteitags wurde nicht zu einer Intensivierung der Reformen genutzt, das Gegenteil trat ein. Hatte die Parteiführung die Reformen in der Regierungszeit im Falle Kiesingers zumindest geduldet beziehungsweise im Falle Hecks programmatisch aktiv vorangetrieben, traten beide nun deutlich auf die Bremse. Kiesinger scheint Reformforderungen als Kritik an seiner Person beziehungsweise als Infragestellen seines Führungsanspruchs interpretiert zu haben. Heck hatte zudem die faktische Wahlniederlage zu verantworten, auch seine Machtposition wurde bald infrage gestellt. Er überwarf sich zudem mit dem jungen neuen Bundesgeschäftsführer Göb.¹³⁷ Auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971 schließlich forderte er auch innerparteilich eine „Entgötzung des Reformbegriffs“.¹³⁸ Aufgrund des Verhaltens der Parteitagspitze kann – von den wichtigen internen Modernisierungen in der Bundesgeschäftsstelle abgesehen – insgesamt eher von einer Stagnation oder sogar von einem Rückschritt als von einer „Reformwelle der ersten Oppositionsjahre“¹³⁹ gesprochen werden. Die wichtigen internen Modernisierungen in der Bundesgeschäftsstelle waren primär das persönliche Werk Rüdiger Göbs.¹⁴⁰

Die Partei stand 1969 vor einem Berg von Problemen, die sie nicht entschieden genug anging: Die personelle Führungsfrage blieb ungeklärt und die Oppositionsstrategie war lange unklar. Inhaltlich entstanden sogar neue Gräben¹⁴¹, insbesondere mit Blick auf die im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher behandelte Positionierung gegenüber „neuen Ostpolitik“.¹⁴² Statt einer genauen Wahlanalyse und intensiven Programmarbeit – im Sinne Kohls – wurde

135 Schönbohm: Volkspartei, S. 94 f.

136 Ebd., S. 295 f.

137 Ebd., S. 104.

138 Zit. nach Yeomans: Amt, S. 103.

139 Bösch: Macht, S. 103.

140 Yeomans: Amt, S. 75.

141 Am 26. August 1970 kritisierte Kiesinger im CDU-Präsidium scharf die „Disziplinlosigkeit innerhalb der Partei“ insbesondere mit Blick auf die Haltung zur Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition. Protokoll, in: ACDP 07-001-1403.

142 Vgl. Andreas Grau: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005.

einseitig das Ziel der vorzeitigen Rückkehr an die Macht durch Sturz der Regierung Brandt in den Fokus gerückt. Mit der Verwässerung des mutigen Deidesheimer Programmentwurfs wurde eine Gelegenheit zur sichtbaren inhaltlichen Erneuerung vertan. Den CDU-Reformprozess hätte die Parteiführung Kiesinger/Heck insbesondere nach dem Machtverlust des Jahres 1969 aktiver und mutiger gestalten müssen.

Erst Helmut Kohl sollte es ab 1973 schließlich gelingen, die CDU programmatisch und organisatorisch neu aufzustellen. Damit legte er den Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung der Partei in den 1970er Jahren¹⁴³, auch wenn die „Wende“ erst 1982 gelang. In seiner Rede auf dem Bonner Parteitag, auf dem er zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde, rief er den Delegierten am 12. Juni 1973 zu, es sei „nicht damit getan, vergangene Erfolge zu feiern. Es ist auch nicht damit getan, einige Köpfe auszuwechseln und ansonsten alles beim alten zu belassen. Wer so denkt, täuscht sich über die wirkliche Lage der CDU in Deutschland hinweg.“¹⁴⁴

143 Vgl. die diesbzgl. Überlegungen von Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–311.

144 Helmut Kohl: Aufbruch in die Zukunft. Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 12. Juni 1973, in: Hintze/Langguth (Hg.): Helmut Kohl, S. 37–55, hier 39.

Vergessene Reformbemühungen – Rainer Barzels Vorsitz der CDU 1971–1973*

Kai Wambach

I.

Wird eines in der Regel nicht auf Anhieb mit dem Namen und der Person Rainer Barzels in Verbindung gebracht, so sind es die Reformanstrengungen der Christlich-Demokratischen Union unter seinem Vorsitz zu Beginn der 1970er Jahre. Sicherlich ist ein Grund hierfür zunächst darin zu suchen, dass der Fokus bei Barzel zuvorderst auf dem gescheiterten Konstruktiven Misstrauensvotum vom 27. April 1972 gegen Bundeskanzler Willy Brandt liegt, und dass Barzel überhaupt mehr mit Scheitern, Unglück und Misserfolg, denn mit Gestaltung, Reform und Neuordnung in Zusammenhang gebracht wird.¹

Seine Amtszeit als Parteivorsitzender fällt mit gerade einmal 20 Monaten zudem nicht sehr lang aus und sticht auch deshalb kaum hervor. Der Blick auf die bisherigen Vorsitzenden der CDU Deutschlands indes zeigt, dass die Amtszeiten ohnedies entweder sehr lang sind – wie bei Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel² –, oder sehr kurz, wie bei Ludwig Erhard, Wolfgang Schäuble und eben Rainer Barzel. Kurt Georg Kiesinger ist insofern mit fast viereinhalb Jahren im Vorsitz schon die Ausnahme der Regel.³ Bei Barzel ist darüber hinaus aber wohl von Gewicht, dass er im Rückblick wie zeitgenössisch nicht als Vorsitzender der CDU wahrgenommen, sondern mehr mit seinem Amt als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in Verbindung gebracht wird, und hier nach Meinung des Publizisten Johannes Gross als „der beste Fraktionsvorsitzende (gilt), den die CDU/CSU je gehabt hat, ja (als) der effizienteste Fraktionsvorsitzende in der Geschichte des Bundestages überhaupt“.⁴ Auch viele seiner Kollegen teilen diese Meinung; der CDU-Außenexperte Ernst Majonica hält im Januar 1965 fest, Barzel sei „der beste Taktiker, den die CDU hat“, und dazu „willensstark“ – die so heterogene wie unruhige

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7. März 2018 im Centro Hotel Bristol in Bonn.

- 1 Vgl. „Der Mann zwischen Adenauer und Kohl: Im Rückblick sind vielen vor allem seine Niederlagen in Erinnerung“, in: FAZ vom 26. August 2006; „Gestorben: Rainer Candidus Barzel“, in: Der Spiegel Nr. 54 vom 13. Dezember 2006; „Der Fast-Bundeskanzler ist tot“, in: Der Tagesspiegel vom 26. August 2006.
- 2 Konrad Adenauer: 1950–1966, Helmut Kohl: 1973–1998, Angela Merkel: 2000–2018.
- 3 Ludwig Erhard: 1966–1967, Rainer Barzel: 1971–1973, Wolfgang Schäuble: 1998–2000, Kurt Georg Kiesinger: 1967–1971.
- 4 Johannes Gross: „Die Schwäche Rainer Barzels“, in: Publik vom 17. Juli 1970.

Unionsfraktion führt er lange Zeit sicher und souverän –, das bleibt im Gedächtnis.⁵ Sein Handeln als Parteivorsitzender dagegen gerät in Vergessenheit.

Dass nach ihm im Sommer 1973 der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl das Steuerrad der CDU übernimmt,⁶ stellt sich für die Sichtbarkeit von Barzels tatsächlich vorhandenen Reformanstrengungen für die CDU und deren Auswirkungen als ein zusätzlicher Mühlstein heraus. Denn überspitzt formuliert gelten Helmut Kohl und dessen Generalsekretär Kurt Biedenkopf als *die* Reformer der CDU Anfang der 1970er Jahre – andere Namen fallen in diesem Zusammenhang kaum, schon gar nicht derjenige Barzels. Entsprechend sind Formulierungen wie in Manfred Görtemakers „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ – „die von Kohl nach seiner Wahl zum CDU-Bundevorsitzenden 1973 eingeleitete Parteireform (...)“ – unwidersprochenes Allgemeingut.⁷ Anhand solcher und ähnlicher Bewertungen entwickelt sich der Eindruck zum überspitzten, aber eindeutigen Befund: Die Parteireform der CDU kommt aus der Pfalz. In Überblicksdarstellungen wie in Extrakten sind verkürzende Zusammenfassungen freilich geboten und Kohls diesbezügliche umtriebige Tätigkeiten und Erfolge schon in der rheinland-pfälzischen CDU und später auf Bundesebene sprechen für sich.⁸ Dass Kohl seit Mitte der 1960er Jahre und zumal nach seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender mit Recht als entscheidende reformerische Kraft der CDU insgesamt gilt, ist deshalb unbenommen. Doch entsteht so der Eindruck, dass die Entwicklung der CDU zur „modernen Volkspartei“ erst im Sommer 1973 beginnt, wenn Kohl und Biedenkopf die Geschicke der CDU lenken.⁹ Es können über solche Verkürzungen die

5 Ernst Majonica: Das politische Tagebuch 1958–1972. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, 10. Januar 1965, S. 363.

6 Sinnbildlich erhält Kohl ein Steuerrad erst auf dem CDU-Parteitag in Hamburg im Herbst 1973 durch den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, Dietrich Rollmann, überreicht. 22. CDU-Bundesparteitag, 18.–20.11.1973 in Hamburg. O.O., S. 30.

7 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1999, S. 698. Für ähnliche Darstellungen in der Presse nach Kohls Tod vgl. auch „Der Vierteljahrhundert-Parteivorsitzende. Helmut Kohl und die CDU“, in: Handelsblatt vom 17. Juni 2017; „Helmut Kohl war einst der Reformator der CDU“, in: Berliner Morgenpost vom 21. Juni 2017.

8 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 100–115, 166–175.

9 Vgl. für diese Lesart Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart 2001, S. 108 f.; Matthias Micus: Kurt Biedenkopf – General bei Kohl, König in Sachsen, in: ders./Robert Lorenz (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie. Wiesbaden 2009, S. 89; bedingt auch Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 126–138.

zahlreichen Bemühungen seit den 1960er Jahren¹⁰ übersehen werden – und damit auch Kohls direkter Vorgänger als Parteivorsitzender, Rainer Barzel.

Dieser gilt im Gegensatz zum Amtsnachfolger eben gerade nicht als „Reformer“, als ein nach Aufbruch und Erneuerung strebender Mann der neuen Zeit und reformhungriger- und fähiger junger Wilder. Vielmehr wird er auch zeitgenössisch und nicht nur aus den Reihen der Jungen Union und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten eher als „Traditionalist“ und als ein schon ein wenig angestaubtes Relikt aus der Ära Adenauer betrachtet.¹¹ Dabei ist der 1924 geborene Barzel gerade einmal sechs Jahre älter als der zugegebenermaßen ungleich juveniler auftretende Helmut Kohl, der bereits Mitte der 1960er Jahre als drängender Reformler zählt. Barzel ist zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits Bundesminister in Konrad Adenauers letztem Kabinett gewesen und zu Beginn der 1970er Jahre seit einer gefühlten Ewigkeit als Fraktionsvorsitzender von CDU und CSU im Deutschen Bundestag bundespolitisch präsent. Zeitgenössisch behandelt ihn vor allem die Parteijugend als eine andere Generation als Kohl, auch bezüglich der Reformkraft – das gilt auch retrospektiv. Für Frank Bösch ist Barzel eindeutig ein „Reformer der sechziger Jahre (gewesen), nicht der siebziger“,¹² und auch Barzels eigener Generalsekretär, Konrad Kraske, befindet im Rückblick, es wäre freilich nicht so gewesen, dass Barzel ab 1971 „plötzlich (als) politischer Scharnhorst“¹³ erschien und alles ganz neu machte“.¹⁴

Deshalb lohnt ein Überblick im Parforceritt über Barzels tatsächliche Reform- und Modernisierungsimpulse in knapp 20 Monaten als CDU-Parteivorsitzender. Dabei muss natürlich ausgeklammert sein, dass er, wie auch Kohl, wie auch Bruno Heck, wie auch Josef-Hermann Dufhues, wie andere, an den parteireformerischen Vorarbeiten seit Beginn der 1960er Jahre bereits intensiv beteiligt gewesen war.

II.

Zum Parteivorsitzenden gewählt wird Barzel im Oktober 1971 mit einer deutlichen Zwei-Drittel-Mehrheit von 344 zu 174 Stimmen gegen den Gegenkandidaten Helmut Kohl.¹⁵ Vor dem Hintergrund der laufenden Debatte um die

10 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 185–202, 269–273, 320–324; Schönbohm: Volkspartei, S. 58–99, in diesem Band die Beiträge von Michael Borchard und Philip Rosin.

11 Hans-Jürgen Lange: Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973–1989. Marburg 1994, S. 141.

12 Bösch: Macht und Machtverlust, S. 104.

13 Gerhard Johann David von Scharnhorst (1755–1813), preußischer Generalleutnant während der napoleonischen Befreiungskriege, entscheidender Organisator der Preußischen Heeresreform 1807–1814.

14 Zeitzeugengespräch mit Konrad Kraske am 4. Oktober 2013 in Freiburg/Breisgau.

15 Vgl. 19. Bundesparteitag der CDU, 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken. O.O., S. 139.

Deutschland- und Ostpolitik¹⁶ gilt Barzel als sicherere Wahl als der noch vergleichsweise unerfahrene Kohl, der maßgeblich von den Nachwuchspolitikern der CDU und seinem eigenen rheinland-pfälzischen Landesverband unterstützt wird.¹⁷ Zu seinem Generalsekretär macht Barzel den ehemaligen langjährigen Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske. Dieser ist als Persönlichkeit wie als Politiker zwar hochgeschätzt und allgemein respektiert. Allerdings gilt er schon 1971 als „junger Alter“,¹⁸ als eher verwaltend denn innovativ und als sprichwörtlicher „Mann im Hintergrund“.¹⁹ Kraske wird bis heute meist übersehen oder aber ziemlich unterschätzt – er gilt trotz seiner unzweifelhaften Erfahrung wie Barzel als Establishment, weshalb auch durch seine Nominierung als Generalsekretär dem neuen Parteivorsitzenden Barzel von Beginn an kein Auf- oder Umbruch zugetraut wird. Im Vorfeld des Saarbrücker CDU-Parteitages hatte Barzel als Seitenhieb gegen Kraskes Amtsvorgänger Bruno Heck öffentlich gefordert, die CDU müsse endlich einen „erstklassigen Generalsekretär“ erhalten.²⁰ Dass Kraske nicht als ein solcher gilt, zeigt sich bei dessen Vorstellung in der Saarbrücker Saarlandhalle. Das Parteitagsprotokoll hält „vereinzelt(es) Zischen“ aus den Reihen der Delegierten fest; gerade die Parteijugend wünscht sich einen Mann der „ersten Garnitur“ als Generalsekretär, der mehr für Aufbruch und Prestige steht.²¹

Dass Kraske nun die Enttäuschung aushalten muss, gehört zwar zum politischen Berufsrisiko, ist aber dennoch unfair. Vor allem auch deshalb, da er gar nicht Barzels erste Wahl für den Posten gewesen ist – die war Richard von Weizsäcker. Der ehemalige Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages wäre mit einiger Sicherheit auch den jüngeren und reformorientierten Kräften als innovativer Kandidat erschienen. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel spricht wohl nicht allein für sich, wenn er ihn als eine „politisch und psychologisch (...) glänzende Lösung“ bezeichnet.²² Monatelang bemüht sich Barzel in Hintergrundgesprächen, von Weizsäcker den Posten schmackhaft zu machen. Dieser aber zielt sich, will nicht als „General“ unentwegt die anderen

16 Vgl. hierzu Andreas Grau: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005; Werner Link: *Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition 1966–1975*, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009, S. 115–139, hier S. 126 f.

17 Vgl. Schwarz: *Helmut Kohl*, S. 161 f.

18 Bösch: *Macht und Machtverlust*, S. 104.

19 Kleinmann: *Geschichte der CDU*, S. 101.

20 „Barzel nennt Lage ‚besorgnisserregend‘“, in: *Welt am Sonntag* vom 5. September 1971. Vgl. auch Rainer Barzel: *Ein gewagtes Leben. Erinnerungen*. Stuttgart 2001, S. 279; Bösch: *Macht und Machtverlust*, S. 101.

21 19. Bundesparteitag der CDU, 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken. O. O., S. 77, 149 f.

22 Tagebuch Konrad Kraske, 15. September 1971, in Privatbesitz.

Parteien scharf und polemisch angehen.²³ Darüber hinaus hat der ehrgeizige Shooting-Star der CDU wohl auch nicht unbedingt Lust, Wahlkampfstrategien für einen Kanzlerkandidaten Rainer Barzel zu entwerfen,²⁴ will auch nicht in einen Wahlkampf gegen den eigenen Landesvorsitzenden Kohl verwickelt werden, der ihn seit längerer Zeit stark fördert.²⁵ Aufgrund eines Missverständnisses verzögert sich die endgültige Absage an den darüber schwer enttäuschten Barzel bis kurz vor dem Parteitag. Barzel hält mit dem erfahrenen, intelligenten und loyalen Kraske allerdings auch bereits eine „Notlösung“ parat, die sich in den kommenden Monaten als starke Unterstützung herausstellen wird.²⁶

Obwohl unter anderem die kurzfristige Absage von Weizsäckers das Verhältnis zu Barzel stark beschädigt, will dieser in der Folge nicht auf die schöpferische Kraft des Freiherrn für die zukünftige Ausrichtung der Partei verzichten. Er ernennt ihn deshalb zum Vorsitzenden der von ihm eingesetzten Grundsatzkommission der CDU. Diese soll, wie Barzel auf dem Parteitag in Saarbrücken ankündigt, „Macht und Geist, Theorie und Praxis in fruchtbare Spannung“ bündeln²⁷ und der Partei durch engen Kontakt zur Wissenschaft in den seiner Meinung nach künftig relevanten Fragen von der Biologie und des Umweltschutzes bis zur Pädagogik und der Waffentechnologie Möglichkeiten zu vorausschauendem Handeln und planbarer Ausrichtung der Partei, ihrer Strukturen und Programmatik an die Hand geben.²⁸ Mit Blick auf die im Entstehen begriffenen Neuen Sozialen Bewegungen ist das ein interessanter und vielversprechender Grundgedanke – von Weizsäcker bestätigt in diesem Sinne auch ganz Barzels gedankliche Ansätze.²⁹ Allerdings arbeitet die Kommission³⁰ im Anschluss nicht in der von Barzel antizipierten Weise, was diesen später enttäuscht: Dass die Grundsatzkommission auf Initiative von Weizsäckers ab Herbst 1973 das neue Grundsatzprogramm entwirft, das auf dem

23 Vgl. Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen. München 2010, S. 224 f.

24 Vgl. Walther Leisler Kiep: Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch. Berlin/Wien 1999, 27. September 1971, S. 49.

25 Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 246 f.

26 Kurioserweise ließ Kohl über Bruno Heck zwischenzeitlich ebenfalls bei Kraske vorfühlen, ob dieser eventuell für ihn als Generalsekretär zur Verfügung stünde – die Suche der beiden Lager im Herbst 1971 nach einem passenden General weist aufgrund verschiedener Loyalitäten, Verbindungen, Absprachen und Missverständnisse eine Fülle von „Überkreuz-Problemen“ auf. Zeitzeugengespräch mit Konrad Kraske am 4. Oktober 2013 in Freiburg/Breisgau. Barzel gegenüber bemerkte Kraske, er halte sich zwar beileibe nicht für zweitklassig, doch würden sich viele eine „prominente politische Lösung“ erhoffen. Tagebuch Konrad Kraske, 24. September 1971.

27 Vgl. Barzel: Gewagtes Leben, S. 279.

28 Vgl. 19. Bundesparteitag der CDU, 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken. O.O., S. 77.

29 Vgl. Weizsäcker an Barzel, 14. Oktober 1971, in: BArch N 1371-259.

30 Vgl. Präsidium der CDU, 25. Oktober 1971. Protokoll, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 07-001-1404. Der Kommission gehörten neben Weizsäcker Ernst Albrecht, Paul Mikat, Prof. Erdmann, Kurt Biedenkopf und auf Barzels Vorschlag auch der Sozialpolitiker Albrecht Hasinger an. Vgl. auch Schönbohm: Volkspartei, S. 123.

Ludwigshafener Parteitag 1978 verabschiedet wird, war von Barzel bei ihrer Einsetzung nicht vorgesehen.³¹

Des geringen Vertrauens in seine Reformfähigkeit und -kraft von Teilen der Partei ist Barzel sich natürlich bewusst. Umso mehr ist ihm daran gelegen, entschlossen Tatendurst und Schaffensdrang zu demonstrieren. Er will künftig als CDU-Vorsitzender engen Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle halten. Unmittelbar nach Amtsantritt besucht er öffentlichkeitswirksam mit Fotojournalisten im Schlepptau die CDU-Zentrale, berät sich mit den Abteilungsleitern und will zeigen, dass er nun auch Partei- und nicht nur Fraktionsvorsitzender ist und die Arbeit der Geschäftsstelle zu schätzen weiß.³² Von diesem verheißungsvollen Auftakt abgesehen bleibt es in den kommenden Monaten allerdings mehr bei Absichtserklärungen. Als neuen Bundesgeschäftsführer hat Barzel seinen ehemaligen persönlichen Referenten, Ottfried Hennig, auserkoren, der gleichwohl bis Sommer 1973 nur wenig Durchschlagskraft im Amt entwickeln wird.³³

Barzel will die Partei führen, wie er es aus der Fraktion kennt: Die Präsidiumsmitglieder erhalten deshalb von ihm eigene thematische Zuständigkeitsbereiche,³⁴ außerdem verfügt er regelmäßige Treffen zwischen dem Präsidium und den CDU-Landesvorsitzenden, den Vorsitzenden der Bundesvereinigungen der CDU sowie den Schatzmeistern und Landesgeschäftsführern. Auf diese Weise will er die Parteiarbeit zentral vom Präsidium aus aktivieren. Dessen Anzahl an Sitzungen wird signifikant erhöht, während er den schwerer zu steuernden Bundesvorstand wie Konrad Adenauer eher selten einberuft.³⁵ Dies weist eine Analogie zu seiner Fraktionsführung auf, denn hier operiert Barzel bevorzugt mit dem engeren Fraktionsvorstand, dem sogenannten Elferrat, bevor er dessen weiträumige Beschlüsse im Vorstand der Fraktion zurechtzurren und anschließend von der Fraktion absegnen lässt. Hans-Otto Kleinmann befindet, dass Barzel durch seine ersten Maßnahmen in den Anfangsmonaten und ihre

31 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 326.

32 Vgl. ebd.; Bösch: Macht und Machtverlust, S. 103 f.; Lange: Responsivität, S. 135 f., 138 f.; „Ein CDU-Chef, der die Partei entdeckt“, in: SZ vom 7. Oktober 1971“; „Rainer Barzel will in der CDU-Zentrale nicht nur ein seltener Gast sein“, in: Bonner Rundschau vom 8. Oktober 1971.

33 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 326; Bösch: Macht und Machtverlust, S. 104 f.; Präsidium der CDU, 18. Oktober 1971. Protokoll, in: ACDP 07-001-1404.

34 Vgl. ebd., 25. Oktober 1971; Bösch: Macht und Machtverlust, S. 102. Fortan ist von Hassel u. a. für die Verbände und die Bundeswehr zuständig, Katzer für Sozial- und Gesellschaftspolitik samt Gewerkschaften, Kiep für Entwicklungshilfe, Wex für Frauen, Familie und Jugend, Stoltenberg für Finanzen und Wirtschaft, Schröder für Außen- und Deutschlandpolitik und Kohl für die Länder, Presse, Studenten und Bildung.

35 Vgl. Bösch: Macht und Machtverlust, S. 104.

„bislang unbekannter Intensität“ als Parteivorsitzender die CDU zwischenzeitlich aus ihrem Tiefschlaf weckt.³⁶

Für die Organisation der Bundesgeschäftsstelle plant der neue Parteichef Umstrukturierungsmaßnahmen. Die Partei hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert – es sind mehr und jüngere Mitglieder hinzugekommen mit einem deutlich artikulierten Willen zur Partizipation und die althergebrachten Führungs-, Mobilisierungs- und Steuerungsfunktionen greifen nicht mehr. Die seit längerem geforderten und auch schon unter Kiesinger und dessen Generalsekretär Heck skizzierten Planungen sollen nun endlich operationalisiert werden.³⁷ Zunächst muss Barzel sich allerdings erst einmal einen Überblick verschaffen. Direkt nach Amtsantritt setzt er deshalb Kommissionen ein, unter anderem für die Neuausrichtung der Personal- und Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle und zur modernen Behandlung der Massenmedien. Insbesondere eine schnellere, zentral koordinierte und für die CDU gewinnbringendere Medienarbeit ist für Barzel ein wichtiges Anliegen, umso mehr, da er die Unionsparteien vor dem Hintergrund der laufenden gesellschaftspolitischen Debatten und der Deutschland- und Ostpolitik nicht gut genug aufgestellt sieht. Die Arbeit der Kommissionen indes wird er – wie zu oft – über die kommenden Monate aus den Augen verlieren, allein: Sie arbeiten und sie schaffen Grundlagen für eine Restrukturierung ab 1973.

Das auch für ihn persönlich turbulente Jahr 1972 wird Barzel mit dem gescheiterten Konstruktiven Misstrauensvotum Ende April 1972, den Wahlkampf vorbereitungen und der Niederlage bei der Bundestagswahl im November von der Parteiarbeit weitgehend abhalten.

Generalsekretär Kraske notiert im Sommer 1972 in einem Vermerk für Barzel seinen Eindruck, die Entwicklungen rund um die parlamentarische Behandlung

36 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 326. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 konnte Parteichef Kiesinger die anfängliche innerparteiliche Aufbruchstimmung nicht in zielorientierte, dauerhafte Bahnen lenken. Vgl. ebd., S. 322. Von der CDU „als Partei spricht zur Zeit niemand, es sei denn mit einem lächelnden Achselzucken“, mokierte sich die Frankfurter Rundschau im Sommer 1970. „Rainer Barzels Kampf ums Profil“, in: Frankfurter Rundschau vom 9. Juni 1970.

37 Der 1970 neu ins Amt gekommene CDU-Bundesgeschäftsführer Rüdiger Göb leitete bereits kurz nach Beginn seiner Tätigkeit eine umfangreiche Reorganisation der Bundesgeschäftsstelle und ihrer Arbeitsmethoden ganz im Sinne der Planungseuphorie der 1970er Jahre ein. Durch seine Initiative zogen erstmals moderne Managementmethoden in den Arbeitsalltag der Mitarbeiter der CDU ein, auch wurden erste elektronische Mechanismen zur Datenverarbeitung erprobt und hinsichtlich neuer Anwendungsmöglichkeiten über reine Speicherfunktionen hinaus geprüft. Vgl. Frank Bösch: Oppositionszeiten als Motor der Parteireform? Die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich, in: Josef Schmid/Udo Zolleis (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden 2005, S. 179 f.; Lange: Responsivität, S. 130–133. Göb konnte sich allerdings trotz unzweifelhafter Innovations- und Schaffenskraft nicht mit allen Ideen langfristig durchsetzen, auch, da er in vielen Fällen versuchte, eigenständig und eigenwillig seinen Kurs durchzusetzen. Vgl. ebd., S. 141 f.

der Verträge mit der Sowjetunion und Polen, den baden-württembergischen Landtagswahlkampf, das Konstruktive Misstrauensvotum der CDU/CSU-Fraktion gegen Kanzler Brandt und die anschließenden intensiven Verhandlungen mit der Regierungskoalition um die Ostverträge hätten im Frühjahr alle inhaltlichen Anstrengungen der Partei in ihrem Zeitplan stark zurückgeworfen.³⁸ Für Barzel sind dies in der Tat politisch und persönlich bewegende und aufreibende Wochen und Monate. Dennoch, er widmet den parteireformerischen Aktivitäten von Anfang bis Mitte des Jahres 1972 zu wenig Aufmerksamkeit. Erst im Zuge der eiligen Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1972 erfahren diese wieder einen An Schub. Kaum zu seinen Gunsten gewertet wird rückblickend die Tatsache, dass CDU und CSU bei dieser Bundestagswahl erstmals in ihrer Geschichte mit einem gemeinsamen Wahlprogramm antreten. Zwar überschwänglich, aber nichtsdestoweniger korrekt bemerkt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Richard Stücklen auf dem Wiesbadener CDU-Parteitag, „das Verdienst, diese Einheit in Wort und Schrift ermöglicht zu haben, gebührt in erster Linie (...) Rainer Barzel“.³⁹

III.

Allerspätestens nach der Wahlniederlage vom 19. November 1972 wird ein Neuanfang für die Partei und für diesen persönlich umso dringender. Doch auch jetzt verzögern äußere Umstände alle guten Vorsätze. Im Vorgriff auf den Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth 1976 sorgt die CSU bereits vier Jahre zuvor für erhebliche Unruhe. Parteichef Franz Josef Strauß stellt die gemeinsame Bundestagsfraktion in Frage,⁴⁰ und hebt damit eine bereits Ende 1968 begonnene Diskussion auf die Agenda.⁴¹ Bis weit in den Dezember dauern die Auseinandersetzungen, bis man sich schließlich auf eine Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft und weiterhin Barzel als deren Vorsitzenden einigen kann.⁴² Als Folge kann er mit vertieften Planungen für eine Restrukturierung und programmatische Neuausrichtung für die CDU erst über die Weihnachtstage und mit Jahresbeginn 1973 beginnen.

Bei aller Frustration innerhalb von Partei und Fraktion über den Wahlausgang ist zu konstatieren, dass die eindeutige Wiederwahl Willy Brandts für

38 Vgl. Vermerk Kraske für Barzel, 16. Juni 1972, in: ACDP 07-001-22096.

39 20. Bundesparteitag der CDU, 9.–11. Oktober 1972 in Wiesbaden O.O., S. 17; vgl. auch „Vom Stuhl gefallen“, in: Der Spiegel Nr. 42 vom 9. Oktober 1972.

40 Vgl. Protokoll der CSU-Landesgruppensitzung, 20. November 1972, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) LG 1972: 22.

41 Vgl. Günter Buchstab: Ein parlamentarisches Unikum, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. S. 264 f.; Stefan Marx: In der ersten Großen Koalition 1966–1969, ebd., S. 111.

42 Vgl. Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung, 11. Dezember 1972, in: ACDP 08-001-1030/2, S. 1 f.

eines immerhin gute Voraussetzungen schafft: Der abermalige Verlust einer Bundestagswahl und die Tatsache, dieses Mal nicht einmal mehr stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu sein, sind so tiefe Einschnitte für die CDU, dass diesmal im Gegensatz zu manchen nicht durchgehaltenen Worthülsen von 1969 innerhalb der Partei die grundsätzliche Bereitschaft besteht, Positionen zu überdenken und Veränderungen in Struktur und Ausrichtung anzunehmen.⁴³ Die zurückliegenden drei Jahre waren mehr auf die Wiedererlangung der Macht im Bund als auf eine tatsächliche Veränderung ausgerichtet – jetzt stehen tatsächlich unausweichlich viermal 365 Tage in der Opposition an, wie Barzel es bereits auf dem Bundesparteitag in Mainz 1969 angekündigt hatte.⁴⁴

Ein großer Unterschied zwischen Barzel und seinem Nachfolger Helmut Kohl bei allen programmatischen und parteireformerischen Maßnahmen besteht in der grundsätzlichen Herangehensweise. Während der gut vernetzte Kohl frühzeitig auf die Einbindung schlauer Köpfe und zahlreicher Helfer setzt, Impulse und Leitfragen gibt,⁴⁵ sich aber ungern in Detailfragen verliert und insgesamt nach dem Motto „divide et reforma“ verfährt, setzt Rainer Barzel in der Regel ganz auf Rainer Barzel. Dieses bei ihm ohnehin schon stark ausgeprägte Verhalten verstärkt sich noch einmal nach der verlorenen Bundestagswahl, womit er selbst eine wesentliche Voraussetzung dafür schafft, dass nicht alle von ihm gewünschten Maßnahmen greifen: Er ist kein guter Teamplayer, arbeitet am liebsten allein, zurückgezogen und kommuniziert nicht oder zu wenig. Im Mitarbeiterkreis zu diskutieren fällt ihm selten bis nie ein. Irgendwann stellt er in den Gremien eigene Konzepte vor und erwartet, dass diese von seinen Kollegen angenommen werden. Selbst sein eigener Generalsekretär beklagt die „völlig fehlende echte Kooperationsfähigkeit“ des Parteivorsitzenden. Enge Mitarbeiter, auch Freunde könnten mit ihm „kein wirkliches Gespräch führen“, weil er dafür nie offen ist, nie Rat sucht, „sondern lediglich die Ergebnisse, zu denen er selbst gekommen (ist), taktisch durchzusetzen“ versuche.⁴⁶ Damit erschwert er die Arbeit der Kollegen erheblich, die mit ihm zusammen die CDU auf die neuen Zeiten vorbereiten wollen – sie werden zu Erfüllungsgehilfen degradiert, da Eigeninitiativen bis auf wenige Ausnahmen vor seinen Augen keine Gnade finden. Er hört sich andere Meinungen zwar durchaus an, seine Meinung beeinflusst das in den meisten Fällen jedoch nicht mehr.⁴⁷ Dem-

43 Vgl. Bösch: Macht und Machtverlust, S. 33.

44 Vgl. 17. Bundesparteitag, 17./18. November 1969 in Mainz. O.O., S. 121.

45 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 354 f.; Schwarz: Helmut Kohl, S. 169–175.

46 Tagebuch Konrad Kraske, 18. Januar 1973. Dies wäre in der Regel Barzels typische Vorgehensweise bei den überwiegenden Vorgängen gewesen, so Kraske: „Er wusste, was er wollte, er hatte ein Ziel und dann ging's nur darum, andere von diesem Ziel zu überzeugen und zu gewinnen.“ Zeitzeugengespräch mit Konrad Kraske am 4. Oktober 2013 in Freiburg/Breisgau.

47 Ebd.

entsprechend gehen die Gedankengänge der ihm Zuarbeitenden meist nicht von der Fragestellung aus, was nützt der Sache, sondern: Wie sieht das der Chef? Entsprechende Not hat der für die Umsetzung zuständige Kraske, der gegenüber Präsidiumsmitglied Hans Katzer klagt, „daß Barzel offenbar wenig Neigung hätte, mit seinen engsten Freunden und Kollegen zu kooperieren, daß diese das dafür umso mehr untereinander tun müßten“.⁴⁸ Als Vorteil dieser Abkapselung ist immerhin zu benennen, dass Initiativen, Ideen, Anregungen, Impulse und Vorstöße für die Reform der CDU im Falle Barzels leichter auf ihn persönlich rückzuführen sind als bei Helmut Kohl. Zudem zeigt die Entwicklung vor allem im Frühjahr 1973, dass Barzels Vorstellungen immerhin so konkret und weittragend waren, dass sie trotz der ausbaubaren Teamarbeit wie auch parteiinterner Widerstände gegen seine Person zu substanziellen und konkreten Fortschritten für die Parteireform führten.

Als er nach den turbulenten und durch die CSU noch verstärkten Nachwehen der Wahlentscheidung etwas Luft sieht, zieht Barzel sich in Klausur zurück. Weitgehend allein und nur in Kontakt mit Otfried Hennig und Fraktions-sprecher Eduard Ackermann arbeitet er an seinen Vorstellungen für eine moderne und nachhaltige Parteiarbeit. Er kehrt nach einem fast 20-tägigen Urlaub in Garmisch-Partenkirchen erst am 10. Januar 1973 wieder nach Bonn zurück, und ist in dieser Zeit bis auf die beiden Genannten für kaum jemanden, inklusive seines Generalsekretärs oder anderer Präsidiumsmitglieder, zu sprechen.⁴⁹

Wie Barzel auf der Ende Januar 1973 stattfindenden Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands ankündigt, steht im Mittelpunkt der Überlegungen zunächst die Frage, wie künftig noch mehr Mitglieder für die CDU geworben und diese in die Parteiarbeit integriert, und wie die vielen Helfer und Unterstützer der CDU-Wahlkampagne 1972 dauerhaft für die Arbeit innerhalb der Parteistrukturen aktiviert werden können.⁵⁰ Hierzu sollen Programme und Initiativen ausgearbeitet und eine systematisierte bundesweite sowie landes- und kommunalspezifische Mitgliederwerbung eingeführt werden. Insbesondere mit Blick auf kommende Wahlkämpfe sollen die Mitgliederlisten der CDU dahingehend ausgewertet werden, welche Mitglieder für aktive Wahlkampfhilfen und -einsätze heranzuziehen sind.⁵¹

Der sprunghafte Anstieg der Mitgliederzahlen der Partei seit 1971 kennzeichnet am augenfälligsten die Evolution der CDU von der Honoratioren-

48 Tagebuch Konrad Kraske, 12. Januar 1973.

49 Ebd., 11. Januar 1973.

50 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, 27./28. Januar 1973, S. 1093f, 1102.

51 Vgl. ebd., S. 1102f.

hin zur Mitgliederpartei seit Mitte der 1960er Jahre.⁵² Bisher verzeichnete die CDU im Jahresdurchschnitt etwa 10.000 Neumitglieder, im hochemotionalen Wahlkampfjahr 1972 sind es 67.223, 1973 dann immer noch 34.425. Bis zum Jahr 1976 werden die Zahlen weiter steigen und dann ab 1977 wieder auf etwa 10.000 pro Jahr fallen. Somit beginnt der große Anwuchs der CDU-Mitgliederzahlen nicht erst mit der Amtszeit von Helmut Kohl und dessen Generalsekretär Kurt Biedenkopf, wie ab Sommer 1973 vielfach kolportiert,⁵³ sondern geht unter ihnen weiter.⁵⁴ Biedenkopf allerdings wird durch eine umstrukturierte Bundesgeschäftsstelle neue und moderne Aufnahmemechanismen entwickeln können. Doch auch Konrad Kraske denkt noch in seiner Zeit als Generalsekretär bereits intensiv über die Aufgabenstellungen durch die neuen Mitglieder nach, auch, wie man diese gewinnbringend „aktivier(en) und systematisier(en)“ kann.⁵⁵

Ein zweifellos wichtiger Ansatz für die Parteiführung, denn die immerhin über 100.000 Neumitglieder stellen nicht nur ein gutes Viertel der insgesamt knapp 422.000 CDU-Mitglieder, sondern natürlich sind sie in nicht einmal eineinhalb Jahren mit dem Anspruch in die CDU eingetreten, jetzt aktiv mitgestalten, partizipieren und die Partei voranbringen zu können. Dem will und muss Barzel als Parteivorsitzender gerecht werden und gleichzeitig will er dem eigenen Befund vom geistigen Führungsverlust der vergangenen Jahre neue, programmatische Positionierungen entgegensetzen.⁵⁶

Seine Vorgehensweise ist geradeheraus – er will direkt an die Mitglieder der Partei herantreten. Schon kurz nach Weihnachten 1972 hatte er Bundesgeschäftsführer Hennig einen Briefentwurf aufsetzen lassen, in dem alle CDU-Kreisvorsitzenden aufgefordert werden sollte, ihre Mitglieder zur aktiven parteilichen Mitarbeit zu animieren. Durch eine Art Generalabfrage bis in die kleinsten Gliederungen der Partei sollte die Gesamtstrategie der CDU in der Opposition, ihre innere Verfassung und ihr künftiges Verhältnis zum

52 Vgl. Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 300 f. Vgl. hierzu auch Schönbohm: Volkspartei, S. 84–94; Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 259–261, 326 f.

53 Vgl. Vermerk Jansens für Barzel, 11. März 1974, in: BArch N 1371-111; Zeitzeugengespräche mit Konrad Kraske am 4. Oktober 2013 und 14. Februar 2014 in Freiburg/Breisgau.

54 Vgl. Micus: Biedenkopf, S. 90.

55 Interview Konrad Kraskes mit dem Süddeutschen Rundfunk (SDR), 24 Februar 1973; vgl. auch Kraskes Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU, 12. Juni 1973 in Bonn. O.O., S. 20 f.

56 Vgl. CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 27./28. Januar 1973, S. 1087. Vgl. hierzu auch die Rede Barzels auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 12. Januar 1973 in Siegen, in: ACDP 03-002-818/1; „Barzel wird energisch“, in: Bonner Rundschau vom 13. Januar 1973; „Barzel betont Führungsanspruch“, in: Frankfurter Neue Presse vom 16. Januar 1973; „Barzel: Die Union muss 1976 mit dem besten Mann antreten“, in: Generalanzeiger Bonn vom 16. Januar 1973.

Wähler durch die Anregungen der Mitglieder fast basisdemokratisch ermittelt werden.⁵⁷ Das würde in Barzels Augen sowohl die Kreis- und Ortsverbände in ihren Funktionen als kleinste Zellen der CDU stärken und darüber hinaus die breite Masse der Mitglieder mitnehmen. Kraske findet den Ansatz zwar grundsätzlich gut, dennoch stoppt er den Parteivorsitzenden mit dem Hinweis, auf eine so direkte und doch unspezifische Anfrage würde man keine verwertbaren Ergebnisse, sondern „als ergebnis aepfel, birnen und pflaumen“ bekommen, „weil jeder sein eigenes steckenpferd reiten werde“.⁵⁸ Derartig offene Fragen könnten aus ergebnisorientierten Gründen nicht in eine so breite Gruppe gestellt werden. Es bedürfe inhaltlicher Vorbereitungen, damit verwertbare Resultate dabei herauskämen. Barzel sieht das ein und schwenkt um, die Aktion wird zwischenzeitlich unterbrochen. Wie Kraske ist er der Meinung, dass die innerparteiliche Kommunikation in Zukunft nicht allein durch „Diskussionsvorgaben der Bundespartei“ belebt werden könne. Deshalb sollen die wichtigen Themen erst einmal fachlich vorbereitet und anschließend den Mitgliedern vorgelegt werden.⁵⁹ Die hierfür vorschwebenden, vornehmlich gesellschaftspolitischen Themen sollen deshalb zunächst in Fachkommissionen aus Bundestagsfraktion und Partei inhaltlich ausgearbeitet und erst dann mit klarer Zielrichtung und entscheidungsfähigen Alternativ-Modellen den Mitgliedern vorgelegt werden, bevor im Herbst der CDU-Parteitag in Hamburg hierzu die entsprechenden Beschlüsse fasst.

Hiermit zollt Barzel nicht nur eigenen Überzeugungen von Mitglieder-Partizipation Tribut, sondern durchaus auch dem Zeitgeist, der sich in Willy Brandts Diktum von „Mehr Demokratie wagen“ ausdrückt.⁶⁰ Dem kam die CDU bereits zuvor mit ihren stark Mitglieder-inkludierenden Parteitagen in Berlin und Düsseldorf 1968 und 1971 entgegen.⁶¹ Auch die FDP, auch die SPD bemühen

57 Vgl. Entwurf eines Textes an alle Kreisvorsitzenden, 4./5. Januar 1973 für Barzel (Garmisch-Partenkirchen), inklusive Telegramm-Erläuterungen von Hennig über Meinungen hierzu von Eduard Ackermann und Konrad Kraske, in: ACDP 07-001-12174.

58 Ebd. Text wie im Original.

59 CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 19. Februar 1973, S. 1264f.

60 So die Formulierung von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969. Die Unionsfraktion hatte sich hierüber stark empört, da Brandt die Worte „wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an“ voranstellte, was CDU und CSU, die zuvor 20 Jahre lang die Bundesregierungen führten, als Vorwurf empfanden. Letztlich hob Brandt wohl mehr auf den partizipations-orientierten Zeitgeist der 1960er und frühen 1970er Jahre ab. Vgl. Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammer (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37). Hamburg 2000, S. 365 f.

61 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 269; Bösch: Macht und Machtverlust, S. 30, 32, 103 f.; Schönbohm: Volkspartei, S. 81–88, 104, 106, 122 f..

sich seit längerem auf diesem Feld.⁶² Barzel liegt insofern voll im Trend. Er will aber noch mehr Teilhabe und noch mehr Mitwirkung der Parteibasis.

In einem Briefentwurf Barzels von Anfang Mai 1973, gerichtet an jedes einzelne CDU-Mitglied, werden diese von ihm aufgefordert, persönlich über „den Weg der CDU mit(zu)entscheiden“. Sie sollen die inhaltliche Diskussion bis zum Hamburger Parteitag aktiv mitgestalten. Die „Partei in ihrer ganzen Breite“ soll nach seinen Vorstellungen an den Entscheidungen über die gesellschaftspolitische Ausrichtung der CDU beteiligt werden. Noch stärker als mit den Parteitagen in Berlin und Düsseldorf soll der Öffentlichkeit „das Bild einer diskutierenden, modernen Volkspartei“ vermittelt werden, die sich „ihrer sozialen Verpflichtungen bewußt“ sei.⁶³ Dies kann durchaus als Fingerzeig auf die Mitbestimmungsdebatte verstanden werden, die im Herbst 1973 einer Entscheidung zugeführt werden soll.⁶⁴

Der Entwurf zeigt, dass Barzel auch aus heutiger Sicht sehr moderne Ansichten von integrativer Parteipolitik entwickelte und auch für realisierbar hielt. Wäre es zu dem von ihm angedachten Ablauf gekommen, hätte dies nicht nur in klarer Tradition der Parteitage von Berlin und Düsseldorf gestanden, sondern wäre diesen vom Partizipations-Verfahren her wohl ungleich voraus gewesen. Auch scheint Barzel durchaus willens, in der gerade sich zuspitzenden Mitbestimmungsdebatte den Versuch zu wagen, die Parteibasis zur Durchsetzung seiner politischen Agenda einzusetzen, beziehungsweise diese Agenda noch vor dem Parteitag der Basis zur Abstimmung vorzulegen. Wie weit die Idee am Ende aber wirklich gegangen wäre, ist schwer zu sagen. Der Brief wird nicht abgeschickt, wenige Tage nach Fertigstellung des Entwurfs tritt Barzel vom Fraktionsvorsitz zurück und verzichtet wenig später auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz.

Die Arbeiten in den Fachkommissionen laufen zu dieser Zeit allerdings bereits. Für die Anpassung der langfristigen Ausrichtung der CDU setzt Barzel auf die Grundsatzkommission, für die kurz- und mittelfristige aber ganz auf die zehn sogenannten Ad-hoc-Kommissionen. Diese werden für die Themen Bodenrecht, Jugend, Soziale Dienste, Medienpolitik, Mitbestimmung, Frauen, Steuerpolitik, Familie, Berufliche Bildung und Eigentum gebildet, je nach Thema werden sie in Fraktion oder Partei federführend vorbereitet.⁶⁵

62 Vgl. Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Untübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 181–229; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 388–401.

63 Briefentwurf Barzels an alle Mitglieder der CDU mit handschriftlicher Vorlage, 2. Mai 1973, in: ACDP 07-001-12174. Der Brief wurde nicht abgeschickt.

64 Zur Mitbestimmungsdebatte in der CDU vgl. Udo Zolleis: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit Wiesbaden 2008, S. 81–83, 151–153, 179–183.

65 Vgl. CDU-Bundesvorstandsprotokolle, 1969–1973, 19. Februar 1973, S. 1265 f.; Präsidium der CDU, 26. Februar 1973. Protokoll, in: ACDP 07-001-1406.

Für die inhaltliche Debatte der CDU auf dem Feld der Innen- und Gesellschaftspolitik bis 1976 ist die Arbeit in diesen Kommissionen zweifellos eine Bereicherung, da hier in geordneten Bahnen hochaktuelle Themen ausgiebig diskutiert und beleuchtet werden können.⁶⁶

Für Barzels Amtszeit kann sie keine Auswirkungen haben – vier Kommissionen konstituieren sich erst nach Mai 1973, erst zwei haben ihre Beratungen bis dahin abgeschlossen, bei zwei weiteren ist die personelle Besetzung noch ungeklärt und die Kommission Mitbestimmung, die Barzel selbst leiten will, wird im Sommer 1973 von Kurt Biedenkopf einkassiert. Er entwickelt bezüglich der Mitbestimmungsfrage eigene Vorstellungen, die denen Barzels entgegenlaufen und mit denen er sich am Ende durchsetzen wird.⁶⁷

Die Arbeit von Bundestagsfraktion und Partei will Barzel besser und langfristiger aufeinander abstimmen. Damit möchte er auch dem Vorwurf entgegenwirken, es sei immer ausschließlich die Fraktion, die, wie in den vergangenen Jahren, den Kurs der CDU bestimme. Für eine effizientere und zentrale Planung will er den CDA-Vorsitzenden und ehemaligen Arbeitsminister Hans Katzer als Koordinator mit weitreichenden Kompetenzen einsetzen und durch diese Funktion wohl auch als nächsten Generalsekretär aufbauen.⁶⁸ Barzel will die neue Position eines Koordinators der Planungseinrichtungen kreieren, der die wissenschaftlichen Dienste von Fraktion, Partei und Konrad-Adenauer-Stiftung zusammenfassen soll.⁶⁹

Um es kurz zu machen: Sein Vorgehen bei der geplanten Installation Katzers ist ungewohnt ungeschickt, er scheitert am Widerstand vor allem aber nicht nur der konservativ orientierten Kräfte in Fraktion und Partei.⁷⁰ Obendrein stößt er den loyalen Konrad Kraske vor den Kopf, denn Koordinationsaufgaben sind originärer Arbeitsbereich des Generalsekretärs und dieser sieht

66 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 358–364.

67 Vgl. Vermerk Hennigs für Barzel, 10. Mai 1973, in: ACDP 07-001-12174; Notizen Barzels zur Präsidiumssitzung am 26. Februar 1973, in: BArch N 1371-107; vgl. auch Barzel: Gewagtes Leben, S. 305; Präsidium der CDU, 20. August 1973. Protokoll, in: ACDP 07-001-1406.

68 Vgl. „Barzels Taktik“, in: Rheinische Post vom 20. Februar 1973; „Barzels neuer Start“, in: Generalanzeiger vom 21. Februar 1973. Barzels Vertrauter Katzer als Gallionsfigur der Reformbemühungen und platziert an einer koordinativ-integrativen Schnittstelle zwischen Partei und Fraktion wäre ein Aufbruchsignal an die reformhungrigen Vereinigungen gewesen, vorneweg die Junge Union und die durch Katzer geführten Sozialausschüsse. Darüber hinaus hätte Barzel sich so bei der spätestens im Herbst unausweichlichen Konfrontation mit Helmut Kohl der Unterstützung dieser Gruppierungen weitgehend sicher sein können.

69 Vgl. CDU-Bundesvorstandsprotokolle, 1969–1973, 27./28. Januar 1973, S. 1094.

70 Vgl. Langguth an Barzel, o.D. (20. Februar 1973) und Barzel an Langguth, 23. Februar 1973, in: ACDP 01-365-027/1; Telegramm Kohl an Barzel, 20. Februar 1973, in: BArch, N 1371-385; Interview Richard Stücklens mit dem Hessischen Rundfunk, 22. Februar 1973, 13:00 Uhr, in: ACSP, Nachlass Stücklens, Richard: 63; vgl. hierzu auch die Analyse „Rechte Clique“, in: Spiegel Nr. 9 vom 26. Februar 1973.

sich aufgrund der entstehenden Debatte über Barzels diesbezüglichen Vorstoß mit Recht desavouiert.⁷¹

Der zugrundeliegende Gedanke eines Planungskoordinators in der von Barzel vorgesehenen Form allerdings wäre – unabhängig von seiner unglücklichen Vorgehensweise bei der Einsetzung Katzers – eine vielversprechende Überlegung gewesen.

Das in seinen Augen bislang nicht ausreichend ausgeschöpfte Potential der CDU-Vereinigungen will Barzel künftig aktivieren, vernetzen und ausbauen, um es in Zukunft viel zielgerichteter für die Partei nutzen zu können. In seiner Vorstellung können auf diesem Wege Zielgruppen sehr viel zielgerichteter und nicht immer mit direktem parteipolitischen Bezug angesprochen werden. Barzel und Kraske sind sich einig, dass man die „systematische Veränderung des Images der Partei, insbesondere im Hinblick auf eine moderne Volkspartei, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt ist“, nicht allein der parlamentarischen Arbeit der Bundestagsfraktion überlassen könne. Verantwortung müsse an der Basis demonstriert und eingefordert werden. Hier lägen, wie Kraske an Barzel schreibt, „Aufgaben und Chancen, insbesondere für Frauenvereinigung, Sozialausschüsse und Junge Union“.⁷² Im Frühjahr 1973 organisieren sie systematische Besuchen und Treffen mit den Vereinigungen. Dieser Austausch soll regelmäßigen Charakter und thematische Schwerpunkte bekommen und kann auch überparteiliche Wege nehmen. Schon kurz nach der Bundestagswahl war Barzel in direkten Austausch mit der Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates, Elisabeth Schwarzhaupt, getreten, die eine Sachverständigenkommission zur „Situation der Frau in der Gesellschaft“ eingefordert hatte.⁷³

Auch auf die junge Generation richtet sich nun verstärkt sein Blick. Die Bedeutung der Jungen Union für die Partei könne „überhaupt nicht unterschätzt werden“, ist seine feste Meinung, die er auch öffentlich äußert. Genauso verlangt er auch mehr Engagement der Nachwuchskräfte. Schon auf dem JU-Deutschlandtag in Fulda Ende September 1972 hatte er gefordert, die Jungen sollten den Alten einmal „mehr Feuer unterm Stuhl“ machen. Jedoch nicht nur stete Motivation für die Älteren müsse die Junge Union künftig sein, sondern auch

71 Vgl. Interview Kraskes mit Hilmar von Poser im Tagesmagazin des Westdeutschen Rundfunks, 31. Januar 1973; Interview Kraskes mit Hans-Ulrich Pusch im Norddeutschen Rundfunk, 2. Februar 1973. Vgl. auch Kraske an die Mitglieder des Bundesvorstands der CDU, 2. Februar 1973, in: ACDP 07-001-11380; vgl. „Katzner zum Chef-Koordinator der Planungsstäbe ernannt“, in: Rheinische Post vom 20. Februar 1973; „Katzner steuert die gesamte CDU-Planung“, in: Ruhr-Nachrichten vom 20. Februar 1973; „Katzner wird Chef der CDU-Stäbe“, in: Bonner Rundschau vom 20. Februar 1973.

72 Kraske an Barzel, 11. Januar 1973, in: ACDP 07-001-11380.

73 Schwarzhaupt an Barzel, 6. Dezember 1972 und Barzel an Schwarzhaupt, 2. Februar 1973, in: BArch N 1371-257. Schwarzhaupt forderte in ihrem von Barzel mit Unterstreichungen versehenen Schreiben, dass insbesondere „die jüngere Frauengeneration“ stärker hervortreten müsste. Vgl. zu den Treffen auch UiD Nr. 9 vom 28. Februar 1973, S. 13.

in der Lage, in absehbarer Zeit wieder die Mehrheit in der eigenen Generation zurückerobern zu können.⁷⁴ Die Rücksprache wird auch mit Vertretern des RCDS gesucht, allerdings dauert die Verabredung von koordinierenden Gesprächen viel zu lang.⁷⁵ Als diese endlich zustande kommen können, ist es zu spät, Barzel ist bereits zurückgetreten.⁷⁶ Auch Kraske wird zwischenzeitlich bei den Vereinigungen tätig, trifft sich am 14. März mit Dietrich Rollmann, Gerd Langguth und Wulf Schönbohm vom RCDS, um „über die künftige Organisation unserer Jugendarbeit“ zu diskutieren.⁷⁷ Zudem besucht er Arbeitnehmerversammlungen und spricht im Siegener Raum vor christlich-sozialen Betriebsräten über soziale Themen.⁷⁸ Barzel sucht Mitte März ebenfalls noch engeren Kontakt zu den Vereinigungen der Partei, trifft die wirtschaftsnahe Mittelstandsvereinigung der CDU, um über die kommenden gesellschaftspolitischen Themen Mitbestimmung, Bodenrecht, berufliche Bildung und Vermögensbildung zu diskutieren. Ebenso holt er sich Anregungen in Gesprächen mit dem Vorstand der Sozialausschüsse, wo zusätzlich über die soziale Sicherung der Frauen beratschlagt wird.⁷⁹ Auch bei der Aktivierung der Vereinigungen fehlen am Ende also weder eine konkrete Vorstellung noch der Wille, sondern die Zeit. Bis Sommer 1973 bleibt es gerade einmal bei ersten Besuchen – durchaus konstruktiv, aber nicht nachhaltig.

Dennoch: Kontakte sind ein zentraler Punkt von Barzels Vorstellungen von moderner Parteiarbeit. Er will ran an die Basis, ran an die Menschen und ran an die Wähler. Als öffentlichkeitswirksamste Maßnahme im Frühjahr 1973 gilt die von ihm ins Leben gerufene sogenannte Aktion Hinaus ins Volk. Zu Jahresbeginn 1973 führt er auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe in Siegen aus, die Union müsse „immer mehr zu einer nicht nur in Parlamenten, Amtsstuben und Gremien tätigen politischen Bewegung, sondern ebenso zu einer in der Gesellschaft tätigen Bewegung werden“. Wo auch immer in Zukunft Meinungen, Interessen, Tätigkeiten und Menschen zusammenkämen, ob in Schulen, Redaktionen, Betrieben, Kasernen, Universitäten, in Betriebsräten, in Bürgerversammlungen, in Fragerunden, bei Vorträgen, in Streitgesprächen, mit Intellektuellen, Arbeitern, Mittelstand, Industrie, Handwerk, in Vereinen, Kirchen ... Überall müsse die Partei nach Barzels Willen „selbstverständlich – und dies ist

74 „Dr. Barzel: Bedeutung der JU ist nicht zu unterschätzen“, in: Westfalen-Zeitung vom 13. Februar 1973.

75 Vgl. Langguth an Barzel, 16. Januar 1973, Barzel an Langguth, 18. Januar 1973 und 29. Januar 1973, in: ACDP 01-365-027/1.

76 Vgl. Vermerke Jansens für Barzel, 7. März 1973 und 22. Mai 1973, in: ACDP 07-001-12174.

77 Tagebuch Konrad Kraske, 14. März 1973.

78 Vgl. UiD Nr. 12 vom 21. März 1973, S. 3.

79 Vgl. ebd., S. 2.

ganz wichtig; ganz selbstverständlich! – aus- und eingehen“.⁸⁰ Das soll nicht nur für die Bundespartei gelten, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene.

Der Parteivorsitzende selbst hatte bereits im Dezember ein erstes Konzeptpapier für auf ihn zugeschnittene Basisbesuche von der Bundesgeschäftsstelle verlangt. Nach Vorlage hatte er anschließend handschriftlich am Seitenrand verdeutlicht, dass er zwar auch, aber eben nicht nur die üblichen Besuche bei CDU-Kreis- und Ortsverbänden durchführen wolle: Die Vorschläge seien zwar „im Ganzen gut. Nur: Das ist Parteibetrieb. Das ist nicht: Hinaus ins Volk. Außer Mitgliedern und Journalisten sehe ich niemanden!! Auf diesem Wege kommen wir in den sicheren 30 %-Turm! (...) Wo sind SMV (Schülermitverwaltung), Betriebsräte, Innungsmeister, etc.? (...) Erbittle besseren Vorschlag!“ Und neben die rhetorische Floskel im Entwurf der CDU-Bundesgeschäftsstelle, es gelte den Eindruck zu beseitigen, der Parteivorsitzende habe keine Zeit für Gespräche mit Partei, Kreisverbänden und Kandidaten, notiert er nur lakonisch: „Hat er auch nicht: VOLK!“⁸¹

Gerade mit persönlichen Basisbesuchen will er neue Wege fernab der ein- und ausgetretenen Landfahrten der Parteivorsitzenden einschlagen. Barzel will volksnahe Begegnungen, wo zugehört und diskutiert wird. Mal intensiv in kleiner Runde, mal in großen Versammlungen mit Breitenwirkung. Auf der einen Seite muss die Partei wissen, was das Volk bewegt, um hierauf politisch eingehen zu können. Andererseits soll der Bevölkerung eben auch ganz bewusst und plakativ vor Augen gehalten werden: Da will einer *wissen*, was Euch bewegt.

Freilich – sowas gibt es vorher auch. Aber Barzel will es sublimieren, zentralisieren, koordinieren, dauerhaft in den Medien halten, und, wenn möglich, immer mit prominenten Politikern besetzen. Das tägliche politische Geschäft also, aber perfektioniert. Die Auftritte sollen viel besser vor- und nachbereitet werden, mitgeschnitten und ausgewertet, die Presse soll speziell auf die jeweiligen Lokaltermine zugeschnittenes Material an die Hand bekommen. Inhaltlich vorbereitete Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle sollen den Journalisten für direkte Nachfragen zur Verfügung stehen.⁸² Die Veranstaltungen selbst sollen mit Fragebögen zur Durchführung evaluiert werden, Barzel schweben dabei einheitliche Veranstaltungskonzepte für Bundes-, Landes- und kommunale Ebene vor.⁸³

80 Rede Barzels auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe in Siegen, 12. Januar 1973, in: ACDP 07-001-12174.

81 Vermerk Rummmlers für Barzel mit handschriftlichen Marginalien Barzels, 20. Dezember 1972, ebd. Hervorhebungen wie im Original. Ein hieraufhin verbessertes Konzeptpapier der CDU-Bundesgeschäftsstelle liegt nicht in der Akte vor, die Wünsche des Parteivorsitzenden wurden jedoch in der Folge bedacht.

82 Vgl. Vermerk Hennigs für Barzel, 8. Mai 1973, ebd.

83 Vgl. Vermerk Rummmlers für Hennig, 3. Mai 1973, ebd.

Die Mitglieder des CDU-Bundesvorstands sollen hierfür an wenigstens 25 Terminen im Jahre zur Verfügung stehen. Nach Barzels Willen soll die CDU regelmäßig mit einem prominent besetzten Thema und einer prominenten Persönlichkeit in den Medien ausgiebig zitiert wird.⁸⁴

Auch hier muss nochmals betont werden: Das Rad wird durch diese Ansätze nicht neu erfunden und auch die anderen Parteien verbessern und modernisieren zeitgleich ihre Methoden. Gegenüber der bisherigen Praxis ist es jedoch zweifelsohne ein veritabler Fortschritt.

Barzel will das Kerngeschäft des Politikers professionalisieren und den neuen Zeiten anpassen. Auch heutzutage, in Zeiten moderner Technik und Neuer Medien, geht es bei Politik immer um die Begegnung mit den Menschen. Früher hieß es ungelentk „Hinaus ins Volk“, heute heißt es genauso schwammig Bürgerdialog, Bürgerforum, oder „Bürgerverstehere-Initiative“ mit der Bundeskanzlerin.⁸⁵

Der Parteichef agiert vorbildlich und absolviert Termin um Termin – seine Umfragewerte steigen hierdurch im Frühjahr 1973 an, was auch die Medien und das Umfeld um Helmut Kohl bemerken,⁸⁶ der nach der Niederlage bei der Bundestagswahl seine erneute Kandidatur um den Parteivorsitz angekündigt hat.⁸⁷ Kraske bemerkt, dass Barzel sich bei seinen „zahlreichen Auftritten draußen im Lande (...) wirklich schonungslos einsetzt“ und dabei in der Bevölkerung „ganz viel neue Resonanz“ findet.⁸⁸

Bundeskanzler Brandt sieht sich durch das neue Auftreten von Barzel und der CDU genötigt, öffentlich zu verkünden, er werde sich auch künftig „wieder mehr unters Volk mischen“.⁸⁹ Bis dahin absolviert Barzel 35 Auftritte allein zwischen Februar und April und kommt auch medial gut an.⁹⁰

Die Öffentlichkeitsarbeit will Barzel zusätzlich durch regelmäßige Pressekonferenzen des CDU-Bundesvorstands zu immer wechselnden Themen weiter ausbauen. Sie sollen – bundespolitisch prominent besetzt – nicht nur in

84 Vgl. CDU-Bundesvorstandsprotokolle, 1969–1973, 27./28. Januar 1973, S. 1093.

85 „Merkel im Bürgerdialog: ‚Ich hoffe, dass ich das wirkliche Leben sehe‘“, in: Spiegel-Online vom 14. April 2015, www.spiegel.de/politik/deutschland/buergerdialog-der-bundesregierung-merkel-und-gabriel-werben-a-1028362.html (Abruf 24. Mai 2018). Vgl. hierzu auch: „An der Sorgenwand“, in: Der Spiegel Nr. 18 vom 25. Mai 2015, mit bemerkenswerten Parallelen in den Konzepten.

86 Barzel sei erfolgreich dabei, gegenüber dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten „Punkte zu sammeln“, meldet der Mannheimer Morgen, zit. nach: Barzel: Gewagtes Leben, S. 310 f. Barzel ist sich rückblickend sicher, dass vor dem Hintergrund dieses Erfolges das Umfeld um Kohl seine Verdrängung aus dem Fraktionsvorsitz in Angriff genommen hätte, um ihm vor dem Bundesparteitag im Herbst seine sichere Basis zu entziehen. Vgl. ebd.

87 Vgl. Kohl an Barzel, 22. Januar 1973, in: BArch N 1371-253.

88 Tagebuch Konrad Kraske, 16. März 1973.

89 „Kanzler auf Touren“, in: Der Spiegel Nr. 23 vom 4. Juni 1973.

90 Vgl. Vermerk Rummelers für Barzel, 16. Januar 1973, in: ACDP 07-001-12174; „Barzels neuer Start“, in: Generalanzeiger vom 21. Februar 1973.

Bonn, sondern in wechselnden Städten in ganz Deutschland stattfinden, um die jeweiligen CDU-Landesverbände und ihre Themen ins mediale Blickfeld zu bringen. Parteivorstand und Barzel selbst sollen regelmäßig und im Wechsel Redaktionsbesuche bei Zeitungen und Nachrichtenmagazinen einplanen, die Bundesgeschäftsstelle soll ebenso regelmäßig auf bestimmte Bevölkerungs-, Berufs- und Wahlgruppen zugeschnittenes Informationsmaterial herausbringen. Dies ist im Frühjahr 1973 ebenso fest eingeplant wie die Schaffung eines ständigen Informationsdienstes der Partei in Fortführung und Weiterentwicklungen der „Wahlkampf-Informationen“.⁹¹ Auch eine moderne Medienarbeit kennzeichnet in Barzels und Kraskes Augen die moderne Volkspartei.

Auch persönlich will der Parteivorsitzende noch mehr und auch informelle Kontakt zur Presse pflegen, trotz der negativen Berichterstattung vor allem im Wahlkampf. So vermerkt die „Zeit“, Barzel lade neuerdings regelmäßig Journalisten, auch ihm nicht wohlgesonnene, zu sich nach Hause in die Bad Godesberger Rubensstraße ein, um sich politischem Smalltalk zu stellen. Dies sei neu, ebenso die Bewirtung „mit einem Schoppen Wein und kalten Platten“.⁹²

IV.

Insgesamt soll also ab 1973 der gesamte vopolitische Raum befeuert und pressetechnisch viel besser bespielt werden. Kontaktgespräche mit Verbänden, kirchlichen Einrichtungen und Organisationen sollen künftig nicht mehr allein durch die Bundes- oder Landespartei geplant und ausgeführt werden, sondern die Kreisverbände sollen hier hervortreten. Sie sollen auch Großveranstaltungen durchführen, die von den Landesgeschäftsstellen koordiniert und von der Bundespartei mit Werbematerial und prominenten Rednern unterstützt werden.⁹³ Darüber hinaus sollen die Landesgeschäftsstellen vierteljährlich der Bundesgeschäftsstelle Bericht erstatten, damit einerseits konstruktive Kritik am Vorgehen geübt und andererseits die Durchführung der Veranstaltungen zentral gesteuert und beaufsichtigt werden kann.⁹⁴ Für so etwas braucht es neben Material und Geld vor allem eine verbesserte, einheitliche und moderne Ausbildung der Mitarbeiter.

91 Vgl. Kraske an Barzel, 11. Januar 1973, in: BArch N 1371-385.

92 „Schoppen bei Barzels“, in: Die Zeit vom 16. März 1973. So neu ist diese Pflege von Pressekontakten durch Barzel indes nicht, schon in den 1960er Jahren hat er regelmäßig Presse-Empfänge bei sich zuhause gegeben und wird dies auch noch eine Zeitlang nach seinem Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz durchführen.

93 Vgl. CDU-Bundesvorstandsprotokolle 1969–1973, 19. Februar 1973, S. 1268 f. Außerdem soll vom Präsidium aus pro Monat mindestens ein prominent besetztes Kontaktgespräch stattfinden und medienwirksame Verbreitung finden.

94 Vgl. ebd.; vgl. auch Schönbohm: Volkspartei, S. 126.

Die Verbesserung der Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei ist ein Anliegen, das Barzel bereits umtreibt, seit er 1962 eine Studie zur künftigen Arbeit der CDU erstellt hat.

Er ist seitdem überzeugt, dass die Partei sich auch in ihrer Struktur und Arbeitsweise den modernen Zeiten und den Bedürfnissen der zahlreichen neuen Mitglieder anpassen und effizienter, zielgerichteter arbeiten muss. Dazu gehört eine einheitliche und zeitgerechte Ausbildung der Angestellten.⁹⁵ Entsprechend bereitwillig nimmt er diesbezügliche Anregungen auf und genehmigt im Februar 1973 ein Konzeptpapier für ein Aus- und Fortbildungsprogramm der hauptamtlichen Mitarbeiter.⁹⁶

Sukzessive sollen alle Mitarbeiter das Programm mit Schulungen, Seminaren und Vorträgen zur Arbeitssystematisierung durchlaufen; Neuestellte sollen verpflichtet werden, es vor Amtsantritt zu absolvieren. Nicht zu akademisch solle es aufgezogen werden, vielmehr nach pragmatischen und alltagswirksamen Aspekten dem Wunsch Barzels folgen, „den hauptamtlichen Bereich nach modernen Management-Gesichtspunkten zu gestalten“.⁹⁷

Ein derart umfängliches Programm lässt sich nicht von heute auf morgen realisieren und operationalisieren. Barzel hätte die Maßnahmen zudem besser bereits kurz nach Amtsantritt im Herbst 1971, auf jeden Fall aber 1972 in die Wege geleitet.

Jedenfalls werden sein Nachfolger und vor allem dessen Generalsekretär Kurt Biedenkopf viel Lob erhalten für die Einführung der systematischen Schulung der Hauptamtlichen und den hierdurch erfolgten Ausbau der „Kreisgeschäftsstellen (zu modernen) Dienstleistungszentren“.⁹⁸

Die von Barzel noch geplante und auf gegenseitigen Austausch ausgerichtete Begegnung von Parteivorstand und allen Kreis- und Landesgeschäftsführern und hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei und sämtlichen Leitern der CDU-nahestehenden Instituten sowie Geschäftsführern der Vereinigungen kommt – wiederum wegen seines Rücktritts – ebenfalls nicht zustande.⁹⁹ Die Koordination nimmt Zeit in Anspruch, erst für den 7. Juni kann der Bundesgeschäftsführer einen Termin für das Treffen festlegen. Zu diesem Zeitpunkt ist es allerdings

95 Vgl. Frank Bösch: Funktionäre in einer funktionärsfeindlichen Partei. Zur Sozialgeschichte der hauptamtlichen CDU-Mitarbeiter, in: Till Kössler/Helke Stadtland (Hg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933. Essen 2004, S. 265–282.

96 Vgl. 17-seitiges Vorschlagspapier für ein Aus- und Fortbildungsprogramm für die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei, 28. Februar 1973, in: ACDP 07-001-12174. Vgl. hierzu auch Unterlagen zum Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter der CDU, in: ACDP 07-001-11410.

97 Vermerk für Barzel, 29. März 1973, in: ACDP 07-001-12174.

98 Bösch: Macht und Machtverlust, S. 112; vgl. auch Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 357f.; Schönbohm: Volkspartei, S. 129, Micus: Biedenkopf, S. 89–92.

99 Vermerk Hennig für Kraske, 29. März 1973, in: ACDP 07-001-12174.

bereits zu spät. Eine sicherlich verpasste Gelegenheit, denn Barzel hätte hierauf aufbauend intensive Kontakte herstellen, Austausch organisieren und Führung halten können.¹⁰⁰

V.

Im Überblick geht Barzel seine „Reformattacke“ für Partei und Programm also auf verschiedenen Ebenen an.

- Strukturelle Arbeiten bei der Frage von Mitgliederaufnahme und -einbindung, beim Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter und Überlegungen für einen Chefplaner von Partei und Fraktion. Nicht zu vergessen: die Organisations- und Medienkommissionen, die entscheidende Vorarbeiten leisten.
- Programmatische Arbeiten durch Grundsatzkommission (langfristige Strategie) und Fachkommissionen (kurz- bis mittelfristige Strategien).
- Aktivierung der Parteiarbeit durch regelmäßigen Austausch von Parteiführung, Gliederungen und Vereinigungen der Partei, durch effiziente Zuweisungen im Präsidium, durch geplantes Vorgehen der CDU-Vereinigungen im jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Spektrum.
- Schließlich Verbesserungen im Auftreten der Partei in allen gesellschaftlichen Schichten, durch eine zentral gesteuerte, koordinierte und moderne Pressearbeit.

Für seine Bemühungen um frischen Wind und eine Neuaufstellung der strukturellen Abläufe und gesellschaftspolitischen Programmatik der CDU bleiben Barzel am Ende zu wenig Zeit. Er ist zudem seit den dramatischen Entwicklungen um das Konstruktive Misstrauensvotum und den anschließenden innerfraktionellen Verwerfungen bei den Verhandlungen mit den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung über die Ostverträge im Frühjahr/Sommer 1972, allerspätestens aber nach der Wahlniederlage im November 1972, in seiner Autorität so sehr geschwächt, dass er nicht auf eine breite Unterstützung oder einen Vertrauensvorschuss bauen kann.

Hinzu kommt, dass Reformen immer Veränderungen und Arbeit bedeuten. Diese Umstände gefallen nicht immer allen. Das Tempo, das Barzel und Kraske in ihren Bestrebungen nach Erneuerung und Neuaufstellung der Partei im Frühjahr 1973 vorlegen, passt vielen gar nicht. Vor allem diejenigen, die sie politisch inzwischen ganz offen ablehnen, geben sich bei der Mitwirkung betont wenig

100 Vermerk Hennig für Barzel, 26. April 1973, ebd. Barzel stimmt am 2. Mai, eine Woche vor seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender, zu. Natürlich muss vor diesem Hintergrund die Frage offenbleiben, ob Barzel diese Art der Treffen und gegenseitigen Anregungen und der darin liegenden vielversprechenden Ansätze tatsächlich weiter ausgebaut oder ob es sich um eine einmalige – und damit zweifelsohne rein öffentlichkeitswirksame – Veranstaltung gehandelt hätte.

Mühe. Säuerlich kommentiert Kraske, zwar rufe man im Vorstand immer gerne nach Parteireform oder wenigstens nach Aktivierung der Parteiarbeit; „wenn freilich darüber gesprochen wird, finden mindestens Leute wie Dregger, aber auch Andere, dies sei eigentlich unter ihrer Würde“.¹⁰¹

Im Frühjahr 1973 kommt dennoch durch Barzels Initiative Bewegung in die Parteiarbeit, auch wenn seine Bemühungen wesentlich überzeugender gewesen wären, hätte er sie bereits mindestens ein Jahr früher in Gang gebracht. Dies sei nochmals unterstrichen, ebenso wie der Umstand, dass ihm die Entwicklungen im Jahr 1972 hierfür kaum Zeit lassen.

Barzel verfährt zeitlebens nach dem Motto „wer nicht handelt, wird behandelt“ und selbstverständlich weiß er, dass sein politisches Schicksal im Frühjahr 1973 mit einem Neuaufbau der Partei in Strukturen und Programmatik verknüpft ist. Es handelt sich jedoch bei seinen Ansätzen und Anstößen nicht allein um einen „opportunistischen Rettungsversuch“.¹⁰²

Mit Blick auf seine gesamte politische Karriere haben die Konzepte vielmehr langfristigen Hintergrund, teilweise seit Anfang der 1960er Jahre, und auch seine Herangehensweise ist symptomatisch – geradezu barzeltypisch. Biedenkopf schreibt ihm wohl nicht ganz ohne Hintergrund, er werde „an der Entwicklung der CDU weiter (...) arbeiten, die Sie als Vorsitzender geprägt haben“.¹⁰³ Mögen dies eventuell auch mehr höflich-freundliche Worte gegenüber einem geschätzten, doch abservierten Parteivorsitzenden sein, ein Stück Wahrheit steckt gewiss drin.

Nach Barzel aber prägt Helmut Kohl die Partei, und zwar für 25 Jahre. Er überschattet das Meiste, was nach Adenauer und vor ihm kam. Das ist für die Sichtbarkeit von Barzels kurzem Wirken eine schwere Hypothek. Entscheidend ist auch, dass durch Kohl und Biedenkopf neue, hochmotivierte, junge Leute an die Schalthebel der Bundesgeschäftsstelle kommen. Diese empfinden sich selbst als Aufbruch: Jung, dynamisch, neu – jetzt wird aufgeräumt, jetzt wird ganz Neues geschaffen, ist die Parole. Der ehemalige Parteivorsitzende Barzel spielt von einem Tag auf den anderen „überhaupt keine Rolle mehr. Er war wie abgeschnitten. (...), als ob es ihn nicht gegeben hätte“.¹⁰⁴

Unter diesem Aspekt der „renovatio“ gestaltet Biedenkopf als Generalsekretär seine gesamte Amtszeit. Er ist schnell, medienwirksam und sprüht offensichtlich vor Tatendrang und Dynamik. Vor allem erzeugt er Aufbruchstimmung: Abgrenzung vom Alten, Blick in die Zukunft. Für viele in der CDU bedeutet der Übergang von Barzel und Kraske zu Kohl und Biedenkopf eine wahre Zeiten-

101 Tagebuch Konrad Kraske, 19. Februar 1973.

102 So Bösch: Macht und Machtverlust, S. 107.

103 Handschreiben Biedenkopfs an Barzel, 20. Oktober 1973, in: BArch N 1371-155.

104 Zeitzeugengespräch mit Dorothee Wilms am 5. Februar 2014 in Köln. Wilms war ab 1974 Leiterin der Hauptabteilung II (Politik) und stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der CDU.

wende, eine Stunde null, ab der eine ganz neue Zeitrechnung beginnt. Ab jetzt wird alles ganz anders, alles neu, alles besser gemacht. Wenn man sich freilich selbst als den strahlenden, neuen Aufbruch, als Renaissance empfindet, ist zwangsläufig alles, was vorher bereits existierte, finsternes Mittelalter.

Der Befund, Barzel wäre „eher ein Reformder der sechziger Jahre, nicht der siebziger“¹⁰⁵ gewesen, ist also zumindest mit Bezug auf seine Ideen für die programmatische und strukturelle Neuordnung von Partei und Parteiorganisation nicht zu halten. Im Gegenteil, er hätte *auch* ein Reformder *mindestens* der 1970er Jahre sein *können*.

Bevor er intensiv versuchte, die Reformanstrengungen der CDU nach seinen Vorstellungen durchzusetzen, schrieb Barzel am 15. Dezember 1972 an seinen Freund, den streitbaren Journalisten und erfolgreichen Schriftsteller Hans Habe, der als „konservativer Extremist der Mitte“¹⁰⁶ bekannt geworden ist, er hoffe darauf, die Partei für die kommenden Jahre bereitmachen zu können, da er „die vor uns liegende Zukunft fast auf's Wort genau beurteile wie Sie es tun“. Er habe „eine klare Vorstellung wie es für uns weitergehen kann. Diese Vorstellung setzt voraus, daß meine Freunde mich wirken lassen. Ich bin dazu bereit.“ Er werde in den kommenden Monaten alles versuchen, das Ruder herumzureißen, aber „*ultra posse nemo obligetur*“ – Unmögliches zu leisten ist niemand verpflichtet.¹⁰⁷

105 Bösch: Macht und Machtverlust, S. 104.

106 „Hans Habe – konservativer ‚Extremist der Mitte‘“, in: Die Welt vom 12. Februar 2011.

107 Barzel an Hans Habe, 15. Dezember 1972, in: BArch N 1371-251.

1968 – Geburtsstunde der modernen CDU?*

Heinrich Oberreuter

I. Die Gründung – ein Traditionsbruch

Schon die Gründung der CDU ist eine in die Moderne weisende Reform gewesen – eigentlich mehr als das: ein Traditionsbruch. Drei Gründe – neben anderen – seien dafür ausdrücklich angegeben:

1. Die Gründung der Unionsparteien war wegweisend für die Gestaltung des deutschen Parteiensystems der Nachkriegszeit. Die Überwindung der Konfessionsgrenzen durch den Unionsgedanken besaß Signalfunktion für die typologische Entwicklung der Parteien und für die Erschütterung der ein Jahrhundert alten prägenden weltanschaulichen Grundmuster. Sie war der Startschuss für die alle Schichten und Gruppen erfassende „catch all party“¹ mit der Tendenz zur Stimmen- statt zur Ideologie- oder Interessenmaximierung; Startschuss für den Typus Volkspartei². Ihr Wahlerfolg zwang 1959 die SPD auf den Weg zum Godesberger Programm und zum Abschied aus dem Ghetto der Klassenpartei. Stabilität, Konzentration, Regierungsfähigkeit und der Griff nach Macht und Verantwortung waren die Konsequenz, die nach dem Weimarer Versagen aus Macht- und Verantwortungsscheu nicht unbedingt zu erwarten war: im Grunde nicht nur eine Reform, sondern (bei allen Restbeständen an Orientierung zurück) ein Strukturbruch, zumindest eine typologische Reform; jedenfalls eine grundlegende typologische Modernisierung.

2. Fast mehr als eine Reform war der in der Regierungsverantwortung vollzogene Bruch mit überkommenen Denkstrukturen: Konsequenter Abschied vom Nationalismus (Freiheit vor Einheit), Europäisierung und Westbindung (auch im Sinne der auf das Menschenrecht gestützten wertgebundenen Ordnung und nicht nur wegen der äußeren Sicherheit) als Markenkern, soziale Marktwirtschaft als Aufbau-, Aufstiegs- und Chancenmodell. Schaut man sich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und die Stabilisierung der Parteiendemokratie (Wahlbeteiligung, Volksparteiergebnisse) an, so zeigt sich der Erfolg,³ ein dynami-

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7. März 2018 im Centro Hotel Bristol in Bonn.

1 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41.

2 Alf Mintzel: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch. Opladen 1984.

3 Siehe Heinrich Oberreuter: Neuaufbau und Stabilisierung der westlichen Demokratie in der „alten Bundesrepublik“, in: Hans-Joachim Veen/Franz-Josef Schlichting (Hg.): Von der Urkatastrophe Europas bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Etappen deutscher Zeitgeschichte 1914 bis 1990, Weimar 2014, S. 61–81, hier 71–73.

scher Wandlungserfolg, dieser ja nicht unprogrammatischen Regierungspraxis sogleich. Die CDU muss ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen; schließlich gab es Gegenentwürfe zu ihrem Procedere, die nicht erfolgreich waren – beispielsweise den der SPD. Praxisorientierte Richtungsentscheidung und effiziente Regierungsführung waren in dieser Phase wesentlicher als interne Parteiorganisation.

3. Eine nicht zu unterschätzende „Reform“ ist in dieser „Sattelzeit“ des Bonner Parlamentarismus die durchaus konfliktrträgliche Herausprägung einer parlamentarischen Regierungsführung,⁴ welche die Dysfunktionalitäten von Weimar – Selbstmord des Parlamentarismus durch Verantwortungsscheu, Klientelismus und Solidaritätsverweigerung gegenüber der eigenen Regierung – überwand. Eine anfangs in Bonn aufgrund ihrer Heterogenität vielfach nicht handlungsfähige, sich gelegentlich sogar im Plenum streitende Fraktion musste zusammengeführt, parlamentarische Mitbestimmung in der Kanzlerdemokratie errungen werden wie andererseits die Fähigkeit zu politischer Führung.⁵ Beides musste erst allmählich abgestützt werden auf eine noch nicht vorhandene umfassende Parteiorganisation, die durchaus ein Desiderat gewesen ist. Eine große Fraktion, schrieb Brentano an Adenauer, könne ihre Aufgabe nur erfüllen, „wenn hinter ihr eine starke und lebendige Partei steht, die in der Lage ist, die Grundsätze der Politik herauszuarbeiten und auch den Massen unserer Wähler und Freunde verständlich zu machen. (...) Eine Fraktion ohne Partei lebt irgendwie im luftleeren Raum.“⁶ Um die Koordination zwischen Kanzler und Fraktion zu realisieren, ja zu erzwingen, reichten die Instrumente bis zu offenen Rücktrittserwägungen auf beiden Seiten, auf Seiten Adenauers wie Brentanos. Rechtfertigt das den Begriff Kanzlerdemokratie?⁷ Was die Partei betrifft, brauchte man sie in der Tat zunächst als ein im Volk wirkendes „Hilfsorgan für Regierung und Fraktion“⁸, als kommunikatives Bindeglied, um die Voraussetzungen für ein funktionsfähiges politisches System zu schaffen, in dem sie als eigenständiges Machtzentrum mit funktionsfähiger, demokratisch inspirierter Willensbildungsstruktur agieren konnte. Noch einmal: Es gab am Anfang keine

4 Dazu Heinrich Oberreuter: Fraktionsführung in parlamentarischer Prägezeit, in: Volker Kauder (Hg.): Die Fraktion. Machtzentrum und Fegefeuer. Berlin 2018, S. 90–108.

5 Dazu: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945). Bearb. von Helge Heidemeyer. Düsseldorf 1998. Siehe auch die von Reinhard Schiffers beziehungsweise Corinna Franz bearbeiteten Nachfolgeperioden, Düsseldorf 2004.

6 Heinrich von Brentano, in: Arnulf Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964. Hamburg 1974, S. 65 f.

7 Informativ für diese Gründerzeit Jost Küpper: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen der Regierungsstiles in der Ära Adenauer. Frankfurt/Main 1985.

8 Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980. Stuttgart 1985, S. 31 ff.

umfassende Partei, keine Tradition, keine zentrale Organisation, kein kollektives Bewusstsein. Dieses „Nichts“ spiegelt sich gerade auch in der Heterogenität der Fraktion.

Aber es gab, gut funktionierend, einen Kanzler, ein Kanzleramt und eine richtungsorientierte Politik, die von dort ausging. In dieser Konstellation Strukturen kooperativer Partei- und Regierungsarbeit zu schaffen – und gleichzeitig Verantwortung für das Land in dessen besonderer Gründungsphase zu tragen – ist eine erhebliche Leistung, die über spätere innere Reformarbeit hinausgehen dürfte. Im Übrigen schuf sie erst einmal die Voraussetzungen für diese. Gemäß der Geschichte und den Zeitumständen war sie in höchstem Maß modernisierend.

II. Parteiformierung – ein Desiderat

Diskussionen – und Schritte – zur inneren Parteireform hat es seit Bestehen der Bundespartei immer gegeben⁹ – je weiter fortgeschritten in der politischen Geschichte und Praxis, desto mehr. Sicher ist unzutreffend, „moderne“, also heutige, oder auch aus der Geschichte etwa der Sozialdemokratie abgeleitete Maßstäbe an Organisations- und Willensbildungsstruktur, an Partizipationskultur und Mitgliederbetreuung anzulegen. Die CDU war zunächst historisch als eigenes und durchaus originelles Gebilde entstanden und mit politischer Verantwortung ausgestattet: eine Bewegung mehr auf christlicher (katholischer) Grundlage, dann eine ganz allgemeine Sammlungsbewegung – und das in einem bewegten Umfeld, in dem sich ein Parteiensystem noch nicht verfestigt hatte, sondern Fluidität charakteristisch war. Praxis überschattete Programm und Organisation. Schon zu Beginn der 1960er Jahre aber wurde Parteireform „zum Zauberwort“¹⁰, um Modernisierung zu initiieren. Der Dortmunder Bundesparteitag 1962 stand unter dem Motto „Parteitag der Reform der Union“. Forderungen nach verstärkter innerparteilicher Demokratie und nach Formulierung des programmatischen Grundverständnisses der CDU erhoben sich. Gleichwohl ist diese „Verspätung“ auch aus einer zusätzlichen Perspektive jenseits der Neugründung (der Bewegung) und des Lernens, Partei zu werden¹¹, rechtfertigend zu beurteilen: Die Betrauung und Belastung mit Regierungsämtern verpflichtete die Amtsträger in einer ungemein schweren Not- und Aufbauzeit primär auf das Gemeinwohl, auf Amtsaufgaben, und erst in zweiter Linie auf die Formierung der Partei, obwohl dieses Problem – wie Brentanos Schreiben an den Kanzler zeigt – durchaus gesehen worden ist.

9 Ebd., S. 53.

10 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 204.

11 Ebd., S. 196.

Hinzu kommt die Priorität der die Gründerzeit beherrschenden Regionen und ihrer Interessen, die zentraler Steuerung einer Integration von oben entgegenstanden. Einerseits wurde schon 1950 auf dem Gründungsparteitag in Goslar gefordert, über dem föderalistischen Gedanken nicht „zu vergessen, daß ein Zentrum da sein muß für Organisation und für geistige Arbeit“¹² – also eine Grundsatzkommision, ein arbeitsfähiger Vorstand, ein politisches Führungsgremium. Andererseits war natürlich die föderale Struktur nicht zuletzt gerade ein Instrument der Integration, ohne die zentrale Führungsinstrumente in der Luft schweben, parlamentarische Regierungen aber auch. So sah Adenauer 1959 in der noch schwachen Bundespartei „ein Wesen, das in Wirklichkeit gar nicht existiert“.¹³ Zur gleichen Zeit diagnostizierte Franz Meyers in seinem internen Bericht über Führungs- und Organisationsprobleme einen Zustand der Diskussionslosigkeit, welcher die Partei und ihre Mitglieder mundtot macht: „Es gibt die Meinung der Partei gar nicht, weil es nicht einmal ein funktionsfähiges Gremium gibt, das eine solche Meinung bilden könnte.“¹⁴ Die strukturellen Faktoren dafür sind hier gerade angedeutet worden. Der Gestaltungswille Adenauers trat hinzu.

In die Lücke trat die Regierungspolitik, die programmatischen Charakter gewonnen hatte und auf drängende Bedürfnisse und Sorgen der Bürger einging: Sicherheit, Freiheit, Wohlstand (zum Beispiel sozialer Wohnungsbau, Lastenausgleich, Integration der Flüchtlinge). Dafür stand personell die Führungskraft Adenauer. Die Zeit war geprägt von „Richtungsentscheidungen“, die unbestritten durchaus programmatische Vorgaben darstellten.¹⁵ Bei Dorothee Buchhaas findet sich der herrliche Satz: „Ein Bundeskanzler, der im Parteiprogramm nachgeschlagen hätte, bevor er auf den Teppich der Alliierten getreten wäre, hätte wohl kaum einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.“¹⁶

III. Reform – Zauberwort und Tatsache

Gleichwohl: Mit dem Ende dieser Formierungsphase und dem sich ebenfalls abzeichnenden Ende der Ära Adenauer suchte die Partei nach ihrer eigenen Form. Daher das „Zauberwort Reform“, das durch die (Präsidenten-) Krise 1959 zusätzlich Dynamik erhielt.

12 So der JU-Vorsitzende Bruno Six, zit. ebd., S. 34.

13 In der Bundesvorstandssitzung vom 16. September 1959, zit. ebd., S. 40.

14 Franz Meyers: Führungs- und Organisationsprobleme der Bundespartei. Parteiinterne Ausarbeitung vom 24. Juli 1959, zit. ebd., S. 42.

15 Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981, S. 252 ff. Andernorts ist von „programmatischen Leitvorstellungen“ die Rede; siehe etwa Kleine Geschichte der CDU. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Stuttgart 1995, S. 39 ff., in denen sich die Orientierungen der Zeit widerspiegeln.

16 Buchhaas: Volkspartei, S. 254.

Zu nennen sind drei Dimensionen: Führungsstruktur, Programmentwicklung, Mitgliedschaft.

Diskussionen zur Führungsstruktur gab es schon zur Hochzeit Adenauers, erst recht während seines Niedergangs. Sie seien nur erwähnt, weil etwa Auseinandersetzungen um die Zahl der Gremienmitglieder nicht so bedeutsam erscheinen – eher schon die Frage der Integration der Sozialausschüsse oder die Erwägungen zur Installation eines Geschäftsführenden Vorsitzenden. Der Tendenz nach ging es wohl um eine Vertretung der innerparteilichen Vielfalt über das Regionale hinaus – zum einen. Zum anderen um eine zumindest graduelle Verselbständigung der Partei gegenüber dem Kanzler, nicht zuletzt aber um eine Stärkung der Zentrale gegenüber den Landesverbänden. Augenmerk richtete sich zudem auf die Gewinnung von Mitgliedern, die lokale Organisation, nicht zuletzt auch auf die Verzahnung mit dem „vorpolitischen Raum“, also mit gesellschaftlichen Kräften. Im Grunde vollzog sich allmählich der Abschied von der Honoratiorenpartei, für die eine breite Mitgliedschaft nicht so wichtig erschienen war.

Ganz wesentlich erscheint die Programmdiskussion, die in den 1960er Jahren schon die Reichweite (und Geltungskraft) des „C“ in Frage stellte, weil die Partei auch offen sein wollte für Menschen, für die der christliche Glaube nicht das Fundament ihres Engagements gewesen ist. Rainer Barzel sah die CDU „unter Gottes Wort und Gebot“, Konrad Adenauer war dies „zu kirchlich“, gegen Liberalisierungstendenzen in der Wählerschaft gerichtet und unwahrhaftig, weil Politiker vieles tun müssten „was gegen Gottes Gebot ist“.¹⁷ Es ging um die Akzeptanz des zuvor (unverständlicherweise) skeptisch gesehenen Pluralismus. Ihn mit dem „C“ zu versöhnen, galt für Gerstenmaier als „Quadratur des Kreises“. Aber: Erst die Einrichtung in die Pluralität der Gesellschaft machte letzten Endes aus dem Konzept der Volkspartei die Verwirklichung der Volkspartei. In der fortschreitenden Säkularisierung verlor das „C“ seinen eindeutigen Integrationswert, ohne je preisgegeben worden zu sein. Erhards formierte Gesellschaft konnte kein Ersatz dafür sein. Im Grunde begegnet uns hier ein multidimensionales Problemfeld mit heute vielleicht noch weit größeren Herausforderungen. Die mit der Akzeptanz pluraler Positionen verbundene Offenheit ist aber zweifelsfrei ein Kriterium der Moderne.

Das „Berliner Programm“ (1968) sollte den „Anforderungen der siebziger Jahre“ (so hieß es am Schluss) gerecht werden – leistete das aber anscheinend (oder definitiv) nicht.¹⁸ Zumindest ist es aber trotz inhaltlicher Schwächen ein signifikanter Gegenbeweis gegen die Annahme, Reformen hätte es erst nach 1968 gegeben. Dieses Programm ist geradezu ein Meilenstein der Parteireform, insofern Wert darauf gelegt worden ist, „daß jedes Mitglied der Partei dieses

17 Zitate ebd., S. 71.

18 Ebd., S. 309 ff.

Aktionsprogramm miterarbeiten und mitgestalten kann“. So wurde der Entwurf auf allen Ebenen der Partei diskutiert: „In mehr als 10.000 Versammlungen auf Orts-, Kreis- und Landesebene wurden mehr als 30.000 Stellungnahmen zum Entwurf erarbeitet.“¹⁹ Am Parteitag diskutierten die Delegierten zwei Tage lang offen und sachlich – und entschieden sich beispielsweise auch gegen das Votum der (föderal inspirierten) Parteiprominenz für die Errichtung eines Bundesbildungsministeriums. Der Parteitag empfand sich als maßgebliches Entscheidungsgremium – und als eigenständiges. Im Kern war das ein neues Selbstverständnis stärkeren Eigengewichts gegenüber Regierung und Fraktion. Es war aber auch eine grundlegend neue Praxis der Mitgliederpartizipation: ein Wandel, ganz unabhängig vom Einfluss der „68er“ (denn der Prozess hatte 1966 begonnen), oder vielleicht auch ein Beleg dafür, dass auch die 68er durchaus schon vor ihrer Zeit auf dem Weg befindliche Entwicklungen aufgegriffen haben oder auch dafür, dass es in der Gesellschaft osmotische Prozesse zwischen divergierenden Milieus gab. Wie auch immer: Die Union erfuhr einen Demokratisierungsschub.²⁰ Es war der Abschied von der Ära Adenauer. Die damit verbundene Entdeckung der Mitglieder ist das dritte Element der Reform oder des „Reformzaubers“.

So sagte Bruno Heck (als Generalsekretär selbst ein personelles Element der Organisationsreform): „In Zukunft muß bei uns die Basis der Partei ihr Wort kräftiger zu Gehör bringen. Wir müssen systematisch aufgreifen, was im Volk an Problemen aufbricht“²¹; die Mitglieder also verstanden als Scharnier zur Gesellschaft – aber nicht nur das, sondern auch als Basis des politischen Vertrauens, dessen sich die Führung diskursiv zu versichern hat. Heck wollte durch Mobilisierung der Kreis- und Ortsverbände möglichst alle Mitglieder beteiligen – übrigens interessierte Nichtmitglieder auch –, was Reformvorschläge, die Jahrzehnte später auch in der SPD für zielführend gehalten worden sind, vorwegnahm. Seither gehört die Austragung innerparteilicher Konflikte in offener Diskussion durchaus zum Stil, Kampfkandidaturen übrigens auch – unvermeidlich für plurale und heterogene Volksparteien. Die „Welt“ schrieb am 8. November 1968: „Nicht die Honoratioren unter den Delegierten, sondern die jungen Berufspolitiker führten das Wort. Sie argumentierten mit Fleiß und Geschick gegen leere Formeln, die ein bisher belangloses Parteiprogramm füllten. Zum ersten Mal rüstet sich die CDU, einen Wahlkampf nicht nur mit einer Person, sondern mit einem Programm zu führen“. Frank Bösch nennt diese Entwicklung „Achtundsechzig in der CDU“²² – und meint damit nicht den Einzug von Dutschke und anderen in die Partei, sondern den Einzug des Zeit-

19 Schönbohm: *Moderne Volkspartei*, S. 80.

20 Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*. Stuttgart 2001, S. 403.

21 Zit. nach Schönbohm: *Moderne Volkspartei*, S. 81.

22 Bösch: *Adenauer-CDU*, S. 408 ff.

geistes in Gestalt einer historisch anders geprägten, seit den 1930er Jahren und nicht um die vergangene Jahrhundertwende geborenen Generation, mit einem Gespür für Parteistrukturen und Diskurs statt der Pflege alter Milieunetzwerke. Generationswechsel und gesellschaftliche Liberalisierung fielen zusammen. All das kann man „Demokratisierung“ nennen – oder auch personelle, programmatische und organisatorische Neuorientierung, ein zweifellos präziserer Begriff.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann ein Anpassungsprozess der Mitgliederstruktur an die Bevölkerung. Die Zahl der Mitglieder stieg zwischen 1962 und Ende 1969 von knapp 250.000 auf fast 305.000. Ende 2016 sind es übrigens in den alten Bundesländern etwa 370.000 – was man kaum als einen wesentlichen (Vertrauens-)Gewinn in viereinhalb Jahrzehnten bezeichnen kann.

Was war erreicht?

1. Das Selbstverständnis einer pluralistischen Volkspartei mit Eigenständigkeit gegenüber Fraktion und Regierung und eigener Entscheidungskompetenz auf der Basis programmatischer Leitsätze;
2. eine Willensbildungs- und Führungsstruktur, die diesem Verständnis entsprach;
3. eine Schwächung der Sonderinteressen (föderal, konfessionell, soziale Gruppen) zugunsten ihrer Integration in die Gesamtpartei;
4. das Bewusstsein von der Bedeutung und der nötigen Praxis der Mitglieder-gewinnung zur Verankerung in der Gesellschaft.

Wulf Schönbohm arbeitet diese Kriterien des Wandels heraus, den er für halbherzig und zu spät hält.²³ Verspätet vielleicht, aber zu gering? Ich neige dazu, hier der ohnehin vorzüglichen Studie von Dorothee Buchhaas zuzustimmen, die von einer ziemlich engen Verbindung zwischen dem Zustand der politischen Kultur und dem Selbstverständnis der Parteien ausgeht – Bösch übrigens auch, wenn er die 1960er Jahre analysiert. Etwas anderes wäre auch absurd, wenn der Begriff politische Kultur als Ausdruck der in einer Gesellschaft herrschenden Einstellungen und Wertorientierungen überhaupt einen Sinn ergeben soll.

Zu Beginn dieser Epoche korrespondierte die Apathie der Parteimitglieder mit dem allgemein in der Bevölkerung geringen Interesse an öffentlichen Angelegenheiten; Organisationsmüdigkeit und Antiparteienaffekt waren typische Merkmale dieser politischen Kultur. Die Bedeutungsschwäche der internen Parteiarena entsprach der gesellschaftlich akzeptierten Priorität des Handelns vor dem Reden. Für all das, für die Priorität des Privaten, lassen sich historische Erfahrungen angeben, nicht zuletzt die Wiederentdeckung der Autonomie des Individuums als Antwort auf deren Verlust in der totalitären Diktatur, die ja auch die Privatsphäre zu besetzen suchte. Insofern wurde Freiheit auch als Freiheit von der Politik verstanden.

23 Schönbohm: *Moderne Volkspartei*, S. 94.

Soziologische Analysen jener Zeit weisen in diese Richtung²⁴. Der Kontrast zur erlebten Zeitgeschichte, die neue Praxis, die politische und wirtschaftliche Aufbauleistung – all dies war Alltagserlebnis, es war allen nützlich und es bedurfte keiner programmatischen Diskussion.²⁵ Diese, nennen wir es einmal die Erklärung des Politischen aus sich selbst, ändert sich in den Sechzigern. Die „quiet years of consolidation and deideologization from 1945 to 1965“, welche die Parteisoziologen Lipset und Rokkan konstatierten, waren vorbei.²⁶ An Stelle von Eindeutigkeit und Selbsterklärung treten neue Erfahrungen: sozialer Wandel, Ausdifferenzierung von Interessen, expandierende gesellschaftliche und politische Themen, wachsender Regelungsbedarf, Vielfalt, Konkurrenz, Komplexität. Friedrich H. Tenbruck analysiert: „Aus alledem ergab sich eine neue Orientierung am öffentlichen politischen Bereich, der sich teils als Interesse an politischen Programmen, Alternativen und Gesellschaftsphilosophien, teils als verstärkte Interessenvertretung, teils als erhöhter Sicherheitsanspruch an den nun für den eigenen Erfolg haftenden Staat auswirkte.“²⁷ Auch die Erfahrung mit Intransparenz und Bürokratisierung, die gelegentlich als Oligarchisierungstendenzen interpretiert wurden²⁸, provozierten nun wachsendes Interesse an Politik, Partizipationsmöglichkeiten und Teilhaberechten. Eine neue Generation trug all dies in die Partei hinein und mobilisierte dort Reform. Radikalere entwickelten ihre Ideen revolutionären systemüberwindenden Wandels und trugen sie in die Gesellschaft.

IV. Dosierter Wandel

Was heißt all das? Natürlich ist die zögerliche Parteibildung der Union eine Folge der historischen und personellen Situation, auch eine der Aufgabenfülle der Gründerzeit. Vor allem aber hängt sie vom Zustand und den Herausforderungen der damaligen politischen Kultur ab. Diese hat sich sukzessive gewandelt, und in der Folge hat sich die Partei reformiert, dosiert, eben aus den empfundenen Erfordernissen des Augenblicks – und nicht in kühnen Projektionen auf die entfernte Jahrtausendwende hin. Anderes ist kaum möglich, weder konzeptionell noch praktisch.

24 Siehe Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf/Köln 2. Aufl. 1965; Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965; Friedrich H. Tenbruck: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1974, S. 289–310.

25 Siehe Buchhaas: Volkspartei, S. 276.

26 Seymour M. Lipset/Stein Rokkan: Vorwort zu Otto Stammer (Hg.): Party Systems, Party Organization and the Politics of New Masses. Berlin 1968, S. IX.

27 Tenbruck: Alltagsnormen und Lebensgefühle, S. 302.

28 So Hermann Scheer: Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie. München 1979, S. 72 ff.

Mit dem Erreichten wuchs übrigens die Zahl der Mitglieder der CDU zwischen 1968 und 1982 erheblich, nämlich um das Eineinhalbfache: Nimmt man 1968 als 100, so steht sie 1982 bei 250. Die Zahlen anderer Parteien wuchsen auch, wenn auch nicht in gleicher Höhe. Diese Art der Parteireform muss wohl eher nützlich als hinderlich gewesen sein. Und von der „Legitimationskrise des Parteiensystems“²⁹ konnten damals nur empirieferne Politologen reden. Angesichts des Mitglieder- und Vertrauensschwundes, angesichts grenzenloser Forderungen nach gegen alle Führungen gerichteter Basisdemokratie könnte eher heute davon die Rede sein. Aber auch die aktuellen innerparteilichen und all-gemeinpolitischen Erscheinungen korrespondieren mit einer neuen politischen Kultur.

29 Siehe Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973. Eine Gegenposition bei Heinrich Oberreuter: Parteien – zwischen Nestwärme und Funktionskälte. Zürich 2. Aufl. 1984.

WÜRDIGUNGEN

Lebt die Zeitgeschichte von der Biographie? Rudolf Morsey zum 90. Geburtstag*

Horst Möller

Sechs Institutionen haben zu der heutigen Veranstaltung eingeladen, um Rudolf Morsey zu ehren. Ohne Schwierigkeiten könnte man weitere hinzufügen, um die er sich verdient gemacht hat, in vielen haben wir gemeinsam gewirkt. Lassen Sie mich die Quintessenz ziehen: Rudolf Morsey gehört nach meiner Erfahrung zu den wenigen Wissenschaftlern, die wirklich institutionell denken und handeln können und die ihre eigenen Interessen dafür immer wieder hintanstellen. Das findet übrigens auch wissenschaftlich seinen Niederschlag in Form institutionengeschichtlicher Forschung, der er sich schon in seiner an der Universität Münster durch Kurt von Raumer betreuten Dissertation widmete. Dieses Pionierwerk erschien 1957 unter dem Titel „Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890“¹ und beleuchtet die verwaltungsorganisatorische Reichsgründung auch verfassungsgeschichtlich und soziologisch. Auch später hat Rudolf Morsey immer wieder verwaltungsgeschichtliche Studien veröffentlicht und stand damit unter den neueren Historikern fast allein auf weiter Flur. Nicht nur in dieser Hinsicht konsequent war es daher, dass er von seinem Würzburger Lehrstuhl einen Ruf an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften annahm und dieser sogar treu blieb, als er einen Ruf auf einen der damals renommiertesten Lehrstühle für Neuere Geschichte, denjenigen Theodor Schieders an der Universität zu Köln, ablehnte. Auch an Ehrungen fehlte es nicht, so wurde Rudolf Morsey unter anderem mit dem Ehrendoktor der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen und dem päpstlichen Gregoriusorden ausgezeichnet.

Es ist mir ein persönliches Bedürfnis, wenigstens ein weiteres Institut zu nennen – das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Von 1978 bis 1998 gehörte Rudolf Morsey dem Wissenschaftlichen Beirat an, seitdem wirkt er dort als Ehrenmitglied, doch auch diese Ehre bedeutet Arbeit. Insgesamt ist er also seit fast vierzig Jahren mit dem IfZ verbunden. In dieser Zeit haben wir zwischen 1979 und 1982 und dann wieder zwischen 1992 nach meiner Rückkehr

* Vortrag gehalten im Rahmen eines Symposiums zum 90. Geburtstag von Rudolf Morsey im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland am 24. Oktober 2017.

1 Rudolf Morsey: Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890 (Neue münster-sche Beiträge zur Geschichtsforschung 3). Münster 1957.

an das IfZ bis zu meiner Emeritierung 2011 fast 23 Jahre eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet, darunter 15 Jahre auch im Herausgebergremium der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“. Stets war und ist Rudolf Morsey ein Musterbeispiel an Zuverlässigkeit und wissenschaftlicher Akribie.

Seine Fähigkeit, dem Druckfehlerteufel ein Schnippchen zu schlagen, ist sprichwörtlich, aber gelegentlich auch gefürchtet. Die vielen Hundert von ihm verfassten Rezensionen sind klar strukturiert und präzise. Sie folgen dem Muster: Das Buch behandelt folgende Themen, in den und jenen Fragen erweitert oder korrigiert es den Forschungsstand, für eine Neuauflage müssen folgende Quellen und Titel ergänzt, folgende Fehler beseitigt werden.

Doch kann eine Rezension auch so ausfallen: Eine Neuauflage ist überflüssig, da das Buch nichts Neues bringt und die Zahl der Fehler die der Seiten übersteigt. Oder gar: Ich empfehle, das Buch wegen seiner vielen Fehler einzustampfen. Ich habe es etwas pointiert, doch wesentlich ist: Morseysche Rezensionen informieren schnörkellos und präzise, man weiß nach ihrer Lektüre, worauf es ankommt.

Wollte ich das Oeuvre von Rudolf Morsey Revue passieren lassen, würde das den Rahmen bei weitem sprengen. Trotz seiner zahlreichen, klaglos für viele Institutionen wahrgenommenen Aufgaben und Gutachten hat er selbst pausenlos publiziert. Er forscht effizienter und schreibt schneller als viele Leute lesen. Sein Schriftenverzeichnis weist nahezu 1.350 Titel auf.² Darunter befinden sich große Monographien, zahllose Aufsätze und als ganz eigener Teil seines Werkes eine große Zahl vorbildlicher Editionen. Die von ihm selbst beziehungsweise mit Erich Matthias vorbereiteten oder geleiteten Editionen der Parlamentarismus-Kommission zur Entstehung der Weimarer Republik haben ebenso Maßstäbe gesetzt³ wie die der Kommission für Zeitgeschichte über die Geschichte der Zentrumspartei⁴ oder die mit dem im Juni verstorbenen Hans-Peter Schwarz herausgegebenen 19 Bände der Rhöndorfer Ausgabe der Briefe und Teegespräche Konrad Adenauers (mit den Bearbeitern Hans-Peter Mensing und Hanns

2 Schriftenverzeichnis Rudolf Morsey 1949–2017. Abrufbar über die Homepage der Universität Speyer. <http://www.uni-speyer.de/de/lehrstuehle/ehemalige-lehrstuhlinhaber/prof-dr-dr-hc-rudolf-morsey.php> (Abruf 30. Juli 2018).

3 Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, I/1, II). Düsseldorf 1959; Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, 2). Düsseldorf 1962.

4 Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe A, Bd. 9). Mainz 1969; Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925. Bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 32). Mainz 1981.

Jürgen Küsters)⁵. Viele Publikationen betreute er mit seinem langjährigen, im Frühjahr verstorbenen Weggefährten Konrad Repgen. Allein die durch ihn inspirierten, geleiteten oder erarbeiteten Editionen, die seit den 1960er Jahren entstanden sind, bilden bis heute eine unentbehrliche Grundlage zahlreicher geschichtswissenschaftlicher Studien. Einen Eindruck von der Vielfalt seiner im Einzelnen und im Ganzen weiterführenden Forschungen erlaubt der zu seinem 70. Geburtstag veröffentlichte monumentale Band ausgewählter Aufsätze „Von Windthorst bis Adenauer“.⁶

Und kaum sichtbar, aber bedeutsam sind Tausende von Verbesserungsvorschlägen, die er für die Veröffentlichungen anderer gemacht hat. Ich selbst habe von seiner hohen Sachkenntnis und nüchtern-sachbezogenen Lektüre sehr profitiert, als ich 1985 in der von ihm 30 Jahre geleiteten Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien mein Buch über „Parlamentarismus in Preußen 1919–1932“ veröffentlichte.⁷ Ein Projekt übrigens, das am Beginn unserer nunmehr 44jährigen freundschaftlich-kollegialen Zusammenarbeit steht, lernte ich Sie, lieber Herr Morsey, doch 1973 in der Parlamentarismus-Kommission kennen.

Die nun etwa 23 Jahre zurückliegende Emeritierung Rudolf Morseys hat nichts daran geändert, dass er mit unverminderter Intensität im Weinberg des Herrn arbeitet. Urlaub hat er nie gemacht, über Krankheiten sprach er nie. Sie alle kennen die Thesen in Max Webers berühmtem Buch über die protestantische Leistungsethik: Hätte Max Weber doch die Katholiken Rudolf Morsey und Hans Maier gekannt! Hätte er dann wirklich diese These gewagt? Trotzdem sollte man sich nicht täuschen: Wie der Rosenzüchter Konrad Adenauer, der zu seinen zentralen Forschungsinteressen zählt, widmet auch Rudolf Morsey sich gern seinem schönen Garten. Und wenn alle Archive geschlossen sind, wirklich nirgendwo mehr ein unbekanntes oder unveröffentlichtes Dokument aufzuspüren ist, dann kann er sich durchaus auch bei sehr gutem Pfälzer Wein entspannen. Ich habe es selbst erlebt – damals, 1978, zu meiner Überraschung, kannte ich ihn doch erst fünf Jahre. Er hatte mich zu einer an seinem Lehrstuhl in Speyer organisierten Tagung eingeladen und fragte mich abends nach getaner Arbeit, ob ich noch mit ihm ein Glas Wein trinken ginge – natürlich wurden es mehrere.

Meine Damen und Herren, ich bin eingeladen worden, eher einen thematisch ausgerichteten Vortrag als eine Laudatio im eigentlichen Sinne zu halten. Lassen Sie mich den Versuch machen, beides zu verbinden.

5 Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. (Bände 1–12) Berlin 1983–1997; (Bände 13–19) Paderborn 2000–2013.

6 Rudolf Morsey: Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 1997.

7 Horst Möller: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). Düsseldorf 1985.

Lebt die Zeitgeschichte von der Biographie? Genauer: Welche Bedeutung und spezifischen Vorzüge besitzt die Biographie für die historische Forschung?

Erinnern wir uns: Während ihres zeitweiligen Siegeszuges missachtete die Gesellschaftsgeschichte Bielefelder Provenienz in der von ihr beanspruchten Deutungshoheit unter anderem die Biographie. Sie rechnete sie in der Tradition Eckart Kehrs der kritisierten Ideengeschichte zu, der sie machtgeschützte Innerlichkeit und den „Charakter einer Entlastungsfunktion“ vorwarf. Zugleich kritisierte sie – paradox genug – die Biographie als historiographisches Genre zur Verherrlichung großer Männer, die sie von Friedrich dem Großen bis zu Bismarck verantwortlich machte für die „Irrwege deutscher Nation“ (Alexander Abusch) im 20. Jahrhundert. Eine weitere Kritik lautete: Die Konzentration auf die Individualität, die für Biographien charakteristisch, ja zwangsläufig sei, verstelle den Blick auf die überindividuellen Wirkungsmächte der Geschichte, auf die Strukturen, die schließlich entscheidend für historische Entwicklungen seien. Im Anschluss an Kehr konstatierte Hans-Ulrich Wehler 1969 in der Historischen Zeitschrift unter anderem aufgrund solcher Argumentation eine „Krise der politischen Biographie“⁸ und Hartmut Soell, der die bisher eingehendste Biographie über Helmut Schmidt geschrieben hat, begründete 1976 dieses Genre in seinem Werk über Fritz Erler auf 35 Seiten noch eher defensiv als offensiv.⁹

Treffen die kritischen Einwände zu, genauer: treffen sie auf heutige zeitgeschichtliche Biographien und biographische Porträts zu? Und weiter gefragt, was sagen uns die Biographien und biographischen Porträts von Rudolf Morsey dazu?

Obwohl es auch den Typus schlichter Lebensbeschreibungen gibt oder die in England beliebte Form „Life and letters“, sind sie für die heutigen geschichtswissenschaftlichen Biographien eher die Ausnahme. Und auch die Monumentalisierung großer Männer, die allein das Rad der Geschichte drehten, ist längst verpönt. Ganz im Gegenteil haben wir es nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, anders als im 19., als Jacob Burckhardt in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ ein Kapitel über die „historische Größe“ schrieb, mit einer ausgeprägten Angst vor dieser Größe zu tun. Allerdings ist dies eher ein auf unserer spezifischen Erinnerungskultur beruhendes deutsches Phänomen. Niemand käme in England auf die Idee, Winston Churchills historische Größe zu bestreiten oder in Frankreich diejenige Charles de Gaulles. Und doch waren Gustav Stresemann, Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Willy Brandt große Staatsmänner. Und es wird Sie nicht wundern, wenn ich auch Franz Josef Strauß dazu zähle.¹⁰

8 Hans-Ulrich Wehler: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse, in: Historische Zeitschrift 208 (1969), S. 529–554, hier 531.

9 Hartmut Soell: Fritz Erler. Eine politische Biographie (Internationale Bibliothek 100–101). 2 Bände. Berlin u. a. 1976, Bd. 2, S. 987–1023.

10 Horst Möller: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München 2015.

Ohne Zweifel aber handelt es sich stets um grundlegende, oft schwierig zu beantwortende Fragen der historischen Urteilsbildung. Das gilt insbesondere für Diktatoren, weil wir gerade in der Zeitgeschichte von einem normierten Wertekanon ausgehen und die Weltgeschichte als das Weltgericht betrachten. Seit den moralischen, politischen, materiellen Verheerungen und Massenverbrechen der NS-Diktatur gelten uns demokratischer Rechtsstaat im Innern und Friedenspolitik nach außen als Urteilkriterien. Dass dies für westeuropäische und nordamerikanische Staaten nach 1945 gilt, versteht sich. Weniger selbstverständlich ist es für andere Kontinente und frühere Epochen, obwohl wir nach Rankes Maßstäben gelernt haben, „historistisch“ zu denken, also die Persönlichkeit nach den Voraussetzungen ihrer eigenen Zeit zu beurteilen. Das fällt heutigen Generationen immer schwerer. Aber schon 1951 hat beispielsweise Walter Bußmann einen Essay über „Friedrich den Großen im Wandel des europäischen Urteils“ geschrieben¹¹ und Lothar Gall 1971 einen Band mit dem Titel „Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945“ publiziert¹². Die Geschichte der Biographie wurde selbst Gegenstand der Forschung.

Warum handelt es sich hier um ein Problem? Weil es in der Geschichte ständig Akteure gibt, die zwar unseren Wertprinzipien nicht entsprechen und doch außerordentliche historische Wirksamkeit erlangt haben. Im Falle Stalins, Hitlers und Maos, um nur diese zu nennen, waren es katastrophale Wirkungen. Deswegen hat Joachim Fest in seiner Hitler-Biographie (1973) die berechtigte Frage gestellt, ob die Kriterien Jacob Burckhardts für die „historische Größe“ noch Gültigkeit hätten.¹³ Und viele Biographen reflektieren solche Fragen nicht mehr, sondern kennen in dieser Hinsicht nur noch die relativ wertfreie Rubrik „Wirkungsmächtige Inhaber politischer Spitzenämter“.

So oder so: Historische Biographien dürfen nicht unkritisch ausfallen, auch wenn man dem Porträtierten herausragende Leistungen attestiert. Allerdings gibt es ein spezifisches Charakteristikum zeitgeschichtlicher Biographien, das aus einem Vorteil in einen Nachteil umschlagen kann:

Die zeitliche Nähe führt zu einem dazu, dass viele Weggenossen den Porträtierten noch kannten. Ein hochrangiger und von mir hochgeschätzter Politiker sandte mir einen interessanten Vortrag, den er zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß gehalten hatte. Er begann mit dem Satz: Nur wer Strauß persönlich gut gekannt habe, könne ihn wirklich beurteilen. Ich war als Historiker etwas ratlos, mit welchen Worten ich mich für den Vortrag bedanken sollte.

11 Walter Bußmann: Friedrich der Großen im Wandel des europäischen Urteils, in: ders.: Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte. Ausgewählte Aufsätze zum 60. Geburtstag. Hg. von Werner Pöls. Boppard 1973, S. 255–288.

12 Lothar Gall: Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek Geschichte). Köln 1971.

13 Joachim Fest. Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/Main 1972 (zahlreiche Neuauflagen), hier S. 17–27.

Zum anderen bewirkt die zeitliche Nähe oft, dass der Zeithistoriker den Porträtierten noch selbst interviewen kann. Wie reagiert er dann auf eine Überzeugungskraft oder gar Faszination, die der Betreffende ausübt – wie das beispielsweise auf irreführende Weise bei Albert Speer der Fall war? Jedenfalls ist die quellenkritische Methode in solchen Fällen genauso unentbehrlich wie bei persönlichen schriftlichen Zeugnissen wie Memoiren oder Briefen. Und manchmal wünscht man sich, der Biograph hätte seinen „Helden“ besser nicht gekannt. Jedoch kann der vermeintliche Selbstschutz des Biographen, nun hyperkritisch zu reagieren, ebenfalls zu Verzerrungen führen.

Für Spitzenpolitiker der jüngsten Vergangenheit kommt eine Quellengattung hinzu, die früher relativ spärlich floss: Die pausenlose Beobachtung durch Medien und ihre Dokumentation, die schon zeitnah erscheinenden Biographien von Journalisten oder Politikwissenschaftlern, schließlich die zahlreichen Interviews mit Dritten. So hat Gerd Langguth für seine 2005 veröffentlichte Biographie über Angela Merkel 140 Interviews geführt.¹⁴ Über die Politiker der letzten Jahrzehnte weiß die Öffentlichkeit ungleich mehr, als das für die Zeitgenossen früherer Staatsmänner galt.

All diese oft Quellenwert besitzenden Texte legen eine dicke Schicht zeitgenössischer Information über den zu Porträtierenden, die der quasi mit zeitlichem Sicherheitsabstand fahrende Historiker zwar nutzen kann, oft aber auch durchstoßen muss, um zum Kern zu gelangen.

Rudolf Morsey hat sich immer wieder mit solchen Problemen und dem quellenkritischen Handwerkszeug des Historikers befasst, viele Zeitzeugen hat er interviewt. Auf Grund dieser Erfahrungen sowie seiner exzellenten Kenntnis des ehemaligen Reichskanzlers war er prädestiniert, in seiner Studie „Zur Authentizität und Kritik von Brüning's ‚Memoiren 1918–1934“ ein konstruktiv-positives Musterbeispiel für den historisch-kritischen Umgang mit dem Genre ‚Erinnerungen‘ zu bieten. Bereits 1975 erbrachte er minutiös den quellenkritischen Nachweis, der die Wege für eine historisch-kritische Edition wies: Sie wird Jahrzehnte später, nämlich in den nächsten Monaten durch die Parlamentarismus-Kommission veröffentlicht werden – selbstverständlich mit vielen Verbesserungen, die Morsey dem Bearbeiter hat zukommen lassen.¹⁵

Charakteristisch für Rudolf Morseys Brüning-Forschungen waren – neben im eigenen Lebensweg und persönlichen Erfahrungen wurzelnden Interessen – weiter gespannte historische Fragen. Rudolf Morsey, der in Recklinghausen geboren wurde, schon als Jugendlicher Kriegsdienst sowie Gefangenschaft in

14 Gerd Langguth: Angela Merkel. München 2005.

15 Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brüning's „Memoiren 1918–1934“ (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaften, Vorträge, G 202). Opladen 1975; Informationen zum Projekt der Neuedition unter https://www.ngzg.geschichte.uni-muenchen.de/personen/ls_wirsching/volkmann_peer/bruening_memoiren/index.html (Abruf 31. Juli 2018).

den berüchtigten Rheinwiesen-Lagern erleiden musste, kehrte bald nach Kriegsende zu seiner Familie nach Münster zurück. Nach den kriegsbedingten Unterbrechungen bestand er 1947 am altehrwürdigen Münsteraner Gymnasium Paulinum sein Abitur und konnte schließlich 1948/49 mit dem Studium beginnen. 43 Jahre vorher hatte auch Heinrich Brüning am Paulinum Abitur gemacht. Morseys Interesse an Brüning resultierte aber nicht allein aus dem gemeinsamen Gymnasium, sondern wurde durch den Münsteraner Kirchenhistoriker Georg Schreiber geweckt, dessen Mitarbeiter er zeitweilig war und über den er ebenfalls mehrere Veröffentlichungen vorgelegt hat.¹⁶ Georg Schreiber war in der Weimarer Republik einer der bedeutenden Kulturpolitiker, als Reichstagsabgeordneter der Zentrumsparterie war er Fraktionskollege Brünings, später öffnete er Rudolf Morsey viele Türen zu christlichen Politikern, die dem jungen Gelehrten zwar bereitwillig Auskunft gaben, mit seinen zugleich aktengestützten Interpretationen aber keineswegs immer zufrieden waren.

Da die Geschichte des politischen Katholizismus zu den zentralen Forschungsthemen gehört, für die Rudolf Morsey die Fundamente erarbeitete und der unbestrittene Großmeister ist, war es nur natürlich, sich schon früh auch mit Brüning zu beschäftigen. So besuchte er während einer Studienreise in die USA 1966 den ehemaligen Reichskanzler an dessen letztem Wohnort im nordamerikanischen Vermont.

Charakteristisch für Rudolf Morseys Porträts und Biographien über christlich-demokratische Politiker und Wissenschaftler ist: Persönliche Kenntnis, konfessionelle oder landsmannschaftliche Gemeinsamkeit, politische Nähe ersetzen bei ihm weder intensives Aktenstudium noch Einbettung in historische Kontexte. Nie hat ihn die persönliche Verbundenheit mit seinen Forschungsthemen zu unkritischen Urteilen verführt. Vielmehr verbindet er vorbildlich verstehende Einfühlung mit objektivierender Distanz. Und in dieser Hinsicht hätte Max Weber dann doch seine Freude an ihm gehabt, ist für Rudolf Morsey Objektivität doch nicht bloß ein regulatives Prinzip wissenschaftlicher Arbeit, sondern unbedingtes Postulat. Sein Werk demonstriert: Standortgebundenheit und Objektivität schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich bei ihm perfekt.

Und dazu gesellt sich als eine weitere fundamentale Tugend des Historikers die Neugier. Im Rankeschen Sinne will er wissen, wie es eigentlich gewesen ist und sucht nicht „der Herren eignen Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“, wie schon Goethes „Faust“ wusste. Die Neugier auf bislang nicht gefundene oder ausgewertete Archivalien ist bei Rudolf Morsey geradezu unersättlich.

Und damit haben wir verschiedene Kriterien definiert, die der eingangs erwähnten Kritik an der Biographie den Boden entziehen: Es geht nicht um

16 Zuletzt Georg Schreiber (1882–1963) – Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin/Berlin 2016.

bloße Lebensgeschichten, obwohl auch diese aussagekräftig für Lebensumstände, für individuelle Dispositionen, für Alltagsgeschichte, für die Erforschung von Netzwerken und Gruppenbildungen sein können, sondern um die Verortung der Individualität im Zeittypischen, in generationellen Konstellationen – Alterskohorten, wie moderne Soziologen das nennen –, es geht gezielt um die Dialektik von Persönlichkeit und Gesellschaft.

Wenn man, wie Rudolf Morsey, fundamentale Werke wie „Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923“¹⁷ oder „Der Untergang des politischen Katholizismus“¹⁸ geschrieben, ein zum Teil mit Erich Matthias gemeinsam verfasstes Grundlagenwerk über das „Ende der Parteien 1933“¹⁹ herausgegeben oder das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933 ebenso umfassend wie präzise dokumentiert und analysiert hat²⁰, dann hängen biographische Studien über Zentrumsmitglieder ebenso wenig individualistisch in der Luft wie seine zahlreichen biographischen Studien zu christlich-demokratischen Politikern der Bundesrepublik Deutschland: Über deren Geschichte bis 1969 hat er in souveräner Kenntnis ein informationsdichtes, präzises und reflektierend einordnendes Handbuch geschrieben. Es wurde mehrfach in aktualisierter Form aufgelegt.²¹

All diese Beispiele zeigen: Zeitgeschichtliche Biographien ziehen sich keineswegs in „machtgeschützte“ Innerlichkeit zurück, sie sind nicht apologetisch, sie blenden Strukturen und überindividuelle Determinanten der Geschichte nicht aus, sondern veranschaulichen sie am Individuellen. Sie sind in diesen Fällen Teil der politischen Geschichte, der Parteigeschichte, der Konfessions- oder auch der Regionalgeschichte. Und nicht zu vergessen: der Wissenschaftsgeschichte. Der Görres-Gesellschaft, deren Vizepräsident Rudolf Morsey zu Zeiten Paul Mikats lange war, und dessen 7. Auflage des „Staatslexikons“ er mit herausgegeben hat, widmete er neben vielen biographischen Studien zwei größere Bücher: „Görres-Gesellschaft und NS-Diktatur“ sowie „Die Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaften. Streiflichter ihrer Geschichte“.²²

17 Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32). Düsseldorf 1966.

18 Der Untergang des politischen Katholizismus Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33. Stuttgart 1977.

19 Erich Matthias/Rudolf Morsey: Das Ende der Parteien 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien). Zuletzt Nachdruck 1984.

20 Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Hg. von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Überarbeitete und ergänzte Neuaufl. Düsseldorf 2010 (zuerst 1992).

21 Die Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19). 5. Aufl. München 2007.

22 Görres-Gesellschaft und NS-Diktatur. Die Geschichte der Görres-Gesellschaft 1932/33 bis zur Auflösung 1941. Auf Anregung und unter Mitarbeit von Hans Elmar Onnau. Pader-

Und wie verhält es sich nun mit der Geschichte „großer Männer“, die Geschichte machen? Auch diese Behauptung, dass hier noch im Sinne Heinrich von Treitschkes agiert würde, läuft ins Leere. Tatsächlich widmet sich nur ein Teil der zeitgeschichtlichen Biographien „den Geschichte machenden“ großen Staatsmännern. Doch muss man blind sein für den individuellen Faktor in der Geschichte, wenn man deren Rang und vor allem ihre Wirkung nicht sieht. Geschichte ereignet sich nicht von selbst und nicht allein durch überindividuelle Zwänge. Wenngleich unbestreitbar ist, dass auch große Staatsmänner Kinder ihrer Zeit und ihrer fundamentalen Voraussetzungen sind, so ist doch ebenso unbestreitbar, dass zahlreiche historische Entwicklungen durch Persönlichkeiten entschieden oder mitentschieden wurden. Sie aber müssen biographisch erfasst werden.

Lassen Sie mich wenige Beispiele in Erinnerung rufen:

- Die berühmte Rhöndorfer Weichenstellung, in deren Folge Konrad Adenauer Bundeskanzler und die SPD 1949 aus der Regierungsbildung ausgeschlossen wurde, war Ergebnis der überlegenen Taktik Adenauers und nicht irgendwelcher Strukturen. Franz Josef Strauß schrieb im Rückblick: Damals habe er bemerkt, dass auch bedeutende Politiker im Vergleich zu Adenauer nur unterschiedlich große Zwerge gewesen seien. Strauß' Selbstüberschätzung der eigenen Rolle bei dieser Konferenz hat ihm Rudolf Morsey übrigens ausgetrieben.
- Die für den späteren Weg der Bundesrepublik fundamentale politisch-mentale, ökonomische und sicherheitspolitische Westintegration der Bundesrepublik Deutschland kam nicht von allein. Vielmehr setzte sie maßgeblich Konrad Adenauer gegen entschiedene Widerstände durch.
- Die deutsch-französische Aussöhnung wurde auf unterschiedlichen Ebenen und von vielen Personen und Institutionen betrieben, doch ohne die das „couple franco-allemand“ symbolisierenden Politikerpaare von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle über Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing bis zu Helmut Kohl und Francois Mitterrand wäre sie nicht vorangekommen. Und in der Europapolitik spielte der persönliche Faktor ebenfalls eine herausragende Rolle.
- Wie immer man die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 und ihre radikalisiert weitergeführte Ostpolitik beurteilen mag, ohne die persönliche Entscheidung von Willy Brandt und Walter Scheel wäre sie nicht erfolgt.
- Und schließlich die Wiedervereinigung: Die friedliche Revolution in der DDR ist in ihrer Bedeutung ebenso wenig zu unterschätzen wie die Solidarnosc in Polen seit 1981. Doch international durchgesetzt wurde die Wiedervereinigung in erster Linie durch Helmut Kohl, unterstützt von George Bush sen. Der

born u. a. 2002; Die Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft. Streiflichter ihrer Geschichte. Paderborn 2009.

monumentale, von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hoffmann bearbeitete Aktenband über die „Deutsche Einheit“ belegt eindrucksvoll die zentrale und dominierende Rolle von Bundeskanzler Kohl.²³

Natürlich kann sich die Analyse der europäischen und der weltgeschichtlichen Entwicklung 1989/91, die die europäische Nachkriegsordnung revolutionierte, nicht auf die biographische Darstellung einzelner Staatsmänner beschränken. Hier wie sonst greifen Persönlichkeit und überindividuelle Faktoren ineinander. In keinem anderen geschichtswissenschaftlichen Genre aber sind solche Wechselwirkungen und Schnittmengen besser darzustellen als in geschichtswissenschaftlichen Biographien.

Wie verhält es sich in Rudolf Morseys biographischem Oeuvre? Zwar sind die historischen Größen, wie man etwa an seinen zahlreichen Adenauer- und Brüning-Studien oder auch seinen Bismarck-Aufsätzen sieht, keineswegs ausgeschlossen. Doch stellen die ganz Großen nur eine Minderheit. Seine Zielsetzung begründet und realisiert Rudolf Morsey in den zwölf Bänden „Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts“, die er 1973 ausdrücklich gegen den damals in der Geschichtswissenschaft herrschenden Trend begründet und dann bis 2007 zum Teil mit Jürgen Aretz und Anton Rauscher herausgegeben hat.²⁴ Zu diesen über 220 Porträts trug er selbst eine große Zahl bei. Sicher gibt es keinen zweiten Zeithistoriker, der so viele kürzere biographische Studien verfasst hat wie er, und keinen, bei dem es sich um so unterschiedliche Persönlichkeiten und Professionen handelt.

Im Vorwort zum 1. Band der „Lebensbilder“ heißt es dazu: „Sie gelten solchen Persönlichkeiten, die von ihrer christlichen Überzeugung her in je ihrer Epoche das geistige und kirchliche, das politische oder soziale Leben maßgeblich mitbestimmt haben, oder mit deren Namen sich in besonderer Weise einzelne Entwicklungen und Zeitströmungen verbinden. Das gilt für Politiker und Wissenschaftler, Kirchenfürsten und Ordensleute, Unternehmer und Gewerkschaftler, Repräsentanten des Verbandskatholizismus und des sozial-karitativen Wirkens, für Publizisten und Dichter.“ Und die Absichten dieser Porträts werden ebenso klar benannt: „Die Kenntnis von Leben und Werk historischer Persönlichkeiten ermöglicht ein vertieftes Verständnis der von ihnen erlebten und mitgestalteten Epochen. Damit kann sie Maßstäbe für eine gerechtere Beurteilung auch der Gegenwart vermitteln; denn manche ihrer Probleme sind keineswegs so neu, wie sie bisweilen erscheinen.“²⁵

23 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

24 Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts. 12 Bde. Mainz bzw. Münster (ab Bd. 9) 1973–2007. Ab Bd. 3 gemeinsam hg. mit Jürgen Aretz und Anton Rauscher.

25 Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 1, S. 7.

Viele der zeitgeschichtlichen Porträts von Rudolf Morsey gelten Persönlichkeiten, die heute nur noch Kennern etwas sagen, die es aber gleichwohl verdienen, vergegenwärtigt zu werden. Dazu zählt beispielsweise der Rheinländer Johannes Schauff, der uns beiden nahestand: jüngster Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei, Agrarfachmann, der von Goebbels als „Agrarbolschewist“ verunglimpft wurde, früher Pionier der Wahlforschung, den Rudolf Morsey wiederentdeckt hat, international agierender Ratgeber und katholischer Humanist, der Tausenden das Leben rettete, weil er ihnen nach 1933 zur Flucht aus Deutschland verhalf. Schließlich wurde er 1966 mit Heinrich Krone, Herbert Wehner und Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg einer der Wegbereiter der Großen Koalition – ein Mann, der die Kommission für Zeitgeschichte mitbegründet hat und trotz seiner außergewöhnlichen Verdienste durch vollkommen uneitle Bescheidenheit beeindruckte – darin auch Rudolf Morsey ähnlich.²⁶

Anhand solcher Persönlichkeiten entwickelt Rudolf Morsey einen ganz eigenen biographischen Zugang, der die vielberufene deutsche Erinnerungskultur erheblich erweitert, zumal er die dargestellten Persönlichkeiten stets in ihren zeittypischen Kontexten darstellt, beispielsweise den letzten Vorsitzenden der Zentrumspartei, den Prälaten Ludwig Kaas. Morseys stets erkennbares Bemühen um Gerechtigkeit hindert ihn trotz der Hervorhebung der Integrität und der Leistungen von Ludwig Kaas keineswegs, das unrühmliche Ende der Zentrumspartei zu analysieren. Am Beispiel von Kaas zeigt er die Paradoxie seiner politischen Wirkung und sein politisches Scheitern auf – ein Scheitern, das auch zu den kollektiven Gründen für die Katastrophe von 1933 zählt: „Im letzten ist Kaas daran gescheitert, daß er die Gefährlichkeit totalitärer Kräfte und Bewegungen, die in seinem Menschenbild und Erfahrungsschatz keinen Platz hatten, zu spät erkannte.“²⁷ Ganz ähnlich hat übrigens Theodor Heuss über sein durchaus kritisches frühes Buch „Hitlers Weg“ (1932) später geurteilt.

Wenn oft davon die Rede ist, die Zeitgeschichtsschreibung konzentriere sich zu sehr auf die Täter und vernachlässige die Opfer, so ist diese Kritik nicht ganz unberechtigt. Allerdings stelle man sich vor, die bundesrepublikanische Historiographie hätte keine Täterforschung betrieben. Mit Sicherheit hätte der Vorwurf dann gelautet: Mit den Tätern wolle man sich offenbar nicht befassen und deshalb dieses düstere Kapitel verdrängen. Wesentlich ist allerdings etwas anderes: Gerade in der Holocaustforschung war anfangs die Quellenlage für Opferbiographien außerordentlich schlecht, für die Darstellung von „NS-Tätern“ aber sehr viel besser. Trotzdem ist es bedauerlich, dass die Biographien über

26 Johannes Schauff (1902–1990), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 8, S. 233–246, 322–323. Zuvor schon: *Ein ungewöhnliches deutsches Schicksal im 20. Jahrhundert: Johannes Schauff*, in: *Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde* 9 (1985), S. 97–108.

27 Ludwig Kaas (1881–1952), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 1, S. 263–273, 311–312, hier 273.

Diktatoren in der Regel besser verkäuflich sind, als gute Biographien über demokratische Staatsmänner der Bundesrepublik oder der Weimarer Republik.

Bei den biographischen Studien von Rudolf Morsey verhält es sich thematisch umgekehrt. Er ist wie in seinen parteigeschichtlichen Werken und Editionen auch als Biograph ganz überwiegend ein Historiker der Demokratie. So sehr sein wissenschaftsorganisatorisches Engagement und seine Grundlagenwerke der historischen Erkenntnis dienen, so unübersehbar ist doch die implizite Absicht, diese Erkenntnis für die parlamentarische und parteienstaatliche Demokratie der Bundesrepublik nutzbar zu machen.

Und seine jüngste Biographie über Fritz Gerlich gilt einem der fast vergessenen Opfer: Über den Chefredakteur der Zeitschrift „Der gerade Weg“ und zeitweiligen Hauptschriftleiter der „Münchner Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Rudolf Morsey unter anderem 2010 einen umfangreichen Band mit von ihm erschlossenen Quellen und schließlich 2016 eine große Biographie: „Fritz Gerlich. Ein früher Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus“.²⁸ Dabei spart der Biograph die kurzzeitige Verirrung, in der Gerlich in den 1920er Jahren die NSDAP unterstützt hatte, nicht aus. Ebenso genau schildert er seine mystische Erweckung durch die Begegnung mit Therese Neumann („von Konnersreuth“), der die Konversion vom Calvinismus zum Katholizismus folgte, vor allem aber seinen beruflichen und politischen Weg bis zu seiner Ermordung durch NS-Schergen 1934. Morsey demonstriert also nicht allein den „geraden Weg“, sondern ebenso eindrücklich Widersprüche und Umwege der politischen Bildungsgeschichte. Ohne irgendetwas von neomodischen „kontrafaktischen“ Interpretationen zu halten, demonstriert der Autor an dieser politischen Lebensgeschichte sowohl einen Lernprozess als auch eine Alternative: Man musste kein Mitläufer werden.

Die gewichtigste Biographie von Rudolf Morsey gilt einem Bundespräsidenten und zwar keinem der glanzvollen, aber einem in seiner gesunden ersten Amtszeit soliden und verdienstvollen. Wieder sagt die Wahl des Themas etwas über den Biographen selbst. Obwohl sich Rudolf Morsey wiederholt mit dem Amt des Bundespräsidenten beschäftigt hat und 1996, also zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seiner Lübke-Biographie, kein Bundespräsident eine große, aus den Quellen geschöpfte wissenschaftliche Biographie erhalten hatte, wählte er Heinrich Lübke. In der Einleitung schildert er die Überraschung, auf die sein Vorhaben vielerorts stieß. Seine Schlussfolgerung lautete: Persönlichkeiten, die die Welt verändert haben, gebe es in jeder Generation nur wenige. „Nun gestalten aber auch andere Persönlichkeiten die politische Entwicklung, und im weiteren Sinne, das öffentliche Leben ihrer Zeit mit. Dazu zählen solche, die

28 Fritz Gerlich – ein Publizist gegen Hitler. Briefe und Akten 1930–1934 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 56). Paderborn u. a. 2010; Fritz Gerlich (1883–1934). Ein früher Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus. Paderborn u. a. 2016.

„unterhalb“ der Kategorie des Staatsmanns rangieren, aber durch ihr Amt und ihre Leistung für bestimmte Ideen und Gruppierungen stehen. Solche Politiker aus dem ‚zweiten Glied‘ fallen, zumal wenn sie sich in der Öffentlichkeit nicht ‚vordrängen‘ und nicht selbst für ihren Nachruhm Sorge tragen, in der Regel rasch der allgemeinen Vergesslichkeit anheim. Zu derart ‚vergessenen‘ Politikern zählt Heinrich Lübke.“ Das wenige, was viele Zeitgenossen in Erinnerung behalten hätten, seien sprachliche Unbeholfenheiten und ungeschickte Auftritte Lübkes. Voreingenommenheit gegen ihn oder auch Unkenntnis hätten zu dem negativen Bild beigetragen. Doch zeitlebens habe sich der heimatverbundene Sauerländer bemüht, „die von seinem jeweiligen Amt geforderten Aufgaben sachgerecht und pflichtgetreu zu erledigen“.²⁹ Während meiner eigenen Zeit im Bundespräsidialamt der späten 1970er Jahre habe ich meine damaligen Kollegen befragt und siehe da: Der durchaus politische Bundespräsident Lübke der ersten Amtsperiode genoss bei allen Anerkennung, auch bei denen, die ihm politisch nicht nahestanden.

Kein Zweifel, nicht nur die für Rudolf Morsey selbstverständliche historische Wahrheitssuche aufgrund neu erschlossener Quellen, sondern auch sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden hat ihn zu dieser Biographie geführt. Die Thematisierung eines Politikers, der nicht im Zentrum großer Entscheidungen stand und sich nicht im Glanz breiter Popularität sonnen konnte, erschließt eine historische Ebene, für die das Genre der Biographie besonders geeignet ist, weil die einzigartige Individualität nicht die anderen Fragen überlagert oder gar erdrückt.

Tatsächlich gilt: Literarische, künstlerische, aber auch wissenschaftliche Leistungen können ohne Biographien nicht angemessen dargestellt werden, da sie durch die Individualität der Schöpfer geprägt werden. Auch Kunststile werden an den Künstlern exemplifiziert. Ebenso sind geniale Innovationen in Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft in der Regel individuelle Leistungen, auch wenn Vorarbeiten Mehrerer dazu beigetragen haben.

Da unbestreitbar individuelle politische Entscheidungen existieren, die nachhaltige Wirkung auf historische Entwicklungen gewinnen, benötigen wir biographische Zugänge. Um die je spezifischen individuellen Dispositionen zu erklären, liefert der persönliche Lebensweg Aufschlüsse. Der Raum macht auch insofern Geschichte, als die landsmannschaftliche Zugehörigkeit oftmals Bildungswege und soziale Bindungen prägt, die sich mit je spezifischen individuellen Charakteren verbinden, die aus religiösen Wertorientierungen resultieren. All diese Komponenten beeinflussen ihrerseits individuelle Entscheidungen.

Besonders die für historische Entwicklungen so relevante Generationenerfahrung kann auf individuelle Quellen und damit biographische Zugänge nicht verzichten, weil durch sie die Epochenbrüche und Zeiterfahrungen am besten

29 Heinrich Lübke: Eine politische Biographie. Paderborn 1996, die Zitate S. 15, 19.

zu erfassen sind. Da andererseits keine auch noch so ausgeprägte Individualität von Zeitspezifität und kollektiven, jedenfalls überindividuellen Determinanten unabhängig ist, liegt der biographische Reiz gerade darin, dieses Spannungsverhältnis auszuloten und bei Politikern etwa nach den Handlungsspielräumen zu fragen. Diese Frage spielt beispielsweise für die Beurteilung Heinrich Brüning's eine bedeutende Rolle. Alternativen, zwischen denen Entscheidungen fallen, die gesehen oder nicht gesehen wurden, müssen ebenfalls in dieser nicht retrospektiven, sondern zeitgenössischen Doppelperspektive analysiert werden.

Nicht allein in früheren Epochen absoluter Herrschaft, auch in demokratischen Staaten der Gegenwart bleibt die Individualität der entscheidenden Politiker ein wesentlicher, wenngleich nicht der einzige Bezugspunkt historischer Erklärung. Selbst in aktuellen Forschungsprojekten, die beispielsweise nach der „Enttäuschung“ als politischer und sozialpsychologischer Kategorie moderner Gesellschaften fragen, gilt: Enttäuschung ist zuallererst eine anthropologische Kategorie des Individuums, bevor sie eine kollektive Erfahrung wird.

Nicht Strukturen, sondern Menschen machen Geschichte. Der Einzelne lässt sich nicht auf eine bloße statistische Größe reduzieren, die lediglich sozialwissenschaftlich zugeordnet und buchstäblich abgerechnet wird, obgleich die Zeitgeschichte in den jüngsten Epochen über immer mehr sozialstatistische Massendaten verfügt.

Zwar wachsen Menschen innerhalb bestimmter Bedingungen und Strukturen auf und werden durch sie geprägt, sie sind aber keineswegs bloße Funktionen dieser Strukturen. Eine solche zutiefst inhumane Deutung würde nicht allein ihre Willensfreiheit bestreiten, sondern grundsätzlich jegliche individuelle Verantwortung für das Geschehen. Zu den konstitutiven Prämissen biographischer Forschung zählt jedoch, dass der Mensch für sein Handeln verantwortlich ist. Zu den einschlägigen persönlichen Schlüsselerlebnissen des damals 14jährigen Schülers und Messdieners Rudolf Morsey gehörte übrigens der geharnischte Protest des Münsteraner Bischofs Graf Galen 1941 gegen die Beschlagnahme der dortigen, gegenüber seinem Elternhaus gelegenen Jesuiten-Niederlassung und die Vertreibung der Patres durch die Gestapo, die Graf Galen öffentlich als Diebe und Räuber bezeichnete.

Es ist also widersinnig, die Biographie gegenüber anderen methodischen Zugängen abzuwerten, vielmehr ergänzen sich die unterschiedlichen Methoden, um die Komplexität historischer Phänomene zu entschlüsseln. Kein Geringerer als Karl Marx, von dem Gesellschaftshistoriker gern den Satz zitieren: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“, hat in seinen philosophischen Frühschriften sehr viel stärker die Dialektik zwischen beiden Kategorien betont und damit die Rolle des Individuums in der Geschichte angemessen beurteilt. So heißt es in der „Deutschen Ideologie“, dass „die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen“. Und vor Marx sollten gerade Gesellschaftshistoriker nicht zurückfallen.

Abschließend sei noch ein letzter Punkt erwähnt: Biographien sind, zumal wenn sie gut erzählt und geschrieben sind, in den meisten Fällen anschaulicher als andere Formen der Geschichtsschreibung. Sie ähneln darstellerisch dem Bildungs- und Entwicklungsroman, sind folglich nicht nur eine geschichtswissenschaftliche, sondern zugleich eine literarische Gattung. Biographien erlauben es, die chaotische Vielfalt der Ereignisse wie in einem Brennglas zu bündeln und darstellerische Kontingenz zu erreichen. Der Leser kann so Motivationen, Entscheidungsbildung, politischen Auseinandersetzungen, Ursache und Wirkung von Handlungen nachvollziehen. Mit einem Wort: Gute Biographien sind lesefreundlich besonders für den interessierten Laien und oft unterhaltsam. Auf diese Chance zur Breitenwirkung darf die Geschichtsschreibung nicht verzichten.

Neue Quellen und Themen erschließende Monographien sind für den wissenschaftlichen Fortschritt unentbehrlich, selbst wenn sie nur in wenigen hundert Exemplaren publiziert werden. Doch dürfen Kulturwissenschaften nicht nur mit sich selbst kommunizieren, sondern benötigen ebenso wissenschaftlich fundierter Popularisierung zur historisch-politischen Bildung. Zeitgeschichtliche Biographien besitzen dafür eine spezifische Eignung – Biographien von historischen Größen, aber auch solchen zeittypischen aus der zweiten oder dritten Reihe, Biographien von Tätern und Opfern.

Rudolf Morsey hat durch seine zahlreichen Biographien und Porträts zur Lebendigkeit dieses Genres in der Geschichtsforschung außerordentlich beigetragen, ohne sich je darauf zu beschränken. Insofern wird er meiner Schlussfolgerung zustimmen: Die Zeitgeschichte lebt ganz wesentlich von der Biographie, aber sie lebt keineswegs nur von der Biographie. Sieht man sich die Biographie von Rudolf Morsey selbst und seine bis zum heutigen Tag rastlose Forschungsarbeit an, dann drängt sich gleichsam *ex negativo* eine andere Schlussfolgerung auf: Wie ungesund muss die Rente mit 65 sein!

Ich wünsche Ihnen, lieber Herr Morsey, weiterhin unersättliche wissenschaftliche Neugier und viele weitere gesunde Jahre, nicht nur im Archiv, sondern ebenso an der Seite Ihrer verehrten Frau und Ihrer ganzen Familie – und schließlich mit uns allen, Ihren Freunden und Kollegen. Zugleich danke ich Ihnen sehr, sehr herzlich für die Jahrzehnte, in denen ich selbst auf vielfältige Weise mit Ihnen gemeinsam wirken durfte.

SYMPOSION ZUM GEDENKEN AN HANS-PETER SCHWARZ

Begrüßung*

Norbert Lammert

Sehr geehrte Familie Schwarz, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser Veranstaltung, die an Hans-Peter Schwarz erinnern soll, sein wissenschaftliches Lebenswerk würdigen und seine ganz besondere Beziehung zur Konrad-Adenauer-Stiftung noch einmal lebendig machen will. Ich freue mich, dass sowohl die Tochter als auch der Sohn heute Nachmittag bei uns sind. Herzlich willkommen, Frau Burrus und Herr Dr. Schwarz.

Ich möchte mich schon jetzt herzlich bei all denjenigen bedanken, die heute Nachmittag an diesem von mir angekündigten Versuch unmittelbar mit eigenen Beiträgen beteiligt sind. Stellvertretend für alle diejenigen, die einen eigenen Beitrag leisten, will ich zwei Männer begrüßen, die mit Hans-Peter Schwarz ganz besonders lange und enge Beziehungen hatten und von denen ich den einen jetzt stellvertretend für die Wissenschaft und den anderen stellvertretend für die Stiftung nenne: Professor Hans Maier, der ihn länger gekannt hat als irgendjemand sonst, und Bernhard Vogel, der ja nicht nur irgendeiner der wechselnden Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen ist, sondern derjenige, bei dem die Mitgliedschaft von Hans-Peter Schwarz im Vorstand der Stiftung die Amtszeiten auch des Vorsitzenden einschließt – ich glaube, dafür haben wir davor und danach kein vergleichbares Beispiel.

Ich habe mir, wie sich das bei einer Veranstaltung für einen Zeithistoriker gehört, angeschaut, ob der heutige Tag zufällig Beziehungen aufweist, die man zu Hans-Peter Schwarz, seiner Biographie und seinem Lebenswerk herstellen könnte. Tatsächlich finden sich ein paar Daten, die nicht nur mit dem ewigen Spannungsverhältnis von Religion und Politik zu tun haben oder dem von Krieg und Frieden oder von Macht und Geist, sondern auch mit dem, was Christliche Demokraten – noch bevor sie sich so nannten – immer mal wieder in diesen Spannungsverhältnissen umgetrieben und beschäftigt hat.

Am 15. Mai 719 soll Papst Gregor den damals noch unbekanntem Priester Winfred mit christlicher Missionsarbeit in Germanien beauftragt haben, um „ungläubigen Völkern das Geheimnis des Glaubens bekannt zu machen“. Unter dem ihm vom Papst verliehenen Namen Bonifatius ist er dann bekannter

* Begrüßung gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

geworden – wie groß sein Bekanntheitsgrad heute, in einer zunehmend säkularen Gesellschaft ist, darüber will ich jetzt keine Spekulationen anstellen.

Heute auf den Tag genau vor 370 Jahren beendete der Frieden von Münster als Teil des Westfälischen Friedens den bis dahin sicher verheerendsten Krieg, der auf europäischem Boden ausgetragen wurde. Dass der, außer mit Politik, auch viel mit Religion zu tun hatte, mit der wechselseitigen Instrumentalisierung des einen für das jeweils andere, dafür braucht man nicht einmal vertiefte historische Kenntnisse, um sich an diesen Zusammenhang zu erinnern.

Wiederum war es ein 15. Mai – 1891 – als Papst Leo XIII. die erste explizite Sozial-Enzyklika veröffentlicht hat: „Rerum Novarum“, die wiederum 40 Jahre später, also am 15. Mai 1931, von Papst Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ noch einmal in besonderer Weise aufgegriffen und fortgeschrieben worden ist. Spätestens hier reden wir jetzt über Texte, die mit dem Selbstverständnis von Christlicher Demokratie ganz sicher mehr als einen nur zufälligen Zusammenhang haben.

Wir werden heute Nachmittag mit vielen ganz unterschiedlichen Beiträgen, auch aus unterschiedlichen Perspektiven, das beachtliche und erstaunliche Lebenswerk von Hans-Peter Schwarz noch einmal vor unserem geistigen Auge Revue passieren lassen. Ich will im Augenblick nur darauf hinweisen, dass jemand, der auch in einer ähnlichen Profession ausgebildet worden ist, geradezu andächtig auf die biographischen Stationen dieses Mannes blickt, der mit 23 Jahren promoviert wurde und mit 29 Jahren seinen ersten Lehrstuhl übernahm. Allein das reicht schon als Indiz aus, um ihn nicht als einen von vielen, sondern als eine Persönlichkeit mit ganz offenkundig überdurchschnittlicher Begabung zu bezeichnen. Auch die Stationen, sowohl seiner Ausbildung wie seines Wirkens – in Basel, in Freiburg, in Paris, in Tübingen, in Oxford, in Washington, in Köln und in Bonn –, sind eine schwer zu überbietende Serie renommierter und renommierterer Stätten des Lernens und des Lehrens, an denen er überall seine Spuren hinterlassen hat.

Hans-Peter Schwarz ist sicherlich auch durch seine großen Arbeiten einer über das unmittelbare Fachpublikum hinaus breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, durch seine großen Biographien über Konrad Adenauer und über Helmut Kohl. Und es ist wahrscheinlich nicht übertrieben, dass sein Lehrstuhl-Nachfolger in Bonn in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen hat, dass er vielleicht überhaupt derjenige unter den Zeithistorikern ist, der dieses besondere Genre politischer Biographien mit einem wirklich historischen Zugang zu den Kontexten, in denen sich eine Biographie entfaltet, wiederbelebt hat. Genau diese Verbindung – was machen Leute, was machen Menschen, was machen Persönlichkeiten mit den Zeitumständen; und umgekehrt, was waren die Zeitumstände, unter denen sie gewirkt haben und arbeiten mussten – kennzeichnet den besonderen Zugang, den Hans-Peter Schwarz nicht nur, aber auch zu diesen beiden bedeutenden deutschen Kanzlern gefunden und vermittelt hat.

In seinem Vorwort zum Sammelband „Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren“ schreibt Hans-Peter Schwarz: „Die Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist seit frühesten Anfängen von autistischer Dauerreflexion begleitet. Politologen, Soziologen, Historiker, Philosophen, Staatslehrer und ganze Bataillone von Publizisten und Feuilletonisten erörtern Jahr für Jahr dieselben besorgten Fragen: Woher kommen wir, wo stehen wir, wohin geht die Reise? Aufmerksamste, besorgteste, oft selbstquälereische, doch zunehmend auch zuversichtliche Beobachtungen zum Zustand der Republik sind nahezu ein Hauptmerkmal unseres öffentlichen Diskurses.“

Das ist nicht schlecht beobachtet und ließe sich 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in sehr ähnlicher Weise immer noch formulieren. Ich würde gerne hinzufügen: Es gibt gewichtigere Einwände zum Selbstverständnis eines Landes, als dass es sich im Unterschied zu anderen in einer Dauerreflexion über sein Herkommen, seine historischen Kontexte, die sich daraus begründenden Wahrnehmungen seiner Nachbarn und die davon nicht abzulösenden Zukunfts- und Gestaltungsperspektiven versteht. Und es gibt nur wenige, die genau zu dieser Dauerreflexion so lange, so kontinuierlich, so intensiv und so nachhaltig beigetragen haben wie das bei Hans-Peter Schwarz ganz ohne Zweifel der Fall ist.

Ich bin sicher, dass nicht nur, aber spätestens Bernhard Vogel zum Abschluss noch einmal den besonderen Beitrag würdigen wird, den Hans-Peter Schwarz für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung geleistet hat. Er war 34 Jahre Mitglied des Vorstandes, und man wird an einer Hand diejenigen aufzählen können, die auch nur in der Nähe dieser langen Verbindung zur Konrad-Adenauer-Stiftung gestanden haben. Er hat über all diese Jahre hinweg mit einer geduldigen Ernsthaftigkeit auf Entwicklungen hingewiesen; bei gelegentlicher – in der Stiftung natürlich seltener, aber gelegentlich dann auch einmal festzustellender – Neigung zur Euphorie zu Relativierungen veranlasst und bei noch selteneren Neigungen zur Depression auf wiederum andere historische Kontexte hingewiesen, die deutlich machen, dass wir dazu nun auch wieder keine Veranlassung haben. Diese Souveränität des Blicks, durch den sich Historiker – gelegentlich auch Politikwissenschaftler – von aktiven Politikern unterscheiden und hoffentlich auch in Zukunft unterscheiden werden, hat Hans-Peter Schwarz immer wieder in die Arbeit unserer Stiftung eingebracht. Dass er dabei ganz besonders auch der Arbeit unseres Archivs für Christlich-Demokratische Politik verbunden war, versteht sich beinahe von selbst.

Es ist nicht unbedingt einfacher für Historiker, aber doch bequemer, über länger zurückliegende Personen und Ereignisse zu schreiben als über Zeitgenossen. Alexander der Große, Cäsar, Karl der Große, Napoleon – noch einmal: Ich behaupte nicht, dass das einfache Themen und schon gar nicht einfache Persönlichkeiten wären. Aber für denjenigen, der darüber schreibt, ergibt sich der nicht zu unterschätzende Vorteil, sich nicht mehr mit Zeitgenossen auseinander-

setzen zu müssen, deren eigene Wahrnehmungen und Erinnerungen mit den Beschreibungen korrelieren, die der um Wissenschaftlichkeit und Ernsthaftigkeit bemühte Historiker bei der Beschreibung dieser Lebensläufe vorträgt. Er ist immer mit dem nicht nur eingebildeten Risiko konfrontiert, dass seine eigenen Beobachtungen mit den Wahrnehmungen anderer kollidieren, mit Sympathien und Antipathien, mit Bündnissen und Seilschaften, gelegentlich vielleicht auch mit Feindschaften, die – was immer man ansonsten über deren Unvermeidlichkeit denken mag – jedenfalls die Wahrnehmung beeinflussen. Ich hatte nie den Eindruck, dass Hans-Peter Schwarz dies auch nur irritiert hat, schon gar nicht verunsichert. Insofern verblüfft es wiederum nicht, dass der harte Kern sowohl der Adenauer-Fans als auch der Kohl-Fans nicht mit jeder einzelnen Seite der ausführlichen Biographien restlos einverstanden gewesen sind – was eher für die Sorgfalt dieser Biographien spricht und die tapfere Bereitschaft, sie nicht zur Heldenverehrung missraten zu lassen.

Viele seiner griffigen Titel, die er für manche seiner Essays und Bücher gefunden hat, sind geradezu in die Sprachgewohnheiten von Publizisten und Zeitgenossen übergegangen: „Die Zentralmacht Europas“, die „Republik ohne Kompass“, „Die gezähmten Deutschen“. Dass er bei letztgenanntem Buch nur, aber immerhin, im Untertitel von einer Entwicklung von der „Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“ gesprochen hat, hat einen späteren Bundespräsidenten nicht daran gehindert, das gegen das real existierende Parteiensystem in Stellung zu bringen – was auch wieder ein schönes Beispiel ist für die Relevanz wissenschaftlicher Arbeit für aktuelle politische Diskurse.

Wir sind Hans-Peter Schwarz zu großem Dank verpflichtet. Deshalb freue ich mich, dass wir heute in dieser Runde vieler, die ihn gut gekannt, ihn über viele Jahre begleitet haben, die Gelegenheit finden, noch einmal in exemplarischen Zusammenhängen seine große wissenschaftliche und politische Lebensleistung zu würdigen.

Seien Sie uns alle herzlich willkommen. Ich freue mich auf die nächsten Stunden!

Hans-Peter Schwarz: die Anfänge*

Hans Maier

Hans-Peter Schwarz habe ich im Sommer 1955 in Freiburg kennengelernt. Er war ein Neuzugang im Seminar für Wissenschaftliche Politik. Der junge Mann war energisch und schnell. Er hatte, obwohl aus dem geruhsamen südbadischen Lörrach stammend, gar nichts von alemannischer Beschaulichkeit an sich. Sportlich stürmte er durch die Gänge des Seminars und warf, wenn er in Eile war, mit Schwung die Türen zu. Zielstrebig plante und organisierte er seine Studien. Bald konnte er bei Arnold Bergstraesser sein Doktorthema im Empfang nehmen (über Ernst Jünger), bald fand er Eingang in den Kreis der engeren Schülerschaft des Meisters, wo bereits bekannte Namen versammelt waren: Kurt Sontheimer, Dieter Oberndörfer, Manfred Hättich, Gottfried-Karl Kindermann, Alexander Schwan.

In jenen Jahren war die junge Politikwissenschaft in Freiburg so etwas wie eine Universität im Kleinen. Wir arbeiteten mit verteilten Rollen: Hättich war unser Ökonom, Kindermann unser Internationalist, Schwan unser Philosoph, ich selbst war für die verschüttete Geschichte unseres Fachs zuständig, die weit in die Vergangenheit zurückreichte. Hans-Peter Schwarz war unser Soziologe. Wenn es darum ging, Fragen der Zusammenarbeit mit den Soziologen zu klären, wandte man sich an ihn. In dem von Dieter Oberndörfer herausgegebenen Band „Wissenschaftliche Politik“ Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie“ (1962)¹ – das war unsere damalige Freiburger „Homepage“ – schrieb er über „Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland“². Gleich der erste Satz ist ein echter Schwarz: „Lebendig zu sein und sich Schematisierungsversuchen zu entziehen ist eine der unangenehmen Eigenheiten sozialer Gefüge.“³ An anderer Stelle heißt es: „Versteht sich also die Soziologie als Aufklärung? Sicher, doch ohne missionarischen Ernst, mehr skeptisch als nachdrücklich. Das Fehlen eines zielbewussten politischen Wirkungswillens und ein soignierter weltanschaulicher Skeptizismus, der häufig damit zusammengeht, lässt dieses gesellschaftspolitische Sendungsbewusstsein zugleich liebenswürdig und relativ folgenlos erscheinen.“⁴ Der Aufsatz wurde damals oft zitiert. Liest man ihn heute, so staunt man über den leichten und souveränen Ton: es ist, als schöpfe ein routinierter Altmeister mit

* Vortrag gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

1 Dieter Oberndörfer (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie. Freiburg/Breisgau 1962.

2 Ebd., S. 297–333.

3 Ebd., S. 297.

4 Ebd., S. 329.

geübter Hand aus lebenslangen Erfahrungen. So lächelnd-überlegen schreibt man nur, wenn man sehr jung ist. Schwarz war damals gerade 28 Jahre alt.

Hans-Peter Schwarz – ein Soziologe? Man muss sich einen Augenblick vergegenwärtigen, was Soziologie damals bedeutete. Ein Hauch von Nüchternheit, ja Kälte umgab das Fach in der ersten Nachkriegszeit: Soziologen galten als unerbittliche, unsentimentale Analytiker, durch nichts zu erschüttern, kühl vernünftig – manchmal herzlos, aber immer geistvoll. Sie stachen deutlich ab von der pulsierenden Wärme, der hermeneutischen Fühlsamkeit, die vor allem in den Geisteswissenschaften jener Zeit verbreitet war. Die Soziologen profitierten zudem von der Weiträumigkeit ihres Faches, das wirklich ohne Rand und Ufer war – alles konnte zum Thema soziologischer Betrachtung werden, wenn es nur in dem unverkennbaren „soziologischen Sound“ formuliert war. Im Freiburger Seminar pflegte Arnold Bergstraesser öfter selbstironisch einen Spruch aus der Heidelberger Gründerzeit des Fachs zu zitieren: „Soziologie – das ist die Kunst, Dinge, die jeder versteht und die keinen interessieren, so zu sagen, dass sie niemand versteht und dass sie alle interessieren.“

Nun, Hans-Peter Schwarz, wir wissen es, wurde schließlich doch kein Soziologe, sondern ein Politikwissenschaftler, obwohl er die soziologische Attitüde, das soziologische Sprachspiel weiterhin beherrschte. Es wäre reizvoll, einmal zu untersuchen, ob die desillusionierenden Warnrufe, die Kritik am Wunsdenken vieler Zeitgenossen, die sarkastischen Kälteschocks, mit denen der Autor bis zuletzt in Büchern und Aufsätzen wohlmeinenden Zeitgenossen – auch Kollegen – auf den Leib rückte, ihren Ursprung – oder wenigstens *einen* ihrer Ursprünge – in den soziologischen Studien jener Freiburger Tage haben.

Nach seiner Promotion 1958 übernahm Hans-Peter Schwarz das Amt des Tutors im Colloquium Politicum der Freiburger Universität. Ich war damals sein Kollege im Allgemeinen Teil des Studium Generale. Es war eine schöne Zeit voller Spannung und Erwartung. Man konnte für geringes Honorar Gott und die Welt zu Veranstaltungen nach Freiburg einladen: von Jean Paul Sartre bis zu Martin Heidegger, von Henry Kissinger und Hannah Arendt bis zu Michael Oakeshott, Raymond Polin und Jacob L. Talmon. Aktuelle Vorträge füllten die Aula bis auf den letzten Platz: Wilhelm Grewe sprach über die deutsche Außenpolitik, Jacques Chapsal über „La cinquième République“ (es war 1958, das Jahr de Gaulles!), Klaus Mehnert über „China im Zeitalter der Volkskommunen“. Dazu kamen Gespräche mit Politikern, oft im kleinen Kreis, wie zum Beispiel mit Bruno Kreisky. Ihn fragten wir neugierig: „Aber Herr Kreisky, Sie sind doch ein bürgerlicher Mensch durch und durch – wie kommen Sie denn zur SPÖ?“ – und provozierten damit fast einen Zornausbruch. Kreisky erzählte aus seinem Leben, berichtete von seinen Wiener Erfahrungen. „Schauns, die Christlich-Sozialen, da gab’s so viele Antisemiten, zu Luegers Zeit vor allem, aber auch noch später, nach dem Ersten Weltkrieg – und ich“, er schrie es fast, „ich war doch an Jud!“ Hans-Peter Schwarz hat in dieser Zeit seine vielfältigen

Kontakte zu politischen Akteuren aufgebaut, die ihm später bei der Darstellung der Zeitgeschichte wichtige Dienste leisten sollten. Mehrere Jahre hat er im Colloquium Politicum gewirkt – dann begann, schon vor der Habilitation bei Theodor Eschenburg im Jahr 1966, seine Laufbahn als Hochschullehrer: 1963 Osnabrück, 1966 Hamburg, 1973 Köln, 1987 Bonn.

In Hamburg erlebte er 1968 als Augen- und Ohrenzeuge den Aufstand gegen die akademische Tradition („Unter den Talaren/Muff von tausend Jahren ...“). Schwarz hat, wie viele Aufsteiger, wie fast die ganze Bergstraesser-Schule, Skepsis gegenüber den revoltierenden Kindern der Wohlstandsgesellschaft gezeigt. Er wollte keine „andere Republik“. Er blieb der Bundesrepublik verpflichtet. Alle seine Lehrstühle, bis Bonn, waren übrigens Lehrstühle für Politische Wissenschaft. Erst in Bonn, wo Schwarz 1987 die Nachfolge Karl Dietrich Brachers antrat, erschien in seinem akademischen Schild erstmals ausdrücklich die Historie: die Widmung hieß jetzt „Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte“.

Wie wurde Hans-Peter Schwarz aus einem Soziologen und Politikwissenschaftler zum Historiker? In Gesprächen, die wir 2004 in München führten, meinte er, der Umschwung sei wohl 1970 in Oxford, bei seiner Gastprofessur im St. Antony's College, eingetreten. Damals sei ihm aufgegangen, dass er doch eigentlich ein Historiker und nicht – zumindest nicht in erster Linie – ein Sozialwissenschaftler sei. Damals lag sein bedeutendes Buch „Vom Reich zur Bundesrepublik“ bereits vor. Es trug ihm mit einem Schlag die Federführung bei der Erforschung der deutschen Geschichte nach 1945 ein. Zweifellos war es das Werk eines Historikers. Man darf ein wenig spekulieren: Schwarz war 1970 noch Teil des später von Dietrich Schwanitz so treffend geschilderten akademisch-anarchischen Komplexes im Hamburger Campus.⁵ Hatte ihn in Oxford – oder auch in Washington – die sichernde Kraft akademischer Traditionen überrascht, die sich so deutlich abhob von der Auflösung der Formen und Gebräuche an deutschen Universitäten in den Jahren nach 1968? Wie dem auch sei: Wenn Schwarz' Jünger-Buch noch als ein Stück sozialwissenschaftlich grundierter Biographik wahrgenommen worden war, so wurde er mit den späteren Büchern endgültig zum historischen Chronisten der Bundesrepublik – und mit der Zeit entwickelte er sich zum Historiker der Personen, Ereignisse und Krisen des gesamten 20. Jahrhunderts.

„Politikwissenschaftlich“ war daran allenfalls die damals unübliche, ungewöhnliche Zeitnähe seiner Publikationen. Schwarz nahm keine Rücksicht auf das Gebot des Abstands, in dem viele Zeitgenossen nach wie vor die Voraussetzung historischer Erkenntnis sahen. Aber war er mit seinen Vorstößen in die Gegenwart nicht in bester Gesellschaft, gerade auch als Historiker? Haben nicht bedeutende Historiker von Thukydides bis Tocqueville immer auch die

5 Dietrich Schwanitz: Der Campus. Roman. Erstausgabe Frankfurt/Main 1995.

Geschichte ihrer eigenen Zeit geschrieben? Und sollte wirklich das Aufspüren, das kritische Sichten und Verarbeiten von Quellen erst dann möglich sein, wenn zwischen dem Betrachter und den Ereignissen ein Sicherheitsabstand von mindestens hundert Jahren lag?

Eines verbindet die Arbeiten des Autors Hans-Peter Schwarz von Anfang an miteinander, gleichgültig, ob sie nun mehr von der Sozial- und Politikwissenschaft inspiriert sind oder ob man sie mehr der Historie, der Philologie und Biographik zurechnen mag: Sie sind ungewöhnlich gut geschrieben. Hans-Peter Schwarz war ein Stilist von Rang. Vor allem seine Porträtkunst reichte an vielen Stellen ins Künstlerische hinein. Schwarz war auch ein geborener Erzähler. Er langweilte nie – selbst wenn er schwierige Details darlegte, komplizierte Zusammenhänge sichtbar machte, quellenkritische und methodologische Fragen erörterte. Klio, die Schutzpatronin der Historiker, ist bekanntlich eine Muse – bei diesem Autor erinnert man sich tatsächlich daran. Und damit keine Routine sich einstellt und auch im monumentalen Werk keine Ermüdung durch „himmlische Längen“ droht, ist das Erzählen bei Schwarz oft durch ironische Lichter aufgehell – manchmal auch mit kynischem Salz gewürzt. Der Autor ist der Widerspruchsgeist geblieben, der er schon in Studentenzeiten im Freiburger Seminar war. Hätte er sonst mit seiner Adenauerbiographie neue Maßstäbe der Biographik setzen können – in einer Zeit, in der die strukturgeschichtliche Richtung Trumpf war und man Kästners Satz „Was man auch baut, es werden nur Kasernen“ im Feld der Geschichtswissenschaft in Deutschland hätte abwandeln können in „Was man auch druckt, es werden nur Tabellen“?

Das führt zu einer letzten Spur, die ich hier sichtbar machen will und die bisher, wie ich meine, noch nicht genügend gewürdigt worden ist: Ich meine die „Basel-Connection“ des gebürtigen Südbadeners Hans-Peter Schwarz. Lörrach, seine Geburtsstadt, ist ja fast ein zugewandter Ort der alten Schweizer Humanisten- und Handelsstadt am Hochrhein. Schwarz hat nach dem Abitur 1953/54 seine Studien in Basel begonnen – Geschichte, Germanistik und Romanistik. Er hat dort die Basler Historiker Edgar Bonjour und Werner Kaegi, den Romanisten Walther von Wartburg und andere bedeutende Gelehrte kennengelernt – und natürlich auch Karl Jaspers, dessen strenge und fordernde Art ihn sehr beeindruckte (weniger begeistert war er von dem ständig lästernden Karl Barth, der, wenn im Hörsaal unter ihm die Studenten dem Kollegen Jaspers lauten Beifall zollten, immer vom „Jasperletheater“ sprach!). Aber auch der Wirtschaftshistoriker Edgar Salin und der Germanist Wolfram von den Steinen – beides übrigens Schüler Stefan Georges! – gehörten zu den Gelehrten, die Schwarz kennen und schätzen lernte. Ist am Ende ein wenig vom Geist der George-Schule (auch Bergstraesser war ja ein Bewunderer Georges!) auf Schwarz' Wort- und Schreibkunst übergegangen? Könnte am Ende in seiner Adenauer-Biographie, seiner Kohl-Biographie eine Widmung stehen ähnlich der berühmten in Kantorowicz' Buch über Kaiser Friedrich II.: „Seinen Kaisern und Königen das geheime Deutschland“?

Hans-Peter Schwarz und Ernst Jünger*

Gilbert Merlio

Die Einladung zu dieser Veranstaltung und das Privileg, in diesem Kreis von prominenten Persönlichkeiten zu sprechen, empfinde ich als eine sehr große Ehre. Eine Ehre, die mir Hans-Peter Schwarz schon durch seine Freundschaft erwies. Ich habe ihn erst im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts richtig kennen gelernt, als er in Weimar dem Stiftungsrat der Stiftung Ettersberg zur Erforschung der europäischen Diktaturen vorsah, die 2002 vom damaligen Ministerpräsidenten Thüringens, Bernhard Vogel, auf den Vorschlag des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Jorge Semprun gegründet wurde. Beinahe zehn Jahre lang konnte ich als Mitglied dieses Gremiums die Souveränität und Objektivität bewundern, mit denen Schwarz, unterstützt vom Leiter der Stiftung, Herrn Professor Veen, die Diskussionen leitete und zu klaren Entscheidungen führte.

Der Anlass meines ersten Kontakts mit ihm war aber Ernst Jünger. Mitte der 1980er Jahre wollte eine meiner Studentinnen eine Magisterarbeit über Jünger schreiben und bekam zu diesem Zweck ein einjähriges Stipendium nach Bonn. So schrieb ich an Hans-Peter Schwarz und fragte ihn, ob er oder, wegen seiner wahrscheinlichen Überlastung, einer seiner Assistenten diese Studentin in Bonn betreuen könnte. Er, der angesehene und vielbeschäftigte Historiker, betreute die Studentin aus Bordeaux dann persönlich und beriet sie ständig, wenn sie Hilfe brauchte. Damals erkannte ich die wissenschaftliche Solidarität und vor allem die Menschlichkeit dieses berühmten Kollegen.

Ich hatte 1962 sein Buch „Der Konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers“ gelesen.¹ Es ist die überarbeitete und erweiterte Fassung seiner Dissertation, die er bei Arnold Bergsträsser an der Universität Freiburg im Breisgau vier Jahre zuvor (also mit erst 24 Jahren!) vorgelegt hatte. Das Buch fällt ein bisschen aus dem Rahmen: Ist es das Werk eines Historikers, eines Soziologen, eines Germanisten, eines Ideengeschichtlers, eines Kulturkritikers, eines Politologen? Es ist zunächst und vor allem ein wissenschaftlich fundierter brillanter Essay, der einen Aspekt von Schwarzens Œuvre illustriert, welcher hinter den geschichts- und politikwissenschaftlichen Büchern und den großen Biographien zu verblässen droht. In der Essayistik von Schwarz, wie zum Beispiel in der Porträtgalerie „Das Gesicht des Jahrhunderts“², glänzt mit

* Vortrag gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

1 Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers (Freiburger Studien zu Politik und Soziologie). Freiburg/Breisgau 1962.

2 Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten. Berlin 1998. Ergänzte Neuauflage: Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten. München 2010.

besonderer Deutlichkeit das Talent eines stilistisch begabten Autors, dessen subtile Analysen und eindringliche Charakterisierungen auf einer vielseitigen und profunden literarischen und philosophischen Bildung beruhen. Für Julien Hervier, den besten Jünger-Spezialisten Frankreichs, bleibt das Jünger-Buch von Schwarz eines der besten über diesen Autor, obwohl es 1962 selbstverständlich nicht Jüngers langlebige Produktion erfassen konnte. In der Tat ist es Schwarz schon damals gelungen, ein Bild von Persönlichkeit und Werk Jüngers zu entwerfen, das von späteren Arbeiten nicht widerlegt wurde.

Über die Motivationen, die Hans-Peter Schwarz dazu geführt haben, Jüngers Werk zum Thema seiner Dissertation zu machen, gibt die Autobiographie nur dürftige Auskunft. Damals habe im Bergsträsser-Seminar großes Interesse für Literatursoziologie und das Verhältnis der Dichter (beziehungsweise der Dichtung) zur Politik geherrscht. Er selbst habe „als Kontrast zu Brecht“ zu den neuesten Arbeiten von Ernst Jünger vorgetragen, zu einem Dichter also, welcher „nach längerer, durchaus nicht unverdienter Verfemung als Militarist und Nationalist 1949 mit den ‚Strahlungen‘ sein Comeback vollzogen hatte“.

Der Zeitpunkt muss in der Tat berücksichtigt werden. Obwohl noch viele im Deutschland der fünfziger und sechziger Jahre den Ästhetisierer des Krieges und faschistischen Autor Jünger, der sich darüber hinaus hartnäckig weigerte, ein öffentliches Schuldbekennnis abzulegen, zur ewigen Verdammnis verurteilten, hatte ein konservativ orientierter Rehabilitierungsprozess eingesetzt, der sich auf die damals jüngsten Werke des Autors, die „Marmorklippen“, „Strahlungen“, „Der Friede“, „Heliopolis“ berief. 1959 erhielt Jünger aus den Händen des Bundespräsidenten Theodor Heuss das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik. Wollte Schwarz mit seiner Arbeit zu diesem Wiedereinbürgerungsprozess beitragen?

Er freute sich zwar, dass der Streit um Jünger sich allmählich legte, fürchtete aber, dass man aus ihm einen allzu zeitgemäßen Autor machen würde. Das Ziel der Studie wird methodisch zutreffend im Vorwort angegeben: „die Wandlung vom militaristischen Aktivisten zum liberalen, wenn auch nicht demokratischen Konservativen (zu verfolgen), wobei kritisch anzufragen sein wird, ob die Konservativen Ernst Jünger heute zu Recht unter die ihrigen rechnen“.

In dieser Perspektive ist Schwarzens Buch alles andere als ein Verharmlosungs- oder Entsorgungsvorhaben von Jüngers sogenanntem altem Testament, das heißt der Schriften aus seiner extrem nationalistischen Zeit. In seiner Beurteilung nimmt Schwarz kein Blatt vor den Mund. Er spricht von „faschistischen Tagträumen“, vom „konsequentesten“ Sozialdarwinismus, von „militaristischer Geschichtsphilosophie“, sieht im „Arbeiter“ das Programm der kriegeserischen nationalsozialistischen Diktatur, parallelisiert Sätze von Jünger und von Hitler usw. usf. Für Schwarz besteht kein Zweifel, dass das Gedankengut der damaligen sogenannten konservativen Revolution zur Akzeptanz der nationalsozialistischen Ideologie beigetragen hat. Für seine Studie zieht er Jüngers

politische Publizistik der zwanziger Jahre heran, deren erneute Publikation der Autor bis ins hohe Alter verweigerte, bis ein Schüler von Schwarz, Sven Olaf Berggötz, sie 2001 gesammelt herausgeben durfte.³ Kein Jünger-Interpret hatte sie bis zu Schwarz in diesem Maße ausgewertet.

Gerade in diesem politisch engagierten Frühwerk spürt Hans-Peter Schwarz die wahre Natur des Schriftstellers Jünger auf. Er beschreibt ihn als einen von Anfang an metaphysischen Denker, einen Pantheisten, einen Neuplatoniker, einen Spiritualisten, einen Dichterphilosophen, der in der Nachfolge von Hamann, Goethe und Novalis nach Urgrund und Sinn aller Erscheinungen und des ungeheuerlichen Ringens fragt, das die Geschichte mit dem Menschen in ihrer Mitte als Mikrokosmos im Makrokosmos darstellt. Diese Totalitäts- und Sinnsuche ist nach Schwarz der rote Faden, der das ganze Jüngersche Werk durchzieht. Jüngers Weg in die Politik ist ihm zufolge ein Irrweg gewesen. Mit dem „Arbeiter“ (1932) wollte er einen neuen Mythos schaffen, der die Überwindung der durchrationalisierten Moderne von der Wiederanknüpfung an das „Elementare“ – eine Art politisch umgebogene Fassung des Dionysischen, das heißt der kosmisch gründenden Lebenskraft – in der „organischen Konstruktion“ einer global triumphierenden Technik erhoffte. Aber als der Mythos ein Jahr später eine Art Wirklichkeit erlangte, erkannte Jünger seinen Traum nicht und gab sich dann als Seismograph der eingetretenen Katastrophe aus!

Schwarzens Fazit ist eindeutig: „Zwei Mächte faszinieren Ernst Jünger und zu beiden fehlt ihm der innere Zugang: die Politik und die Technik. (...) Er fühlte in sich die Berufung, dem politisch Handelnden zu raten, wollte sich aber nicht auf die Spielregeln pragmatischen Denkens einlassen.“ Das Dritte Reich, der zweite Weltkrieg, seine Nähe zum Umfeld des 20. Juli erweckten bei Jünger erneut die Versuchung, in die Politik einzusteigen. Der frühere Militarist und revolutionäre Nationalist las die Bibel und schrieb sein Friedenstraktat. Er mauserte sich zum Christdemokraten und guten Europäer, was für die damalige Nachkriegszeit nicht unbedingt ein Zeichen der Unzeitgemäßheit war. Aber im Grunde seines Wesens blieb ihm die Politik fremd. Er war nicht zur „vita activa“ sondern zur „vita contemplativa“ geboren. Bezüglich der „Marmorklippen“ meint Schwarz zu Recht, sie seien kein Manifest des Widerstandes gegen Hitler, Jünger betreibe vielmehr eine „Politik des Unpolitischen“. Der Kampf, den Jünger nunmehr in seinen fiktiven Werken inszenieren wird, ist ein Kampf zwischen einerseits dem Reich der ochlokratischen Tyrannei und der technisch gestützten Macht, deren emblematische Figur der sogenannte Mauretanier ist, und andererseits einem Reich des Geistes oder der aristokratischen Kultur. In den gewaltigen und gewalttätigen Weltbürgerkriegen der Zeit ist jeder aktive Widerstand wie der des Fürsten von Sunnyra in den „Marmorklippen“ zum Scheitern verurteilt. Für die Repräsentanten des Geistes wie die zwei Brüder

3 Sven Olaf Berggötz (Hg.): Ernst Jünger. Politische Publizistik 1919–1933. Stuttgart 2001.

der „Marmorklippen“ oder den Kommandanten Lucius de Geer in „Heliopolis“ bleibt ein einziger Ausweg, der Rückzug aus der Welt zu den Stillen im Lande oder gar die Flucht aus der Zeit. Ein solcher politischer Eskapismus findet seine Rechtfertigung im Glauben an die große Ordnung des Kosmos und in der apokalyptischen Hoffnung auf den Beginn eines neuen menschlicheren „Äons“ nach der Katastrophe.

Schwarz wurde der Titel seines Buches von einer Passage des Essays über den „Weltstaat“ (1960) eingegeben: „In diesem Sinne ist der Anarchist der Urkonservative, der Heil und Unheil der Geschichte an der Wurzel sucht.“⁴ Der Anarchist wird hier im ursprünglichen Sinne des Wortes verstanden, als derjenige, die die politische Ordnung zerstören oder aufheben will. Der revolutionäre Nationalist Jünger hoffte durch die Zerstörung der liberal-bürgerlichen Ordnung der Weimarer Republik und in der Verbindung der technischen Welt mit dem „Elementaren“ wieder den Anschluss zu finden an eine kosmische Ordnung, in die die Geschichte der Menschheit eingebettet ist. Vor der Realität des Dritten Reichs gab Jünger diese kollektive Lösung auf. Im „neuen Testament“ kann die Rückkehr zur Wurzel eigentlich nur noch dem Individuum gelingen. Nur in der im ursprünglichen Sinne des Wortes „anarchischen“ Abkehr von der Politik und ihren Machtfragen, auf dem Weg nach innen, um mit Novalis zu sprechen, findet er die ursprüngliche Freiheit wieder, die ihm erlaubt, allen modernen Totalitarismen (auch dem der Technik) standzuhalten. Aber auch diese eskapistische, „transzendente“ Theorie des Konservatismus könne nach Schwarz dem realpolitischen „klassischen“ Konservatismus nichts nutzen. Ja: „Die politischen Konsequenzen seiner konservativen Theorien führen mit innerer Folgerichtigkeit zu einer radikal unpolitischen Haltung und können genau jenen totalitären Staatsmaschinen in die Hände arbeiten, denen sein Hass gilt.“ Eine Kontinuität in Leben und Werk Jüngers erblickt Schwarz eben in der Rückzugs- und Einkehrattitüde, die sowohl das alte als auch das „neue Testament“ charakterisiert: „Auf der einen Seite also Rückzug aus der zivilisatorischen Monotonie in die Elementarwelt, auf der anderen ebenso Rückzug aus der Elementarwelt der Front in die raffinierte Geistigkeit und Sinnlichkeit einer Spätkultur, beide Male aber vorzugsweise auf dem ‚inneren Weg‘, im subjektiven Aufschwung der Phantasie – in dieser Dialektik bewegt sich Jüngers Welterfahrung jener Jahre und, in sublimierter Form, auch noch heute.“

Es ist ein großes Verdienst des Buches von Schwarz, den tiefen Individualismus Jüngers hervorgehoben zu haben. Die Selbstdarstellung dominiert nämlich dessen Werk, in seinen Romanen inszeniert er seine eigene Problematik, schon in den Kriegsschriften aber auch in seinen späteren Reiseberichten, Schilderungen der Natur, der Inseln oder der Insektenwelt tritt er als Beobachter seiner selbst auf. Der im Stendhalschen Sinne des Wortes „egotistische“ Schrift-

4 Der Weltstaat. Organismus und Organisation. Stuttgart 1960.

steller triumphiert im großen Diaristen der letzten Periode seines Schaffens. Da ist Jünger das geworden, was er ist: ein Anarch. Diese Figur zeichnet er im Spätroman „Eumeswil“ (1977). Der Held, der Meta- oder Posthistoriker Venator bewegt sich in der Geschichte „wie in einem Bildersaal“. Im Gegensatz zum Anarchisten hat der Anarch jede Beziehung zur Politik abgebrochen. Das Bild des unpolitischen Jünger, das Schwarz 1962 gezeichnet hatte, hat sich gleichsam durch den Lebensweg des Autors bewahrheitet.

Dass der „konservative Anarchist“ doch kein Modell für die heutigen Konservativen abgeben kann, ist kein Grund, sich von der Lektüre seines Werkes abzuwenden. Hans-Peter Schwarz hat Ernst Jünger weiter eifrig gelesen. Er zitiert ihn nicht häufig, aber regelmäßig in seinen historischen und politischen Werken. Dieses anhaltende Interesse wurzelt ungeachtet aller politischen Verurteilungen höchstwahrscheinlich in einer gewissen Geistesverwandtschaft. In seinem Nachruf hat Horst Möller schon darauf angespielt. Er zitiert einen Satz aus dem Jünger-Buch: „Nehmen wir ihn also, wie er ist – kein Demokrat, aber ein Herr von Phantasie und Charakter, der zudem und vor allem gut zu schreiben weiß.“ In seiner Autobiographie rechnet Schwarz Ernst Jünger zu seinen Lieblingsautoren. Er hat inzwischen seine letzten Tagebücher gelesen (was hat Hans-Peter Schwarz nicht gelesen!), bewundert den Globetrotter, der „zuverlässiger ist als die globalen Klimamodelle“, und fügt dann hinzu: „Vorbildlich ist, dass dieser Autor nie die Gelassenheit verloren hat.“

Das Thema der Gelassenheit klingt auch schon im „Distanz“ betitelten Kapitel des Jünger-Buches an. Da erwähnt Schwarz den Germanisten Rainer Gruenter, der im Begriff „Dandysmus“ den gemeinsamen Nenner verschiedener widerspruchsvoller Züge im Jüngerschen Denken erblickt: „Macht – Désinvolture – Aristokratismus – schauspielerische Kunst der Distanzierung – Maske – Provokation – Manierismus – Selbstbewusstsein“. Schwarz gibt zu, dass Jünger „zeitweise Tugenden wie Distanz, Kälte, Überlegenheit, Selbstdisziplin und Härte zur forcierten Grausamkeit übersteigert hat“. Eine Grausamkeit oder eine Kälte, die wie bei den Kriegsreportern nicht nur eine Bedingung der wirklichkeitsgetreuen Beobachtung ist, sondern auch Jünger gedient habe, seine tiefe, für sein psychisches Gleichgewicht gefährliche Betroffenheit zu meistern: „Wie vielen Preisrednern spielerischer Désinvolture geht auch ihm diese Tugend weitgehend ab. Er ringt nach stoischer Gelassenheit (...), er zwingt sich gelegentlich zur Grausamkeit, um die Tiefe seiner Empfindung zu verbergen, und wenn er die Haltung scheinbar unbeteiligter Distanz einnimmt, so kompensiert er damit nur ein tiefes Leiden an der Zeit.“

In der zweiten Fassung des „Abenteuerlichen Herzens“ (1938) hatte Jünger dem Konzept der „désinvolture“ ein Kapitel gewidmet. Er fand damals kein passendes Wort im deutschen Vokabular. Das Wort „désinvolture“ versteht er nicht im modernen Sinn von Lässigkeit oder Ungeniertheit, sondern im früheren Sinn von Ungezwungenheit, Freiheit, Vornehmheit. Jünger definiert sie als „götter-

gleiche Überlegenheit“, als „Unschuld der Macht“. Vielleicht ist der Vergleich mit dem nietzscheschen Ausdruck „Pathos der Distanz“ am besten geeignet, um zu verstehen, was Jünger meint: ein geistesaristokratisches „Darüberstehen“, das erlaubt, die Katastrophen und die Misere der Zeit gleichmütig auszuhalten und das Leben wie ein „epikureischer Gott“ weiter genießen zu können. Für den jungen Autor Schwarz, der hierbei Fritz Sterns These vom Kulturpessimismus als politischer Gefahr⁵ nahezustehen scheint, mündete diese irgendwie prophylaktische Haltung einer etwas forcierten Überlegenheit in einer politischen Ohnmacht, die er für gefährlich hielt. In seiner Autobiographie schildert sich Hans-Peter Schwarz zum damaligen Zeitpunkt als „skeptischen Liberalen“. Aber er glaubte damals noch an den Fortschritt, an die Demokratie (womöglich ohne die Sozialdemokratie!), sogar an Europa. Mit zunehmendem Alter ergriff ihn ein gewisser Kulturpessimismus, die Skepsis über die Politik (obwohl der Realpolitiker bei ihm nie verstummte), den europäischen Aufbau, den Sinn und die Steuerbarkeit der Geschichte, die Entwicklung unserer Massengesellschaft. Man kann annehmen, dass dabei seine Bejahung der „désinvolture“ und der stoischen Gelassenheit auch wuchs.

Ein Zeichen dafür: Jüngers Zeitkritik bleibt für ihn ein konstanter Bezugspunkt. 1995 lieferte er einen Beitrag zu der Festschrift, die Günter Figal und Heimo Schwilk zum hundertsten Geburtstag des Autors herausgaben: „Magie der Heiterkeit“. Titel des Aufsatzes: „Treffer und offene Fragen. Ernst Jüngers Prognosen.“⁶ Die Treffer sind zahlreich: Zusammenbruch des Ostblocks, Wiedervereinigung, atomare Drohung, Klimakatastrophe, neue Technologien, elektronische Überwachung usw. „Wie kommt es“, ruft Schwarz vielleicht etwas neidisch aus, „dass Ernst Jünger das nicht mehr allzuweit Bevorstehende erspürte?“ Die offene Frage ist die der Zukunft, passiert eine Erdkatastrophe, bildet sich ein alles harmonisierender Weltstaat, können wir auf den kommenden Gott eines neuen Äons hoffen? Schon in diesem Aufsatz gibt Schwarz zu, dass er selbst nicht mehr der alte (das heißt der junge) ist. Auch bei ihm sei der Glaube an den Fortschritt stark zurückgegangen. Teilte er aber nun mindestens Jüngers schließlichen „geologischen Optimismus“, verfügte auch er über Antennen für die Wunder des Kosmos?

5 Fritz Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Neuausgabe Stuttgart 2005 (zuerst 1964).

6 Hans-Peter Schwarz: Treffer und offene Fragen. Ernst Jüngers Prognosen, in: Günter Figal/Heimo Schwilk (Hg.): Magie der Heiterkeit. Ernst Jünger zum Hundertsten. Stuttgart 1995, S. 94–108.

Hans-Peter Schwarz als Ideengeber*

Thomas Kielinger

Sie alle, meine Damen und Herren, liebe Freunde, haben jeweils Ihre eigenen Erinnerungen an den Mann, zu dessen Ehre wir hier zusammen gekommen sind. Was uns gewiss am Stärksten verbindet, ist die Kenntnis seiner Bücher, einige „Dickschiffe“ darunter, wie er sie gerne selbstironisch nannte, wohl wissend, dass niemand an der Wasserverdrängung dieser Titel im Ozean des Büchermarktes vorbei kam. Ich denke hierbei vor allem an die großen Biographien seiner reifen Jahre.

Doch was sage ich – „reife Jahre“. Wer kann die bedeutende Zäsur von 1966 vergessen, als der 32jährige Historiker mit seiner Habilitationsschrift „Vom Reich zur Bundesrepublik“ förmlich seine Zunft revolutionierte, indem er die Bundesrepublik als zwingendes Thema historischer Forschung auf die Bühne stellte.¹ Seitdem wurde er – um einen bekannten politischen Terminus abzuwandeln – zur unverzichtbaren Großmacht zeithistorischer Deutung.

Mit seinem Erstling, „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitgeschichte Ernst Jüngers“ wurde ich bereits im Jahr seines Erscheinens, 1962, bekannt.² Ich studierte damals für meinen späteren Magister das literarische Frühwerk Jüngers und war gefesselt, wie passioniert, dabei sine ira et studio, Schwarz diesen umstrittenen Autor ins Visier nahm. Das Buch wurde quasi mein erstes Hans-Peter Schwarz-Vademecum.

Ich blätterte neulich wieder einmal in den Seiten dieser Erstaufführung, um mir zurückzurufen, womit Schwarz als Ideengeber in mein Leben trat und Einfluss auf mein Schreiben nahm. Schon im Vorwort werde ich bei der Spurensuche fündig. Schwarz schreibt da über die „Temperaturabkühlung“ um Jünger in den 1950er Jahren, wohl weil seinerzeit der traditionelle Fan-Kreis Jüngers seine Wendung zum Abendländer nicht so recht goutierte – man war doch Anstößigeres von dem Autor der „Stahlgewitter“ gewohnt. Angesichts dieser Abkühlung zwischen dem Autor und seinem Publikum fragt Schwarz: „Ergeht es ihm also heute wie jenen Schönen, von denen man nicht mehr spricht, wenn sie sich zur Tugend kehren?“ Notabene: Dieser Satz steht in der Arbeit eines jungen Forschers – Schwarz war 23 Jahre alt, als er promoviert wurde –, der sich nicht scheut, seine stilistische Begabung auszuspielen und zur Illustration eines

* Vortrag gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

1 Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Politica 38). Neuwied/Berlin 1966.

2 Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers (Freiburger Studien zu Politik und Soziologie). Freiburg/Breisgau 1962.

ihm wichtigen Gedankens ein Bild heranzuziehen. Es muss eine besondere Kultur bei Arnold Bergstraesser damals an der Universität Freiburg vorgeherrscht haben, dass solche und andere Formulierungen dem jungen Wissenschaftler, der mit literarischer Verve ans Werk ging, nicht angekreidet wurden.

Es ist ja genau diese Verschwisterung von Gedanke und Anschauung, die das Geheimnis seiner essayistischen Sprache ausmachen sollte. Schwarz' Formulierungskunst war legendär, er liebte die Sprache wie ein geborener Erzähler – ein Kompliment, das ich ihm selber vor einigen Jahren einmal aufstichte, als ich ihn in unserer Korrespondenz einen „großen Geschichte-Erzähler“ nannte. Worauf er antwortete: „Lassen wir das Adjektiv, aber ein Geschichte-Erzähler, und nur marginal einer jener blutleeren Historiker, das bin ich schon.“ Nein, blutleer war er nicht einmal marginal, da muss ich ihm posthum widersprechen!

Natürlich war die Qualität seiner anschaulichen Sprache für einen angehenden Journalisten wie mich eine große Verführung – aber auch Schwarz selber fühlte sich offenbar in diese berufliche Richtung gezogen, wie er mir vor wenigen Jahren bekannte, nachdem ich mich über die zersplitternde Hektik im modernen Journalismus beklagt hatte. Seine Antwort: „Die Zersplitterung zwischen vielem Unaufschiebbar ist und bleibt eine der schlimmsten Plagen kreativer Leute. Deshalb bin ich letzten Endes doch froh, daß mich eine gute Fee in die Uni geführt hat und nicht in den Journalismus, so sehr mich dies gereizt hätte. Die Wegegabelung kam bei mir so um 1961/62, als sich die Möglichkeit bot, bei ‚Christ und Welt‘ einzusteigen, damals ein gewichtiges Blatt und durchaus noch mit der ‚Zeit‘ vergleichbar. Ich habe mich (dann aber) auf den anfangs gleichfalls ungewissen Ozean der Universität begeben, bin dort auch nicht untergegangen, habe aber leider feststellen müssen, daß die Professorenexistenz gleichfalls unter dem Gesetz der Zersplitterung leidet.“

Dass unter der Fülle der Verpflichtungen, die er im Folgenden dieses Briefes aufzählte, Schwarz seinen kreativen Impuls nie verlor, gehört zu dem Erstaunlichen seiner Biographie. Sie inspirierte mich auf zwei Ebenen – als Journalist, der sein Urteil durch historische Vertiefung zu kräftigen sucht, und als Autor von Biographien, der von Schwarz lernte, den journalistischen Schneid, der auch ihm im Blut lag, nicht zu verleugnen. Zur Charakterisierung Winston Churchills schrieb er mir einmal: „Mut allein genügt nicht. Fleiß und Zähigkeit müssen hinzutreten, aber vor allem Talent: die jüngersche Désinvolture.“ Mit diesem Wort, einem Zentralbegriff bei Ernst Jünger, beschrieb Schwarz sich selber und seine Verpflichtung zur Freiheit des ungenierten Urteils. Apropos Churchill: Wie könnte ich vergessen, was Schwarz als Ideengeber meiner eigenen Biographie über den Briten beigesteuert hat. Acht Tage vor seinem 80. Geburtstag am 13. Mai 2014 beendete er die Durchsicht des ihm zugeschickten Manuskripts, er beschenkte mich damit zu seinem Geburtstag, nicht ich ihn – er kannte meine Deadline, und wenn es um Hilfe ging, war Schwarz einfach ein Engel. Eine

umfangreiche Exegese widmete er dem Manuskript, mit wertvollen Anregungen, von denen ich einige vor Erscheinen meines Buches noch übernehmen konnte.

„Ich selbst war“, so schrieb er mir, „über die Jahrzehnte hinweg ein Churchill-Fan. Um ein Haar hätte ich meinem Sohn Benno den Zweitnamen W. (für Winston) gegeben. Die Beste aller Frauen“ – nie sprach Schwarz über seine geliebte Gattin, Annemie, anders als „die beste aller Frauen“ – „brachte mich davon ab mit der Feststellung: ‚Der war doch auch ein Kriegsverbrecher und hat unsere ganzen schönen alten Städte für alle Zeit zerstören lassen.‘ So haben wir uns dann für den Zweitnamen ‚Percy‘ entschieden. Doch wenn Sie zufällig einmal einen Blick in meinen Churchill-Essay von 1998 werfen, finden Sie eine fast uneingeschränkt positive Bewertung.“

Dieser Essay steht in dem Buch, das ich die „summa theologica“ seiner Geschichts(be)schreibung nennen möchte, und das in der 2. Auflage von 2010 „Das Gesicht des 20. Jahrhunderts“ heißt.³ Darin untersucht Schwarz die neuere Weltgeschichte nach ihren gelungenen, mediokren oder dämonischen Persönlichkeiten. Man liest das Werk, ganz abgesehen vom Gewinn an Wissen, auch mit hohem stilistischem Genuss. Dem Geheimnis der essayistischen Kunst bei Schwarz kommt man am besten mit einem Wort Adornos auf die Spur, der in einem Aufsatz aus den 1950er Jahren als „innerstes Formgesetz“ des Essays seine „Ketzerie“ ausmachte, er nennt sie den „Verstoß gegen die Orthodoxie des Gedankens“ („Der Essay als Form“, 1958).

Wie gut diese Definition auf Schwarz, den Ketzer, passt! In einem Brief an Dieter Oberndörfer gegen Ende 2016 beschrieb er es als seine Absicht, „meine lieben Deutschen in ihren Traumwelten etwas zu beunruhigen“. Das altväterlich verpackte Wort meint doch nichts anderes als was Adorno die „Ketzerie“ nannte, den „Verstoß gegen die Orthodoxie des Gedankens“. Darin war Schwarz souverän, es gab ihm diese „désinvolture“, die Freiheit unabhängiger Bewertung. Das machte seinen Appeal aus, als Historiker wie auch als „Public intellectual“.

Seine unangepassten Interventionen haben viele fasziniert, auch mich. In dem Streit um den Standort der künftigen deutschen Hauptstadt lieferte ich mir 1990 mit meinem Stellvertreter in der Leitung des „Rheinischen Merkur“ einen Zweikampf: Er, in Königsberg geboren, trat für Berlin ein, ich selber, aus Danzig, für Bonn. Vielleicht war es nur der Unterschied zwischen einem Preußen und dem Bürger einer nach dem Ersten Weltkrieg Freien Stadt. Wie auch immer – mein Argument war, wie das Overstatement genannt Deutschland davon profitiert habe, von einem Understatement genannt Bonn seit 1949 regiert worden zu sein. Ein dialektischer Vorzug, wie ich meinte, ein Gedanke, der sich an Hans-Peter Schwarz, den Ketzer, anlehnte. Von der Höhe der sieben Berge war

3 Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten. Berlin 1998. Ergänzte Neuauflage: Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter, Mediokritäten. München 2010.

der Blick auf die Welt meiner Auffassung nach besonders unverstellt. Vor den Berlin-Argumenten machte ich hingegen eine *Captatio benevolentiae*, indem ich schrieb, Bonn sei gar keine richtige Hauptstadt, vielmehr „eine bedeutende Anlegestelle der Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrt“. Der Streit endete damals ohne Sieger – aber für den „Rheinischen Merkur“ immerhin mit dem Carlo Schmid-Preis für eine „mustergültig geführte Kontroverse“.

Hans-Peter Schwarz hat unsere zeithistorischen Debatten mit luzider Schärfe und in seiner unverwechselbaren Prosa begleitet. Sein Einfluss beruhte im Wesentlichen auf der Unabhängigkeit seines unorthodoxen Denkens, was eine willkommene Schneise schlug im öffentlichen Dialog. Aber seine Sorgen nahmen zu: Im politischen Gespräch werde „das eigentlich Selbstverständliche“ immer weniger artikuliert, schrieb er an Herbert Kremp. Gegen solche gefährliche Bequemlichkeit erhob er seine Stimme. Das motivierte ihn bis zuletzt, das inspirierte gerade sein letztes Buch.

Im vorigen März entschuldigte ich mich bei ihm, dass ich momentan keine Zeit fände für „Die neue Völkerwanderung nach Europa“, da mein eigenes neues Buchprojekt, eine Biographie der Tudor-Königin Elisabeth I., mich gänzlich gefangen nähme und ich Ablenkungen, und seien sie noch so verführerisch, zu vermeiden suchte.

Seine Antwort rührte mich in ihrer Noblesse: „Lieber Herr Kielinger, auch ich habe es stets so gehalten – immer, wenn ein neues Buch zu recherchieren, zu reflektieren und zu schreiben war, habe ich die Telefonschnur herausgerissen, den Postberg sich auftürmen lassen und Reiseaskese geübt. Es ist deshalb schon mehr als verdienstlich, daß Sie meine ‚Neue Völkerwanderung‘, die allen Frommen mißfallen wird, postwendend nach Eingang der Copy bestätigen. Aber lassen Sie das Buch ruhig liegen; das Thema wird auch in fünf oder zehn Jahren noch aktuell sein.“ Dann skizzierte er aus der Hand, wie nur er das konnte, ein packendes Bild der wichtigsten Themen, wie sie nach seiner Ansicht in ein Buch über die große Tudor-Queen und ihr Jahrhundert gehörten, um zu schließen: „Wenn Sie das alles in sich eingesogen und gestaltet haben, wird Ihnen die jämmerliche Dekadenz Europas in den Anfängen des 21. Jahrhundert noch fremder sein als ohnehin schon.“

Ich ertappe mich oft im Zwiegespräch mit ihm – wie er sprach, so konnte man ihn drucken, und das gedruckte Wort las sich, als sei es gesprochen, es war alles aus einem Guss. Dazu sein heimlicher Schalk, sein oft hintergründiges Lächeln über die „condition humaine“. Dabei war er alles andere als ein Misanthrop, davor bewahrte ihn allein schon seine alemannische Herkunft. Einmal aber gestand er mir: „Ich vermute, dass wir zu den unvermeidlich zum Aussterben bestimmten prae-diluvialen Tieren gehören.“ Sein Naturell war

4 Hans-Peter Schwarz: Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten. München 2017.

ein lebhaftes Dementi dieser Aussage, immens gegenwärtig, wie er war, das Gespräch sein Elixier, Witz und Wissen seine Waffen. Ein Geschichte-Erzähler, ein Geschichte-Deuter. Er fehlt mir heute, während wir in der Europäischen Union, im konfliktbeladenen Deutschland, im Verhältnis zu den USA oder beim Brexit in Nebelwelten der Unberechenbarkeit herumstochern. Neugier auf das Kommende war seine Leidenschaft. Meine bleibt unbefriedigt, da ich ihn, den Ketzer in seiner menschenfreundlichen Größe, nicht mehr konsultieren kann.

Die deutsche Geschichte ist unheimlich wichtig für die Welt. Sie ist die Geschichte der Freiheit, der Demokratie, der Wissenschaften und der Kunst. Sie ist die Geschichte der Aufklärung, der Revolution, der Industrialisierung und der Moderne. Sie ist die Geschichte der Zivilisation, der Kultur und der Wissenschaften. Sie ist die Geschichte der Menschheit. Sie ist die Geschichte der Welt.

Die Reichsgründung von 1871 hat die deutsche Geschichte verändert. Sie hat die deutsche Nation geschaffen. Sie hat die deutsche Demokratie geschaffen. Sie hat die deutsche Wissenschaften geschaffen. Sie hat die deutsche Kunst geschaffen. Sie hat die deutsche Zivilisation geschaffen. Sie hat die deutsche Kultur geschaffen. Sie hat die deutsche Menschheit geschaffen. Sie hat die deutsche Welt geschaffen.

Die deutsche Literatur hat die deutsche Geschichte verändert. Sie hat die deutsche Nation geschaffen. Sie hat die deutsche Demokratie geschaffen. Sie hat die deutsche Wissenschaften geschaffen. Sie hat die deutsche Kunst geschaffen. Sie hat die deutsche Zivilisation geschaffen. Sie hat die deutsche Kultur geschaffen. Sie hat die deutsche Menschheit geschaffen. Sie hat die deutsche Welt geschaffen.

Die deutsche Literatur hat die deutsche Geschichte verändert. Sie hat die deutsche Nation geschaffen. Sie hat die deutsche Demokratie geschaffen. Sie hat die deutsche Wissenschaften geschaffen. Sie hat die deutsche Kunst geschaffen. Sie hat die deutsche Zivilisation geschaffen. Sie hat die deutsche Kultur geschaffen. Sie hat die deutsche Menschheit geschaffen. Sie hat die deutsche Welt geschaffen.

1. Vgl. die Darstellung der deutschen Geschichte in der Literaturgeschichte von Hans-Peter Schwarz, S. 1-100.

Angst vor Deutschland? Zur Geschichte eines Problems*

Andreas Rödder

I. Deutsche Frage eins – zwei – drei

Die deutsche Geschichte war und ist in besonderem Maße Teil der europäischen Geschichte, und immer hatten die europäischen Geschicke besondere Auswirkungen auf Deutschland. Was die Deutschen die „deutsche Frage“ und andere das „deutsche Problem“ nennen, wandelte sich im Laufe der Zeit und nahm mindestens drei verschiedene Formen an. Die Westfälische Ordnung von 1648 ebenso wie der Wiener Kongress von 1814/15 bauten auf eine politisch schwache Mitte Europas ohne einen geeinten deutschen Staat. Dagegen kämpfte im 19. Jahrhundert die deutsche Nationalstaatsbewegung, die zunächst die Frage beantworten musste: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Die erste deutsche Frage war die nach den Grenzen und nach der Verfassung eines geeinten deutschen Staates.

Die Reichsgründung von 1871 beantwortete diese Frage zugunsten der preussisch-deutschen Lösung und der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs. Dem folgte die zweite deutsche Frage: Konnte sich ein starkes Deutschland in der Mitte Europas in die europäische Ordnung einfügen? Bismarck folgte ab 1875 den international geteilten Erwartungen, den Status quo zu wahren. Um das labile Gleichgewicht in Europa zu sichern, betrieb er ein Bündnissystem, das Spannungen zwischen den Mächten nutzte und sogar schürte. Darüber wurde es zunehmend prekär; aber es war eine Form des Investments in die europäische Ordnung.

Das war der Unterschied zum wilhelminischen Deutschland. Die Reichsleitung hatte allein die deutsche Perspektive im Blick, als sie zu einer Weltpolitik der „freien Hand“ überging. Was sie selbst als Streben nach Gleichberechtigung verstand, werteten Vertreter anderer Mächte als offensiven Vormachtanspruch. Dass sie Deutschland zugleich versagten, was sie für sich selbst in Anspruch nahmen, erzeugte auf deutscher Seite ein Gefühl der Benachteiligung. Darüber hinaus waren die Wilhelminer nicht in der Lage, einen konstruktiven Beitrag zur europäischen Ordnung zu leisten, sei es als vermittelnde Kraft, sei es durch aktive Versuche einer Verständigung mit anderen Mächten.

Stattdessen entstand zwischen den europäischen Mächten ein Gefühl gegenseitiger Bedrohung, das sich schließlich zur vermeintlichen Gewissheit verselb-

* Vortrag gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

ständigste, dass ein Krieg unvermeidlich kommen werde. Die Julikrise trug Züge einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich die östliche Hälfte der europäischen Landkarte radikal. Die multinationalen Vielvölkerreiche wurden aufgelöst, während das alte Mächtesystem im Westen beibehalten wurde. In der Mitte lag das Deutsche Reich, dessen Machtpotentiale zwar empfindlich beschnitten, aber nicht zerstört wurden. Vor diesem Hintergrund stellte sich die deutsche Frage in einer dritten Form: Nun ging es darum, ob Deutschland einen Wiederaufstieg zur gleichberechtigten Großmacht innerhalb der bestehenden Ordnung anstreben würde oder durch ihre vorsätzliche Zerstörung.

Gustav Stresemann war in den zwanziger Jahren gewillt, die verbliebenen ökonomischen Ressourcen Deutschlands zugunsten einer Revisionspolitik einzusetzen, die sich durch eine Besonderheit auszeichnete: dass sie nämlich die Perspektive der Anderen, namentlich das französische Sicherheitsbedürfnis, in die eigenen Vorstellungen mit einbezog, statt die eigenen Ansprüche absolut zu setzen. Es war der Versuch, deutsche Interessen und europäische Ordnung auf friedlichem Wege miteinander zu vereinbaren. Das Gegenteil dessen war die nationalsozialistische Politik, die sich mit ihrem agonalen Weltbild des permanenten Krieges zwischen den Rassen völlig aus den Ansätzen ausklinkte, die einen übernationalen Konsens suchten. Stattdessen stellten die NS-Führer alle deutschen Ressourcen in den Dienst eines Eroberungs- und Vernichtungskrieges, der in umfassender Zerstörung und in der totalen Kapitulation endete.

Nach 1945 hatte sich die Frage einer deutschen Vormacht erledigt, und die deutsche Frage stellte sich wieder in der Form wie vor 1871: als Frage nach dem Territorium und der Verfassung eines vereinten deutschen Staates. Ein zentraler Unterschied lag unterdessen darin, dass die beiden deutschen Teil-Staaten erstmals fest in internationale Institutionen eingebunden waren. Die DDR war sehr viel direkter abhängig von der imperialen Sowjetunion als das westliche Deutschland von den hegemonialen USA. Doch auch die Bundesrepublik musste immer wieder Anpassungsleistungen erbringen, indem sie beispielsweise die nationale Frage einer Wiedervereinigung hinter die sicherheitspolitischen Interessen des westlichen Bündnisses zurückstellte. Unterdessen gewann die Bundesrepublik zunehmendes ökonomisches und politisches Gewicht, das sich Ende der achtziger Jahre in neuartigen Spannungen innerhalb der NATO bemerkbar machte und die Frage aufwarf, ob die Bundesrepublik möglicherweise neue, eigene Wege gehen könnte.

Das war auch der Hintergrund für internationale Irritationen im Zusammenhang der Wiedervereinigung von 1990, mit der zugleich die deutsche Frage von 1945/49 beantwortet war. Abermals stellte sie sich nun, wie nach 1871, in ihrer zweiten Variante: ob ein starkes Deutschland sich mit der europäischen Ordnung verträgt. Mit einiger zeitlicher Verzögerung trat Deutschland seit 2005 einmal mehr als stärkste ökonomische Macht in Europa hervor. Anders als in

der wilhelminischen Ära herrscht innerhalb der Europäischen Union allerdings ein Konsens über die Grundwerte der europäischen Ordnung, auch wenn Unterschiede der politischen, ökonomischen und Rechtskulturen nicht zu übersehen sind. Hinzu kommen, als ein weiterer Unterschied, verbindliche internationale Institutionen, wobei die Europäische Union im Bereich der Währungsunion sowie des Grenzraums von Schengen erhebliche Funktionsschwächen erkennen lässt. Deutschland ist in diese Institutionen eingebunden, und an Deutschland vorbei geht, wie sich in der Euro-Schuldenkrise zeigte, in der EU kaum etwas. Andererseits findet der Präsident der Bundesbank im Rat der Europäischen Zentralbank keine Mehrheit für die deutsche Stabilitätspolitik. Ob Deutschland überstimmt wird oder ob es dominant ist – das ist nicht zuletzt eine Frage der Wahrnehmungen.

II. Deutsche Tugenden und Sonderweg: Selbstwahrnehmungen

Unterschiedliche Wahrnehmungen, die ihre jeweils eigene Logik haben, bestimmen die deutsche Frage seit dem 19. Jahrhundert. Auf deutscher Seite sind es gerade die permanenten Debatten über die deutsche Identität, von Johann Gottlieb Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ bis zum Streit über die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, die ein Wesensmerkmal der deutschen „Identität“ darstellen.

Der Grund dafür liegt wohl im deutschen Selbstverständnis als Kulturnation, das auf das frühe 19. Jahrhundert zurückgeht – mit allem romantischen Überschuss. Dass dieses Selbstverständnis in kulturelle Selbstüberhöhung umschlagen konnte, war dabei von vornherein angelegt, zumal das deutsche Nationalbewusstsein durch Abgrenzung von und in Abwehr gegen Frankreich entstand.

Da Selbstbilder immer heterogener sind als Fremdbilder, lassen sich deutsche Selbstbilder noch schwerer fassen als die Außenwahrnehmungen von Deutschland. Was sich bestimmen lässt, sind Meinungen, die im öffentlichen Raum geäußert werden können, ohne damit auf fundamentalen Widerspruch zu stoßen und sich zu isolieren. In diesem abstrakten Sinne herrschte in Deutschland nach der Gründung des Kaiserreichs weithin Genugtuung darüber, endlich nicht mehr, wie im Dreißigjährigen Krieg oder in den napoleonischen Kriegen, Verfügungsmasse und Aufmarschgebiet anderer Mächte zu sein. Zugleich blieb, wenn das wilhelminische Deutschland von „Gleichberechtigung“ sprach, ein permanentes Gefühl der Benachteiligung bestehen. Das galt insbesondere für die deutsche Furcht vor der „Einkreisung“ durch eine französisch-britisch-russische Entente vor 1914.

Im Wechselspiel mit der so wahrgenommenen Ausgrenzung entwickelten die Deutschen ein ethnisch-kulturelles Überlegenheitsgefühl. Es gründete auf „deutschen Tugenden“ wie Innerlichkeit, Ernsthaftigkeit und Tiefe, Tapferkeit,

Mut und Opferbereitschaft, Fleiß, Gewissenhaftigkeit und Pflichtbewusstsein sowie Treue und Gottesglauben, und es erhob sich moralisch nicht nur über chinesische „Schlitzaugen und Schlenkerbeine“ oder die russische „Knute“, sondern auch über den englischen „Geldbeutel“. Im Ersten Weltkrieg entstand daraus eine zugespitzte Gegenüberstellung von heldenhafter deutscher Kultur und oberflächlicher westlicher Zivilisation. In der Zwischenkriegszeit schließlich radikalisierten sich Muster, die bereits vor 1914 angelegt waren, und bildeten eine hybride Mischung: In den zwanziger Jahren stand die traumatische und nicht akzeptierte Kriegsniederlage samt dem daraus erwachsenden Opferhabitus im Vordergrund, in den Dreißigern das Überlegenheitsgefühl des rassenideologischen Herrenmenschentums.

Nach 1945 erfolgte dann, mit zeitlicher Verzögerung, ein grundlegender Wechsel der Selbstbilder. Die Bundesdeutschen übernahmen vormalige Außenwahrnehmungen von Deutschland, die zuvor nur eine Minderheit der Deutschen geteilt hatte – vor allem die kritische Vorstellung vom preußisch-deutschen Militarismus und Autoritarismus; der deutsche „Sonderweg“ wurde vom positiven Selbstkonzept in eine negative Deutung der nationalen Tradition gewendet. In den achtziger Jahren etablierte sich zudem eine besondere Geschichtskultur, die auf die Vorstellung einer befreienden Abkehr von der eigenen Geschichte statt auf identitätsstiftende Kontinuität gründete. Die Westdeutschen übernahmen die Leitbilder, die sie vorher der westlichen „Zivilisation“ zugeschrieben hatten, wie Demokratie und Pluralismus, während die Traditionen der deutschen „Kultur“ und der „deutschen Tugenden“ höchstens im Fußball eine zum Sprichwort reduzierte Gültigkeit behielten. Die Bundesdeutschen erlebten diese Entwicklung als „Ankunft im Westen“, und zumindest ihre Eliten nahmen sich selbst – wie es in kaum einer anderen europäischen Nation der Fall war – als Europäer wahr, die kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland anstreben.

Die DDR ging den umgekehrten Weg. Sie wurde gegen die preußischen Traditionen und gegen das nationale Erbe gegründet. Seit den siebziger Jahren aber eignete die DDR sich die preußische Geschichte wieder an, als die SED versuchte, eine eigene sozialistische Nation zu begründen. In der Folge war die Idee der Nation in der DDR 1989 deutlich präsenter als in der westlichen Bundesrepublik.

Es war freilich das bundesdeutsche Selbstverständnis, das für das vereinte Deutschland prägend war. Es verstand sich als Zivilmacht, die auf Selbstbindung und Multilateralismus, „soft power“ und humanitären Imperativ setzte. Die Inhalte hatten sich verändert. Das deutsche Selbstverständnis als Kultur-nation aber wirkte ebenso weiter wie eine Tendenz zur moralisch-kulturellen Selbstüberhöhung. Kontinuitäten zeigten sich drittens in der Neigung, den Blick auf die eigene Perspektive zu reduzieren, statt die Sicht der anderen einzubeziehen, sowie viertens in der Larmoyanz, sich selbst als benachteiligt zu

empfinden, wie es etwa in der Rede von den Deutschen als „Zahlmeister Europas“ zum Ausdruck kommt. Stets neigten und neigen die Deutschen zudem dazu, sich selbst als schwächer, harmloser und friedlicher anzusehen, als die anderen dies tun.

III. Universität und Schlachtfeld: Außenwahrnehmungen von Deutschland

Die Außenwahrnehmungen von Deutschland waren geprägt durch Erinnerungen an Kriege und Gewalt, deren literarischer Anfang bereits in Lukans „Furor teutonicus“ im ersten nachchristlichen Jahrhundert lag.

Aus polnischer Sicht äußerte sich dies im Stereotyp vom deutschen „Drang nach Osten“, in dem sich Bilder der Kreuzritter im Mittelalter mit den Erfahrungen der polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert, des Hitler-Stalin-Pakts und des deutschen Vernichtungskrieges verbanden. Dabei setzt sich die Angst vor der deutsch-russischen Bedrohung bis zum Projekt der Nord Stream-Pipeline für Erdgas durch die Ostsee im frühen 21. Jahrhundert fort.

Im Westen fielen die Deutschenbilder vor 1870 widersprüchlich aus, geprägt von gewalttätigen Barbaren, gemütlichen und gehorsamen Biedermännern sowie Genies in Wissenschaft und Kunst. Die Reichsgründung markierte einen tiefen Einschnitt, in Frankreich löste sie einen wahren Schock aus. Deutschland nach 1871 verkörperte die Bedrohung durch einen strukturell übermächtigen Nachbarn, auf den die früheren Preußenbilder übertragen wurden. In Frankreich und nicht zuletzt im Vereinigten Königreich war das Bild zweier Deutschlands verbreitet: das von Wissenschaft und Kunst auf der einen Seite und das der preußischen Obrigkeitsstaatlichkeit und des Militarismus auf der anderen.

Mit seiner Wirtschaftskraft wurde Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend als Bedrohung empfunden. Dabei wurde eigener Machtzuwachs als legitim angesehen, der deutsche hingegen als Expansionismus verstanden, wobei die sprunghafte wilhelminische Weltpolitik das ihre dazu tat. So drehten sich vor 1914 die Negativspiralen immer stärker reduzierter, einseitiger und polarisierter Bilder voneinander. Mechanismen der Selbstaufwertung gingen mit der Abwertung der anderen einher, und das Ganze gipfelte im August 1914 in Bezeichnungen wie „Hunnen“ und „Schlächter“ für die Deutschen.

In der Zwischenkriegszeit dominierten die französische Angst vor den intakt gebliebenen deutschen Machtpotentialen und ein schlechtes Gewissen der Briten über einen zu hart ausgefallenen Versailler Vertrag, bis in den dreißiger Jahren wieder ein differenzierteres Bild einzog. Diese Entwicklung fand zeitversetzt zur politisch-kulturellen Entwicklung in Deutschland statt, und in der Folge konzidierten die Westmächte Hitler, was sie Stresemann und der deutschen Republik versagt hatten. Ein unbedingter Wille zum Frieden führte in den dreißiger Jahren dazu, dass die westlichen Nachbarn den Nationalsozialismus und seine Ambitionen zur Zerstörung der europäischen Ordnung unterschätzten.

Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft wurden schließlich zur prägenden Erfahrung für Polen. Der deutsche „Drang nach Osten“ und die Sorge vor einem Revisionismus deutscher Schuld wurden zu Konstanten der polnischen Wahrnehmung. In Griechenland war die Erfahrung einer harten und gewaltsamen deutschen Besatzungsherrschaft prägend, und das Ausbleiben von Reparationen nach 1945 begründete das Narrativ des vergeblich gebliebenen Kampfes gegen die Nationalsozialisten. Zugleich wurde die deutsche Herrschaft als Grund für den eigenen wirtschaftlichen Niedergang gesehen, und diese Sicht bildete zugleich die Blaupause für die Wahrnehmung Deutschlands in der Euro-Schuldenkrise.

Während sich die Deutschen nach 1945 in der „Stunde null“ am Boden sahen, hatten die Außenwahrnehmungen in den Nachbarländern stets die potentielle Stärke Deutschlands im Blick, die dessen erneute Vormacht ermöglichen könnte. Im Vereinigten Königreich stand der Vansittartismus, der die Deutschen als „gemeingefährliche Irre“ qualifizierte, für eine Tradition der Wahrnehmung Deutschlands, die mindestens bis Margaret Thatcher wirkte. Und auch für Charles de Gaulle war klar: „Deutschland bleibt Deutschland“.

Erfahrungen mit einem demokratischen und international eingebundenen Deutschland führten in den siebziger und achtziger Jahren dazu, dass sich der Blick auf Deutschland entspannte. Aber die deutsche Frage, jedenfalls die Frage der deutschen Stärke in Europa, war nicht dadurch erledigt, dass Deutschland eine Demokratie geworden war. Die Furcht vor der deutschen Vormacht blieb bestehen, seit den achtziger Jahren vor allem auf ökonomischem Gebiet. Für das Vereinigte Königreich stand die „balance of power“ im Mittelpunkt, zumal auf der Insel traditionell in Kategorien klassischer Machtstaatspolitik gedacht wurde und die deutsche Geschichte aus britischer Sicht vor allem aus Bismarck, Wilhelm II. und Hitler bestand. Für Frankreich ging es in erster Linie um die Augenhöhe mit Deutschland und die Sorge vor einem „deutschen Europa“. In Italien und Spanien kursierte die Sorge vor der Marginalisierung und in Polen herrschte die Angst, wieder zum Opfer zu werden.

Dass sich die Deutschen und ihre Selbstbilder nach 1945 grundlegend gewandelt hatten und dass sie für ein europäisches Deutschland eintraten, war offenkundig kaum vorstellbar. Jedenfalls wurde ein solcher Wandel der deutschen Motive weithin nicht geglaubt oder mit Skepsis betrachtet. So stieß die deutsche Wiedervereinigung zwar nicht auf konkrete politische Widerstände, aber doch auf vielfältige Bedenken. Diese verschärften sich mit den großen Krisen in den 2010er Jahren. Die Euro-Rettungspolitik wurde weithin als Diktat eines nationalen deutschen Egoismus und als Ausdruck eines deutschen Legalismus angesehen. Und die deutsche Flüchtlingspolitik samt der mangelnden Absprache mit den anderen europäischen Regierungen wurde nicht nur von Viktor Orbán als „humanitärer Imperialismus“ kritisiert. Zugleich war es gerade die Flüchtlingspolitik, die internationale Bewunderung auf sich zog. Deutsch-

land gilt heute weithin als Rollenmodell eines multilateral eingebundenen demokratischen Stabilitätsankers. „Cool Germany“ titelte der „Economist“ im April 2018: „It is becoming more diverse, open, informal and hip.“

Aufs Ganze gesehen prägten mithin vier Konstanten die Außenwahrnehmungen von Deutschland: erstens die Vorstellung von zwei Deutschlands, von „Kant und Bismarck“; zweitens die Wahrnehmung der deutschen Stärke; drittens ein Gefühl, durch einen deutschen Vormachtsanspruch bedroht zu sein; und viertens der Eindruck, die Deutschen seien erratisch und unberechenbar: Waren sie in der Euro-Rettungspolitik als legalistisch erschienen, so setzten sie sich in der Flüchtlingskrise über das geltende Recht hinweg. Hinzu kamen wiederholt Doppelstandards im Umgang mit den Deutschen und eine Tendenz, Deutschland für eigene Probleme verantwortlich zu machen, ob berechtigt oder nicht. Neu hinzugekommen ist unterdessen seit 1989 der Ruf nach deutscher Führung in Europa.

IV. Wechselspiel: Strukturen – Handeln – Wahrnehmungen

Ob zutreffend oder nicht: Welche Rolle spielen Wahrnehmungen für die internationale Politik? Die Julikrise 1914 spielte in einem Panoptikum der Wahrnehmungen, in dem sich jede Seite von der anderen bedroht sah und einen Krieg zunehmend als unausweichlich erwartete. Entsprechend wurde jede Handlung der jeweils anderen Seite interpretiert. Frankreich suchte „Revanche für Sedan“, die Reichsleitung wollte den „eisernen Ring“ um Deutschland sprengen, und Russland trat auf dem Balkan der Habsburgermonarchie entgegen. Mit der politischen Eskalation lief das Räderwerk der militärischen Mechanismen an, das, einmal in Gang gekommen, aufgrund der geopolitischen und militärstrategischen Grundlagen des Schlieffen-Plans nicht mehr zu stoppen war.

Wahrnehmungen lagen auch der Appeasement-Politik der späten dreißiger Jahre gegenüber Hitler zugrunde, wobei sich das Muster der wilhelminischen Ära auf fatale Weise verkehrte. Vor 1914 war, was die Deutschen selbst als ihr gutes Recht auf Gleichberechtigung verstanden, den anderen als deutsches Vormachtstreben erschienen. In den späten dreißiger Jahren erschien Hitlers tatsächliches Vormachtstreben den Briten, aus schlechtem Gewissen über den Vertrag von Versailles, als Recht der Deutschen auf Gleichberechtigung. Jedenfalls strukturierten Wahrnehmungen Deutschlands – im Falle der Appeasement-Politik ironischerweise die Unterschätzung Deutschlands – das politische Handeln.

Und auch wenn die verbreiteten Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung 1989/90 nicht zu konkreten Konsequenzen führten, so lautet die historische Schlussfolgerung doch: Perceptionen sind relevant, und zwar in einem dynamischen Wechselspiel mit Strukturen und politischem Handeln. Im frühen 21. Jahrhundert steht Deutschland wieder vor der klassischen Wahrnehmungsfalle: Was die Deutschen als ihr gutes Recht oder ihre sittliche Pflicht

betrachten, sehen andere als deutsches Vormachtstreben. Zugleich hat sich ein neues Dilemma aufgetan: seit 1990 wird deutsche Führung erwartet, doch wenn sie ausgeübt wird, steht der Vorwurf der Dominanz im Raum.

Die politische Schlussfolgerung lautet: Politisches Handeln muss Strukturen und Perzeptionen berücksichtigen und vereinbaren. Es muss Rücksicht auf die Wahrnehmungen der anderen nehmen, und es muss zugleich strukturgerecht sein. Es muss rücksichtslose Führung ebenso vermeiden wie eine alles überdeckende Rücksichtnahme, über der die notwendigen Entscheidungen versäumt werden. Einmal mehr entpuppt sich die Politik der deutschen Frage in Europa als Kunst der Balance, der Balance zwischen Rücksicht und Führung.

Für Deutschland heißt das Dreierlei. Erstens: Gelassenheit und Vertrauen auf die eigenen Kraftquellen statt Benachteiligungskomplex, Fünf-vor-Zwölf-Panik und die Antizipation von Untergangsszenarien. Zweitens: ein rücksichtvoller Umgang mit den kleinen Staaten in Europa und Respekt ihnen gegenüber – was auch heißt, auf moralisierendes Sendungsbewusstsein und Überlegenheitsgefühl zu verzichten. Und drittens: ein größerer deutscher Beitrag zur europäischen Ordnung. Die historische Perspektive zeigt, dass deutsche Stärke und europäische Ordnung nur dann vereinbar waren, wenn Deutschland einen aktiven Beitrag leistete, der einen Mehrwert für die anderen Teilnehmer sichtbar machte.

Und deutsches Investment in die europäische Ordnung heißt zugleich: Wenn wir ein starkes Europa wollen, wie Emmanuel Macron und Angela Merkel zuletzt wiederholt zu Recht gefordert haben, dann braucht dieses Europa politische Führung. Und die wird es nicht aus Brüssel erfahren, sondern aus seinen wichtigen Hauptstädten: aus Paris, aus Berlin – und ich würde mir wünschen: auch aus London. Wäre es nicht eine konstruktive Antwort auf den Brexit, wenn Merkel und Macron die Kooperation mit London suchen, um eine engere politische Kooperation der drei klassischen großen europäischen Mächte auf die Beine zu stellen? Es wäre eine Option von geradezu historischer Schönheit, nachdem die drei großen Mächte es immer versäumt haben, zum Wohle des Ganzen zusammenzukommen. Und es wäre eine machtpolitisch realistische Option: drei Staaten mit über 210 Millionen Einwohnern, zwei Atomkräfte mit Ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat und die Exportsupermacht Europas – das brächte weltpolitisches Gewicht auf die Waage, nicht gegen NATO und EU, sondern ergänzend, so wie ja auch der Elysée-Vertrag die EU nicht ersetzt. Und dass der Elysée-Vertrag 1945 ähnlich unrealistisch erschienen wäre wie heute ein anglo-franko-deutsches „Elysée à trois“ erscheinen mag, zeigt, was historisch und politisch möglich ist.

So eröffnet der historische Blick auf Deutschland in Europa – im Sinne von Hans-Peter Schwarz – die politische Perspektive eines starken Europa in einer multipolaren Welt. Und auch dies in seinem Sinne: Was es dazu braucht, sind historisch inspirierte Kreativität und politischer Wille, sprich: Führung, nicht nur in Paris, sondern auch in Berlin.

Europa und der Brexit*

Anthony Glees

Ich hatte nie im echten Sinne die Ehre, Kollege von Hans-Peter Schwarz zu sein, ich war kein persönlicher Freund. Aber ich habe bei ihm am Oxforder St. Antony's College studiert, bin ihm später in Bonn begegnet und habe ihn auch dort gehört und kenne seine Arbeiten sehr gut. Das gilt besonders natürlich für seine unübertroffene Adenauer-Biographie, auf die ich immer wieder die Leser in meinem Buch über die Entwicklung der Bundesrepublik aufmerksam gemacht habe.¹ Aber auch sein nicht zu unterschätzendes journalistisches Werk verfolgte ich bis zuletzt. Es ist also eine große Ehre für mich, mit Ihnen heute hier zusammen zu sein.

„Europa und der Brexit“ – das sind vier Worte, die das Ende einer 40jährigen freiwilligen Ehe, einer echten Wahl-Verwandtschaft zwischen den Briten und der Europäischen Gemeinschaft/Union bezeichnen. „Brexit“ – ein Wort, das uns sagt, dass ab März 2019 diese Ehe wahrscheinlich nicht mehr weiter bestehen wird.

Ich sage „wahrscheinlich“, weil wir heute immer noch nicht ganz sicher sein können, ob es in der Tat zu einem Brexit kommt, der ein totaler Bruch mit den letzten 40 Jahren sein wird, oder ob Brücken wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Art weiterhin bestehen werden. Ich hoffe, dass es nicht zum totalen Bruch kommen wird, aber mit Blick auf den wachsenden anti-europäischen Extremismus (das Wort ist nicht übertrieben) fürchte ich, dass zur Zeit ein totaler Bruch wohl das wahrscheinlichste Resultat sein wird.

Ich spreche zu Ihnen als Politologe, teilweise Zeithistoriker, als jemand, der sich für Deutschland und Großbritannien interessiert, der lange über sicherheitspolitische Fragen gearbeitet hat, jemand, der sich seit seiner Studienzeit in Oxford, Bonn und Göttingen mit Fragen der Zukunft der liberalen Demokratie in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland auseinandergesetzt hat: Wie ist eine liberale Demokratie gegen ihre inneren und äußeren Feinde zu sichern? Dabei war und ist mir stets bewusst, wie glücklich die sind, die wie ich nach dem fürchterlichen Zweiten Weltkrieg, der vom europäischen Boden mit nationalistischem Schwung ausging, in einem friedlichen, sich integrierenden Europa leben können.

* Vortrag gehalten beim Symposium „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Memoriam Hans-Peter Schwarz am 15. Mai 2018 in Berlin.

1 Anthony Glees: *Reinventing Germany: German Political Development since 1945*. Oxford/Washington 1996.

Dies waren auch die großen Fragen mit denen Hans-Peter Schwarz sich immer wieder auseinandersetzte. Gerade aus diesem Grund möchte ich mich heute auf diejenigen seiner Arbeiten beziehen, die uns die Wichtigkeit der europäischen Integration der Bundesrepublik, des demokratischen Konsenses aber auch der aufgeklärten und standhaften Führung der jungen Bundesrepublik durch Konrad Adenauer vor Augen geführt haben.

Am 23. Juni 2016 haben sich 52 % der Wähler in einem Referendum entschieden, dass Großbritannien „brexiten“, also im Unterschied zu allen anderen EU-Mitgliedern in Zukunft einen eigenen Sonderweg gehen soll. Diese Entscheidung hat eine politische Krise in Großbritannien ausgelöst, die wohl mit der großen Regierungskrise in Mai 1940 zu vergleichen ist, in deren Verlauf Neville Chamberlain als Premierminister durch Winston Churchill abgelöst und eine nationale Koalitionsregierung geschaffen wurde. Die heutige Krise ist weitaus schwerer als die Krisen der 1960er- und 1970er Jahre, als über die Frage eines Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gestritten wurde. Gegenwärtig erwecken nicht nur die Regierung, sondern auch die Regierungs- und Oppositionsparteien immer mehr den Eindruck, sie seien nicht mehr fähig die Grundfunktionen einer effektiven Regierung beziehungsweise Opposition wahrzunehmen.

Der Grund dafür ist, dass das, was den Wählern versprochen worden ist, nicht geliefert werden kann. Wir können nicht, wie die Brexiters behaupteten, die Vorteile des Binnenmarkts und der Zollunion haben ohne Mitglied von beiden zu sein. Wir können nicht Mitglieder sein, wenn wir den Preis dafür nicht zahlen wollen und die Verbindlichkeit der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes nicht anerkennen. Die Hilfe, die die zwei großen Brexit-Bewegungen („Vote Leave“ und „Leave.EU“) den Tory-Brexiters beschert haben, war von erheblichem Gewicht. Dass beide jetzt für Verletzungen der Wahlgesetze angeklagt wurden, spricht für sich selbst. Die Einmischung von russischen und amerikanischen Stellen steht inzwischen ebenfalls kurz vor der offiziellen Bestätigung. Dass der russische Einfluss auf das Resultat der Abstimmung in den kommenden Monaten noch stärker zu untersuchen sein wird, höchstwahrscheinlich auch im geheimdienstlichen Sinne, ist durchaus denkbar.

Nehmen wir aber an, ein richtig harter Brexit oder ein „halber“ Brexit wird vom Parlament beschlossen. Was folgt? Wohin geht dann die britische Politik? Es steht bei beiden Varianten voraussichtlich für viele Jahre ein wirres Durcheinander bevor: Wenn es „hart“ sein sollte, dann bekommen wir das, was auch die politischen Befürworter des Brexit als eine „kreative Zerstörung“ beschreiben. Eine tiefgreifende Revolution in der britischen Wirtschaft, höchstwahrscheinlich das Ende von Warenverarbeitung in Großbritannien und das Ende britischer Agrarwirtschaft. Die Nahrungsmittelpreise würden (nach Professor Patrick Minford) um 8 % sinken und (nach Professor Graham Gudgin) werden wir frühestens 2028 wieder die heutigen Wachstumsraten erzielen. Fällt

der Brexit „sanft“ aus, dann wird es nicht ganz so schlimm, aber immer noch schlimm. Und wir wären dann aus der EU heraus.

Aus europäischen Partnern hat der Brexit europäische Gegner gemacht. Wenn man dem renommierten Wahlforscher Prof. Sir John Curtice folgt, und man kann es, dann hat der Brexit die parteipolitische Landschaft verändert und wird sie auch weiterhin verändern zugunsten der Tories, die sich immer mehr als Brexit-Partei sehen werden (aber vielleicht nur, bis es schief geht).

Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass der Brexit nicht zur Umsetzung kommt. Die politische Lage in Großbritannien ist seit 2016 äußerst labil und seit 2017, als Frau May ihre Mehrheit verloren hat, chaotisch. Frau May kann jederzeit von ihrer eigenen Partei aus Downing Street herausgeworfen werden; ob von den harten Brexiters oder von den Remainers. Ironischerweise – weil 52 % dafür gestimmt haben und sowohl die Tories als auch Labour nur den kompletten Brexit thematisiert haben – gibt es jedoch keine Mehrheit im derzeitigen Unterhaus für den harten Brexit, bei dem Großbritannien ganz aus der Zollunion und dem Binnenmarkt fliegt. Es gibt lediglich eine Mehrheit, die meint, man müsse den Wählern das liefern, was sie sich gewünscht haben, nämlich aus der EU auszusteigen und nicht mehr in Brüssel vertreten zu sein. Das Parlament wird im Oktober/November 2018 entscheiden müssen, ob der Brexit, den Frau May bis dahin ausgehandelt hat anzunehmen ist, ob es einen anderen Brexit geben soll oder vielleicht auch keinen. Aber es weiß auch kein Mensch, wie lange Frau May noch amtieren kann. Sie wird nicht nur ständig von ihren eigenen Kollegen im Kabinett und in ihrer Fraktion gedemütigt, sondern auch von US-Präsident Trump.

Wenn es wieder eine Parlamentswahl gäbe (derzeit rechtlich schwer zu erreichen) und Labour gewinnen würde (worauf die letzten Meinungsumfragen hindeuten), würde die Brexit-Krise sich anders gestalten aber sicherlich nicht so einfach verschwinden. Man darf nicht vergessen, dass Labour-Chef Jeremy Corbyn seit Jahren aus sozialistischer Gesinnung der EU feindlich gegenüberstand; ironischerweise hat sich Theresa May aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen ein bisschen stärker für ein Verbleiben in der EU eingesetzt als er.

Derzeit aber sind sich die Führer der beiden größten Parteien eigentlich einig. Man sieht tagtäglich in Großbritannien die Schwächung der Remainers im Kabinett, und Leute wie Innenminister Javid und der neue Außenminister Hunt haben die Seiten gewechselt. Weder May noch Corbyn wollen Neuwahlen; man könnte meinen, Corbyn möchte, dass May den Brexit macht und er aus dem folgenden Chaos profitiert.

Auch wenn die Entwicklung der britischen Wirtschaft schon zeigt, dass der Brexit-Beschluss negative Effekte hat – das Wachstum in Großbritannien betrug in den letzten Monaten 50 % des Durchschnitts der letzten 25 Jahre; die Produktion von Waren ist um 13 % gesunken; die Investitionen in Großbritannien

sind um 181 Milliarden Pfund gesunken, unsere Auslandsinvestitionen zugleich um 120 Milliarden Pfund gestiegen –, ist nicht erkennbar, dass die Wähler ihren Entschluss von 2016 zurücknehmen würden.

Deswegen: Ich glaube nicht, dass der Brexit nicht kommen wird. Ich persönlich bleibe ein „Verbleiber“. Sollte aber im Unterhaus der Brexit in irgendeiner Weise vermieden oder substantiell abgeschwächt werden können, würden die harten Brexiters „Verrat“ rufen und Neuwahlen erzwingen. Wenn es ein zweites Referendum gäbe (was auch möglich ist), so glaube ich, dass wir genau dasselbe Resultat bekommen würden wie 2016. Nigel Farage steht immer noch parat, die großen Zeitungen sind immer noch für den Brexit, sogar die BBC hat sich schon auf die neue Zeiten eingestellt. Ein führender BBC-Journalist, Nick Robinson, hat gesagt, die Brexit Frage sei entschieden, es gäbe also keine Notwendigkeit, über die zwei Seiten in der Frage zu berichten, es gäbe jetzt nur den Brexit.

Das Problem für „Verbleiber“ ist vor allem, dass es den Briten nach 40 Jahren relativen Wohlstands sehr schwer fällt, sich vorzustellen, dass es auch anders gehen kann. Wir müssen wohl den Brexit und seine Folgen erleben, um zu verstehen, was uns damit verloren gegangen ist.

Eben weil die Ehe mit der EU eine Wahl-Verwandtschaft war, war sie nur durch eine Wahl zu beenden. Und weil es eine Verwandtschaft war, ist dieses Ende nicht nur das Problem einer Seite. An dieser Ehe waren 28 Staaten beteiligt – das heißt, der Brexit wird nicht nur Großbritannien grundlegend umgestalten, er wird auch Europa und die EU verändern, vielleicht dramatisch. Es ist möglich, dass in den kommenden Jahren andere EU-Staaten ihren eigenen Exit suchen werden. Diese schwere Gefahr einer Ansteckung durch die britische Zerstörungspolitik ist nicht so einfach abzutun, so gerne man das auch täte. Wenn der Brexit – so meine Auffassung – eine Katastrophe für das Vereinigte Königreich darstellt, dann muss man auch fragen: Was sollen Europa, die EU, die Bundesrepublik Deutschland machen, damit es nicht nochmal passiert oder gar die ganze EU auseinanderfällt?

Daher ist es nicht nur wichtig, die Ursachen des Brexits auf britischer und europäischer Seite zu analysieren, sondern auch die Frage zu stellen, was daraus zu lernen ist. Ich bin sicher, auch Hans-Peter Schwarz hätte diese Frage gestellt und zu beantworten versucht. Seine wichtigsten politologischen Einsichten können uns dabei sehr hilfreich sein.

Sie ahnen, worauf ich hinaus möchte: Die Geschichte als solche wiederholt sich nicht, kann sich nicht genau wiederholen. Aber wo es um die Wichtigkeit von politischen Grundwerten geht, da kann und sollte man doch von der Geschichte lernen, wie schnell alles schief gehen kann und wohin das in Europa führen könnte. 70 Jahre lang pflegten deutsche Politologen und Zeithistoriker sich regelmäßig die Frage zu stellen, ob „Bonn Weimar sei“ – Schwarz glaubte zutreffenderweise, dass das nicht der Fall war.

Heute sollte man vielleicht besser fragen ob Westminster „Weimar“ werden könnte. In der Tat spricht vieles dafür. Man sollte schnell hinzufügen:

Glücklicherweise sehen wir keinen Adolf Hitler oder putschfreudige Militärs auf der britischen Bühne. Auch Farage ist kein Hitler. Doch – wie Hans-Peter Schwarz vor 50 Jahren in Oxford betonte – waren Hitler und seine Partei noch 1928 kaum außerhalb Bayern bekannt. Wenn es aber zu einem totalen Verfall in Großbritannien kommen sollte, wer würde dann möglicherweise auftreten mit einer „Lösung“ für die Überwindung der „nationalen Erniedrigung“ dem Versprechen einer „besseren Zukunft“?

Über Weimar wissen wir: Es gab nicht nur einen einzigen Grund für die Auflösung der Republik. Der Brexit hat bis jetzt nicht zu einer Auflösung der britischen Demokratie geführt, auch wenn es in der Tat Anzeichen gibt. Und wir wissen inzwischen: Auch der Brexit hat viele Ursachen, die keineswegs nur Großbritannien betreffen.

Seit der großen Wirtschaftskrise im Jahr 2008 gab und gibt es zwar Arbeit in Großbritannien, aber die Löhne stagnierten. Die Gewerkschaften konstatieren, relativ gesehen, den größten Verlust an Lohnwachstum seit 200 Jahren. Zu viele britische Arbeitsplätze waren und sind „MacJobs“ mit minimalen Gehältern. Aus verschiedenen Gründen waren die Gewerkschaften unfähig, hier gegenzusteuern. Die Krise von 2008 hat sich auch hier niedergeschlagen. Wir wissen inzwischen, dass die Wahrscheinlichkeit, für den Brexit zu stimmen, stieg, je ärmer und älter man war. Je schlechter die Ausbildungssituation, je schwächer die lokale Wirtschaft, besonders im Südwesten und Nordosten Englands, desto mehr Stimmen gab es für den Brexit. Je jünger, je gebildeter, je reicher, desto mehr Stimmen für ein Verbleiben in der EU. Sehr viele Briten (nämlich die 52 %) waren mit ihrem Los – verständlicherweise – nicht zufrieden.

Vergessen Sie bitte nicht, wer die Europawahl von 2014 gewonnen hat. Es war UKIP, die mit 27 Prozent am besten abschnitt. Labour bekam 24 und die Tories nur 23 Prozent. Es war ein Warnzeichen, wurde aber nicht ernst genommen. Außerdem wissen wir, dass der Brexit ein Wunsch von Wählern war, die sich subjektiv nicht mehr sicher in ihrem eigenen Lande fühlten. In Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Schweden, Polen, Italien, Dänemark sagten Befragte einheitlich, die zwei schwerwiegendsten Probleme seien für sie die Immigration und der Terrorismus. Beides hat offenkundig mit Sicherheit zu tun. Als 2015 über eine Million Migranten in die Bundesrepublik kamen, schien es vielen Briten klar, dass die Grenzen der EU nicht mehr zu sichern seien. Man darf den Befürchtungen dieser Menschen nicht mit Herablassung entgegenkommen. Ein jeder Bürger hat das Recht, von seiner Regierung Schutz und Sicherheit einzufordern. Der politische Vertrag zwischen Bürger und Regierung beruht hierauf.

Gerade auf diesem Feld konnten die Brexit-Nationalisten Gewinne erzielen und sich als wahre Patrioten präsentieren. Viele Brexit-Wähler konnten – oder wollten – nicht unterscheiden zwischen Migranten aus der EU, die die Freiheit haben, in Großbritannien zu arbeiten und leben, und Migranten von außerhalb

der EU, die diese nicht haben. Farage und andere haben sagen können, dass auch diese Leute eines Tages nach Großbritannien würden kommen können. Und das war nicht unrichtig. Der Merkel-Entschluss zur Öffnung der Grenzen hat, glaube ich, viele Briten zu einer Zustimmung zum Brexit bewegt. Auch wenn dem christlich-humanitäre Motive zugrunde lagen: Dies war ein großer Fehler, wie Hans-Peter Schwarz damals schrieb, da die EU ihre eigenen Grenzen und ihre eigene Kultur sichern muss.

Der Brexit ist also als Sieg von Unwissenheit, von Unvernunft in der Politik und von Irrationalismus zu beurteilen und weist insofern durchaus Parallelen zur Weimarer Zeit auf.

Für mich besteht auch gar kein Zweifel, dass der Brexit nicht nur als ein Schlag gegen den Wohlstand und vielleicht die Freiheit und den Frieden in meinem eigenen Land zu sehen ist, sondern ebenso als ein Schlag gegen das Gesamtkonzept einer EU und gegen das Grundprinzip einer Verständigung zwischen Staaten, die in wirtschaftlichem oder geschichtlichem Wettbewerb miteinander stehen, durch wirtschaftliche und politische Integration.

Aber Zollunion, Binnenmarkt, Schengen, Euro, das sind alles sehr komplizierte Sachen die kaum zu vereinfachen sind. Es ist immer einfacher, etwas zu hassen als es zu verstehen. Professor Christopher Grey, der beste akademische Kommentator des Brexit von der Universität Royal Holloway Bedford New College schreibt:

„To call this situation absurd would be excessively generous. It is demented. But, strangely, in the perverse politics of Brexit it makes complete sense. To understand why, it's necessary to understand the fundamental structural paradox built into those politics. It consists of two, irreconcilable, imperatives.

The first imperative is that Brexit, and specifically hard Brexit, must be done because it is the 'Will of the People' as interpreted by the high priests of the ERG and accepted as her duty by Theresa May. The second imperative is that which bears down upon all governments: they will be destroyed if they pursue policies which significantly damage the economic well-being of the country.“

Jeder vernünftige Beobachter versteht, dass das, was die Brexiter versprechen nicht umsetzbar ist. Wir verstehen aber auch, dass die harten Brexiter lieber Großbritannien als unabhängiges „Singapur an der Themse“ sehen würden mit einer tiefgehenden wirtschaftlichen und sozialen Revolution, als zu einer vernünftigen Scheidung zu kommen.

Die Brexit-Abstimmung war aber auch eine heftige Niederlage für die Europäische Union und für die Bundesrepublik Deutschland. Das sollte nicht vergessen werden. Es war seit 50 Jahren ein Ziel der bundesdeutschen Außenpolitik, Großbritannien in der EWG zu haben, für die Bundesrepublik genauso wichtig wie für Großbritannien. Die Worte von George Brown, damaliger Labour-Außenminister, an seinem Amtskollegen Willy Brandt sollten ebenfalls nicht in Vergessenheit geraten: „Let us in Willy, so that we can take the lead.“

Wenn Europa, wenn Deutschland erstens nicht versteht, woher der Brexit gekommen ist, was die Fehler waren, die wir aber auch sie gemacht haben, dann wird die Zukunft Europas wohl düster aussehen. Zurzeit ist es so, dass die Bürger der verbleibenden 27 EU-Staaten durch den Schock des Brexit enger zusammen halten wollen als vor 2016. Das kann sich allerdings sehr schnell wieder ändern.

Wenn die EU nicht die richtige Politik dem Brexit und Großbritannien gegenüber betreibt, dann besteht die Gefahr, dass eines Tages die EU als Ganzes destabilisiert wird. Entweder wird die EU mit den durch den Brexit verursachten Problem fertig – oder der Brexit wird die EU fertig machen.

Hätte es anders kommen können? Ich glaube ja, wenn nämlich die Europäische Union eine bessere Migrations- und Grenzpolitik nach 2015 verfolgt hätte.

Ich bin kein Cameron-Fan. Ein Referendum, ein Volksentscheid mit der simplen Alternative „Ja“ oder „Nein“ über 40 Jahre EU-Mitgliedschaft, war reiner Blödsinn und obendrein arrogant. Durch ein Referendum wollte er dem Krieg innerhalb der Tory-Partei ein Ende machen. So einfach war es aber eben nicht. Es ist nicht zu bezweifeln, dass Cameron glaubte, die Vorteile der EU sprächen für sich und bei den komplizierteren Fragen werde man ihm schon glauben. Für die Brexiter ließen sich alle Fragen in dem Begriff „Kontrolle“ zusammenfassen. Für die Remainer war es wesentlich komplizierter, simplifizierende Schlagworte standen nicht zur Verfügung.

Aber auch wenn das Referendum nach meiner Überzeugung eine Fehlentscheidung war: Wenn man Camerons Rede vom 23. Januar 2013 genau liest, dann sieht man, dass er nicht nur den Binnenmarkt lobte, sondern zugleich dafür plädierte, dass die EU mehr tun müsse, um näher bei den Bürgern zu sein und generell „flexibler“ sein sollte. Hier hätte man Cameron 2015/16 viel stärker entgegenkommen können, um den Brexit zu vermeiden. Auch die Bundesrepublik hat diese Chance verpasst.

Und jetzt, wo wir in die Zukunft blicken, was sollte getan werden? Was sollte seitens der EU geschehen, damit erstens das Gift des Brexit nicht andere Staaten ansteckt und damit zweitens vielleicht eines Tages Großbritannien den Weg zurück zu Europa findet?

Die Scheidung sollte sachlich sein, möglichst ohne Zorn oder Verbitterung auf beiden Seiten. Bestehende Brücken, wie etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung eine darstellt, sollten nicht abgebaut, neue, innovative Brücken sollten erdacht und aufgebaut werden.

Und zu welchem Zweck? Hier kann man anschließen an Hans-Peter Schwarz' große Biographie Konrad Adenauers und wie dieser die politischen Entwicklungen in West-Deutschland nach 1945 so geleitet hat, dass aus den wirtschaftlichen, politischen und moralischen Trümmern der Hitlerzeit ein neues Deutschland entstehen konnte:

Erstens, dass Patriotismus etwas anderes ist als Nationalismus. Man kann patriotisch sein und zugleich die europäische Integration befürworten. Adenauer

sagte einmal, der Nationalismus sei „das Törichteste, was es nur gibt“, es sei in der Vergangenheit „der Krebschaden Europas“ gewesen. Recht hatte er. Man kann populär sein, ohne populistisch zu sein. Man kann ein guter und geschickter politischer Führer sein, ohne ein populistischer Führer zu sein – wie Adenauer.

Zweitens, dass die Werte in der Politik wichtig sind; die Bewohner Europas sind stolz auf ihr römisch-jüdisch-christliches Kulturgut. Man kann und darf es ihnen nicht wegnehmen. Die Europäische Union muss Hüterin dieses Kulturgutes sein. Natürlich sind Einwanderer willkommen, aber die europäische Kultur ist nicht wegzuverhandeln. Die EU muss gesichert werden, ob gegen Islamismus oder gegen den russischen Einfluss.

Drittens, dass man die Bedeutung der EU neu definieren muss. Hauptsächlich muss sie Wohlstand für alle EU-Bürger anbieten, besonders für die jungen Menschen, ohne Wenn und Aber.

Viertens, dass die EU ihre britischen Befürworter nicht vergessen sollte, auch wenn diese, wie Adenauer und einige seiner Freunde während der Zeit des „Dritten Reiches“, derzeit auf dem Weg in eine „innere Emigration“ sind.

Für die EU der verbliebenen 27 Staaten, für die Bundesrepublik muss der Brexit ein Neuanfang sein. Großbritannien hingegen muss den gewählten eigenen Sonderweg jetzt gehen. Wer hätte 1945 geglaubt, dass schon nach zehn Jahren die Bundesrepublik Deutschland politisch, wirtschaftlich auf dem Wege war, eine Musterdemokratie zu werden, mit Bindung an Amerika und Großbritannien, und wirtschaftlich und politisch mit fünf anderen europäischen Staaten auf dem Wege zu europäischer Integration? Diese Entwicklung zeigt, was in der Politik alles möglich ist. Hoffentlich auch in Großbritannien.

Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen*

Hanns Jürgen Küsters

Heute habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die „Lebenserinnerungen“ von Professor Dr. Hans-Peter Schwarz vorzustellen.¹ Als dieser Gelehrte am 14. Juni 2017 verstarb, hat er uns ein beachtliches Werk hinterlassen, das viele Leser als eine außergewöhnliche Gabe an die Nachwelt empfinden werden.

Lassen Sie mich eines vorwegschicken: Es stellt ein völlig aussichtsloses Unterfangen dar, den vielfältig funkelnden Facettenschliff, den Hans-Peter Schwarz seinen Erinnerungen verpasst hat, auch nur annähernd in wenigen Minuten angemessen würdigen zu können. Er hat nicht nur Politik und Zeitgeschehen analysiert und geschrieben, auch sein Lebenswerk ist Teil der Zeit- und vor allem deutscher Wissenschaftsgeschichte. Mehrfach verortet Schwarz sich hier selbst: in Reflexionen als Dreißigjähriger und als nicht mehr ganz junger Herr, wenn er seine Erinnerungen in den Kontext der nicht gerade üppigen Memoirenliteratur geschätzter Wissenschaftskollegen stellt, nach den Gesetzen der Beschleunigung fragt und mit skeptischen Unterton die Unsteuerbarkeit historischer Prozesse hinterfragt. Dabei bekennt er sich zum Geschichtspessimismus, zugleich relativierend, ob es sich nicht um den bekannten Alterspessimismus handelt, und zieht so gleich aus mehreren Blickwinkeln Bilanz. Objekt und Subjekt verschmelzen häufig.

Also, meine Damen und Herren, Sie müssen das Werk unbedingt selbst lesen, um einen Eindruck davon zu gewinnen. Notgedrungen werde ich meine Ausführungen nun auf drei wichtige Fragen konzentrieren: Erstens, wie fand der Autor den Weg auf den Bonner Lehrstuhl für die Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte als Nachfolger von Karl Dietrich Bracher? Was verband den Autor mit Bonn? Und welche Lehren zieht er für die Zukunft Deutschlands aus den prägenden Jahren der Bonner Republik?

Viele Lebensstationen dieses „Glückskindes“, wie er sich selbst bezeichnet, sind bekannt. Studium in Basel und Freiburg, Schüler von Arnold Bergstraesser, Promotion über den „konservativen Anarchisten“ Ernst Jünger, Habilitation bei Theodor Eschenburg in Tübingen mit der bahnbrechenden Arbeit „Vom Reich zur Bundesrepublik“. Schon vor der Habilitation erfolgt der erste Ruf an die PH Osnabrück, dann auf den Lehrstuhl von Siegfried Landshut in Hamburg.

* Vortrag gehalten im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz am 23. Mai 2018 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

1 Hans-Peter Schwarz: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen. Hg. von Hanns Jürgen Küsters. München 2018.

Dann wird er Nachfolger von Ferdinand Hermes an der Kölner WiSo-Fakultät und schließlich 1987 kommt der Wechsel an die hiesige Universität. Doch wo kommt Schwarz eigentlich her? Seine einfache Antwort: Aus dem „Paradies“. Die Jugend verlebt er im Dorf Gresgen, tief im Markgräflerland, eine herrliche Gegend im Dreiländereck. Der Vater, der „Herr Lehrer“, unterrichtet dort, die Mutter, eine taffe Frau, bereitet ihm und dem Bruder eine idyllische Kindheit, die jäh mit dem Kriegsbeginn 1939 endet.

Neugierde, Wissendurst und Tatendrang zeichnen ihn aus. In seinen Milieu- und Zeitgeistbeschreibungen des dörflichen Lebens der 1930er Jahre, die keineswegs ablehnende Haltung der Eltern gegenüber dem System in der Phase des tausendjährigen Reiches eingeschlossen, werden sich einige der heute Ü80-Jährigen unter uns gewiss wiederfinden. Schule und Gymnasium entsprechen noch ordentlicher deutscher Bildung und assoziieren gelegentlich allseits bekannte Schulbilder aus der „Feuerzangenbowle“. Schon früh zeichnet sich das Wissenschaftsinteresse des jungen „Hanspeter“, wie er eigentlich heißt, ab. Sein großes Interesse an Geschichte und Politik, vor allem aber seine Begeisterung für die Literatur führen zum Studium an die Universität Basel. Für sein Verständnis von wissenschaftlichem Arbeiten, die Konstellationsanalyse, Methodik und wertende Beurteilung, gibt der Basler Ökonom Edgar Salin einen wichtigen Anstoß mit der simplen Frage, welche Bäume denn vor der Universität gepflanzt seien. Als niemand die Frage zu beantworten weiß, erhält der Studiosus seine erste Lektion verabreicht: „Merken Sie sich für Ihr ganzes Studium“, sagt Salin, „Sie müssen sehen lernen, sehen lernen!“ Schwarz versteht. Nur wer genau hinsieht, vermag aus Beobachtungen Schlüsse zu ziehen, zu analysieren und Urteile zu fällen. Beobachten, betrachten, urteilen, meinen – von diesen Prinzipien hat sich Schwarz bei all seinen Studien, Biografien und ebenso beim Abfassen der Erinnerungen leiten lassen.

Begonnen hatte er das Opus magnum am ersten Weihnachtstag 2012, abgeschlossen an Neujahr 2014. Die Kinder schenkten dem Vater das Werk als Privatdruck. Schwarz sah alles nochmals durch, nahm Kürzung privater Passagen vor und schrieb am 25. Mai 2017, drei Wochen vor seinem Tod, ein letztes Kapitel über die aktuellen Entwicklungen seit 2014 unter der vielsagenden Überschrift eines Gedichtes seines Lieblingsdichters Theodor Fontane „Ja, das möchte ich noch erleben ...“.

Ganz nach wissenschaftlicher Art versah er seine Memoiren mit 456 Fußnoten. Wer kritisch-analytische Betrachtungen der Zeit liebt, es mag, wenn politisch-gesellschaftliche Veränderungen und Oszillationen des Zeitgeistes über acht Jahrzehnte hinweg Revue passieren, alles gewürzt mit ironischen, manchmal sarkastischen Unterton, gar ketzerischen Lästereien, wird beim Lesen pures Vergnügen empfinden. Wir werden einbezogen in die Karriere eines politischen Professors, Zeithistorikers und Publizisten mit dem Hang, einem Schachspiel gleich die Figurenstellungen zu untersuchen, mit der Vorliebe, die Biografie

der Mächtigen im Spiel zu beleuchten und wiederkehrend zur Reflexion des Erreichten innezuhalten.

Dem Kind mangelt es nicht an Selbstbewusstsein. Der Vater notiert einen der ersten Sätze des Sprösslings, der beinahe Descarteschen Tiefgang hat: „Ich bin ich!“ Die Eltern lassen dem Jungen eine christlich-protestantische Erziehung angedeihen, die ihn eine Zeitlang in die Arme des Christlichen Vereins junger Männer, CVJM, verschlägt. Vielleicht zeitbedingt besitzt der Junge ein starkes Interesse an militärischem Gerät, obwohl ihm jeder Drill bei der HJ zuwider ist.

Während des Studiums gerät er in Freiburg in die Fänge Arnold Bergstrassers, dessen Seminare sich bald als eine akademische Talentschmiede entpuppen. Der Reihe nach entspringt dort jene wissenschaftliche Elite, die in den 1960er Jahren, als das Fach Politikwissenschaft im Sinne der Demokratieerziehung an Bedeutung gewinnt, die entsprechenden bundesdeutschen Lehrstühle besetzt, darunter Hans Maier, Friedmar Lüke, Ekkehart Krippendorff, Theo Stammen, Alexander Schwan, Kurt Sontheimer, Dieter Oberndörfer und Gottfried-Karl Kindermann, um nur einige zu nennen. Es ist die zweite Generation nach Theodor Eschenburg, Dolf Sternberger, Carl Joachim Friedrich, Ernst Fraenkel oder erwähntem Siegfried Landshut. Damals herrscht noch strenge Ordinarien-Herrlichkeit, also Paukstudium trotz libertärer Studiengestaltung, nicht vergleichbar mit der Verschulung à la heutigem Bologna-Prozess. Der Geist der Ära Adenauer schwebt durch alle Räume, doch mehr beschäftigt ihn die brandaktuelle Südweststaatsfrage. Adenauer wird vom Studiosus Schwarz, der ein ausgeprägtes Interesse auch an soziologischen Fragestellungen entwickelt, nach jeder „Spiegel“-Ausgabe kritischer und distanzierter bewertet, mit einer Ausnahme: die anti-bolschewistische Haltung des Kanzlers entspricht vollends der Schwarzschen Überzeugung. Die westlichen Demokratien müssen Stalin und Konsorten die Stirn bieten, sonst sacken sie auch noch die Bundesrepublik ein.

Aber auch einem Hans-Peter Schwarz wird nichts geschenkt. Gleichwohl gehört er bald zur jungen Nachwuchsgarde, der alle Türen offenstehen. Den ersten Schritt macht er mit seiner Dissertation über den „konservativen Anarchisten“ Ernst Jünger und sein „Stahlgewitter“, als die Fischer-Kontroverse über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkriegs Anfang 1961 losbricht. Aktueller kann er nicht sein. Daher publiziert er 1962 flugs seine Dissertation. Tief sitzt der Stachel des jungen Fräulein Annemie Keller, seiner späteren Frau, die ihm keck vorhält: „Den Doktor kann ja jeder machen.“ Wahre Prüfung bedeute das Staatsexamen. Hans-Peter Schwarz legt daher das Staatsexamen nach. Seine Habilitationsschrift „Vom Reich zur Bundesrepublik“ bei Theodor Eschenburg in Tübingen bedeutet den Durchbruch, ja öffnet der deutschen Zeitgeschichte die Tür zur Erforschung der Nachkriegszeit. Als der spätere Adenauer-Forscher dem Gründungskanzler 1966 persönlich begegnen darf, wandelt sich allmählich die skeptische Haltung.

Wie man sich als jüngster Professor Deutschlands fühlt, wenn man plötzlich im Ornat in die Hamburger Aula einzieht und persönlich für den Muff unter den Talaren verantwortlich gemacht wird, der sich dort seit gefühlten 1000 Jahren eingenistet hat, mitsamt den damaligen fakultätsinternen Regularien und üblichen Berufungskungeleien, kann trefflicher nicht dargestellt werden. Doch Hochschulpolitik ist nicht sein Ding. Mehr interessiert er sich für die internationale Politik, beunruhigt ihn jede Form von Appeasement-Politik gegenüber den Kremllherren, die die freiheitliche Lebensweise des Westens bedrohen und die deutsche Nation gefährden. Das erklärt sein Misstrauen gegenüber der allzu euphorischen Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition und der KSZE-Politik. Damit korrespondiert eine zweite Grundüberzeugung: Die atlantische Allianz ist das Lebenselixier der Deutschen. Wenn sie jemals international wieder eine bedeutende Rolle spielen wollen, dann nur im Verbundsystem mit den USA. Die europäische Einigung dient der Prosperitätssteigerung und Sicherung des Lebensstandards für den Exportweltmeister Deutschland. Im Konzert der westeuropäischen Staaten gilt es, das nationale Interessen der Deutschen zu artikulieren, gewiss in Abstimmung mit Frankreich und im Ausgleich mit den unberechenbaren Briten, die in der EWG vormachen, wie man europäischen Ambitionen und bundesstaatlichen Träumen Grenzen dort setzt, wo eigene nationale Identität aufzuweichen scheint. Seine wachsenden Vorbehalte gegenüber der EU – und dies ist ein drittes Moment –, ja die offene Ablehnung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die sich bei ihm in der ersten Hälfte der 1990er Jahre breit macht, resultiert aus zwei unerwarteten Entwicklungen: der überraschend eingetretenen Wiedervereinigung und der Stringenz, mit der Helmut Kohl die D-Mark zugunsten einer europäischen Währung aufgibt. Diese Integrationsschritte irreversibel machen zu wollen, impliziert über kurz oder lang die Aufgabe des Nationalstaates, den Bismarck mit so viel Mühen zustande gebracht hat. Ingeheim befürwortet er eine Politik des „Europas der Vaterländer“ im Sinne de Gaulles.

Schwarz hält – wie so viele – die Teilung Deutschlands eigentlich für nicht überwindbar, sieht stattdessen in der Bundesrepublik den Kernstaat des Deutschen Reiches, dessen positives Narrativ er entwirft. Er berichtet über die Entstehung des Großprojekts „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und seine akribische Konzeption einer Darstellung der Ära Adenauer als Phase bundesdeutscher Modernisierung, das Aufrütteln der Bonner Republik mit seinem Buch „Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“, mit denen er dem westdeutschen Kernstaat ein neues Selbstbewusstsein einflößt. Und warum stürzt er sich dann in das Unternehmen Adenauer-Biografie, das dem Autor alles abverlangt? Natürlich ist es auch der „Geldteufel“ und es sind große Verlage wie DVA und Verleger wie Wolf Jobst Siedler, die namhafte Autoren der Republik zu ködern versuchen, darunter Politiker wie Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, Publizisten wie Joachim Fest oder umstrittene Größen wie Albert

Speer. Wer Biografien schreibt, muss verrückt sein, sich in eine solche Materialschlacht zu begeben. Was ihn vor allem antreibt, sind unerschlossene Quellen wie der Adenauer-Nachlass in Rhöndorf, der Reiz, unbekannte Vorgänge im Leben des Kanzlers aufzuspüren, ihn einerseits kritisch-distanziert, andererseits aus seiner Sicht darzustellen und ihn in die jeweilige Lebenskonstellation mit all ihren Widersprüchlichkeiten einzubetten. Man muss schon tief in die Seele eines Menschen eindringen, um ihn einigermaßen gerecht zu beurteilen, im Grunde ein schizophrenes Eigenleben führen, das Opferbereitschaft voraussetzt. Bei Schwarz erleben wir, wie auch dieser brillante Schreiber immer wieder mit sich kämpft, um der Materialfülle, der Person und der Zeitumstände Herr zu werden. Daher zögert er und lässt sich Ende der 2000-er Jahre nur nach langem Zureden von Bernhard Vogel auf die Kohl-Biografie ein, nachdem er zuvor Axel Springers sprunghaftes Leben durchleuchtet hat.

Immer hat sich Schwarz Gedanken über mögliche und alternative Ereignisse gemacht. Seine Skizze, die er an Silvester 1988 anfertigt, was sich alles bis zum Millenniumswchsel Silvester 1999 abspielen könnte, lässt jedes Politologen-Herz höherschlagen. Unter den unerwarteten abweichenden Entwicklungen führt er auf: Nationalitätenaufrühr in der Sowjetunion, Auflösung des europäischen Imperiums der Sowjetunion bei gleichzeitigem Rückzug der USA, Umwandlung des sowjetischen Machtstaats in eine Union autonomer euroasiatischer Republiken. Die Berliner Mauer ist größtenteils niedergelegt. Nur einige Stücke bleiben, ebenso wie wenige Überreste der Grenzbefestigungen. Sie bilden eine Touristenattraktion. Bonn ist immer noch dasselbe feucht-schwüle rheinische Residenzstädtchen. Als Ersatz für die verlorene Hauptstadtfunktion wird es als Europäisches Wissenschaftszentrum ausgebaut. Der europäische Kontinent ist unter Führung der EG-Staaten zu einer kulturellen, wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Einheit geworden. Die Grenzen sind durchlässig und werden zunehmend irrelevant. Sowohl in der früheren Bundesrepublik wie in der DDR hat der Vorgang Energien ausgelöst, die nur mit den Jahrzehnten nach der Währungsreform vereinbar sind. Statt auf Krötenpfade und Biotope richtet sich die gestaltende Phantasie der Deutschen wieder auf die schwierigen Aufgaben politischer Homogenisierung und wirtschaftlicher Modernisierung eines Landes, das 40 Jahre lang geteilt war.

Erstaunlich ist, dass der Hauptstadt-Professor, wie er sich selbst ab 1987 beschreibt, den 9. November 1989 im Grunde verpasst hat, weil er vergraben ist in den Tiefen und Untiefen der Adenauer-Biografie. Erst als der Dampfer Kurs auf die Wiedervereinigung nimmt, mischt er als Berater im Teltchik-Kreis im Umfeld des Bundeskanzlers mit. Der getreue Verteidiger des freiheitlich-parlamentarischen repräsentativen Systems, für das als Symbol die Stadt Bonn steht und immer stehen wird und dessen Stabilität ihm so viel Wert ist, wird nur einmal als Kolumnist der „Welt“ dieser Linie untreu. Vor dem Bonn/Berlin-Beschluss des Deutschen Bundestags im Juni 1991 fordert er, nicht der

Bundestag, sondern das Volk müsse in einer solch zentralen Frage befragt werden und seine Stimme abgeben.

Im Übrigen hat Schwarz keine Gelegenheit ausgelassen, Platzhirsche statt durch das Fernrohr genau aus der Nähe zu beobachten. Aus diesem Grund lässt er sich mit der Familie, schon als er dem Ruf nach Köln folgt, gleich in Bad Godesberg nieder, weil er dort näher am Pulsschlag der Politik ist. Seine 34-jährige Mitgliedschaft im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung und seine langjährige Tätigkeit für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik sind dafür hervorragende Jagdreviere. Hier wie anderswo hält er, der Unbestechliche, nie mit kritischen Kommentaren hinter dem Berg, wenn er Fehlentwicklungen wie dunkle Gewitterwolken heraufziehen sieht. Zwei Beispiele seien erwähnt: die europäische Integrationspolitik Helmut Kohls mit Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die neue Völkerwanderung nach Europa.

Worin liegen seine Befürchtungen? Hinsichtlich des Euros in der falschen Erwartung auf Konvergenz der Wirtschaftspolitik nach dessen Einführung, der mangelnden Haushaltsdisziplin und Stabilitätspolitik der europäischen Partner, weil sie die Sozialpartner ihrer Länder kaum zur Disziplin anzuhalten vermögen. Kann der Euro als Leitwährung neben dem Dollar und Yen wirklich im deutschen Interesse liegen? Wird nicht die Stabilität der deutschen Mark und Wirtschaft unnötig aufs Spiel gesetzt? Ja, es geht bei diesem Fragen im Kern um Deutschlands neue außenpolitische Rolle und Verantwortung. Je mehr sich Schwarz mit diesen Fragen befasst, desto mehr tritt in ihm der Verteidiger des klassischen Nationalstaats in den Vordergrund, desto mehr erwärmt er sich für die Europapolitik de Gaulles.

Nicht zuletzt in Anbetracht einer Reihe von Risikofaktoren, auf die er in scharfsinniger Analyse hinweist: als da wären die kaum mehr steuerbare Globalisierung der Kapitalmärkte; die Verlagerung der weltwirtschaftlichen Dynamik aus Europa in die zur Konkurrenz herangewachsenen Schwellenländer – China, Indien, die Ölstaaten am Persischen Golf; die atomare Proliferation in Hochrisikostaat wie Nordkorea, Iran, Pakistan; die permanente Störanfälligkeit der durch Handel und Kapital verflochtenen Industriestaaten durch lokale oder regionale Kriege und Bürgerkriege; Unruhezonen in arabischen Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten ebenso wie in Mittelamerika (Mexiko und Venezuela); die Belastung des alternden Westeuropa durch bereits angesiedelte, schwer integrierbare Migranten und dauernden äußeren Migrationsdruck; die unkalkulierbar gewordenen Vereinigten Staaten als Schutzmacht der Demokratien; die Euro-Krise, der die EU möglicherweise nicht gewachsen ist, aber auch die Bewusstseinsmanipulation breiter Bevölkerungsschichten weltweit via Internet, die den Realitätssinn beschädigt; das Risiko einer Wiederkehr der Pandemien aufgrund von Massentourismus und unkontrollierbarem Flugverkehr; die wachsende Anzahl von Selbstmordattentätern sowie deren möglicher Einsatz atomarer Massenvernichtungswaffen oder toxischer Kampfmittel, die

psychologische Auswirkungen haben und zeigen, wie störanfällig Industriegesellschaften sind; von den Klimaveränderungen mit weitreichenden Folgen erst gar nicht zu sprechen.

Der Memoirenautor begegnet uns aber auch von der selbstkritischen Seite, fragt, welche Veränderungen auch er trotz seiner globalen Perspektive nicht erkannt hat. Im Wesentlichen nennt er fünf Entwicklungen: Erstens die transnationale Dynamik der Religiosität, vor allem des Islam; zweitens die Durchsetzungskraft europäischer Föderalisten, zu denen er jene Politiker, Publizisten und Heerscharen von Technokraten zählt, die die EU zu einem Über-Staat machen, eine Entwicklung, die Schwarz in der Rückschau fatal erscheint, weil er die Eigenarten der europäischen Nationen für schwer integrierbar hält und es für grundsätzlich verfehlt erachtet, sie durch Integration allzu stark gleichzuschalten. Dadurch sei ein unvorstellbares „Super-System“ errichtet worden, „ein babylonischer Turm, der heute ins Wanken geraten ist mit katastrophalen Auswirkungen“. Drittens: Die Wucht des globalisierten Finanzkapitalismus und das in seinen Augen „törichte Agieren der Regierungen, die dem Zauberlehrling gleich die Finanzmärkte entfesseln, ohne sie mit dem Zauberwort bändigen zu können“, hatte Schwarz nicht auf seinem Radarschirm. Dass Regierungen tollkühn auf die eigene Währung, auf ein eigenes Zentralbankensystem und auf die Möglichkeit, notfalls Kapitalverkehrskontrollen wieder einzuführen, verzichten, lag jenseits seines Vorstellungsvermögens. Viertens gehört dazu ebenso der Kollaps des sowjetischen Hegemonialsystems in Osteuropa inklusive der deutschen Wiedervereinigung. Und fünftens war für ihn unvorstellbar, dass eine autoritäre Einparteien-Diktatur in China in Verbindung mit einem staatlich regulierten, partiellen Kapitalismus phänomenale Wachstumsraten erzielen könnte.

Bei alledem sieht Schwarz die nationalen Interessen Deutschlands gefährdet. Er beschreibt als erster das Verbundsystem westlicher Demokratien in transatlantischer Allianz als Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland und tadelt bereits Mitte der 1980er Jahre die in seinen Augen verschlafenen Bonner Diplomaten, es sich allzu genüsslich im westlichen Nest bequem gemacht zu haben, ohne eigene Risikobereitschaft, stets im Windschatten der USA segelnd. Daher kritisiert er die Machtvergessenheit, noch bevor die Wiedervereinigung über die Deutschen hereinbricht. Er sieht die Deutschen in einem doppelten Dilemma: einerseits größere internationale Verantwortung übernehmen zu müssen, ohne die Bevölkerung darauf vorbereitet zu haben, andererseits eine schrittweise Übertragung von Rechten an die EU, die ihrerseits Kompetenzen vereinnahmt, ohne jedoch die demokratischen Voraussetzungen dafür zu besitzen. Mit den Diskussionen über die Einführung des Euro Mitte der 1990er Jahre wächst reziprok bei Schwarz die Kritik an dem europapolitischen Kurs von Kohl, der den deutschen Nationalstaat aufgeben will, den Bismarck mit so viel Mühen zustande gebracht hat. Ja, je mehr sich Schwarz mit diesen Fragen befasst, desto mehr tritt er als Verteidiger des klassischen Nationalstaats in den Vordergrund,

desto mehr findet er an Bismarcks Bündnispolitik, die von Nationalinteressen geleitet ist, Gefallen.

Und die Völkerwanderung nach Europa ist für ihn Exempel des politischen Kontrollverlustes, Ausgeburts einer Torheit der deutschen Politik, die nicht mehr imstande ist, den Schutz der Deutschen in ihren Grenzen zu gewährleisten. Protestbewegungen und Ablehnung sind logische Folgen. „Ich gehöre nun wahrlich zum liberal-konservativen Altbestand der CDU“, schreibt er im September 2016 einem CDU-Mann. „Doch bei den verehrten Kollegen der Politikwissenschaft herrscht ausnahmslos Schweigen im Walde. Auch niemand in der CDU erhebt seine Stimme angesichts der großen Fehler der Parteiführung. Und auch in der CSU ist die schwierige Thematik noch nicht gründlich durchdacht worden. Stattdessen überläßt man der AfD mit ihrem unerprobten, auch fragwürdigen Führungspersonal das Feld.“ Schwarz hat nie geschwiegen.

Was er im Hause Kohl erlebt, wie er sich sonst noch selbst einschätzt und was ihn zum Beispiel als jungen Mann Anfang in der ersten Hälfte der 1950er Jahre im Kalten Krieg nach Ost-Berlin treibt – dazu sage ich jetzt nichts. Sie sollen das Werk ja selbst mit Genuss und Erkenntnisgewinn lesen. So jedenfalls hat es Schwarz gewollt, sich selbst, seinen Studierenden wie seinen Lesern alles abverlangend.

Unser Dank kann nicht mehr sein als ein tief empfundenes Gedenken an diesen herausragenden Wissenschaftler und Autor. Seiner so schnell nach ihm verstorbenen Gattin, die diese Publikation ebenso sehr gewollt hat wie seine Kinder, sei hier ebenso gedankt wie der Konrad-Adenauer-Stiftung und DVA respektive dem Random House Verlag, dass dieses Werk kurz vor dem ersten Todestag von Hans-Peter Schwarz der Öffentlichkeit präsentiert werden kann. Sie werden bei der Lektüre viel Vergnügen haben, dessen bin ich mir sicher!

Schlusswort

Bernhard Vogel

Sehr verehrte Frau Burrus, sehr verehrter Herr Dr. Schwarz, lieber Herr Küsters, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe das Bedürfnis, auch nach dem vielen, was wir bisher schon über Hans-Peter Schwarz und sein Lebenswerk gehört haben, noch zwei Anmerkungen zu machen. Ich möchte auch meinerseits meine Verehrung für Hans-Peter Schwarz ausdrücken, dem ich über viele Jahrzehnte freundschaftlich verbunden war, und ich möchte meine Verehrung für seine liebe Frau Annemie hinzufügen – die „beste aller Frauen“, wie er selbst immer gesagt und häufig auch geschrieben hat, mit der er mehr als 50 Jahre verbunden war. Jeder Besuch in der Vogelsangstraße 10a in Gauting war durch sie ein kleines Fest, und bis heute will mir nicht in den Sinn, dass diese Besuche nicht mehr möglich sind, dass er und seine Frau uns so plötzlich verlassen haben. Aber vielleicht ist es gerade dadurch möglich, dass uns beide heute so frisch und lebendig vor Augen stehen, wie wir ihnen so oft begegnet sind.

Unsere Beziehung – es ist heute schon erwähnt worden – nahm im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Ausgang. 1985, noch unter Bruno Heck und der sehr entschlossenen Stabführung von Helmut Kohl, fiel der Entschluss, man müsste in den Vorstand der Adenauer-Stiftung auch zwei Wissenschaftler berufen – die es bis dahin nicht gab. Die Wahl fiel auf Frau Noelle-Neumann und auf Hans-Peter Schwarz. Kritisch, ideenreich und unabhängig haben sie viele Vorstandssitzungen bereichert. Es würde die Zeit sprengen, die besondere Rolle, die Hans-Peter Schwarz dort spielte, zu schildern. Aber bis zur letzten Vorstandssitzung wenige Tage vor seinem Tod hat er einen wesentlich prägenden Einfluss auf unsere Sitzungen gehabt.

Ich stehe dazu, dass ich ihn beharrlich bedrängt habe und dass ich nicht locker gelassen habe – in seinem Buch schreibt er, ich sei ihm auf die Nerven gegangen –, mit meinem Wunsch, der Adenauer-Biographie auch eine Kohl-Biographie folgen zu lassen. Ich möchte ihm heute noch einmal dafür danken, dass er sie geschrieben hat: grundlegend, tiefgreifend, wissenschaftlich exakt und, wie das eine Biographie eines Wissenschaftlers sein muss, nicht nur dem „Helden“ seines Werkes mit Sympathie verbunden, sondern auch kritisch sich mit ihm auseinandersetzend. Er selbst hat das Prinzip schon im ersten Band seiner Adenauer-Biographie sehr genau beschrieben. Und eine Rezension sagte, es handle sich um „eine klassische Biographie, die Person und Leben einordnet und deutet“. Ich bin ihm dankbar und wir alle sollten ihm dankbar sein, dass er diese beiden großen Kanzler-Biographien neben anderem verfasst und geschrieben hat. Es ist bedauerlich, dass er nicht mehr in der Lage sein wird, die erste große Kanzlerinnen-Biographie zu verfassen, obwohl er das mit Sicherheit gekonnt hätte.

Meine Damen und Herren, ich möchte eine zweite Anmerkung machen, nämlich einen besonderen Dank an Hanns Jürgen Küsters für die Hilfe bei der Herausgabe der „Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitgenossen“, so der Untertitel. Ihnen, Herr Dr. Schwarz, herzlichen Dank dafür, dass Sie bereit waren, das Werk Ihres Vaters gewissermaßen freizugeben und Ihnen, Herr Küsters, dass Sie bereit waren, diese Edition zu begleiten. Aus den 1012 Seiten des ursprünglichen Schwarzschen Textes sind 734 Seiten geworden – 80 Kapitel an 80 Tagen durch den seinerzeit 80jährigen verfasst haben dadurch die Chance, mehr Leser zu finden, als wenn es in der „vollen“ Fassung das Licht der Welt erblickt hätte. Es ist in der Tat ein Vermächtnis, dass Hans-Peter Schwarz da hinterlassen hat. Aber in einem Punkt, Herr Küsters, bin ich anderer Meinung: Sollte es eine zweite Auflage geben, geben Sie sich einen Ruck und fügen Sie doch ein Namensregister an – Sie machen es den Neugierigen leichter, nachzuschauen, ob sie vorkommen, und jeder, der nachschaut, könnte ein zukünftiger Leser werden. Hoffentlich findet das Buch den Weg zu vielen Lesern.

Was Hans-Peter Schwarz selbst zu diesem Buch gemeint hat, darf ich aus einem Brief von ihm zitieren: „Nach den biographischen Niederschriften versuche ich es diesmal mit der Kleinkunst. Ein wenig fühle ich mich beim Blick auf diese Studie wie einer meiner geliebten kleinen Propheten aus dem Alten Testament, die das Unheil über Israel hereinbrechen sahen, dies aber im Wissen, dass niemand ihre Warnungen hören wollte.“

Dank gilt – neben den Rednern natürlich – der Konrad-Adenauer-Stiftung für diesen Nachmittag und Abend. Hans-Peter Schwarz hat es verdient, in dieser Weise gewürdigt zu werden. Wir sind aufgefordert, sein Andenken auch in Zukunft in Ehren zu halten.

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2017–2018

Editionen, Handbücher, Lexika

- Buchstab, Günter (Bearb.): Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980. 2 Halbbände (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68). Düsseldorf 2018.
- Ders.: Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018.
- Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 3., erweiterte u. aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2018.
- Wintzer, Joachim (Bearb.): Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle Dezember 1980 bis Dezember 1982. Unter Mitwirkung von Benedikt Wintgens. 2 Halbbände (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 13/IX). Düsseldorf 2017.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände

Deutschland

- Alemann, Ulrich von/Erbentraut, Philipp/Jens, Walther: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage. Wiesbaden 2018.
- Becka, Michelle: Verantwortung übernehmen. Christliche Sozialethik und Migration, in: Stimmen der Zeit 236 (2018) 5, S. 343–352.
- Bergsdorf, Wolfgang: Das „System Kohl“. Über den Führungs- und Politikstil, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 41–45.
- Beyer, Peter: Geschlossen den Westen verteidigen. Über die Herausforderungen im Transatlantischen Verhältnis, in: Entscheidung 66 (2018) 7/8, S. 28–29.
- Biedenkopf, Kurt: Voneinander lernen. Die beiden CDU-Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und Peter Tauber im Gespräch über den Bundestagswahlkampf damals und heute, in: Civis mit Sonde (2017) 2, S. 10–25.
- Blüm, Norbert: Verändert die Welt, aber zerstört sie nicht. Einsichten eines linken Konservativen. Freiburg/Breisgau 2017.
- Böhmer, Wolfgang: Blühende Landschaften. Hohn und Spott oder Synonym für eine gemeinsame Leistung, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 97–99.
- Brüssel, Christoph/Kronenberg, Volker (Hg.): Von der sozialen zur ökosozialen Marktwirtschaft. Ökologie und Ökonomie im Fokus von Politik und Gesellschaft. Wiesbaden 2018.

- Buchstab, Günter: Die politische Heimat. Helmut Kohl und seine Partei, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 35–40.
- Ders.: Gerstenmaier, Eugen – europäische Perspektiven in Kirche, Widerstand und Politik, in: Irene Dingel/Jan Kusber (Hg.): Die europäische Integration und die Kirchen. Personen und Kontexte (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft 115). Göttingen 2017, S. 37–52.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021. Berlin 2017.
- Dies./Christlich-Soziale Union in Bayern/Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland, ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Rheinbach 2018.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Niedersachsen (Hg.): Niedersachsen nach vorne bringen. Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen 2017–2022. Hannover 2017.
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands/Landesverband Nordrhein-Westfalen: Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017–2022. NRW-Koalition. Düsseldorf 2017.
- Dingel, Irene/Kusber, Jan (Hg.): Die europäische Integration und die Kirchen. Personen und Kontexte (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft 115). Göttingen 2017.
- Dreier, Horst: Staat ohne Gott. Religion in der säkularen Moderne. München 2018.
- Eisel, Stephan: Konrad Adenauer und Bonn, in: Historisch-Politische Mitteilungen 24 (2017), S. 225–237.
- Ders.: „Wiege der zweiten deutschen Demokratie“. Helmut Kohl und Bonn, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 87–90.
- Evangelischer Arbeitskreis der CDU und CSU/Bundesvorstand: 500 Jahre Reformation – Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft. Resolution des EAK-Bundesvorstandes auf der 51. Bundestagung, in: Evangelische Verantwortung (2017) 11/12, S. 11–14.
- Fislage, Franziska/Grabow, Karsten/Heinze, Anna-Sophia: Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa. Eine Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Fleischmann, Christoph: CSU. Das Kreuz mit dem Kreuz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 63 (2018) 6, S. 58.
- Flick, Corinne Michaela (Hg.): Das Gemeinwohl im 21. Jahrhundert. Göttingen 2018.

- Franke, Annemarie: Das neue Kreisau. Die Entstehungsgeschichte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung 1989–1998 (Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V., Schriftenreihe 22). Augsburg 2017.
- Gassert, Philipp: Die „anderen“ 68er. Junge Christdemokraten, die Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition, in: Die Politische Meinung 63 (2018) 548, S. 105–108.
- Geißler, Heiner: Im Schlepptau des Neoliberalismus. Die CDU und die deutsche Einheit (Interview). Zum Tode von Heiner Geißler, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2017) 10, S. 117–119.
- Gröhe, Hermann: Die Würde des Menschen ist unantastbar – bis zuletzt! (Wilhelm von Humboldt Lectures 1). Freiburg/Breisgau 2017.
- Ders.: Viel getan – viel zu tun, in: Frau & Politik 63 (2018) 1, S. 56.
- Grosse-Brömer, Michael: „Ein bisschen nach rechts rücken, wird nicht zur Lösung des Problems führen“ Michael Grosse-Brömer (Interview) zu den Auswirkungen der Bundestagswahl auf Fraktion und Parlament, in: Entscheidung 65 (2017) 11/12, S. 16–17.
- Grosser, Alfred: „Mon Ami Mitterrand“. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Einigung Europas, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 141–145.
- Große Kracht, Hermann-Josef: Gustav Gundlach SJ (1892–1963). Katholischer Solidarismus im Ringen um die Wirtschafts- und Sozialordnung. Paderborn 2018.
- Güllner, Manfred (Hg.): Der vergessene Wähler. Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien. Marburg 2017.
- Ders.: Der „Adenauer-Sog“ 1949 bis 1961, ebd., S. 15–37.
- Ders.: Die Ära Merkel, in: Manfred Güllner (Hg.): Der vergessene Wähler. Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien. Marburg 2017, S. 183–214.
- Ders.: Pannen, Pech und Pleiten. Die Kanzlerschaft Helmut Kohls bis zur Wiedervereinigung, ebd., S. 103–127.
- Günther, Daniel: Jamaika im Norden, in: Frau & Politik 62 (2017) 4, S. 7.
- Ders.: „Man kann nicht allen gerecht werden“, in: Civis mit Sonde (2018) 1, S. 16–25.
- Hagedorn, Jonas: Oswald von Nell-Breuning SJ. Aufbrüche der katholischen Soziallehre in der Weimarer Republik. Paderborn 2018.
- Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung (Hg.): Hanns Martin Schleyer-Preis 2016 und 2017. Verleihung an Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Nicola Leibinger-Kammüller am 15. Mai 2017 im Neuen Schloss in Stuttgart (Veröffentlichungen der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung 90). Köln 2017.
- Haseloff, Reiner: „Da hat sich Unmut aufgestaut“, in: Cicero (2017) Dezember, S. 44–47.
- Heisterkamp, Ulrich: Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2018.

- Hesse, Nils/Bauer, Matthias/Karstens, Felix: *Ordoliberalen Antworten auf Trump, Brexit und Wirtschaftspopulismus. Können sie bürgerliche Wähler überzeugen?* Red.: David Gregosz. Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Hidalgo, Oliver/Polke, Christian (Hg.): *Staat und Religion. Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens (Staat – Souverän – Nation)*. Wiesbaden 2017.
- Hildmann, Philipp W./Koecke, Johann Christian (Hg.): *Christentum und politische Liberalität. Zu den religiösen Wurzeln säkularer Demokratie (Berliner Bibliothek. Religion – Kultur – Wissenschaft 3)*. Frankfurt/Main u. a. 2017.
- Hilz, Wolfram/Nötzold, Antje (Hg.): *Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Beate Neuss. Mit einem Geleitwort von Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D.* Wiesbaden 2018.
- Hofe, Ina vom: *Die Frauenpolitik der CDU. Traditionen – Entwicklungen – Einflüsse 1945 bis 2013*. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Hütter, Hans Walter: *Erinnerung als Programm. Der Geschichtspolitiker Helmut Kohl*, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa*, S. 104–108.
- Juncker, Jean-Claude: *Sein Erbe ist die Zukunft. Eine europapolitische Würdigung*, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa*, S. 122–126.
- Kaiser, Jochen-Christoph: *Protestanten in der CDU und die Europaidee nach 1945*, in: Irene Dingel/Heinz Duchhardt (Hg.): *Die europäische Integration und die Kirchen. Denker und Querdenker (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft 93)*. Göttingen 2012, S. 135–152.
- Kauder, Volker (Hg.): *Die Fraktion – Machtzentrum und Fegefeuer. Politische und parlamentarische Erinnerungen für Peter Struck*. Red.: Norbert Bicher. Bonn 2018.
- Ders.: „Die Religion steht nicht über dem Gesetz“, in: *Entscheidung 66 (2018) 3/4*, S. 28.
- Ders.: *Sicherheit, Freiheit und Frieden in schwierigen Zeiten*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 10 (2017) 2*, S. 127–138.
- Ders.: *Und es gibt sie doch. Freundschaft in der Politik*, in: Volker Kauder (Hg.): *Die Fraktion. Machtzentrum und Fegefeuer. Politische und parlamentarische Erinnerungen für Peter Struck*. Bonn 2018, S. 19–25.
- Kelle, Klaus: *Bürgerlich, christlich, sucht ... Biete Meinung statt Mitte*. Basel 2017.
- Kellner, Christian: *Die Union als Ansprechpartner für die Wirtschaft. Leitlinien für unser wirtschaftspolitisches Handeln*, in: *Entscheidung 66 (2018) 3/4*, S. 23–25.
- Kertesz, Aljoscha: *Bundestag adieu! 2017: Interviews – Fakten – Statements*. Leipzig 2017.

- Klößner, Julia: Heimat als Lebenselixier. Die Pfalz und Helmut Kohl, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 29–33.
- Dies.: Meister der politischen Zuspitzung. In memoriam Heiner Geißler: (*3. März 1930 in Oberndorf am Neckar, †12. September 2017 in Gleisweiler), in: Die Politische Meinung 62 (2017) 546, S. 124–125.
- Knobloch, Charlotte: Verantwortung vor der Geschichte. Helmut Kohls Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft und zu Israel, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 109–116.
- Koch, Dorothea: Adenauer in Jahren des Umbruchs. Zum Tagebuch von Monsignore Paul Adenauer, in: Die Neue Ordnung 71 (2017) 5, S. 391–395.
- Koch, Jörg: Marie-Elisabeth Klee. Lebensbilder einer Europäerin aus Worms. Worms 2017.
- Köhler, Horst: Ein steiniger Weg. Der Oppositionsführer in Bonn, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 61–65.
- König, Thadäus R.: Das Thüringer Parteiensystem. Entstehung, Entwicklung und Struktur seit 1990 (Parteien und Wahlen 16). Baden-Baden 2018.
- Konrad-Adenauer-Stiftung: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Personen, Themen, Aufgaben. Stand 4/2018. Red.: Uta Hellweg. Bexbach 2018.
- Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich (Schriftenreihe Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland). Baden-Baden 2018.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret: Der saarländische Weg, in: Frau & Politik 62 (2017) 4, S. 56.
- Kreutzer, Ansgar: Politische Theologie für heute. Aktualisierungen und Konkretionen eines theologischen Programms. Freiburg/Breisgau u. a. 2017.
- Kronenberg, Volker: Europa vor Ort. Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte. Red.: Philipp Lerch, Marco Arndt. Hg.: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2. überarbeitete Auflage. (Handreichung zur politischen Bildung 21) Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Küstners, Hanns Jürgen: Einführung. Einführungsvortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter, in: Historisch-Politische Mitteilungen 24 (2017), S. 151–156.
- Ders.: Hans-Peter Schwarz (1934–2017), in: Historische Zeitschrift 306 (2018), S. 424–429.
- Ders.: „Machen wir es in unserer Generation ...?“ Die Ostpolitik Helmut Kohls, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 72–76.

- Ders.: Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 24 (2017), S. 239–240.
- Lammert, Norbert: *Wer vertritt das Volk? Reden über unser Land*. Berlin 2017.
- Ders.: Nachdenken über Leitkultur. Welche Verbindlichkeiten brauchen wir?, in: Olaf Zimmermann/Theo Geißler (Hg.): *Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15)*. Berlin 2018, S. 39–41.
- Ders.: Persönlichkeit und historische Größe. Eine Würdigung in Respekt und Dankbarkeit, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018)*: Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 16–19.
- Ders.: Über den Wert der politischen Partei, in: Martin Morlok/Thomas Poguntke/Ewgenij Sokolov (Hg.): *Parteienstaat – Parteiendemokratie (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung 52)*. Baden-Baden 2018, S. 155–169.
- Ders.: Visionen in der Politik. Norbert Lammert über die Zukunft der Demokratie, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 547, S. 24–30.
- Ders.: Zwischen Parlamenten und Publizisten. Über einige Missverständnisse, die Demokratie betreffend, in: Ralf Fücks/Thomas Schmid (Hg.): *Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken*. Tübingen 2018, S. 49–58.
- Lehr, Ursula: Zeit des Aufbruchs. Beispiele aus der Familien-, Senioren- und Gesundheitspolitik, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018)*: Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 100–103.
- Lesch, Walter (Hg.): *Christentum und Populismus. Klare Fronten?* Freiburg/Breisgau 2017.
- Linnemann, Carsten/Trittin, Jürgen: „Die Soziale Marktwirtschaft ist eben kein Kapitalismus“, in: *Entscheidung* 66 (2018) 3/4, S. 14–19.
- Lötzel, Holger: Die „Gefahren des Wohlstands“. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard im Disput über die Hochkonjunktur und die gesellschaftlichen Folgen des Konsums 1955/56, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 24 (2017), S. 87–108.
- Ludewig, Johannes: Immer auch Wirtschaftspolitik. Helmut Kohl und das Verhältnis von Politik und Ökonomie, in: *Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018)*: Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 117–121.
- Ludwig Erhard Zentrum: *Das Ludwig Erhard Zentrum Fürth. Ludwig Erhard: der Weg zu Freiheit, Sozialer Marktwirtschaft, Wohlstand für alle (Ausstellungskatalog)*. Red.: Meike-Marie Thiele u. a. Bielefeld 2018.
- Maizière, Thomas de: „Das Grundgesetz kann nicht ein gutes Miteinander definieren“, in: Olaf Zimmermann/Theo Geißler (Hg.): *Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15)*. Berlin 2018, S. 92–95.
- Ders.: „Es ist wichtig, dass die AfD nicht die Agenda bestimmt.“ Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière über die inhaltlichen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode, in: *Entscheidung* 65 (2017) 11/12, S. 89.

- Ders.: „Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir’s“. Thomas de Maizière im Gespräch mit Hans Jessen, in: Olaf Zimmermann/Theo Geißler (Hg.): Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15). Berlin 2018, S. 73–77.
- Mallaby, Christopher: „Alarming Ambassador“. Helmut Kohl, Margaret Thatcher und die Wiedervereinigung, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 130–133.
- Meinzer, Lothar: Eine unerfüllte Liebe. Helmut Kohl und die Anfänge seiner politischen Karriere in Ludwigshafen. Ubstadt-Weiher 2018.
- Merkel, Angela: Botschaft, Erbe, Zukunftsauftrag, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 20–23.
- Dies.: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Ausblick auf die kommende Bundestagswahl, in: Civis mit Sonde (2017) 2, S. 27–31.
- Dies.: Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Zusammenhalt, in: Frau & Politik 63 (2018) 2, S. 56.
- Dies.: Wir brauchen Orte des gesellschaftlichen Diskurses. Ein Geleitwort, in: Ralf Fücks/Thomas Schmid (Hg.): Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken. Tübingen 2018, S. 9–12.
- Mertes, Michael: Langer Atem. Helmut Kohls Deutschlandpolitik vor 1989, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 66–71.
- Molt, Peter: Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 69). 2. Aufl. Düsseldorf 2018.
- Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Sokolov, Ewgenij (Hg.): Parteienstaat – Parteiendemokratie (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung 52). Baden-Baden 2018.
- Münch, Werner: Leben mit christlichen Werten. Erinnerungen und Ausblick. Ein Gespräch mit Stefan Meetschen. Illertissen 2018.
- Neu, Viola: „Ich wollte etwas bewegen.“ Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung (Forum Empirische Sozialforschung). Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Dies.: Wahljahr der Wendungen. Eine erste Einordnung, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 546, S. 89–92.
- Dies./Pokorny, Sabine: Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Sankt Augustin/Berlin 2017.

- Niebler, Angelika: Frauen verändern Europa, in: Elisabeth Motschmann (Hg.): *Female Diplomacy. Frauen in der Außenpolitik*. Freiburg/Breisgau 2018, S. 115–123.
- Nothelle-Wildfeuer, Ursula: Joseph Kardinal Höffner und die christliche Gesellschaftslehre. Sein Beitrag zu ihrer Entwicklung (Kirche und Gesellschaft 448). Köln 2018.
- Patzelt, Werner J.: Aufruf zu einer Leit- und Rahmenkultur. Gemeinsames Papier des Landesverbandes Sachsen der CDU sowie der CSU, in: Werner J. Patzelt: *Neue Deutsche in einem alten Land. Über Zuwanderung, Integration und Beheimatung* (Bibliotheca academica. Reihe Politikwissenschaft 2). Würzburg 2018, S. 223–227.
- Piepenschnieder, Melanie: Politische Bildung neu denken, in: Wolfram Hilz/Antje Nötzold (Hg.): *Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch*, Wiesbaden 2018, S. 467–488.
- Pieper, Markus: Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union. Das Modell für Europas Zukunft im globalen Wettbewerb (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung 298). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Pokorny, Sabine: Von A wie Angst bis Z wie Zuversicht. Eine repräsentative Untersuchung zu Emotionen und politischen Einstellungen in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017 (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung 302). Sankt Augustin/Berlin 2018.
- Pöttering, Hans-Gert: Mut zur Gestaltung. Impulse für eine starke und zukunftsfähige Europäische Union. Red.: Marianne Graumann. Sankt Augustin/Berlin 2017.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): *Gedenken an Bundeskanzler, a. D. Helmut Kohl. Trauerfeierlichkeiten im Europäischen Parlament in Straßburg und im Dom zu Speyer am 1. Juli 2017*. Berlin 2017.
- Qvortrup, Matthew: *Angela Merkel. Europe's Most Influential Leader*. Ex. and updat. ed. London 2017.
- Raasch, Markus: *Die Frauen und der politische Katholizismus. Akteurinnen, Themen, Strategien* (Kommission für Zeitgeschichte – Rote Reihe 1). Paderborn 2018.
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten/Erlangen (Hg.): *65 Jahre RCDS Erlangen. Festschrift 1952–2017*. Erlangen 2017.
- Rolfes, Gabriel/Schäfers, Lars: *Soziale Gerechtigkeit in der katholischen Soziallehre und in der Bundesrepublik Deutschland* (Königswinterer Notizen 20). Hg.: Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. Königswinter 2017.
- Rüttgers, Jürgen: „Er war ein ganz großer Häuptling.“ Neues über Konrad Adenauer (Veröffentlichungen der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus). Paderborn 2017.
- Ders.: *Mehr Demokratie in Deutschland*. Berlin 2017.

- Salten, Oliver: Die Gründung der CDU in Sachsen-Anhalt 1945, in: Historisch-Politische Mitteilungen 24 (2017), S. 213–223.
- Schäuble, Wolfgang: Von der Krise zur Chance, in: Hein Hoebink/Herbert Reul (Hg.): Wir brauchen das Vereinte Europa! Essen 2017, S. 263–274.
- Ders.: Window of Opportunity. Der Weg zur Deutschen Einheit, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 91–96.
- Schavan, Annette: „Wer bewahren will, muss erneuern.“ Gespräch mit Annette Schavan, der deutschen Botschafterin beim Heiligen Stuhl, in: Herder Korrespondenz 72 (2018) 3, S. 20–24.
- Schliesky, Utz (Hg.): Gespräche über den Staat. München 2017.
- Ders.: Gespräch mit Prof. Dr. Norbert Lammert, in: Utz Schliesky (Hg.): Gespräche über den Staat. München 2017, S. 160–197.
- Schönbohm, Wulf: Heiner Geißler. Visionär und Freigeist, in: Civis mit Sonde (2018) 1, S. 102–109.
- Schönwald, Matthias: Walter Hallstein. Ein Wegbereiter Europas (Mensch – Zeit – Geschichte). Stuttgart 2018.
- Schwarz, Hans-Peter: Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen. Hg. von Hanns Jürgen Küsters. München 2018.
- Schwarz-Schilling, Christian: Die Haltung der Bundesregierung zum beginnenden Balkan-Konflikt. Vortrag anlässlich der Fachtagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 7./8. Juli 2016 auf dem Petersberg in Königswinter, in: Historisch-Politische Mitteilungen 24 (2017), S. 197–211.
- Seils, Christoph: Wer folgt auf Merkel? Die CDU steht vor einem Generationenwechsel, die Weichen werden bald gestellt, in: Cicero (2017) Oktober, S. 32–33.
- Spahn, Jens: Bundeshaushalt 2030 – wie wir wirtschaftlich und sozial erfolgreich bleiben, in: Corinne Michaela Flick (Hg.): Das Gemeinwohl im 21. Jahrhundert. Göttingen 2018, S. 79–88.
- Staat, Christian: Der erste Auslandsverband der Jungen Union. Die JU Brüssel berichtet über die Arbeit eines Auslandsverbandes der Jungen Union, in: Entscheidung 66 (2018) 5/6, S. 28–29.
- Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 78). Berlin 2017.
- Süssmuth, Rita: Eingewandert nach Deutschland. Anfragen an eine Kultur des Zusammenlebens, in: Olaf Zimmermann/Theo Geißler (Hg.): Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15). Berlin 2018, S. 255–258.
- Dies.: Migration, Politik und Religionen, in: Journal für politische Bildung 7 (2017) 3, S. 54–55.

- Szatkowski, Tim: Die Libyenpolitik der Regierung Kohl/Genscher bis zum Attentat auf die Diskothek „La Belle“ (1982–1986), in: Historisch-Politische Mitteilungen 24 (2017), S. 109–149.
- Teltschik, Horst: Die Welt und Deutschland in Unordnung? Was die Politik von Helmut Kohl lehrt, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 46–50.
- Teufel, Erwin: Der Eigenwillige, in: Ralf Fücks/Thomas Schmid (Hg.): Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken. Tübingen 2018, S. S. 224–229.
- Thieme, Daniel: Religion im Zentrum der Macht. Öffentliche Religiosität deutscher Spitzenpolitiker. Wiesbaden 2018.
- Tschirschwitz, Lars: Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland (Politik- und Gesellschaftsgeschichte 102). Bonn 2017.
- Vehrkamp, Robert B./Wegschaider, Klaudia: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh 2017.
- Vogel, Bernhard: Dem Dienst an den Menschen verpflichtet. Beate Neuss zum Geburtstag, in: Wolfram Hilz/Antje Nötzold (Hg.): Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Wiesbaden 2018, S. 17–19.
- Ders.: Der frühe Kohl. Wie er wurde, was er war, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 25–28.
- Voigt, Mario: Erinnerungen an Helmut Kohl. Vier ehemalige Bundesvorsitzende des RCDS über ihre persönliche Begegnung mit dem Kanzler der Einheit, in: Civis mit Sonde (2017) 2, S. 84–93.
- Wanka, Johanna: Bildung 4.0. Bildungsstrategie für die digitale Arbeitswelt, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 546, S. 50–54.
- Dies.: Integration durch Bildung. Neben der Wissensvermittlung spielt die Persönlichkeitsbildung eine wichtige Rolle, in: Olaf Zimmermann/Theo Geißler (Hg.): Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15). Berlin 2018, S. 461–462.
- Wehrmann, Hildegard: Für ein christliches Europa. Hermann Pünder (1888–1976), in: Irene Dingel/Jan Kusber (Hg.): Die europäische Integration und die Kirchen. Personen und Kontexte (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft 115). Göttingen 2017, S. 53–72.
- Wentker, Hermann: „Die Ungeduld ist keine politische Gabe.“ Über die Deutschland- und Ostpolitik Bernhard Vogels, in: Die Politische Meinung 62 (2017) 547, S. 119–122.
- Ders.: Von Konfrontation zu Vertrauen. Helmut Kohl und Michail Gorbatschow, in: Die Politische Meinung, Sonderausgabe 6 (2018): Helmut Kohl – Für Deutschland. Für Europa, S. 134–139.

- Widmann-Mauz, Annette: Für ein Deutschland, in dem Familien gut und gerne leben. #fedidfgugl, in: *Civis mit Sonde* (2017) 2, S. 32–37.
- Dies.: Miteinander statt Nebeneinander, in: *Frau & Politik* 63 (2018) 2, S. 89.
- Wink, Paul B./Schweiker, Albert M. (Mitarb.): *Adenauer in Bildern*. Ausstellung CDU Rudow. Berlin 2017.
- Zehender, Kathrin: Der Weg zur modernen Volkspartei. Die CDU in den 1970er Jahren, in: *Die Politische Meinung* 62 (2017) 547, S. 123–125.
- Zimmermann, Olaf/Geißler, Theo/Schulz, Gabriele (Hg.): *Wertedebatte. Von Leitkultur bis kulturelle Integration (Aus Politik und Kultur 15)*. Berlin 2018.

Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperationen

- Anders, Lisa H./Scheller, Henrik/Tuntschew, Thomas (Hg.): *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union (Vergleichende Politikwissenschaft)*. Wiesbaden 2018.
- Blanc, Julia: *Ökokatholizismus. Sozialethische Analysen zu ausgewählten Ländern und Institutionen in Europa (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung 21)*. Marburg 2017.
- Cellini, Jacopo: The Idea of Europe at the Origins of the European People's Party. The Making of the European Manifesto and of the EPP's Political Programme, in: *Journal of European Integration History* 24 (2018) 1, S. 79–94.
- Centro Democracia y Comunidad/Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *La nueva configuración del sistema de partidos Chileno y la situación del PDC. Análisis primera vuelta elección presidencial y parlamentaria 2017*. Santiago de Chile 2018.
- Dörr, Nikolaus: Der „Historische Kompromiss“ als Belastung für die Beziehungen der Democrazia Cristiana zur CDU und den britischen Konservativen, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 24 (2017), S. 59–85.
- Dornfeldt, Matthias/Seewald, Enrico: *Hundert Jahre deutsch-litauische Beziehungen. (Konrad-Adenauer-Stiftung) (Prussia-Schriftenreihe 47)*. Husum 2017.
- Gehler, Michael: *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt. 3., komplett überarbeitete Auflage*. München 2018.
- Ders./Gonschor, Marcus/Schönner, Hannes (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen. Dokumente 1965–1979. 2 Teilbände*. Berlin 2018.
- Heyrman, Peter/Colla, Joris/Lambrichts, Noortje: *La Sécurité Sociale des Indépendants en Belgique 1937–2017. Solidarité et Responsabilité. En collaboration avec KADOC-KU Leuven*. Brussel 2017.
- Hoebink, Hein/Reul, Herbert (Hg.): *Wir brauchen das Vereinte Europa!* Essen 2017.

- Just, Wolf-Dieter: Die Europäische Union – eine Wertegemeinschaft? Asylpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Gerhard K. Schäfer u. a. (Hg.): Geflüchtete in Deutschland: Ansichten, Allianzen, Anstöße. Göttingen 2017, S. 93–113.
- Lammert, Norbert: Nicht zum Träumen, aber ohne Alternative. Europa in Zeiten der Globalisierung, in: Hein Hoebink/Herbert Reul (Hg.): Wir brauchen das Vereinte Europa! Essen 2017, S. 195–200.
- Napierski, Bartosz: Political Catholicism and Euroscepticism. The Deviant Case of Poland in Comparative Perspective (Routledge Series on Russian and East European Studies 110). London u. a. 2018.
- Novotný, Vit (Ed.): Unity in Adversity. Immigration, Minorities and Religion in Europe. Publ. Wilfried Martens Centre for European Studies. Brussels 2017.
- Oettinger, Günther H.: „Europa darf kein Elitenprojekt sein“, in: Cicero (2018) August, S. 86–94.
- Pöttering, Hans-Gert: Herausforderungen für das Europäische Integrationsprojekt. Aufgaben und Handlungswege, in: Wolfram Hinz/Antje Nötzold (Hg.): Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch. Wiesbaden 2018, S. 253–267.
- Picado León, Hugo: Reforma electoral. Actores, procedimiento y discurso. Konrad-Adenauer-Stiftung. San José 2018.
- Radtke, Judith: The United States Rapprochement with Cuba. Reasons, Reactions and Repercussions. Publ.: Konrad Adenauer Center for International Relations and Security Studies. México, D. F. 2018.
- Schäuble, Wolfgang: „Von Überheblichkeit rate ich dringend ab.“ Regeln einfordern, ohne andere zu maßregeln. Deutschlands Rolle in Europa, in: Internationale Politik 73 (2018) 3, S. 14–20.
- Umbach, Frank: Die EU-Zentralasienstrategie und ihre energiepolitischen Dimensionen. Bilanz und Perspektiven (KAS-Studie). Taschkent 2016.
- Woischnik, Jan (Ed.): Participação política feminina na américa latina (Cadernos Adenauer XIX.2018,1). Rio de Janeiro 2018.
- Voßkuhle, Andreas: Die Idee der Europäischen Wertegemeinschaft (Thyssen Lectures 2017–2021. Die EU als europäische Rechts- und Wertegemeinschaft). Köln 2018.

Abstracts

Günter Buchstab: Europe, nations and regions – the foundations of political community building (pp. 5–18)

Although it has often been hampered by crises, over the past 70 years, the process of European integration has led the EU to develop federative qualities. Nevertheless, uncertainty remains about the aspects that could or should shape a collective European identity. This article emphasises consciousness of Europe's shared history, and awareness of European culture, as central elements in this regard. These factors are marked by a tension between insistence on national sovereignty, particularly in former Eastern Bloc countries, and the heightened regional consciousness associated with the fact that nation-states are losing significance within the process of European integration.

Thomas Petersen: 1968 and addressing the dictatorship – as reflected in demographic studies (pp. 19–36)

Despite today's popular narrative, a 2007 survey by the Allensbach Institute showed that, in retrospect, many members of the public do not view the revolt that took place in and around 1968 as particularly important, nor does the majority even treat it as especially concerning. Moreover, contemporary surveys of the political mood in and around 1968, which the Allensbach Institute completed during the period in question, depict the revolt as a result of the profound changes that were occurring within the German system of values and as primarily manifested as a generational conflict. The core thesis of this article, therefore, is that the student revolt that took place in 1968 in Germany was the culmination of a broad process of addressing the issues associated with the National Socialist dictatorship.

Philipp Gassert: On the difficulties of historicisation – Why we remember '1968' as a clear form of confrontation (pp. 37–56)

In the public consciousness, the revolts of '1968' and the (political) debates that followed are simplified and presented as two conflicting positions: the pursuit of fundamental social liberalisation in the case of the 1968 generation versus 'bourgeois' tendencies that sought to preserve the status quo and lamented the purported moral social decline. However, this simplification impedes the historicisation of the events associated with '1968' and neglects the influence of the media. The basic tenet of this article is that the media, particularly television, potentiated the actions undertaken by the 68ers. As such, this article attempts to unravel the 'chiffre 1968' using a historical and critical analysis that enables a better historicisation of the events linked to 1968.

Frank Bösch: Helping the persecuted. Christian Democratic solidarity with the 'boat people', Afghanistan and Nicaragua during the 1970s and 1980s (pp. 57–76)

As of the late 1970s, the CDU/CSU became increasingly involved in the provision of assistance to refugees from Vietnam, Afghanistan and Nicaragua, a period during which their numbers increased significantly. The author describes the activities that were organised, including the support provided to the rescue ship *Cap Anamur*. Initially, there was a strong feeling of receptiveness towards the 'boat people' who were escaping Vietnam, especially in the federal states governed by the Union, although this declined over time. In addition, the Soviet invasion of Afghanistan led to the provision of support to Afghan resistance fighters and to the establishment of relevant associations. In the case of Nicaragua, the opposition faced state repression after the Sandinistas seized power, and, as such, received assistance from many sources – not least from the party-affiliated foundations. The author argues that the scope and form of this support was a reaction to the methods employed by the up-and-coming new social movements.

Peter Rütters: Only partially skilled in parliamentary affairs: The social profile of the AfD's representatives at the federal state level (2014–2017) (pp. 77–118)

Alternative for Germany (AfD) has established itself as part of the German political system in a very short period of time. Between 2014 and 2017, the AfD had a total of 186 representatives in Germany's federal state parliaments. However, their limited level of political and institutional experience caused the party's representatives considerable difficulties. This article examines the social profile of the AfD's parliamentary representatives at the federal state level including their age, educational attainment, occupation before joining parliament, party membership/parliamentary experience, as well as organisational and structural aspects of the party. Compared to those from other political parties, the AfD's representatives have significantly less practical and political experience and, therefore, are currently 'only partially skilled in parliamentary affairs'.

Norbert Lammert: Welcoming speech made at the conference 'Helmut Kohl and the reform of the CDU between 1966 and 1978', part of the series of events 'The Kohl era in debate' (pp. 119–122)

Helmut Kohl is overwhelmingly remembered as the chancellor and person who finalised German unification. However, this article emphasises the numerous other chapters of Kohl's long political life that also deserve closer attention.

These include his central role in the CDU's internal process of reform during the 1960s and 1970s, a process that culminated in the first manifesto in 1978, which was also at the focus of the conference.

Michael Borchard: The CDU, Helmut Kohl and the Ludwigshafen Manifesto (pp. 123–134)

It was not just the first manifesto adopted at the 1978 CDU conference in Ludwigshafen that bore the stamp of Helmut Kohl, the party's chair since 1973. Debates about organisational and policy reform within the party began as early as the mid-1960s. In retrospect, the new forms of inner-party discussion and the wide-ranging participation of the membership were just as crucial for regaining the capacity to govern and a parliamentary majority as the actual policies under consideration. Kohl played a central role in this cautious process of transition from the pragmatic to the programmatic level from 1969 at the latest.

Philip Rosin: Moving on from Adenauer's CDU. Inner-party changes in government and opposition (1967–1971) (pp. 135–158)

This article outlines developments within the CDU during the period ranging from 1967 to 1971 in which Kurt Georg Kiesinger was the party's chair, and Bruno Heck exercised the newly created post of secretary general. Whereas Kiesinger led the party with an air of the presidential, Heck drove forward the internal discussion on party reform with the participation of the membership. After losing the mandate to govern in 1969, efforts to reorganise the party intensified, and the debate about the party's manifesto was pursued resolutely under the lead of the then minister-president of Rhineland-Palatinate, Helmut Kohl. Overall, this era can be described as a period of evolutionary change.

Kai Wambach: Forgotten attempts to reform the party – Rainer Barzel as chair of the CDU between 1971 and 1973 (pp. 159–182)

Although Helmut Kohl is regarded as the driving force behind the CDU's process of internal reform during the 1970s, Rainer Barzel also made every effort to reform the party during his brief tenure as chair. The author details the considerations that were made during the reform process – which are firmly focused on Barzel and were rarely developed through internal party dialogue. The author concludes that fundamental reform of the CDU would have been possible under Rainer Barzel's leadership as well.

Heinrich Oberreuter: 1968 – The birth of the modern CDU? (pp. 183–192)

The author emphasises that the founding of the CDU as a popular party that crossed faith and class boundaries and the fundamental political reorientation that this led to resulted in sustainable modernisation. The fact that government policy took on a programmatic character during the Adenauer era was not least a reflection of the times. As important approaches to internal party organisational and programmatic reform had been discussed and implemented since at least the end of the 1950s, 1968 did not represent ‘the birth of the modern CDU’.

Horst Möller: Does contemporary history live from biographics? On the 90th birthday of Rudolf Morsey (pp. 193–208)

The author honours Rudolf Morsey’s extensive life’s work and its influence on research into contemporary history. This includes Morsey’s major works on the history of administration and political Catholicism. The author not only emphasises Morsey’s numerous monographs and other publications, but also his innumerable contributions to historical biographics – a genre that is particularly suited to an analysis of the interplay between personality and supra-individual factors. In this respect, Morsey’s works show that although contemporary history does not live from biographics alone, it does so to a significant extent.

Norbert Lammert: Welcoming speech provided to the symposium ‘Staying on course – in Germany and Europe’ in memoriam Hans-Peter Schwarz (pp. 209–212)

The Konrad-Adenauer-Foundation owes a great deal to Hans-Peter Schwarz, the contemporary historian and political scientist who passed away on 14 June 2017. The many years he spent on the board, and his research, are especially notable in this respect. Among other aspects, the author emphasises Schwarz’s significant contribution to the revival of political biography as a genre, in particular through the nuanced work Schwarz conducted on former federal chancellors Konrad Adenauer and Helmut Kohl.

Hans Maier: Hans-Peter Schwarz: The beginnings (pp. 213–218)

The author studied alongside Hans-Peter Schwarz and describes the time they spent together at Dieter Oberndörfer’s seminar for scientific policy at the University of Freiburg. In addition, he also explains the importance of the time Schwarz spent as a student in Basel (1953–54). Over the years, Schwarz – a sociologist and political scientist – became the ‘historical chronicler of the German Federal Republic’; his trademark was temporal proximity to the object of his study.

Gilbert Merlio: Hans-Peter Schwarz and Ernst Jünger (pp. 219–224)

Hans-Peter Schwarz, who was to become a well-known political scientist and contemporary historian, received his doctorate in 1958 with a dissertation on Ernst Jünger. The author sketches Schwarz's penetrating, and by no means uncritical, examination of the work of this controversial writer. In his younger years, Schwarz was more disapproving of Jünger's attitude toward *désinvolture*, the intellectual nonchalance of standing above all else, which Schwarz viewed as unpolitical. However, over time, his growing scepticism about the ways of the world led Schwarz to adopt a similar position.

Thomas Kielinger: Hans-Peter Schwarz as a source of ideas (pp. 225–230)

The author is a journalist and publicist who knew Hans-Peter Schwarz as a writer and researcher, but also as a friendly adviser on specific projects. The author offers a personal account of Schwarz's influence on his own development and the work he has undertaken.

Andreas Rödder: Who is afraid of Germany? On the history of a problem (pp. 231–238)

The German question has taken on different characteristics over the last two centuries. Before the founding of the German Empire in 1871 and after the Second World War, the most critical issues were those of territory and the constitution of a unified German state. However, after 1871 and reunification in 1989/90, the focus moved to the question of whether a strong, united Germany was compatible with the European order. There were and still are considerable divergences between German self-perceptions and the views of neighbouring countries. In this regard, traditional experiences and stereotypes have different impacts. Therefore, it is essential that these perceptions are understood and taken into account as part of political action and by political leaders.

Anthony Glees: Europe and Brexit (pp. 239–246)

The result of the Brexit referendum has plunged Britain into a deep political crisis. The author calls for a thorough analysis of the causes of these developments, including the responsibilities and errors that have been committed on all sides. This is the only way to prevent an expansion of centrifugal forces.

Hanns Jürgen Küsters: 'From Adenauer to Merkel – memoirs of a critical contemporary witness' (pp. 247–254)

Shortly before his death, Hans-Peter Schwarz was able to finish his memoirs. The author, who supervised the publishing of Schwarz's manuscript, introduces the work in which Schwarz skilfully describes and reflects on his life and the political developments that occurred during his lifetime in his own inimitable style.

Résumés

Günter Buchstab : L'Europe, les nations et les régions – les conditions fondamentales pour forger une communauté politique (p. 5–18)

Même si elle a été entravée par diverses crises, la construction européenne des 70 dernières années a doté l'actuelle UE de structures fédérales. En revanche, on ignore toujours à quoi pourrait, ou devrait, ressembler une identité européenne commune. Pour l'auteur, le facteur crucial est de prendre conscience d'une culture et d'une histoire partagée. Mais la volonté de maintenir la souveraineté nationale – notamment dans les États de l'ancien bloc de l'Est – entre en tension avec une conscience régionale accrue sous l'effet du déclin de l'importance des États-nations dans une Europe en voie d'intégration.

Thomas Petersen : 1968 et l'introspection sur la dictature au miroir de la démoscopie (p. 19–36)

Une enquête de l'Institut für Demoskopie Allensbach de 2007 a montré que, *a posteriori* et à rebours du récit habituel, les révoltes étudiantes de 1968 constituent un événement secondaire aux yeux de nombreux citoyens, qui n'a pas paru particulièrement inquiétant à la majorité d'entre eux. L'observation du climat politique autour de 1968, tel qu'il se reflète dans les sondages de l'institut Allensbach de l'époque, révèle que cette révolte résulte d'un changement profond du système de valeurs en République fédérale, qui s'exprime avant tout dans un conflit générationnel. La rébellion étudiante dans l'Allemagne de 1968 marque par conséquent, c'est la thèse principale de l'article, le climax d'une introspection historique profonde de la société sur la dictature nazie.

Philipp Gassert : Les difficultés d'une historicisation : pourquoi nous nous souvenons de « 1968 » comme d'une confrontation claire (p. 37–56)

Dans la mémoire collective, les révoltes de « 1968 » et les débats (politiques) qui les ont suivies sont réduits à une opposition tranchée : aspiration à une libéralisation fondamentale de la société dans le camp des partisans de 1968 contre tendances à l'immobilisme et dénonciations d'une prétendue déchéance des mœurs et des valeurs dans le camp « bourgeois ». Cette simplification complique l'historicisation de « 1968 » et minimise l'influence des médias, de la télévision en particulier, qui ont été une chambre d'écho des actions des « soixante-huitards ». La contribution tente par conséquent de déchiffrer 1968 au moyen d'une analyse historique réflexive et de proposer une meilleure historicisation de ces événements.

Frank Bösch : Apporter de l'aide aux persécutés. La solidarité chrétienne-démocrate avec les *boat people*, les réfugiés d'Afghanistan et du Nicaragua dans les années 1970–1980 (p. 57–76)

À partir de la fin des années 1970, la CDU/CSU s'engage de façon croissante dans l'aide en faveur des réfugiés originaires du Vietnam, d'Afghanistan et du Nicaragua, dont le nombre augmente fortement à cette époque. L'auteur décrit les initiatives prises, notamment le soutien apporté au bateau de sauvetage « Cap Anamur ». On observe un fort empressement, certes en régression, à accueillir les *boat people* venant du Vietnam, notamment dans les *Länder* gouvernés par l'Union. L'invasion soviétique en Afghanistan incite à soutenir les résistants afghans et à fonder des associations caritatives. Les forces bourgeoises au Nicaragua, qui se sentent exposées à la répression politique après la prise de pouvoir sandiniste, sont également soutenues, notamment par les fondations proches des partis. Selon l'auteur, l'ampleur et la forme de ces activités constituent également une réaction aux méthodes des mouvements sociaux qui émergent à cette époque.

Peter Rütters : Une aptitude réduite à la fonction parlementaire : le profil social des députés de l'AfD dans les parlements régionaux de 2014 à 2017 (p. 77–118)

Le parti Alternative pour l'Allemagne (Alternative für Deutschland / AfD) a réussi à s'établir en un temps record dans le système partisan allemand et à nommer 186 députés dans les parlements régionaux entre 2014 et 2017. Mais il est aussi confronté à des difficultés considérables, car il ne peut pas véritablement s'appuyer sur une expérience politique et institutionnelle. La contribution examine le profil social des députés régionaux de l'AfD, notamment sous l'angle de la pyramide des âges, de leur niveau de formation, de leur activité professionnelle avant leur mandat, de leur adhésion au parti/leur expérience parlementaire ainsi que d'aspects structurels et organisationnels de l'AfD. Comparés aux autres partis, les députés de l'AfD disposent de bien moins de connaissances et d'expériences empiriques de la politique et ont par conséquent « une aptitude réduite à la fonction parlementaire ».

Norbert Lammert : Allocution d'ouverture du colloque « Helmut Kohl et la réforme de la CDU 1966–1978 » organisé dans le cadre du cycle « L'ère Kohl en débat » (p. 119–122)

Aujourd'hui, on commémore Helmut Kohl avant tout comme chancelier et architecte de l'unité allemande. La contribution rappelle qu'il y a eu dans la longue carrière politique d'Helmut Kohl de nombreux autres moments et champs qui

méritent également d'être analysés en détail. En fait partie son rôle central dans le processus de réforme interne de la CDU dans les années 1960–1970. Il débouche sur le premier programme fondamental de 1978 et est au cœur du colloque.

Michael Borchard : La CDU, Helmut Kohl et le programme de Ludwigshafen (p. 123–134)

Le premier programme fondamental de la CDU adopté en 1978 lors du congrès du parti à Ludwigshafen n'est pas la seule entreprise à porter la signature de Helmut Kohl, son président depuis 1973. Les débats sur la réforme organisationnelle et programmatique du parti commencent dès le milieu des années 1960. Rétrospectivement, les nouvelles pratiques de discussion interne et l'ample participation des membres paraissent tout aussi significatives pour le processus de restauration de la capacité à gouverner et à trouver une majorité que les contenus débattus. Helmut Kohl joue dès 1969 un rôle central dans cette transition douce entre pragmatisme et programmatique.

Philip Rosin : Les adieux à la CDU d'Adenauer. Les transformations internes du parti dans les phases gouvernementales et dans l'opposition entre 1967 et 1971 (p. 135–158)

L'article retrace l'évolution interne de la CDU entre 1967 et 1971, années pendant lesquelles Kurt Georg Kiesinger la préside et Bruno Heck détient le nouveau poste de secrétaire général. Tandis que Kiesinger dirige le parti sur un mode présidentiel, Heck s'appuie sur la base de la CDU pour faire avancer les débats sur sa réforme. Après la défaite de 1969, les efforts pour réorganiser le parti s'intensifient et la discussion programmatique fait une avancée décisive sous la houlette du ministre-président de Rhénanie-Palatinat de l'époque, Helmut Kohl. À la considérer dans son ensemble, on peut affirmer que cette période correspond à une phase de changement évolutif.

Kai Wambach : Les efforts oubliés de réforme – la présidence de Rainer Barzel à la CDU entre 1971 et 1973 (p. 159–182)

Bien que l'on considère généralement que le moteur du processus de réforme interne des années 1970 est Helmut Kohl, Rainer Barzel entreprend également des efforts en ce sens durant sa brève présidence. L'auteur présente en détail les réflexions réformatrices qui sont fortement portées par Barzel lui-même et relèvent peu d'un dialogue interne au parti. Il en conclut qu'il aurait été également possible de mener une réforme de la CDU avec Rainer Barzel.

Heinrich Oberreuter : 1968 – la naissance de la CDU moderne ? (p. 183–192)

L'auteur met en relief que la fondation de la CDU comme parti populaire interconfessionnel et transcendant les classes sociales a entraîné en soi une modernisation pérenne, amplifiée par les réorientations politiques fondamentales que le parti a imposées. À l'ère Adenauer, la politique gouvernementale a un caractère avant tout programmatique, ce qui s'explique notamment par le contexte de l'époque. De premières démarches réformatrices importantes de l'organisation du parti sont discutées et entreprises dès la fin des années 1950. Raison pour laquelle il faut répondre par la négative à la question de savoir si 1968 sonne l'heure de la CDU moderne.

Horst Möller : L'histoire du temps présent se nourrit-elle de biographies ? En hommage au 90^e anniversaire de Rudolf Morsey (p. 193–208)

Dans son éloge, l'auteur rend hommage à l'œuvre considérable de Rudolf Morsey et aux multiples impulsions que lui doit la recherche en histoire du temps présent, à commencer par ses travaux fondamentaux sur l'histoire de l'administration et du catholicisme politique. Outre les nombreuses monographies et éditions, l'auteur évoque en particulier les petites et grandes contributions de Rudolf Morsey aux études biographiques historiques – un genre qui se prête particulièrement à l'analyse des interactions entre personnalité et facteurs supra-individuels. En ce sens, l'œuvre de Rudolf Morsey permet de montrer que l'histoire du temps présent ne vit pas uniquement de la biographie, mais qu'elle s'en nourrit foncièrement.

Norbert Lammert : Allocution d'ouverture du congrès « Maintenir le cap – en Allemagne et en Europe » organisé en mémoire de Hans-Peter Schwarz (p. 209–212)

La fondation Konrad Adenauer doit beaucoup à l'historien du temps présent et politologue décédé le 14 juin 2017. Constat qui s'applique tout autant à son activité pérenne à la présidence qu'à son travail scientifique. L'auteur insiste notamment sur la renaissance du genre des biographies politiques, auquel Hans-Peter Schwarz a apporté une contribution essentielle avec ses travaux subtils sur les chanceliers Konrad Adenauer et Helmut Kohl.

Hans Maier : Hans-Peter Schwarz : Les débuts (p. 213–218)

L'auteur, qui a étudié avec Hans-Peter Schwarz, décrit leur temps commun dans le cercle des étudiants de Dieter Oberndörfer et de son séminaire de politique scientifique à l'université de Fribourg-en-Brigau, mais aussi l'influence

du séjour étudiant de Schwarz à Bâle (1953–1954). Au fil des ans, le sociologue et politiste devient progressivement le « chroniqueur historique de la République fédérale », dont la marque de fabrique est notamment la proximité temporelle de ses travaux et de son objet.

Gilbert Merlio : Hans-Peter Schwarz et Ernst Jünger (p. 219–224)

Hans-Peter Schwarz, que l'on connaît comme politologue et historien du temps présent, a soutenu en 1958 une thèse de doctorat sur Ernst Jünger. Il y propose une réflexion puissante et éminemment réflexive sur l'œuvre de l'écrivain controversé. Dans ses jeunes années, Schwarz porte un regard critique sur la « désinvolture » de Jünger, sur sa position aristocratique et intellectuelle au-dessus du monde, parce qu'elle lui semble apolitique. Il s'en rapproche toutefois progressivement au fil des décennies et de son propre scepticisme grandissant à l'égard des événements du monde.

Thomas Kielinger : Hans-Peter Schwarz comme source d'inspiration (p. 225–230)

L'auteur – journaliste et essayiste – décrit sur un mode personnel l'influence que Hans-Peter Schwarz a exercée sur sa personnalité et son œuvre en tant qu'auteur et chercheur, mais aussi comme amical conseiller sur des projets concrets.

Andreas Rödder : Peur de l'Allemagne ? Histoire d'un problème (p. 231–238)

Au cours des deux derniers siècles, la question allemande s'est posée de différentes manières. Avant la fondation de l'Empire en 1871 et après la Seconde Guerre mondiale, elle s'articule principalement autour du territoire et de la constitution d'un État allemand unifié. Après 1971 et après la réunification de 1989–1990, la première préoccupation est de savoir dans quelle mesure un État allemand unifié et fort est compatible avec le système européen. Les perceptions des Allemands et l'opinion de leurs voisins ont toujours divergé fortement sur ces points. Des expériences et stéréotypes hérités continuent à faire sentir leurs divers effets. L'action politique et une conduite politique éclairée se doivent de percevoir et de prendre en compte ces perceptions.

Anthony Glees : L'Europe et le Brexit (p. 239–246)

L'issue du référendum sur le Brexit a précipité la Grande-Bretagne dans une grave crise politique. L'auteur plaide pour analyser en détail les causes de cette évolution, y compris les responsabilités et erreurs des divers camps. C'est la seule manière d'éviter une extension de ces tendances centrifuges.

Hanns Jürgen Küsters : D'Adenauer à Merkel – Souvenirs personnels d'un témoin critique (p. 247–254)

Il a été donné à Hans-Peter Schwarz de pouvoir achever le manuscrit de ses mémoires peu avant son décès. L'auteur, qui a accompagné leur impression à titre d'éditeur intellectuel, présente l'œuvre dans laquelle Schwarz, avec son art si personnel de la formule, nous offre une analyse de son propre parcours et des évolutions politiques qu'il a vécues.

Zusammenfassungen

Günter Buchstab: Europa, Nationen und Regionen – Grundbedingungen politischer Gemeinschaftsbildung (S. 5–18)

Obwohl häufig von Krisen beeinträchtigt, hat der europäische Integrationsprozess in den letzten 70 Jahren die heutige EU zu einem bundesstaatsförmigen Gebilde werden lassen. Unklarheit besteht aber darüber, worin eine gemeinsame europäische Identität bestehen könnte oder sollte. Der Beitrag benennt als zentrales Element das Bewusstsein der gemeinsamen Geschichte und Kultur. Dabei besteht ein Spannungsverhältnis zum Beharren auf nationaler Souveränität – gerade in den ehemaligen Ostblockstaaten – und einem durch den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten im sich integrierenden Europa verstärkten Regionalbewusstsein.

Petersen, Thomas: 1968 und die Bewältigung der Diktatur im Spiegel der Demoskopie (S. 19–36)

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2007 zeigte, dass die Studentenrevolte um das Jahr 1968 – anders als das heute gängige Narrativ – im Rückblick für viele Bürger als ein nachrangiges Ereignis erscheint, das die Mehrheit von ihnen als nicht besonders besorgniserregend auffasst. Ein Blick auf die politische Stimmung um 1968, wie sich in damals durchgeführten Befragungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie widerspiegelte, zeigt, dass die damalige Revolte das Ergebnis einer tiefgreifenden Veränderung des Wertesystems in der Bundesrepublik war, die sich vor allem in einem Generationenkonflikt manifestierte. Die Studentenrevolte in Deutschland 1968 ist daher, so die Kernthese des Aufsatzes, als Höhepunkt eines tiefen gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses der nationalsozialistischen Diktatur zu bewerten.

Philipp Gassert: Von den Schwierigkeiten einer Historisierung: Warum wir uns an „1968“ als klare Konfrontation erinnern (S. 37–56)

Im öffentlichen Gedächtnis werden die Revolten von „1968“ und die folgenden (politischen) Debatten vereinfacht auf eine klare Frontstellung zurückgeführt: Streben nach Fundamentalliberalisierung der Gesellschaft auf der Seite der 68er-Anhänger versus Beharrungstendenzen und Klage über einen angeblichen Sitten- und Werteverfall auf der anderen, „bürgerlichen“ Seite. Diese Vereinfachung erschwert die Historisierung von „1968“ und vernachlässigt den Einfluss der Medien, insbesondere den des Fernsehens, welche – so die Leitthese – die Handlungen der „68er“ in ihren Wirkungen potenzierten. Der Beitrag versucht

daher, über eine historisch kritische Analyse die „Chiffre 1968“ aufzulösen und einer besseren Historisierung zugänglich zu machen.

Frank Bösch: Hilfe für Verfolgte. Christdemokratische Solidarität mit den „Boat People“, Afghanistan und Nicaragua in den 1970er/80er Jahren (S. 57–76)

Seit Ende der 1970er Jahren engagierte sich die CDU/CSU zunehmend im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge aus Vietnam, Afghanistan und Nicaragua, deren Zahl in dieser Zeit stark anstieg. Der Verfasser schildert die ergriffenen Maßnahmen, darunter die Unterstützung des Rettungsschiffes „Cap Anamur“. Gab es gegenüber den aus Vietnam geflohenen „Boat People“ eine starke, dann allerdings abflauende Aufnahmebereitschaft vor allem in von der Union regierten Ländern, wurde mit Blick auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan für die Unterstützung afghanischer Widerstandskämpfer geworben und Hilfsvereine gegründet. Unterstützt, nicht zuletzt durch die parteinahen Stiftungen, wurden auch die bürgerlichen Kräfte in Nicaragua, die sich nach der sandinistischen Machtübernahme staatlicher Unterdrückung ausgesetzt sahen. Umfang und Form dieser Aktivitäten waren im Urteil des Autors auch eine Reaktion auf die Methoden der im Aufschwung befindlichen Neuen Sozialen Bewegungen.

Peter Rütters: Nur bedingt parlamentsfähig: Zum Sozialprofil der Abgeordneten der AfD in den Landesparlamenten (2014 bis 2017) (S. 77–118)

Die Alternative für Deutschland (AfD) konnte sich innerhalb kürzester Zeit im deutschen Parteiensystem etablieren und zwischen 2014 und 2017 insgesamt 186 Abgeordnete in die Landesparlamente entsenden, steht dort jedoch zum Teil vor erheblichen Schwierigkeiten, da sie nur bedingt auf politisch-institutionelle Erfahrungen zurückgreifen kann. Der Beitrag untersucht das Sozialprofil der AfD-Landtagsabgeordneten unter anderem hinsichtlich Altersstruktur, Bildungsniveau, Berufstätigkeit vor Mandatserwerb, Parteimitgliedschaft/Parlamentserfahrung sowie organisatorische und strukturelle Aspekte der Partei: Im Vergleich zu den anderen Parteien verfügten die AfD-Abgeordneten über deutlich weniger politisch-praktische Vorbildung und Erfahrung und seien daher derzeit „nur bedingt parlamentsfähig“.

Norbert Lammert: Begrüßung zur Tagung „Helmut Kohl und die Reform der CDU 1966–1978“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ (S. 119–122)

Helmut Kohl wird heute ganz überwiegend als Bundeskanzler und Vollender der deutschen Einheit erinnert. Der Beitrag weist darauf hin, dass es in der langen politischen Vita Kohls zahlreiche weitere Abschnitte und Felder gab, die

ebenfalls eine eingehende Betrachtung verdienen. Dazu gehört seine zentrale Rolle im innerparteilichen Reformprozess der CDU in den 1960/1970er Jahren. Dieser mündete in das erste Grundsatzprogramm von 1978 und stand im Mittelpunkt der Tagung.

Michael Borchard: Die CDU, Helmut Kohl und das Ludwigshafener Programm (S. 123–134)

Nicht erst das 1978 auf dem Parteitag in Ludwigshafen verabschiedete erste Grundsatzprogramm der CDU trug die Handschrift des seit 1973 als Vorsitzender amtierenden Helmut Kohl. Auch die Debatten um eine organisatorische und programmatische Reform der Partei begannen bereits Mitte der 1960er Jahre. Dabei waren die praktizierten neuen Formen des innerparteilichen Diskussionsprozesses und die umfangreiche Mitgliederpartizipation rückblickend ebenso bedeutsam für die Rückgewinnung der Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit wie die diskutierten Inhalte. Auch bei diesem behutsamen Prozess des Übergangs von der Pragmatik zur Programmatik spielte Kohl spätestens seit 1969 eine zentrale Rolle.

Philip Rosin: Abschied von der Adenauer-CDU. Innerparteiliche Veränderungen in Regierungs- und Oppositionszeit 1967–1971 (S. 135–158)

Der Beitrag skizziert die innerparteiliche Entwicklung der CDU in den Jahren 1967 bis 1971, in denen Kurt Georg Kiesinger den Parteivorsitz innehatte und Bruno Heck das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs ausübte. Während Kiesinger die Partei eher mit präsidialem Gestus führte, trieb Heck unter Beteiligung der Basis die innerparteiliche Reformdiskussion voran. Nach dem Regierungsverlust von 1969 verstärkten sich dann auch die Bemühungen um eine organisatorische Neuaufstellung der Partei, während unter der Federführung des damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohls die Programmdiskussion entschlossen vorangetrieben wurde. Insgesamt kann für den genannten Zeitraum von einer Phase des evolutionären Wandels gesprochen werden.

Kai Wambach: Vergessene Reformbemühungen – Rainer Barzels Vorsitz der CDU 1971–1973 (S. 159–182)

Obwohl heute vor allem Helmut Kohl als Motor des innerparteilichen Reformprozesses der CDU in den 1970er Jahren gilt, hat auch Rainer Barzel in seiner kurzen Amtszeit als Vorsitzender entsprechende Anstrengungen unternommen. Der Autor stellt die betreffenden, stark auf die Person Barzels zugeschnittenen und zumeist nicht im innerparteilichen Dialog entwickelten Überlegungen ein-

gehend dar. Er kommt zu dem Schluss, dass eine grundlegende Reform der CDU auch mit Rainer Barzel möglich gewesen wäre.

Heinrich Oberreuter: 1968 – Geburtsstunde der modernen CDU? (S. 183–192)

Der Autor hebt hervor, dass schon die Gründung der CDU als konfessionen- und schichtenübergreifender Volkspartei und die von ihr durchgesetzten grundlegenden politischen Neuorientierungen eine nachhaltige Modernisierung bewirkten. Dass in der Ära Adenauer vor allem die Regierungspolitik programmatischen Charakter hatte, war nicht zuletzt den Zeitumständen geschuldet. Da wichtige Ansätze zu innerparteilichen organisatorischen und programmatischen Reformen spätestens seit Ende der 1950er Jahre diskutiert und umgesetzt wurden, muss die Frage, ob 1968 die „Geburtsstunde der modernen CDU“ gewesen sei, verneint werden.

Horst Möller: Lebt die Zeitgeschichte von der Biographik? Zum 90. Geburtstag von Rudolf Morsey (S. 193–208)

Der Autor und Laudator würdigt das umfangreiche Lebenswerk von Rudolf Morsey und die vielfältigen Impulse, die die Zeitgeschichtsforschung ihm verdankt, etwa durch grundlegende Arbeiten zur Verwaltungsgeschichte und zur Geschichte des politischen Katholizismus. Neben den zahlreichen Monographien und Editionen hebt der Verfasser besonders die vielen kleineren und großen Beiträge Morseys zur historischen Biographik hervor – ein Genre, das sich besonders gut eignet, um das Wechselspiel von Persönlichkeit und überindividuellen Faktoren zu analysieren. Insofern lasse sich am Werk Rudolf Morseys zeigen, dass die Zeitgeschichte nicht nur, aber doch ganz wesentlich von der Biographie lebe.

Norbert Lammert: Begrüßung im Rahmen des Symposions „Kurs halten – in Deutschland und in Europa“ in Memoriam Hans-Peter Schwarz (S. 209–212)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dem am 14. Juni 2017 verstorbenen Zeithistoriker und Politologen viel zu verdanken. Das gilt für seine langjährige Tätigkeit im Vorstand ebenso wie für seine wissenschaftliche Arbeit. Der Autor hebt unter anderem die Wiederbelebung des Genres politischer Biographien hervor, zu der Schwarz mit seinem differenzierten Arbeiten über die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl maßgeblich beigetragen hat.

Hans Maier: Hans-Peter Schwarz: die Anfänge (S. 213–218)

Der Autor und Studienkollege von Hans-Peter Schwarz schildert die gemeinsame Zeit im Kreis der Schüler Dieter Oberndörfers im Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg sowie den Einfluss von Schwarz' Basler Studienaufenthalt (1953/54). Im Laufe der Jahre entwickelte dieser sich vom Soziologen und Politologen mehr und mehr zum „historischen Chronisten der Bundesrepublik“, dessen Markenzeichen nicht zuletzt die zeitliche Nähe seiner Arbeiten zu ihrem Gegenstand war.

Gilbert Merlio: Hans-Peter Schwarz und Ernst Jünger (S. 219–224)

Der als Politologe und Zeithistoriker bekannt gewordene Hans-Peter Schwarz wurde 1958 mit einer Arbeit über Ernst Jünger promoviert. Der Verfasser skizziert seine eindringliche, keineswegs unkritische Auseinandersetzung mit dem Werk des umstrittenen Schriftstellers. Jüngers Attitüde der „désinvolture“, des geistesaristokratischen Stehens über den Dingen, betrachtete Schwarz in jüngeren Jahren eher kritisch, weil sie ihm unpolitisch erschien. Im Laufe der Jahrzehnte allerdings, angesichts einer wachsenden eigenen Skepsis gegenüber den Weltläuften, näherte er sich ihr selbst immer stärker an.

Thomas Kielinger: Hans-Peter Schwarz als Ideengeber (S. 225–230)

Der Autor – Journalist und Publizist – schildert in persönlicher Form den Einfluss, den Hans-Peter Schwarz als Autor und Wissenschaftler, aber auch als freundschaftlicher Ratgeber bei konkreten Projekten auf die eigene Entwicklung und das eigene Werk hatte.

Andreas Rödder: Angst vor Deutschland? Zur Geschichte eines Problems (S. 231–238)

Die deutsche Frage hat im Laufe der beiden letzten Jahrhunderte unterschiedliche Ausprägungen gehabt. Ging es vor der Reichsgründung 1871 und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs um die Frage nach dem Territorium und der Verfassung eines vereinten deutschen Staates, so stand nach 1871 und nach der Wiedervereinigung von 1989/90 das Problem im Vordergrund, inwieweit ein geeintes starkes Deutschland sich mit der europäischen Ordnung verträgt. Dabei gab und gibt es erhebliche Divergenzen zwischen deutschen Selbstwahrnehmungen und der Sicht der Nachbarn. Hier wirken überkommene Erfahrungen und Stereotypen in unterschiedlicher Ausprägung nach. Politisches Handeln und wohlverstandene politische Führung muss diese Perzeptionen wahrnehmen und berücksichtigen.

*Anthony Glee*s: Europa und der Brexit (S. 239–246)

Der Ausgang des Brexit-Referendums hat Großbritannien in eine tiefe politischen Krise gestürzt. Der Verfasser plädiert dafür, die Ursachen für die Entwicklung eingehend zu analysieren, einschließlich der Verantwortlichkeiten und Fehler auf allen Seiten. Nur so lässt sich einer Ausweitung der zentrifugalen Tendenzen vorbeugen.

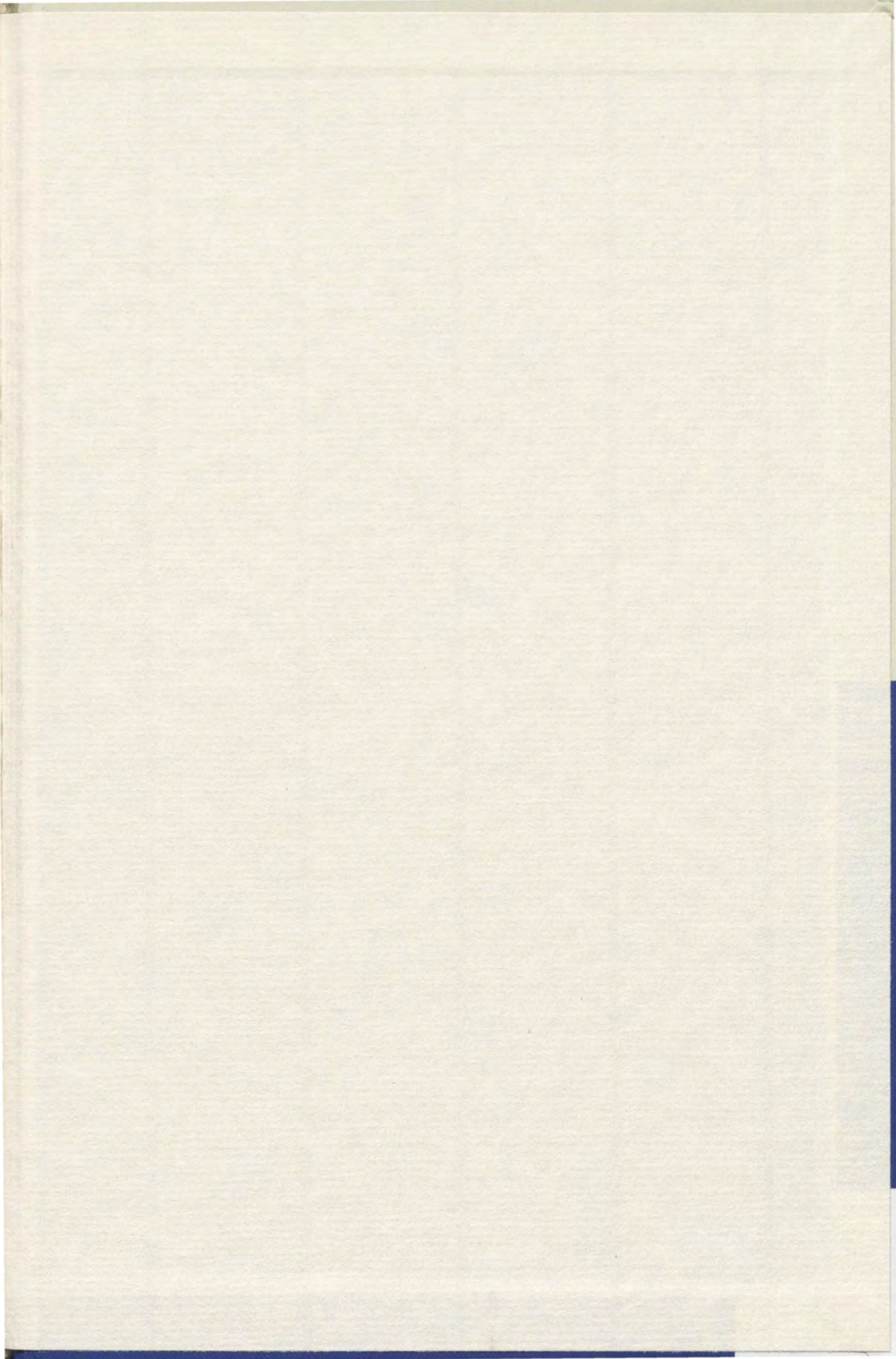
Hanns Jürgen Küsters: „Von Adenauer zu Merkel – Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen (S. 247–254)

Es war Hans-Peter Schwarz vergönnt, kurz vor seinem Tod das Manuskript seiner Lebenserinnerungen abschließen zu können. Der Verfasser, der als Herausgeber die Drucklegung der Memoiren betreut hat, stellt das Werk vor, in dem Schwarz in der ihm eigenen Formulierungskunst mit großer Urteilsfreude den eigenen Lebensweg und die politischen Entwicklungen seiner Lebenszeit darstellt und reflektiert.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Frank Bösch*, Dr. phil., Professor für Deutsche und Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam; Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam
- Michael Borchard*, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin/Sankt Augustin
- Günter Buchstab*, Dr. phil., bis 2009 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Philipp Gassert*, Dr. phil., Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim; Leiter der Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“
- Anthony Glees*, PhD, Professor für Politikwissenschaft an der University of Buckingham; dort Leiter des Centre for Security and Intelligence Studies (BUCSIS)
- Thomas Kielinger*, Autor und Journalist, langjähriger Korrespondent der „Welt“ in London und zuvor Washington; früherer Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol.; bis 30.6.2018 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Norbert Lammert*, Dr. rer. soc., Präsident des Deutschen Bundestages a. D., Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin/Sankt Augustin
- Hans Maier*, Dr. phil., Professor em. für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München; Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus a. D.; 1976–1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
- Gilbert Merlio*, Professor em. für Germanistik an der Universität Paris Sorbonne
- Horst Möller*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 1992–2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
- Heinrich Oberreuter*, Dr. phil., Prof. em. für Politikwissenschaft an der Universität Passau; ehem. Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing
- Thomas Petersen*, Dr. phil. habil., Projektleiter am Institut für Demoskopie, Allensbach
- Andreas Rödder*, Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

- Philip Rosin*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
- Bernhard Vogel*, Dr. phil., 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1992–2003 von Thüringen, 1989–1995 und 2001–2009 Vorsitzender, seither Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Kai Wambach* M. A., Referent im Bundesministerium der Finanzen, Bonn



ISBN: 978-3-432-51478-5



9 783412 514785

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage

www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com